

# NG

---

*Herausgegeben  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Johannes Rau  
Heinz O. Vetter  
Hans-Jochen Vogel  
Herbert Wehner*

# Die Neue Gesellschaft 10

1982  
29. Jahrgang

---

**Redaktion:**  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Dlahl  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschriß der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25  
Telex: 8 85 479 a fest d

---

**Verlag Neue Gesellschaft**  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Postfach 20 01 89  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

---

**Redaktionsbeirat:**  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)  
Iring Fetscher  
Martin Greiffenhagen  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.  
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

---

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreiskarte Nr. 12

## Zum Inhalt

Die Übergangsregierung in Bonn tut sich schwer mit ihrem „Notprogramm“ (F. J. Strauß) – nicht weil die Not dieses unseres Staates in dieser unserer Stunde so groß wäre, sondern weil die ehemalige CDU/CSU-Opposition, für viele überraschend, nichts in den Schubladen hatte, was ihren Anspruch, die sozialliberale Regierung abzulösen, hätte rechtfertigen können. Die scheinbar kluge Taktik des Sonthofener Winkelzüglers, nur nicht konkret zu sagen, welche Alternativen Rezepte zur Regierungspolitik man habe, rücht sich nun damit, daß man weder Alternativen noch Rezepte hat und den hochgespannten Erwartungen der eigenen hoffnungsvollen Anhänger bislang nur mit Phrasen zu begegnen weiß. Dies kann aber nicht lange vorhalten, dafür sind die konkreten Probleme der Bundesrepublik zu groß. Und sie lassen sich eben auch nicht durch noch soviel „Familien“-Soße zudecken.

Insbesondere gilt dies für die desolote wirtschaftliche Lage, bei deren Beschreibung es für Arbeitslose und diejenigen, die es bald sein werden, nur ein geringer Trost sein kann, daß „es anderen Volkswirtschaften noch schlechter“ geht. Es wäre unredlich, im beginnenden Wahlkampf (und auch wenn wider Erwarten am 6. März 1983 nicht gewählt werden sollte – einen Wahlkampf wird es zumindest geben) dem Übergangskanzler Kohl die Schuld an der wirtschaftlichen Situation aufbürden zu wollen. Aber der im Kabinett Schmidt nie überstimmte *Wirtschaftsminister* Lambsdorff muß sich nicht nur von Strauß fragen lassen, wo er die letzten Jahre denn verbracht hat und ob es nicht gerade auch seine wirtschaftspolitische Durchsetzungsfähigkeit war, die sozialdemokratische Ansätze zu einer Besserung der Lage verhinderte, weil sie nicht in die zu einfache Ideologie des Marktgrafens paßte. Und was jener noch unter dem Druck des größeren Koalitionspartners passieren ließ, wurde eben mit der schwarzen Bundesratsmehrheit zerstückelt und „abgewendet“.

Die in Bonn vollzogene Wende weg vom Rationalen hin zu Glaube, „Familie“ und Hoffnung, für die FDP inzwischen zum tödlichen Salto mortale entartet, taugt für die schwierigen Zeiten nicht. Genauso wenig wie die von Ronald Reagan und Margret Thatcher abgeschriebenen einfachen Rezepte, nach denen man nun auch in Bonn die Arznei anrühren will, helfen werden. Das müßte eigentlich bereits der Augenschein beweisen können, aber insbesondere diejenigen, die sonst gegen die „Ideologen von links“ wettern, sind offensichtlich besonders glaubensblind

und damit hilflos. Diese fast schon Mitleid erheischende Hilflosigkeit äußert sich in solch abstrusen und – bedenkt man bloß die Folgen für Nachfrage, Steueraufkommen, Sozialversicherungskassen usw. – kontraproduktiven Vorschlägen wie dem von der „Pause“ des neuen Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm. Für einen ehemaligen Pfadfinder hat der Gewerkschafter Blüm ganz gefährlich die Orientierung verloren. Und offensichtlich gilt dies für viele seiner Ministerkollegen auch – sicher nicht für den Grafen Lambsdorff, der sein Papier wohl weiter fest im Auge hat wie weiland seine Klassengenossen, das Monokel.

Für Sozialdemokraten kann dies alles kein Grund zur Freude sein. Die Hoffnung, es werde sich bald auch für viele von denen, die der Wende applaudierten, herausstellen, daß mit bengalischem Feuer und Zauberkunststückchen das Gute, Wahre und Schöne nicht zu erreichen ist, genügt nicht. Das Sonthofener Verfahren, eigene Programme zu verschweigen, taugt für die SPD nicht. Ihre Anhänger und Wähler sind politisch etwas anspruchsvoller als die Konservativen. Die SPD muß und wird also möglichst konkret deutlich machen, was sie tun will, tun kann und tun wird, wenn sie der Wähler mit der Ablösung der Übergangsregierung beauftragt. Das dürfte nicht allzu viele Schwierigkeiten machen. Die sehr detaillierten Münchener Parteitagebeschlüsse sind seinerzeit mit großer Mehrheit verabschiedet worden und sind weiterhin der Situation angemessen. Die 12 Punkte Helmut Schmidts, vorgelesen im Deutschen Bundestag, dürften in der SPD einmütig vertreten werden können – und die christlichliberale Koalition macht es durch ihre Personen, Verlautbarungen und Ankündigungen nicht allzu schwer, sich sachlich mit ihr zu messen. Als zentrale Frage bleibt also, ob es der Partei gelingt, ihre Vorstellung an die Frau und den Mann zu bringen. (Im Mai-Heft der *Neuen Gesellschaft* sind übrigens die zentralen Beschlüsse des Münchener Parteitags dokumentiert.)

Schlimm allerdings wäre es, wenn sich die SPD in eine Diskussion darüber hineinzerren ließe, mit wem sie denn koalieren wolle, wenn . . . Zum einen sind zur Zeit Aussagen hierzu zwangsläufig auf Spekulationen aufgebaut, und zum anderen werden die Konservativen im Verein mit den Industrieliberalisten (sieht man einmal vom männlich-herben Charme Helmut Kohls ab) wenig anderes vorzuweisen haben als eine Kampagne gegen die angebliche Unregierbarkeit der Republik.



# INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Die SPD nach dem Bonner Regierungswechsel und den Wahlen in Hessen und Bayern
908	Peter Glotz	Deutsche Politik, Ende 1982 – Sieben Thesen
910	NG-Gespräch mit Johannes Rau	„Wir wollen eine konkretere Politik und nicht große Spekulationen.“
917	Klaus Rothe	Regierung ohne Legitimation
920	Holger Börner	Wir brauchen eine Beschäftigungs-Offensive – Perspektiven aus der hessischen Landtagswahl
923	Paul Leo Glanl	Die Hessenwahl
925	Dietrich Jörn Weder	Die letzte Chance – Zu den Wahlen in Hessen
928	Horst Becker	Die Hessen-Wahl: Ein Ergebnis zum Nachdenken
931	Ferdinand Müller-Rommel	Die Hessischen Landtagswahlen 1982 aus der Sicht der Wahlforschung
934	Alfred Emmerlich	Verfassungsschutz im demokratischen Staat
940	Wolfgang Leonhard	Was Günter Gaus übersieht
943	Theodor Schwelofurth	Wir müssen an den Einflußbehörden in Europa rühren
950	Herbert Ammon	„Linkenationalismus“ – Anmerkungen zu einem irreführenden Begriffsklischee
954	Klaus Funken	Richtige Richtung
		Dokumentation
958	Jack Lang	Aufruf zum kulturellen Widerstand
964	Wolfgang Däubler	Handelsembargo und Souveränität – Die juristische Seite eines politischen Problems
967	Klaus Hänech	Europäische Politische Zusammenarbeit
972	Dagmar Luuk	Neue Bewährungsproben stehen bevor
977	Oswald Hirschfeld	Schweden ist anders
		Berichte aus europäischen Ländern
981	Europäische Gemeinschaft	Ministerrat vor Gericht
982	Belgien	Wohlbekannte Doppelzüngigkeit
983	Dänemark	Manchmal in die verkehrte Richtung
985	Frankreich	Kommunisten als Regierungspartei
988	Griechenland	Neue Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung
987	Großbritannien	Die Gewerkschaften haben Oberwasser bekommen
988	Irland	Streikwelle
990	Italien	Kühler Zynismus
991	Luxemburg	Erstes Wahlfieber
992	Niederlande	Regierungsbildung einfacher
993		Kritik



## Peter Glotz: Deutsche Politik, Ende 1982 Sieben Thesen

### 1.

Helmut Schmidt hat sofortige Neuwahlen angeboten, Helmut Kohl hat sie verweigert. Jetzt bietet Helmut Kohl Wahlen im März 1983 an; das Haus Springer läßt dagegen argumentieren. Die Bonner Luft ist voller Spekulationen: Eine Wahl im Dezember hätte der SPD ein beachtliches Ergebnis bringen können; bis zum März dagegen kann die FDP sich wieder regenerieren. Oder anders herum: Auch im März wird die FDP nicht überlebensfähig sein; droht nicht ein blockierter Bundestag? Jeder rechnet herum; keiner weiß, wie es kommt.

In dieser Situation verlieren die Bonner Parteien den letzten Rest an Glaubwürdigkeit, wenn sie, nur nach dem eigenen Vorteil greifend, mit dem Neuwahlversprechen hin und her taktieren. Die Rechtskoalition hat eine Bringschuld: Sie hat Neuwahlen versprochen, ohne Wenn und Aber. Sie muß sagen, wie sie sie zustande bringen will. Das schlimmste aber wäre ein schlauer Schaukampf der Parteien, an dessen Ende sich das Neuwahlversprechen plötzlich in Luft auflöste. Wer so verführe, dürfte sich über das Anwachsen fundamentaloppositioneller und populistischer Strömungen nicht mehr wundern.

### 2.

Die Rechtskoalition entwickelt eine („neokonservative“) Überbau-Rhetorik, deren zentraler Begriff die „geistig-moralische Führung“ sein wird. Obwohl schon Ludwig Erhards (verwandtes) Konzept der „formierten Gesellschaft“ deutlich gezeigt hat, daß ökonomische Krisen mit einer bürgerlichen Wertethik (schlechtem Idealismus) nicht zu bändigen sind, sollte man den Hunger nach Leitbildern in den entwurzelten Mittelschichten nicht unterschätzen. Wenn die Sozialdemokratie es versäumt, die Tradition der kritischen Aufklärung und ein konsensfähiges Konzept der Solidarität glaubhaft zu vertreten, kann der politische Gegner auch mit falschen Analy-

sen und einer abgestandenen Ideopolitik Mehrheiten mobilisieren.

### 3.

Aufgrund der Starrheit der gegenwärtigen sowjetischen und der inneren Gegensätzlichkeit der gegenwärtigen amerikanischen Führung lebt die Welt im labilsten Gleichgewicht seit der letzten Berlin-Krise 1961. Helmut Schmidt hat in dieser Situation (am augenfälligsten bei seinem Moskau-Besuch 1980) einen – gemessen am Gewicht der Bundesrepublik – überproportionalen Einfluß ausgeübt. Die enge Bindung Frankreichs an die Bundesrepublik bildete – nach der Befreiung des deutschen Partners von Hypotheken des Hitlerkriegs durch die Ostpolitik – den Keim einer westeuropäischen Identität. Man muß fürchten, daß unter der Führung eines traditionellen, untergründig vom Reflex des Anti-Kommunismus geprägten Sicherheitsdenkens (Kohl und Genscher) dieses Kapital verspielt oder jedenfalls gemindert wird. Man braucht, soweit man heute sehen kann, weder außenpolitische Abenteuer noch eine roll-back-Ideologie im Sinne der amerikanischen Falken befürchten; wohl aber ein phantasieloses Klammern an die alten militärstrategischen Konzepte und ein Verkommenlassen des Paradigmas der Versöhnung. Die „pacta sunt servanda“-Philosophie wird zu einer Stagnation der Ost-West-Beziehungen und zu einer Minderung des deutschen Einflusses im internationalen Dialog (vor allem in Abrüstungsfragen) führen.

### 4.

Die größte Gefahr für die Bundesrepublik liegt darin, daß sich die Koalition Kohl/Genscher/Zimmermann in ihrer eigenen deflationistischen Staatsverschuldungspropaganda und den Fallstricken von Monetarismus und Angebotstheorie verfangt. Sofern die Mittelstandsfraktionen der Koalitionsparteien (insbesondere von FDP und CDU) ihren Anspruch durchsetzen, mit der Arbeitslosigkeit als Hebel den Sozialstaat herunterzudrücken, werden die Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften in der Bundesrepublik – der soziale Konsensus – schwer beschädigt. Die Zustimmung eines großen Teils der Industrie zu dem ökonomisch objektiv unsinnigen Vorschlag von Arbeitsminister Blüm, durch eine halbjährige Lohnpause eine weitere Nachfragedämpfung zu provozieren, signalisiert einen katastrophalen Rückzug von volkswirtschaftlichem in betriebswirtschaftliches Denken. Die antagonistische Kooperation von Kapital und Arbeit würde durch eine solche Entwicklung zum puren, unkontrollierbaren Antago-

nismus. Die Segmentierung des Arbeitsmarktes und das immer schärfere Ausspielen von Kernbelegschaften gegen Randbelegschaften muß zu einer Radikalisierung der sozialen Auseinandersetzung führen, wie sie bisher in der Geschichte der Bundesrepublik unbekannt war.

### 5.

Die sozialliberale Koalition hat nach 1969 die patriarchalisch-autoritäre soziale Atmosphäre der Adenauer-Zeit entlüftet und die kritische Intelligenz, die mit dem Establishment der 50er- und 60er Jahre heillos zerfallen war, mit der zweiten Republik versöhnt. Sie hat die Bildungschancen erweitert, eine Liberalisierung des Erziehungsstils begünstigt, die Stellung der Frauen in der Gesellschaft gestärkt, den Zugriff des Staates auf das Privatleben der Bürger gemindert und die Sicherheitsapparate wirksamerer Kontrolle unterworfen. Insbesondere diese „inneren Reformen“ sind durch die Selbstschwächung der Liberalen und die Dominanz des katholischen Konservatismus in der neuen Regierung gefährdet. Die Sozialdemokratie muß deshalb die in ihr lebendige Tradition von Männern wie Waldemar von Knoeringen, Adolf Arndt, Carlo Schmid und Georg August Zinn besonders deutlich machen; es ist nicht auszuschließen, daß sie auch die Traditionslinie von Friedrich Naumann, Theodor Heuß, Thomas Dehler und Karl Hermann Flach weiter ziehen muß.

### 6.

Durch die Tatsache, daß die SPD durch die „Wende“ der FDP in die Opposition gedrückt wurde, hat sich die ökonomische Szenerie nicht verändert. Es bleibt unverändert notwendig, im Staatshaushalt Investitionen zu Lasten konsumtiver Ausgaben zu stärken. Die Sozialdemokratie muß sich in Zukunft nicht mehr an Kompromisse binden, die ihr von der FDP gegen alle Vernunft aufgezwungen wurden; die 5 DM-Krankenhausgeld-Regelung pro Tag und Patient als Beispiel. Aber die SPD darf nicht in eine maximalistische Oppositionsstrategie verfallen. Die Arbeit an der strukturellen Reform der sozialen Sicherungssysteme – und das heißt: an ihrer Konsoli-

dierung – muß weitergehen. Wir werden die Standardsicherungssysteme nur dann in ihrer Wirksamkeit erhalten, wenn wir sowohl über ihre Finanzierungs- als auch über ihre Glaubwürdigkeitskrise die schonungslose Wahrheit sagen. Auch in der Opposition muß die Diskussion weitergeführt werden, die unter den Stichworten organisierte Selbsthilfe, Mitbestimmung der Betroffenen, Humanisierung der Arbeit und Abwehr von Bürokratisierung und Überprofessionalisierung begonnen worden ist.

### 7.

Die deutsche Demokratie hat noch nicht genügend zu einer selbstbewußten Gelassenheit gefunden. Wenn das zeitweilige Auftauchen neuer Parteiformationen sofort zu aufgeregten Warnschreien über die „andere Republik“ (Kohl) und die „Unregierbarkeit“ führt, zeigt dies nichts als innere Unsicherheit. Die Bundesrepublik ist nicht unregierbar, sondern schwerer regierbar geworden; ihr passiert jetzt das, was in vielen Nachbarländern seit Jahrzehnten gang und gäbe ist. Die deutsche Demokratie wird damit fertig werden.

Dabei bleibt allerdings wichtig, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit neuen politischen Kräften nicht durch abstrakte Bündnispekulationen und Koalitionsspackeleien ersetzt wird. Insoweit ist das Verhalten Klaus von Dohnanyis und der Hamburger Sozialdemokraten beispielhaft; sie haben Gesprächsbereitschaft und Kompromißfähigkeit gezeigt und gleichzeitig deutlich gemacht, wo ihre Positionen unverrückbar bleiben. Die Parlamentarisierung neuer Parteien liegt im Interesse der Demokratie; deswegen dürfen sie nicht in Quarantäne gesetzt werden. Gleichzeitig muß vermieden werden, daß durch faule Kompromisse die Identität demokratischer Parteien verwischt oder gar zerstört wird. Weder Elefantenhochzeiten – große Koalitionen, die die Grünen auf 15% treiben – noch ständige Neuwählerei sind akzeptable Lösungen. Eine Handvoll Grüner in einem Parlament bedeutet noch nicht den Beginn des Anarchismus; und eine Minderheitsregierung nicht den Zusammenbruch jeglicher Stabilität.

## „Wir wollen eine konkretere Politik und nicht große Spekulationen“

### NG-Gespräch mit Johannes Rau

NG: Genosse Rau, die SPD hat nach zwei Landtagswahlen offensichtlich ihr „stabiles Tief“, wie Willy Brandt es genannt hat, überwunden, und die Aussichten sind nicht mehr ganz so düster wie noch vor zwei Monaten. Die Entscheidung in Bonn hat auch auf die Partei wie eine Befreiung gewirkt. Warum?

Johannes Rau: Wenn man sich die hessischen und bayerischen Ergebnisse ansieht, dann sind dabei ein paar Dinge wirklich bemerkenswert. Etwa, daß wir in München 6 Direktmandate gewonnen haben. Wir haben zum ersten Mal nach den Bundestagswahlen – wenn auch geringfügig – wieder zugenommen, während vorher in sieben verschiedenen Wahlen Stimmenverluste zu verzeichnen waren. Ganz gewiß hat das zu tun mit der Erleichterung darüber, daß eine in den letzten Monaten immer quälendere Koalitionsdiskussion zu Ende ist. Und ganz gewiß hat das zu tun mit der Tatsache, daß viele Wähler nicht nur Helmut Schmidt dem anderen Helmut vorziehen, sondern daß ihnen auch die Methode, mit der von der Mehrheit der FDP Helmut Schmidt aus dem Amt gebracht worden ist, stark mißfallen hat – um es ganz milde zu sagen. Hier hat es Zorn gegeben, hier hat es Enttäuschung gegeben, und die hat sich eben in Wählerstimmen niedergeschlagen. Das Ausscheiden der Freien Demokraten aus den Landtagen in Hessen und in Bayern ist in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Taten derer zu sehen, die von Franz Josef Strauß die Gruppe Genscher/Lambsdorff genannt worden sind.

NG: Dies ist das politische Ergebnis der Bonner Ereignisse. Aber auch die SPD als Organisation und als Summe ihrer Mitglieder fühlt sich offensichtlich besser als vor dem Scheitern der Koalition.

Rau: Das hängt mit einem doppelten Sachverhalt zusammen. Einmal damit, daß die Koalition, die Helmut Schmidt führte, vieles beschließen mußte, was den Arbeitnehmern nur schwer zu vermitteln war – und dies war natürlich ziemlich schmerzhaft für die Partei. Hinzu kam für die Partei und ihre Funktionäre, die diese Vermittlung unternommen haben (und oft mit starken Bedenken), die Enttäuschung darüber, daß der Partner das nicht honorierte, daß der Partner wegging, ohne wirklich zu gehen, daß er sich innerlich entfernte und daß man den Eindruck hatte: hier ist Helmut Schmidt allein gelassen worden. Das Gefühl der Befreiung ist dadurch entstanden, daß in

den letzten Wochen nach dem 30. August sichtbar und spürbar der sozialdemokratische Bundeskanzler wieder selbst Regie geführt hat und diese Haltung Helmut Schmidts über den ganzen September hinweg in ganz enger Verbindung mit der Partei bestand. Es wurden innerparteilich keine Gräben aufgerissen, sondern es konnten sogar welche zugeschüttet werden.

NG: Hatte die Partei sich in der Politik der sozialliberalen Koalition, in der Politik der sozialliberalen Regierung zu wenig wiedergefunden?

Rau: Nein, soweit gehe ich nicht. Hin und wieder ist es ihr sicher schmerzlich gefallen, sich darin wiederzufinden, aber sie war an sich dazu bereit, die Koalition zu tragen und zu ertragen. Deshalb haben wir ja Helmut Schmidt auch sehr lange gedrängt, im Amt zu bleiben. Aber als man feststellte, daß der andere Partner die nötige Loyalität nicht aufbrachte, wurde die Verpflichtung zur Loyalität denen, die sozialdemokratische Inhalte zu vermitteln hatten, immer fragwürdiger.

NG: Seit dem 1. Oktober stehst du als Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Bundeslandes in der ersten Linie sozialdemokratischer Regierungspolitik. Du regierst mit einer absoluten Mehrheit und hast keine Koalitionsrücksichten zu nehmen. Was können die nordrhein-westfälische Landesregierung und die nordrhein-westfälische SPD dazu beitragen, um das bundespolitische Profil der SPD in der Opposition zu stärken?

Rau: Leider ist Nordrhein-Westfalen nicht mehr das wirtschaftlich stärkste Land. Wir sind zwar das bevölkerungsreichste, aber wir haben die Strukturkrisen am stärksten zu spüren und zu verkraften. Die Weltwirtschaftskrise, die die längste Rezessionsphase in der Nachkriegsgeschichte gebracht hat, trifft natürlich Nordrhein-Westfalen mit seiner Monostruktur, vor allem im Ruhrgebiet, ganz besonders. Das führt dazu, daß wir finanziell in einer noch schwierigeren Situation sind als andere Bundesländer und daß auf gar keinen Fall sozialdemokratische Politik sich mehr in der Art des Geldausgebens äußern kann oder im Zuwachs an Ausgaben.

Dennoch kann man in ein paar Schwerpunktbereichen deutlich machen, daß es Sozialdemokraten sind, die regieren. Der erste ist die Konzentration aller Mittel auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, sowohl im Ausbildungsbereich wie auch in den Anschlußbereichen. Wir versuchen, ein weiteres Abgleiten in hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern, also z. B. staatliche Investitionen so wenig wie möglich zu kürzen.



Rainer Diehl, Johannes Rau, Hans Schumacher (v. l. n. r.)

Fotos: Frank Darchinger

Zweitens müssen wir deutlich machen – und tun es auch –, daß es den angeblichen Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie so nicht gibt und daß nicht die Ökologen gegen die Ökonomen stehen, sondern daß Sozialdemokraten Umweltpolitik für Arbeitnehmer betreiben. Das heißt, wir wollen nicht nur „Grün“ da sichern, wo es schon grün ist, sondern wir wollen es dahin bringen, wo es grau ist, also in die Arbeitersiedlungen. Das bedeutet Städteerneuerung, das bedeutet, das Wohnumfeld als politischen Schwerpunkt zu behandeln. Das bedeutet, stärker eingehen auf die Sorgen und Ängste, die nicht nur vor einem – hoffentlich fernen – Krieg bestehen, sondern auch wegen schlechten Wassers und ungeeigneter Lebensmittel. Aus diesem Ansatz folgt eine Umweltpolitik, die gleichzeitig Gesundheitspolitik ist, die kleine Schritte nicht verschmäht.

Dritte Hauptaufgabe der nordrhein-westfälischen Regierung und der SPD in NRW ist natürlich angesichts der personellen Zusammensetzung der neuen Bundesregierung eine Art Wächteramt in Sachen Li-

beralität. Denn der Weg von Herrn Baum zu Herrn Zimmermann ist ja wohl auch ein Programm. Wir werden durch diese Art und Weise, wie wir innere Sicherheit und Demonstrationsfreiheit in einen Gesamtzusammenhang stellen, darauf achten, daß der Staat seine Liberalität nicht einbüßt. Ich hoffe, wir haben diese Absicht auch durch die Art deutlich gemacht, wie die großen Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen behandelt worden sind: die Friedensdemonstrationen, aber auch die Demonstration in Kalkar.

NG: Dies ist in der SPD sicher allgemeiner Wille. Dennoch drängt sich für manchen der Eindruck auf, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen die Chancen, die ihr eine absolute Mehrheit bietet, nicht ganz genutzt hat. Kritiker auch in der eigenen Partei werfen der Landesregierung vor, zum Beispiel in Fragen der Schulpolitik – Stichwort Gesamtschule –, Wahlkampfaussagen verlassen zu haben oder auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft eine Sparpolitik zu betreiben.

**Rau:** Wo sind die Kritiker in der eigenen Partei?

**NG:** Man findet sie zum Beispiel auf Bezirksparteitagungen oder bei Diskussionen in den vergangenen Monaten um die Gesamtschule.

**Rau:** Das habe ich so nicht erlebt. Wart ihr auf anderen Bezirksparteitagen als ich?

**NG:** Wohl kaum. Sehr erregte Diskussionen zur Gesamtschulfrage gabe es zum Beispiel auf dem mittelhessischen Bezirksparteitag.



**Rau:** Es hat am Ende stets überwältigende Zustimmung zu unserer Linie gegeben. Schulpolitisch sind wir auf der Höhe. Und was das Stichwort „Sparhaushalt“ angeht: Natürlich gibt es z. B. Jugendpolitiker, die möchten, daß ich nicht gerade bei ihnen spare. Oder es gibt eine politische Mentalität, die ist für Sparsamkeit im allgemeinen und für Großzügigkeit im besonderen. Daß die Zeiten nicht so sind, daß man das Geld mit vollen Händen ausgeben kann, ist doch klar. Wichtig ist dies: wir haben in NRW im Gegensatz zu anderen Ländern möglichst wenig reduziert und bemühen uns darum, die Konjunktur nicht „totzusparen“. Der Vorwurf „Sparen“ kann sich nur darauf beziehen, daß wir angeblich zu viel ausgeben.

**NG:** Für die Anstellung neuer Lehrer sicherlich nicht.

**Rau:** Es gibt nur ein Bundesland, das bis 1981 alle Lehrer eingestellt hat, und das ist Nordrhein-Westfalen; Hessen tut dies seit vier Jahren nicht mehr. Und jetzt können wir nicht mehr. Jetzt müssen wir andere Sachen machen. Jetzt müssen wir die Besoldungsproblematik in den Vordergrund bringen. Und dazu unternimmt Nordrhein-Westfalen ja eine Fülle von Anstrengungen. Wenn die Lehrer eine Stunde weniger arbeiteten, könnten wir 6000 neue Lehrer einstellen. Wär' doch was?

**NG:** ... unter Inkaufnahme eines entsprechend geringeren Gehalts?

**Rau:** Richtig, wir wollen ja Arbeitszeit verkürzen.

**NG:** Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat ihrerseits ja bereits im letzten Jahr auf „Lohnerhöhungen“ für sich verzichtet, was allerdings nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat, weil gerade keine Länderregierung oder sonstiges auszuwechseln war. Was hältst du denn von dem „Lohnverzicht“ der neuen Bundesregierung?

**Rau:** Ich halte ihn für den ersten großen Bluff dieser Regierung. Da ist ein Beschluß der Regierung Schmidt aufgehoben und durch einen neuen ersetzt worden – mit dem Ergebnis, daß die Bundesminister, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, 1,4% ihres Amtsgehaltes aufgeben – nicht 5%, wie es mit großer Posaune verkündet worden ist –, obwohl Nordrhein-Westfalen im Februar d. J. eine Initiative im Bundesrat ergriffen hat und Finanzminister Possner in der mündlichen Erläuterung ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß diese Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen die Minister- und die Staatssekretärsgehälter am stärksten treffen würde. Dieser Gesetzesvorschlag Possners ist abgelehnt worden mit den Stimmen von Stoltenberg und von Blüm, die jetzt beide in der Bundesregierung sitzen und allein „for show“ eine solche Initiative machen, die nicht 5% spart, sondern bloß 1,4%, weil sie dabei mit einem Trick arbeitet. Eine Initiative, die verdecken soll, daß vier zusätzliche Parlamentarische Staatssekretäre mit ihrem zusätzlichen Apparat natürlich ein Vielfaches dessen kosten, was die Bundesregierung da vorgeblich einspart. Also, wir müssen die Strukturen des öffentlichen Dienstes so ändern, daß nicht ständig bei den kleinen Leuten gestrichen wird und daß nicht ich, wenn etwa die Müllarbeiter gestreikt haben, tausend Mark mehr kriege. Dort liegen die wirklichen Veränderungszwänge, und denen wird man sicherlich nicht mit einer solchen PR-Aktion gerecht.

NG: Zurück zur Rolle der Partei: Wie siehst du denn bei der politischen Willensbildung die Rolle der Partei, wohlgemerkt nicht als Summe ihrer Institutionen, Ortsvereine, Unterbezirks-, Bezirksvorstände, sondern als Summe ihrer Mitglieder? Die Tatsache, daß nach dem Scheitern der Koalition – nach dem „Verrat“ von Bonn – über 20 000 neue Mitglieder der SPD beigetreten sind, zeigt ja, daß es an Engagement durchaus nicht mangelt. Wie kann man dieses Engagement auch politisch zur Veränderung der Gesellschaft nutzen?

Rau: Die zwanzigtausend sind eine helle Freude. Aber die noch hellere Freude für mich ist eine, die man nicht in Überschriften umsetzen kann, nämlich die Tatsache, daß müde Mitglieder wieder wach geworden sind, daß viele derjenigen, die jahrelang nicht mehr mitgespielt haben, die nur noch Beitrag gezahlt haben, jetzt anrufen und fragen: Wo können wir helfen? Wann können wir was verteilen? Wo können wir diskutieren? Diese Wiederbelebung vieler halte ich für ein außerordentlich positives Ergebnis der Geschehnisse im September, und das wachzuhalten ist jetzt eine Aufgabe wirklich nicht nur der Führung, sondern der Mitgliedschaft selbst. Dabei wird dann wohl deutlich werden, daß Reformpolitik nicht zu Ende ist, daß es in der Gesellschaft keinen konservativen Trend mit Zwangsläufigkeiten gibt, wie manche das glauben machen wollen, wenn sie behaupten, die Zeit der Reformen sei einfach vorbei. Das ist nicht wahr. Aber die Argumentationszwänge sind intensiver geworden. Wer jetzt etwas ändern will und wer jetzt etwas voranbringen will, der muß genauer argumentieren, der hat sich stärker mit Gegenargumenten auseinanderzusetzen. Das Selbstverständliche in der Politik hat sich reduziert, und der Argumentationszwang hat sich verstärkt. Aber hier ist eine große Chance für eine Partei, die immer eine Partei des Gesprächs war – auch der innerparteilichen Auseinandersetzung. Und deshalb muß das innerparteiliche Gespräch intensiv weitergeführt werden – auch in Grundsatzfragen. Freilich muß das in einem Stil geschehen, der in den letzten Monaten nicht immer so gepflegt worden ist, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Denn es war in letzter Zeit nicht immer deutlich, wo Argumentationsketten gegeneinanderstanden, weil man manchmal den Eindruck gewinnen konnte, es stünden Menschen gegeneinander.

NG: Das heißt, persönliche Gefühle haben häufig politische Argumente überwogen?

Rau: Ja. Ich bin aber durchaus für persönliches Gefühl. Ich bin für eine stärkere Emotionalisierung in

der Politik. Der Verzicht auf die Dimension des Gefühls ist nicht gut für eine politische Partei, die ja nicht nur irgendein Gedankengebäude, sondern eine Lebens- und Gesinnungsgemeinschaft ist. Aber Aggression gegen den anderen darf es nicht geben. Man darf sich nicht gegenseitig ausgrenzen wollen. NG: Du sagst, die Zeit der einfachen Argumentationen, der einfachen Wahrheiten sei vorbei. Haben es aber die Konservativen nicht im Grunde genommen viel leichter, weil sie weiterhin scheinbar einfache Lösungen anbieten – siehe Ausländerproblematik oder Sozialpolitik, die Lohnpause des Herrn Blüm oder dergleichen: scheinbar einfache Lösungen, die auf den ersten Blick einleuchten, auf den zweiten dann wohl nicht bestehen.



Rau: Nun gibt es ja nicht nur konservative Äußerungen derer, die jetzt in Bonn das Sagen haben, sondern es gibt ja auch eine tatsächliche, den Bürgern nicht zu verbergende konservative Politik in den Vereinigten Staaten und in England. Wohin diese Politik führt, das wissen und das erleben die Bürger hier auch. Und ich bin überzeugt, daß sie eine solche Politik nicht wollen.

Natürlich kommt man mit so einem plakativen Wort wie der Lohnpause in die Schlagzeilen. Besser

wäre gewesen, man hätte zuerst über eine Preispause gesprochen und dann über eine Lohnpause. Denn in den letzten drei Jahren haben die Arbeitnehmer reale Einkommensverluste hingenommen. Das kann man von den Unternehmern nun wahrlich nicht sagen; vielmehr haben die Unternehmen aus Gründen, die ich gar nicht reklamiere, nicht so investiert, nicht so viel unternommen, wie man das erhofft und erwartet hatte. Das hängt unter anderem auch mit der Schwächung der Nachfrage zusammen, und deshalb müssen komplizierte Mechanismen in Gang gesetzt werden, damit die Wirtschaft wieder läuft.

NG: Zeit der komplizierten Argumentationen – macht das nicht eine stärkere Nutzung der Parteimitgliedschaft in ihrer ganzen Breite notwendig, um in der gesamten Gesellschaft, im sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz sozialdemokratische Argumente zu verbreiten und zu diskutieren, aber auch wieder zurückzutransportieren?

Rau: Ja. Das heißt: Mundfunk statt Rundfunk. Es muß mehr geredet und diskutiert werden innerhalb der Partei.

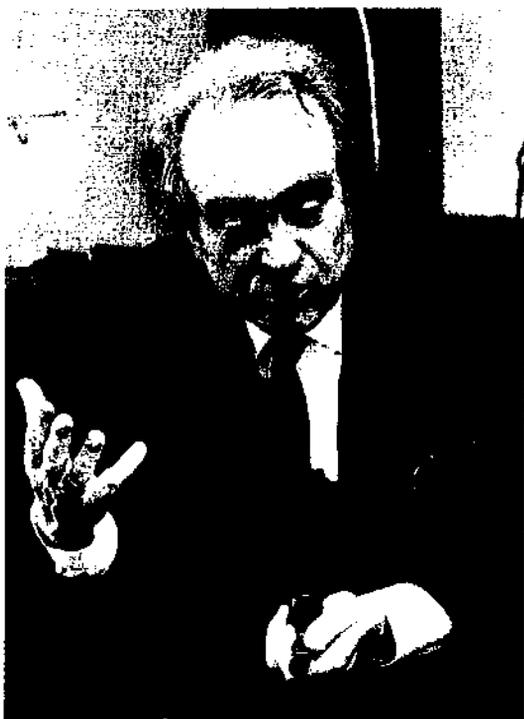
NG: Wenn dies von Dauer sein soll, müßte das, was die Partei in demokratischer Weise beschlossen hat, dann auch stärker, als dies bislang oft der Fall war, Berücksichtigung finden, damit die Partei im Endeffekt auch das Gefühl hat, sie arbeitet sinnvoll.

Rau: Nach meiner Meinung ist es damit aber seit dem Münchener Parteitag schon sehr viel besser geworden. Was wir in München miteinander beschlossen hatten, haben wir mit großer Geschlossenheit auch in die Wahlkämpfe und in die Auseinandersetzungen der zurückliegenden Monate hineingetragen, und München war in vielen Dingen ein neuer Anfang, auch ein neuer Beweis der Gesprächsfähigkeit innerhalb der Partei.

NG: Willy Brandt hat vor kurzem den Vorschlag gemacht, das Godesberger Programm in einigen Passagen zu überarbeiten, neu zu formulieren, fortzuschreiben. Stellt sich auch aus deiner Sicht die Notwendigkeit einer solchen Programm-Revision?

Rau: Bisher haben Programme der Sozialdemokraten in unserer Geschichte eine durchschnittliche Lebensdauer von rund 34 Jahren gehabt. Das Godesberger Programm datiert aus dem Jahre 1959. Ich gebe dem Godesberger Programm Bedeutung für eine sehr viel längere Zeit. Und deshalb glaube ich, an der Substanz dieses Programms braucht es keine Revision zu geben. Freilich ist es in der Sprache der 50er Jahre geschrieben, und freilich hat es eine Reihe von Punkten gar nicht aufnehmen können, weil es sie damals gewissermaßen noch gar nicht gab. Richtig und

sinnvoll wäre es sicher, all das, was in der Grundwertekommission und an anderen Stellen diskutiert wird, einmal zusammenzufassen und in Blockstücken den Parteitagen der nächsten Jahre vorzulegen. Aber ich würde daraus nicht schließen: Die Partei hat im Jahre X ein neues Programm zu verabschieden. Vielmehr sollte man sich das, was sich aus dieser Arbeit an Denkanstößen ergeben hat, einmal unbefangen ansehen. Daraus kann durchaus dann ein Zusätzliches werden, ohne daß es gleich zu einem Ersatz für unser Godesberger Programm werden müßte. NG: Welche Themenkomplexe sollten denn in diesem Sinne neu überdacht werden, und mit welcher Zielrichtung müßte dies geschehen?



Rau: Ich möchte nur einige wenige Beispiele nennen: Wenn ich etwa daran denke, wie im Godesberger Programm über „Kernenergie zwischen Segen und Fluch“ gesprochen wird, so wurde dies aus einem Diskussionsstand heraus formuliert, der den Münchener Parteitag von 1956 und nicht den von 1982 bestimmt hat.

NG: Friedliche Nutzung ja – militärische Nutzung nein...

Rau: Friedliche Nutzung und militärische Nutzung – daß man nur diesen Gegensatz sah, entsprach dem

damaligen Erkenntnisstand. Das war übrigens auch der Erkenntnisstand bis 1971, bis hin noch zum Parteitag der Schleswig-Holsteiner, die sich damals, unter Federführung von Jochen Steffen, einstimmig für die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen haben. Man darf ja nicht vergessen, daß die Bewußtseinsveränderung erst Anfang der 70er Jahre eingetreten ist. Es gab 1969 auch einmal einen Artikel im „VORWÄRTS“, in dem zu lesen stand, daß die Entwicklungshilfe keine Chance habe, wenn sie nicht einen ganz neuen Akzent setze, nämlich den Bau von Schnellen Brütern für jedes Entwicklungsland, und zwar geliefert aus der Bundesrepublik. Und der Verfasser dieses Aufsatzes hieß Erhard Eppler und war damals Entwicklungshilfe-Minister. Das muß man sich bitte mal vorstellen. Ich will damit nicht nachkartieren. Ich will nur sagen: Hier hat sich Bewußtsein verändert, und meiner Meinung nach muß sich Bewußtsein verändern, weil immer neue Dimensionen, neue Erfahrungen und neue Erkenntnisse auf uns zukommen.

Zur Frage von Arbeit und Freizeit – Freizeit hier nicht nur verstanden als die Zeit nach der Schicht, sondern im Blick auf die Tatsache, daß die Lebenserwartung des Menschen in diesem Jahrhundert um 30 Jahre im Schnitt bei uns gestiegen ist, daß die Produktivität der Arbeit gestiegen ist, daß die Arbeitszeit gesunken ist und weiter sinken wird: diese Tatsache hat doch Auswirkungen auf die Frage, wie eigentlich unsere Städte aussehen, was für ein Selbstverständnis man eigentlich in seiner nachberuflichen Lebenszeit hat, wenn man ja nicht nur noch rüstig ist, sondern auch noch einiges an Leben vor sich hat. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel geredet über die Jungen, nun müssen wir mal über die Alten reden. Zum Beispiel darüber, was diese Gesellschaft den alten Menschen zu bieten hat, außer Kaffeefahrten mit Streuselkuchen und der Möglichkeit, billig Römertöpfe einzukaufen. Wie sehen denn etwa die Weiterbildungsmöglichkeiten für Menschen aus, die Weiterbildung nicht mehr beruflich nutzen wollen?

Man muß auch über Arbeit nachdenken. Ist „Arbeit“ eigentlich nur die bezahlte Arbeit? Oder gibt es nicht einen neuen Bedarf an Selbsthilfe? Das sind so ein paar Dinge, über die man meiner Meinung nach nachdenken muß und die nicht unbedingt in Programmsätze gegossen zu werden brauchen.

Die SPD hat 120 Jahre lang ihre Hoffnungen auf technischen Fortschritt gesetzt. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Geschichte der Befreiung durch Technik und durch Fortschritt, wie übrigens die Medizingeschichte auch. Jetzt, in den

80er Jahren, stellen wir auf einmal fest, daß aufgeklärte Menschen Angst vor der Unbeherrschbarkeit der Technik verspüren, daß gebildete junge Leute etwa der Kernenergie eine Skepsis entgegenbringen, die nicht nur auf Kernenergie allein bezogen ist. Wir müssen uns deshalb fragen, wie wir ein neues, ein anderes, ein orientierteres Verhältnis zur Technik herstellen können, damit die Technik ihre negative, magische Gewalt verliert. Das läßt sich nicht mehr machen mit Aufbruchstimmungen wie dem Sputnik-Schock und allgemeiner Technikgläubigkeit, sondern durch Nachdenken über Sollen und Sein. Das sind die Themen.

NG: Wird die Diskussion darum nicht die neu gewonnene Einheit der Partei stark belasten? Wir erinnern nur an die „Identitäts-Debatte“ vor einigen Monaten.

Rau: Ich habe die „Löwenthal-Debatte“ für eine völlig falsch angesetzte angesehen, weil ja Richard Löwenthal von einem „Aussteiger“-Begriff ausging, den es so nur in bestimmten Berliner Quartiers gibt. Es geht doch nicht um die, die aussteigen wollen, sondern es geht um die, die drin sind und die gerne darüber mitbestimmen wollen, wohin denn gefahren wird. All das wurde damals ganz verkürzt dargestellt. Daß es eine neue Qualität ist, wenn die Menschheit sich mehrfach und vielfach selbst vernichten kann, daß es eine wirkliche neue Qualität ist, daß der Mensch nicht nur den Menschen, sondern der Mensch auch seine Welt ausbeuten kann, daß spüren gerade junge Leute, und gerade ihnen muß man Antworten geben.

NG: Du stehst an der Spitze eines SPD-Landesverbandes, der in diesen Fragen des Weges der Industriegesellschaft, der Sozialpolitik, der Energieversorgungspolitik, des Wirtschaftswachstums sehr dezidierte Positionen vertritt. Muß man nicht davon ausgehen, daß die nordrhein-westfälische SPD zunächst sehr skeptisch gegenüber allen Veränderungen am programmatischen Bestand der Partei sein wird?

Rau: Ganz gewiß nicht. Wir sind nicht gegen Kohle-Kraftwerke, aber auch nicht gegen Filteranlagen an Kohle-Kraftwerken. Wir wollen es nur konkreter wissen. Wir wollen eine konkretere Politik und nicht große Spekulationen. Wir wollen wissen, wieviel Schwefel in der Luft enthalten ist, wie stark die Verschmutzung des Rheins ist und wie es mit der Wasserversorgung bestellt ist. Das sind die Dinge, die bei uns an Rhein und Ruhr die Arbeitnehmer wissen wollen, und die nicht bloß ein paar Grüne interessieren. Natürlich wollen die Arbeitnehmer auch ihren Arbeitsplatz gesichert wissen. Nur, der Arbeitsplatz

soll auch nach ihrer Meinung so sein, daß er umweltverträglich ist.

**NG:** Fortgang der Reformpolitik also. Siehst Du, nachdem das alte Reformbündnis von SPD und FDP zerbrochen ist, die Möglichkeit eines neuen Reformbündnisses, z. B. bestehend in einem Bündnis aus SPD, linken Liberalen und eventuell etwas kompromißfähigeren Grünen?

**Rau:** Ich sehe gegenwärtig noch nicht, wie die FDP sich entwickelt und wie sich deren Bundesparteitag auswirkt. Da könnte man jetzt nur im Kaffeesatz rühren. Aber ich suche überhaupt keine Partner, sondern Wähler. Und ich halte es für einen Fehler der SPD in den letzten Monaten, sich ständig in Interviews über die Frage der Koalitionsfähigkeit oder -unfähigkeit anderer den Kopf zu zerbrechen, anstatt sich zu äußern über die Frage, wie wir wieder mehr Wähler bekommen. In den Städten und Gemeinden müssen wir ansetzen, wo man nicht über Koalitionen redet, sondern über Nachbarschaft und über Kommunalpolitik. Vielleicht sollte man ein bißchen mehr über den eigenen Stadtteil miteinander reden als über Raumordnung, was die Leute nämlich nicht so arg spannend finden. Und dann wird sehen, mit wem man eine solche Politik durchsetzen kann. Das sieht in der Stadt A anders aus als in der Stadt B, in Darmstadt anders als in Wuppertal.

**NG:** Also eher eine Wähler-Koalition, über die wir nachzudenken hätten, statt über eine Parteien-Koalition.

**Rau:** Sehr richtig, so ist es! Ich habe das übrigens versucht...

**NG:** Du hast in diesem Zusammenhang den Begriff vom „Bündnis der Vernunft“ geprägt und in deiner Regierungserklärung 1980 vom Konzept der „solidarischen Gesellschaft“ gesprochen. Was heißt das im Blick auf die neue Situation?

**Rau:** Ich habe ja bereits angedeutet, worin für mich eine solidarische Gesellschaft besteht. Eine der Grundaussagen ist: Wenn Menschen schwach sind, müssen die Stärkeren helfen, und nicht: die Schwachen sollen sich selber helfen. Man könnte ja Politik so machen, daß man die, die nicht mehr leistungsfähig sind, einfach ausgrenzt; man könnte auch eine Politik betreiben, mit der man vom erarbeiteten Überfluß den Randgruppen etwas „abgäbe“. Beides halte ich für falsch. Wenn ich gesagt habe: „Wir müssen die Randgruppen in die Mitte holen“, dann meinte ich damit, wir müssen als einzelne wie als Gesellschaft unser gemeinsames Leben annehmen, und dazu gehören nun einmal Behinderte, und dazu

gehören nun einmal solche, die nicht das Abitur in der Tasche haben, und dazu gehören nun einmal solche, die weniger verdienen können als sie brauchen. Hier muß die Gesellschaft Ausgleichsfunktionen wahrnehmen, sie darf sich nicht zurückziehen, und das muß redlicher geschehen als bisher.



Wir haben auch Korrekturen an unserer Reformpolitik nötig. Um es einmal an einem Beispiel zu sagen: Wir sind aber auch kein Volk der Behinderten, und wir haben inzwischen eine Expansion des Behinderten-Begriffes, die ich für ganz falsch halte, weil sie uns hindert, den wirklich Behinderten effektiv zu helfen. Wenn in einer Stadt 20 % aller Fahrgäste in öffentlichen Verkehrsmitteln mit Behinderten-Ausweis fahren – auf einmal von heute auf morgen –, dann muß doch etwas geändert werden – nicht damit wir Geld sparen, sondern damit wir dem helfen, der wirklich nicht gehen kann, damit er von Ort zu Ort kommt, notfalls auch mit einem Taxi.

**NG:** Es geht dabei auch um sichere Arbeitsplätze für wirklich Behinderte...

**Rau:** Richtig. Und da darf man sich nicht mehr mit hundert Mark im Monat freikaufen können!

## Klaus Rothe: Regierung ohne Legitimation

*Dr. Klaus Rothe, Jahrgang 1939, ist Professor für Politikwissenschaft und Didaktik der politischen Bildung am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg.*

Etwas Neues ist eingetreten. Erstmals in der 33-jährigen Geschichte der Bundesrepublik gibt es eine Regierung ohne hinreichende demokratische Legitimation. Und das in einer politisch-sozialen Situation, in der drängende Probleme tiefgreifende Entscheidungen erfordern, die um so mehr einer überzeugenden Legitimation bedürfen, je stärker sie verändernd in gewohnte politische Bahnen und soziale Besitzstände eingreifen! Und das in einer Zeit, in der sich ohnehin schon wachsende Gruppen und insbesondere erhebliche Teile der Jugend von Staat und Politik abwenden, weil sie die Glaubwürdigkeit der Politiker vermissen und die innere Legitimität ihres Tuns bezweifeln!

Aber wieso denn? Ist denn nicht ein Wechsel der Machtinhaber in einer Demokratie etwas ganz Normales, wie uns die Akteure immer wieder erklären? Sicherlich, nur ist dies aber leider kein normaler Wechsel! Alle Vergleiche mit früheren Veränderungen durch Wechsel der Koalitionspartner, so mit der Begründung der großen Koalition 1966 oder der sozial-liberalen Koalition 1969, treffen nicht den Kern der Sache. Hier hat erstmals eine Partei zwei Jahre nach der Wahl ihre *allgemeine Richtung* und *erklärte Handlungsmaxime* verändert, und zwar entgegen ihren klaren und eindeutigen Wahlaussagen. Das ist das Neue und bislang Einmalige. Es ist zu fragen, ob die auf der Grundlage solcher Aussagen gewählten Abgeordneten diese generelle Basis ihrer parlamentarischen Existenz einfach verlassen dürfen, ohne damit gegen den Geist der Prinzipien der Verfassung und auch gegen den Sinn einzelner Verfassungsbestimmungen zu verstoßen.

Unstreitig ist die Bonner Demokratie ein repräsentatives parlamentarisches System. Die Abgeordneten sind gewählte Repräsentanten im vollen Handlungssinn dieses Begriffes, so wie er sich in langen geschichtlichen staats- und verfassungstheoretischen Auseinandersetzungen und in der verfassungsrechtlichen Praxis der westlichen Demokratien herausgebildet hat. „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden...“ (Art. 38 GG). Dies ist das sogenannte freie Mandat. Aber

ist es zugleich ein Mandat zur willkürlichen Verfügung? Werden die Abgeordneten dadurch in ihrem Handeln völlig souverän? Genauer gefragt: Treten sie damit nach dem Wahltag an die Stelle des verfassungsmäßigen Souveräns im vollen rechtlichen, legitimatorischen und legitimitätsschöpferischen Sinne? Um diese entscheidende Frage, die nun erstmals in der politischen Praxis der Bundesrepublik konkret aufgeworfen ist, näher zu prüfen, muß der Verfassungstext genau betrachtet und dabei zugleich in den geschichtlichen Zusammenhang der Prinzipien der parlamentarisch repräsentativen Demokratie eingebracht werden.

### Bei Wahlen geht es um ein generalisiertes Vertrauensvotum

Bei der Herstellung dieses Zusammenhangs fällt der Blick zunächst auf die angelsächsischen Länder. Was den Souveränitätsbegriff anbelangt, so ist die Auskunft mehrseitig. Zwar wurde in England Ende des vorigen Jahrhunderts eine Lehre der Souveränität des Parlaments ausgebildet, aber erstens blieb sie nicht unbestritten; zweitens war dabei das moderne Parteiwesen nicht berücksichtigt; drittens muß das gänzlich anders geartete Wahlrecht in Rechnung gestellt werden, welches dazu führt, daß der englische Abgeordnete in erster Linie nicht der Vertreter einer Partei, sondern der persönlich gewählte Vertreter eines Wahlkreises ist; und viertens schließlich ist in der ungeschriebenen englischen Verfassungswirklichkeit die Volkssouveränität nicht besonders expliziert.

Weiter führt uns aber die Betrachtung eines anderen zentralen Prinzips des angelsächsischen Verfassungsdenkens. Es ist der Gedanke der Treuhänderschaft, des *trust*. Die Volkvertreter sind nicht frei zu willkürlichem Tun, sondern sie müssen im Sinn und Geist des Treugebers handeln. Diese Konzeption des *trust* ist unverzichtbar, wenn nicht das Prinzip der vollen Repräsentation umschlagen soll in Willkürherrschaft und Knechtschaft. Es wird sich im weiteren zeigen, daß wir aus der gleichen inneren Logik der Sache heraus in unserer Verfassung an entscheidender Stelle eine Formulierung finden, die genau jener Konzeption des *trust* entspricht und sie in den Zusammenhang der kontinentaleuropäischen Verfassungsstraditionen stellt, die von der expliziten Basis der Volkssouveränität ausgehen.

Der Souverän ist bei uns klar und eindeutig das Volk. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen... ausgeübt.“ (Art. 20 GG) Abstimmungen als politisch entscheidende Plebiszite werden vom Grundgesetz

ausdrücklich ausgeschlossen. So bleiben die Wahlen als entscheidende Formen der unmittelbaren Souveränitätsausübung. Welchen Charakter haben sie? Sind Wahlen nur ein Akt der Bestellung des politischen Handlungspersonals oder sind sie auch Sachentscheidungen? Hierüber hat es lange Diskussionen gegeben mit bis heute unterschiedlichen Positionen. Als Übereinstimmung der wissenschaftlichen Literatur kann dabei festgehalten werden, daß Wahlen sowohl Personalentscheidungen sind als auch Entscheidungen über den allgemeinen Handlungssinn und die Richtung der gewählten Personen, so wie er sich aus dem Charakter der Parteien, ihrer Programmatik und ihren allgemeinen Aussagen ergibt. Zwar sind mit der Entwicklung der „Volksparteien“ viele Unterscheidungen undeutlicher geworden, aber in der vielfältigen und ansonsten sehr unterschiedlichen Beurteilung dieser Entwicklung in der wissenschaftlichen Diskussion kann doch als Übereinstimmung festgehalten werden, daß die Parteien nicht als völlig austauschbar erscheinen. Sie haben Profile aus ihren Traditionen behalten, auch aus der Sicht des Wählers, und sie stellen auch ihre politischen Prioritäten in der Handlungs- und Zieldimension unterschiedlich dar.

Wahlen sind somit zwar keine Abstimmungen über konkrete Sachentscheidungen, wohl aber ein *generalisiertes Vertrauensvotum*, daß die Lösung gegenwärtiger und künftig anstehender Sachfragen im Sinne einer bestimmten grundsätzlichen Richtung gesucht werden wird. So war es auch ganz eindeutig bei der letzten Bundestagswahl 1980. Es standen sich zwei klare Alternativen im Sinne allgemeiner Richtungen des politischen Handelns gegenüber. Auf der einen Seite die sozial-liberale Position einer betont reformistischen Politik mit dem Leitziel des bewußten Abbaus innergesellschaftlicher Fronten sowie einer betont liberalen Rechtspolitik und der Fortsetzung der Grundlinien der eingeschlagenen Ost- und Entspannungspolitik, auf der anderen Seite eine liberal-konservative und konservativ-soziale Position der stärkeren Betonung überlieferter sozialer Unterschiede und mit deutlich anderen Akzentuierungen der übrigen Politikfelder. Beide Richtungen erschienen zudem klar und plastisch hervorgehoben in der Personalalternative von Schmidt und Strauß.

**Das Gewissen hat eine verfassungsrechtliche Bedeutung**

Kann nun der in einer solchen Wahl gewählte Abgeordnete, der zumal in unserem Wahlsystem ganz als Parteivertreter und nicht als Person gewählt

wurde – wie es bei allen Abgeordneten der FDP der Fall ist, die sämtlich nur über die Landesliste ihren Sitz erhielten –, kann und darf nun ein solcherart gewählter Volksvertreter ganz bewußt und entschieden gegen das generalisierte Vertrauensvotum handeln, das er im Wahlakt erhielt und dem er seinen Sitz verdankt? Er kann es nicht, ohne den Bereich des legitimen Verhaltens zu verlassen, denn damit würde er sich selbst zum Souverän erheben, den Sinn des Wahlaktes aufheben und das Wahlvolk illegitim entmündigen. Willkür und Knechtschaft träten an die Stelle verfassungsstaatlich geordneter Freiheit.

Zur klaren Abgrenzung einer solchen Usurpation der Souveränität durch die Abgeordneten, die damit ihrem Tun zugleich die demokratische Legitimation entzögen, tritt nun im Grundgesetz ein Prinzip auf, das in seinem Abwehrzweck genau dem in der anglo-amerikanischen Verfassungspraxis handlungswirksam verankerten Gedanken des *trust* entspricht. Es ist die Gewissensbindung der Abgeordneten. Sie sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. (Art. 38 GG) Der Begriff des Gewissens hat hier keineswegs nur deklamatorische Bedeutung eines allgemeinen Appells, sondern einen sehr genauen verfassungsrechtlichen Sinn.

Das Gewissen hat hier eine persönlich-moralische und eine politisch-gesellschaftliche Dimension. Auf der persönlich-moralischen Ebene hat jeder FDP-Abgeordnete, der für den neuen Bundeskanzler gestimmt hat, gewissenlos gehandelt, denn jeder von ihnen ist unter der Wahlparole angetreten und gewählt worden, für einen Kanzler Schmidt einzustehen. Da ist nichts zu beschönigen, und auf dieser Ebene sind „Betrug“ und „Verrat“ angemessene Ausdrücke. Die betroffenen Bürger empfinden dies auch genau, wie viele Reaktionen im hessischen und bayrischen Wahlkampf gezeigt haben.

Aber das Gewissen des Abgeordneten im verfassungsrechtlichen Sinne hat vor allem und primär eine politische Bedeutung der Verantwortung gegenüber dem Ganzen und der Allgemeinheit. Sie kann die persönlich-moralische Bedeutung überlagern und unter Umständen ein Verhalten rechtfertigen, ja eventuell sogar erfordern, das auf der moralischen Beurteilungsebene als Betrug und Verrat erscheinen muß. Ist dies etwa der Fall? Es ist zu beachten, daß eine solche Überlagerung prinzipiell nur bei einzelnen konkreten Sachentscheidungen möglich ist, nicht aber bei generalisierten Richtungsaussagen. Es ist durchaus denkbar, daß sich ein Abgeordneter etwa bei seiner Wahl für eine bestimmte Lösung eines

Sachproblems ausgesprochen hat, dann aber auf Grund vertiefter Einsicht zu der Überzeugung gelangt, daß die gegenteilige Lösung richtig ist. Er ist dann seinen Wählern und dem Volk gegenüber verpflichtet, für diese als richtig erkannte Lösung einzutreten. Das ist der Sinn des eigentlichen Repräsentationsprinzips, der Treuhandschaft und des Gewissens im Artikel 38.

Er kann aber nicht unter Berufung auf sein Gewissen in allgemeinen Richtungsfragen gegen jenes generalisierte Vertrauensvotum bewußt verstoßen, das er im Wahlakt erhielt. Er würde damit seine eigene Handlungslegitimität aufheben und die tragenden Grundlagen seiner eigenen Existenz als Abgeordneter in einer freiheitlichen Demokratie zerstören. Hiergegen steht vielmehr als Grenze und Abwehr der genaue Begriff des Gewissens in seiner politischen, das heißt: auf das Ganze bezogenen Bedeutung. Es bezeichnet die Bindung und Grenze des freien Mandats, jenseits derer das Handeln nicht mehr freiheitlich, sondern willkürlich wird.

Die Formel des Gewissens in Art. 38 bindet den Abgeordneten an den Geist und die Prinzipien der verfassungsstaatlich geordneten Demokratie. Sie verpflichtet ihn in seinem Tun auf diese Prinzipien als die innere Wahrheits- und Vernunftform unseres Verfassungssystems. Zu seinem Kern gehört der Sinn von freien Wahlen als Ausdruck der Volkssouveränität in ihrem Charakter als Personalentscheidung und als generalisiertes Vertrauensvotum und allgemeiner Handlungsauftrag. Der Abgeordnete, der sich bewußt und in klarer Einsicht der Sachlage darüber hinwegsetzt, verstößt gegen die Gewissensbindung seines Tuns gemäß Art. 38. Er handelt willkürlich, verstößt gegen die Volkssouveränität und kann sich dafür nicht auf das freie Mandat berufen. Sein Handeln entbehrt der inneren Legitimität, mag es auch äußerlich von den politischen Partnern als legal angesehen werden und mag auch ein anderes Verhalten nicht einklagbar sein. Desgleichen ermangelt in der Folge auch eine Regierung, die aus solchem Handeln hervorgeht und sich fortgehend darauf stützt, der Legitimität und der eindeutigen demokratischen Legitimation.

#### Der Wechsel grenzt an blanken Zynismus

Es ist bekannt und braucht hier nicht noch einmal im einzelnen belegt zu werden, daß die Bonner sozial-liberale Koalition, für deren Erhaltung, Förderung und Sicherung zukünftig einzutreten jeder FDP-Abgeordnete am Wahltag versprach, nicht an einzelnen, genauen Sachfragen der gemeinsamen Regie-

rungsarbeit zerbrochen ist, sondern auf der generalisierten Ebene allgemeiner Richtungsansagen von der Führung und Mehrheit der FDP-Abgeordneten aus letztlich wahltaktischen Erwägungen willkürlich aufgekündigt wurde.

Auf der Ebene konkreter Sachfragen ist jederzeit ein Streit darüber möglich, ob eine bestimmte Maßnahme dem Geist eines bestimmten generalisierten Vertrauensvotums entspricht oder nicht. Dabei ist der Interpretationsspielraum weit, und es kann, wenn beide Seiten die Frage für prinzipiell erachten, immer auch zu einem Bruch kommen, bei dem sich beide Seiten zu Recht auf ihr Gewissen berufen können. Dann kann sich der eine Partner durchaus legitimerweise aus dem Bündnis zurückziehen und dann auch versuchen, in der Sache für ihre sich im Rahmen der Gewissensbindung des Art. 38 haltende Interpretation des ihr aufgetragenen generalisierten Vertrauensvotums eine neue Mehrheit zu finden.

Nichts von dem aber ist geschehen. Vielmehr wurde bewußt entgegen den eigenen allgemeinen Wahlaussagen auf generelle Weise die politische Grundrichtung gewechselt. Nicht über konkrete Sachpunkte der Regierungsarbeit kam es zum Bruch, sondern durch die bewußte Beschwörung eines allgemeinen Wechsels, dessen Inhalte vage blieben, und durch die gezielte Suche nach einer „neuen Mehrheit“. Das Lambsdorff-Papier, das dann zum letzten Anlaß und Anstoß wurde, ist bewußt ein allgemeines Richtungspapier, von Kennern in der Sache als rechts von der CDU eingeschätzt. Bezeichnenderweise ist es weder in der FDP noch in der CDU mehrheitsfähig gewesen und stellt nur noch Makulatur dar. Es ging darin eben nicht um bestimmte, als unverzichtbar angesehene Sachfragen.

So wurde dann auf der Personalebene entgegen der Wahlaussage und ohne konkreten Anlaß einfach auf allgemeine Weise von Schmidt zu Kohl (und Strauß) gewechselt, und so wurde auf der Sachebene entgegen der allgemeinen Wahlaussage von dem generalisierten Versprechen, anstehende Fragen im sozial-liberalen Reformsinne zu lösen, ohne konkreten Grund gewechselt zu der generalisierten Absicht, sie künftig in einem liberal-konservativen und sozial-konservativen Sinn zu lösen. Anschließend erfolgte in den Koalitionsverhandlungen ein Ausverkauf liberal-sozialer Positionen der Wahlzeit ohnegleichen. Dieses Verhalten kann sich nicht auf das freie Mandat des Art. 38 berufen. Es ist nicht legitimiert. Dies war nicht eine freie, sondern eine willkürliche Entscheidung, aus Motiven heraus, die in allen theologischen, philosophischen und politischen Traditionen

als die eigentlichen Antipoden und Gegenspieler des Gewissens und seines Anspruchs der Verantwortung gegenüber Wahrheit und Recht erscheinen: aus Motiven einzig des krassen egoistischen Eigennutzes, in diesem Fall nackter parteitaktischer Überlebensstrategien. Spätestens nach der Hessen-Wahl mußte allen Beteiligten die mangelnde Legitimation ihres Tuns auch praktisch deutlich werden. Von da an grenzt der fortgeführte Wechsel an blanken Zynismus der Verachtung der Wähler und des Wesens von Wahlen als tragendem Element der freiheitlichen Demokratie.

Als Ergebnis der Analyse muß festgestellt werden, daß das Handeln der FDP-Abgeordneten zwar nach dem Grundgesetz möglich ist, nach dem Geist und auch Wortlaut der Verfassung aber der eigentlichen Legitimität entbehrt. Hieraus ergeben sich zwei wichtige Folgen; einmal ist die neue Regierung zwar getragen von einer Mehrheit der Abgeordneten, dennoch aber nicht demokratisch legitimiert. Ohne Neuwahlen ist diesem Mangel grundsätzlich nicht abzuhelfen. Sie stellt damit hinsichtlich der Legitimation ihres Handelns nur eine Art Übergangsregierung bzw. eine geschäftsführende Regierung dar. Sie muß

sich grundsätzlicher und irreversibler Änderungen der bisherigen Innen- und Außenpolitik enthalten.

Zweitens ergeben sich aus diesem Sachverhalt wichtige Folgen für die Frage, ob und in welcher Form eine vorzeitige Auflösung des Bundestages zum Zwecke vorgezogener Neuwahlen verfassungsrechtlich möglich ist. Hierbei sind nicht nur die Artikel 63, 67, 68 und 69 heranzuziehen, sondern auch der Art. 38 in seiner genauen Interpretation im Bezug auf die konkrete politische Situation. Es gibt in einer Demokratie keine größere Krise als die des Vertrauens und der Legitimität. Sie ist gegeben, wenn die regierende Mehrheit und die von ihr getragene Regierung der voll handlungsermöglichenden demokratischen Legitimation ermangeln. Wenn diese Mehrheit selbst schon diesen Mangel erkennt und sich durch Neuwahlen legitimieren lassen will, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieses Bemühen voll und ganz verfassungsgemäß ist. Solche Neuwahlen stellen keine Manipulation der Verfassung dar, sondern in solchem Fall die einzig mögliche Erfüllung des Geistes ihrer Prinzipien, der eine zureichende demokratische Legitimierung aller Staats- und Regierungstätigkeit verlangt.

## **Holger Börner: Wir brauchen eine Beschäftigungs-Offensive Perspektiven aus der hessischen Landtagwahl**

---

*Holger Börner, Jahrgang 1931, ist Ministerpräsident des Bundeslandes Hessen. 1967 bis 1972 war er Parl. Staatssekretär im Verkehrs- bzw. Postministerium. 1972 bis 1976 war er Bundesgeschäftsführer der SPD.*

---

1. In einer wirtschaftlichen Krisensituation ist es der SPD in Hessen gelungen, ihr Stimmenpotential von 1978 fast zu halten. Der CDU ist es nicht gelungen, ihr seit Jahren um 1,5 Millionen pendelndes Potential auszubauen; die Union stagniert in Hessen, ihre Zukunft ist ungewiß. Wenn man von der erwarteten Wahlkatastrophe der FDP einmal absieht, ist die große Herausforderung für die hessische Politik die Tatsache, daß 278 000 Bürger die Grünen wählten. Ökologische Sorgen, Zukunftsangst der jungen Generation und eine wachsende Politikverdrossenheit ha-

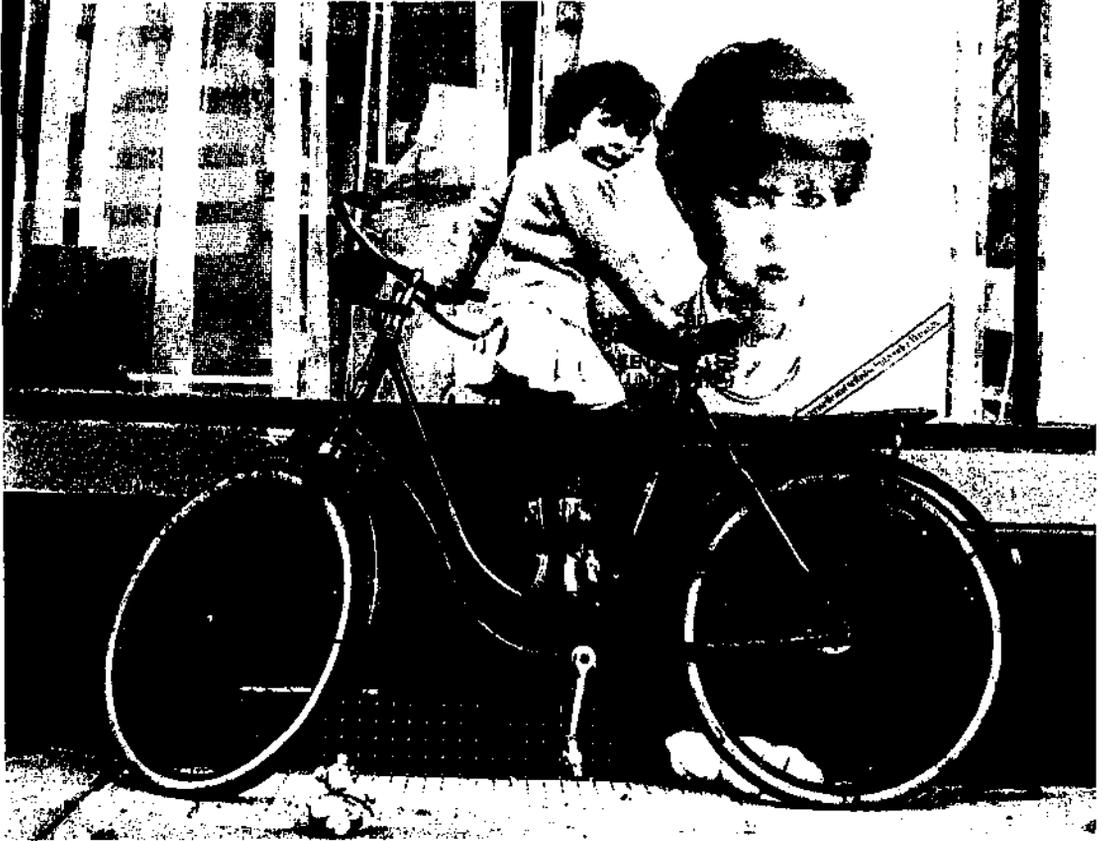
ben es den Protestgruppen ermöglicht, sich einen respektablem Wähleranteil zu sichern.

2. In Hessen ist die „doppelte Opposition“ gegen die SPD gestoppt worden, die nach der Bundestagswahl 1980 entstand, als das Bündnis gegen Strauß zerfallen war und die ökonomische Krise massiv zu wirken begann. Die Grünen haben bei der Landtagwahl ihr Potential ausgeschöpft, diese Opposition ist also geblieben. Die Strategie des Münchener Parteitags hat sich jedoch in Hessen positiv ausgewirkt: Das Engagement für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, die Konfliktstrategie gegen Lambsdorffs Manchesterium und Genschers Opportunismus haben dazu geführt, daß in Hessen die breiten Arbeitnehmerschichten mobilisiert werden konnten und nicht zuhause blieben oder zur CDU gingen. Diese Oppositionsbewegung wurde gestoppt: Im Vergleich zur Kommunalwahl konnte die SPD in Hessen fast 300 000 Wähler wiedergewinnen, die 1981 zuhause geblieben waren. Außerdem stießen sozialliberale Wähler zur SPD, denen Hoffie die Wahl der FDP vergraut hatte.

3. In Hessen ist Bundeskanzler Schmidt das Ver-

# Christine

## Je früher, desto sicherer: Keine Sorge - Volksfürsorge.



**An alle Eltern, die sich auf den „Schutzengel“ allein nicht verlassen wollen,**

Man kann nicht immer und überall dabei sein. Eltern wissen das. Und handeln danach. Nicht mit übertriebener Vorsicht, sondern mit sinnvoller Vorsorge.

Wenn Sie das auch so sehen, ist es Zeit, mit uns zu sprechen.

**Wir setzen neue Maßstäbe.**

Mit Leistungen, die diesen Anspruch halten. Zum Beispiel: Volksfürsorge Privathaftpflichtversicherungen bieten Eltern mit ihren Kindern Versicherungsschutz bis zu 1 Million DM pauschal für

Personen- und Sachschäden und kosten monatlich weniger als 8 Mark.

**Es gibt immer ein paar Gründe mehr, mit uns zu sprechen.**

Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter. Er hat für alles eine Lösung: Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Reise- Krankenversicherung, Bausparen.

Keine Sorge-  
**Volksfürsorge**

trauen ausgesprochen worden und Genscher das Mißtrauen. Die FDP sollte ihr Versprechen ernst nehmen, daß Hessen ein Testlauf für neue Mehrheiten in der Bundesrepublik sein soll; dies war dem Wähler versprochen worden. In Hessen hat sich gezeigt, wie mobil die Wähler geworden sind: Nachdem „das Bonner Tief“ und die Haushaltsberatungen massiv auf die Wählerpotentiale der SPD in Hessen gedrückt hatten, wirkte Helmut Schmidts Rede vom 17.9.1982 wie ein Befreiungsschlag: Der Konflikt mit den FDP-Rechten, die die SPD im Kern treffen und in eine Identitätskrise treiben wollten, sicherte den hessischen Sozialdemokraten die Möglichkeiten, ihre großen Potentiale auszuschöpfen. Hessen ist nicht Bayern, hier hatten 1980 SPD und FDP für Bundeskanzler Schmidt 57% geholt. Wie bei der Landtagswahl 1980 in Nordrhein-Westfalen, als die Afghanistankrise schlagartig die Bedeutung der Friedenspolitik Helmut Schmidts den Wählern verdeutlichte und das Risiko Strauß sichtbar wurde, so konnte auch in Hessen ein positiver Effekt von Bonn ausgehen. Hessen ist keine Hochburg der CDU; das wird sich zeigen, wenn andere Bonner Verhältnisse wieder hessische Politik erlauben.

4. Die Hessen-SPD hat bei der Landtagswahl die Münchener Beschlüsse zur Abstimmung gestellt; die Quittung für die militanten Gegner dieser Position – Hoffie und Lamsdorf – war vernichtend. Die Hessen-SPD hat zwischen den grünen und schwarzen gesellschaftspolitischen Konzepten wieder eine bewußt sozialdemokratisch profilierte Position aufgebaut, die die Ängste und Hoffnungen der modernen Arbeitnehmerschichten in der Krise zum Thema macht. Die Wirtschaftskrise hat der Diskussion über die Rolle des Staates und Sozialstaates neues Gewicht gegeben. Die SPD hat seit der Bundestagswahl 1980 nicht angemessen auf dieses Thema reagiert, sondern sich von der FDP in die Klemme zwischen Machterhaltung und Relativierung des Sozialstaates bringen lassen. Ohne eigenes Konzept sind wir in der Krise von FDP und Grünen in die Ecke getrieben worden, daß unsere Wähler das Vertrauen in die Eckpfeiler der SPD-Politik verlieren mußten. Wir werden von FDP und Grünen aufgerufen, wenn wir den Weg nicht gehen, den die Beschlüsse des Münchener SPD-Parteitag vorgezeichnet haben. Gerade in der Krise brauchen die unteren Schichten, brauchen die Arbeiter und Angestellten unsere Partei; gerade in der Krise wird jedoch der Regierungspartei von diesen Gruppen scharf angelastet, wenn sie die Probleme der materiellen Existenzsicherung nicht bitter ernst nimmt.

5. In Hessen zeigte sich, daß in dem Dienstleistungszentrum Frankfurt ein Platztausch zwischen der FDP und den Grünen stattgefunden hat. Eine personelle und inhaltliche Reform der FDP könnte erreichen, daß sie einen Teil der zu den Grünen Abgewanderten zurückgewinnt. Wir Sozialdemokraten werden dieses Potential für eine Mehrheit links von der CDU nicht übersehen. Diese Mehrheit ist in sich widersprüchlich und konfliktgeladen. Der in sich sehr differenzierten Wählerschaft der Grünen muß verdeutlicht werden, welcher politische Spielraum zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen in den Parteien besteht. Dies ist die Chance der SPD, Umweltpolitik öffentlich deutlicher zu vertreten – ohne Arbeitnehmerpolitik zu vernachlässigen – und damit „verlorene Kinder“ zurückzugewinnen. Also statt Koalitionsverhandlungen Themen-Konkurrenz um die Wähler.

6. Die SPD muß sich eindeutig als Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft (Arbeiter und Angestellte) verstehen. Die Bedürfnisse der Arbeiter und der modernen Mittelschichten dürfen nicht der CDU überlassen werden. Die SPD muß deshalb in den nächsten Monaten die Sorgen und Ängste der Bürger aufgreifen in einer Beschäftigungs-Offensive. Das Thema „Arbeit“ muß unser Thema bleiben!

Die große Chance der SPD nach Godesberg war, ist und wird sein, daß die Masse der modernen Mittelschichten (Büroangestellte, technische Intelligenz, untere Angestelltenschichten usw.) so etwas wie ein Arbeitnehmerbewußtsein entwickelt hat, das der SPD große Wahlchancen bietet, wenn sie sensibel und glaubwürdig auf die Probleme dieser Gruppen reagiert. Zwischen diesen modernen Mittelschichten und den Facharbeitern besteht kaum ein Unterschied in der politisch-gesellschaftlichen Orientierung. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß die modernen Facharbeiter auch nicht mehr die selbstverständliche Loyalität zur SPD und zur Arbeiterbewegung haben wie noch vor 20 Jahren oder in der Weimarer Republik. Sie sind bereit, die Partei durch Nichtwahl und Abwahl zu strafen, wenn sie ihren materiellen und ideologischen Erwartungen nicht gerecht wird. Klassisches und modernes Wählerpotential haben sich also aufeinander zuentwickelt. Es gibt für die große Mehrheit unserer Wählerschaft aus der Arbeiter- und Mittelschicht *keinen* Gegensatz in Bewußtseins- und Interessenlage. Die *Vereinheitlichung* breiter Schichten im Arbeitnehmerlager ist die historische Chance der SPD. Das Godesberger Programm und der soziale Wandel haben uns hier strategische Chancen für die Realisierung der Ziele des demokratischen Sozialismus eröffnet.

## Paul Leo Gianl: Die Hessenwahl

*Paul Leo Gianl ist Landesgeschäftsführer der hessischen SPD.*

Das hessische Wahlergebnis ist zunächst eine vernichtende Niederlage für die FDP. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1980 verlor sie fast 70 % ihrer Wähler! (in absoluten Zahlen: 1980: 377 000; Landtagswahl 1982: 106 000 Stimmen). Dies ist die eindeutige Quittung für ihren Wortbruch gegenüber den Wählern des Jahres 1980.

Die CDU hat ihre absoluten Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl 1978 gehalten (bei der Bundestagswahl 1980 – Strauß-Wahl – hatte sie leicht verloren). Daraus gilt es eine wichtige Schlußfolgerung zu ziehen: Die CDU hat ihre Wähler unverändert voll mobilisiert, aber sie hat in Hessen auch ihre politische Schallgrenze erreicht. Sie hat bei *keiner Wahl* an absoluten Stimmen 1,6 Millionen erreicht (die die SPD 1976 und 1980 überschritten hatte), auch dieses Mal nicht, wo in der Öffentlichkeit Dregger schon als der sichere Sieger hingestellt wurde.

Das Ergebnis der SPD wurde angesichts der wochenlangen Meinungsforschungsergebnisse zu Recht als überraschend, ja als sensationell empfunden. Es ist nur dadurch zu erklären, daß aus Empörung über die Ergebnisse in Bonn viele Wähler, die sonst vielleicht zuhause geblieben wären, doch noch SPD gewählt haben. Dennoch zeigt ein Blick auf die absoluten Zahlen, daß die SPD gegenüber der Bundestagswahl immer noch fast 200 000 Stimmen weniger an die Wahlurne bringen konnte. Dieses gilt es nüchtern zu sehen. Deshalb halte ich die Wertung für richtig, daß der 26. September kein „Sieg“ für die SPD war, wohl aber eine große Chance, diese Wähler, die am Abstriften waren, wieder zurückzuholen.

Die Grünen haben mit 278 000 Stimmen fast das dreifache Ergebnis der FDP erzielt. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß dies eine beeindruckende Zahl ist, und daß gerade von den jüngeren Wählern viele ihre Hoffnungen auf diese neue Gruppierung setzen. Angesichts der Erfahrungen in anderen Bundesländern ist es derzeit völlig offen, in welcher Form die gewählten Mandatsträger der Grünen diese Erwartungen in konkrete parlamentarische Arbeit umsetzen werden.

## Die Forderung der CDU nach sofortigen erneuten Wahlen ist kein Dienst an der parlamentarischen Demokratie

Noch bevor der Landeswahlleiter am Wahlabend das vorläufige Endergebnis verkündet hatte – die Wahlmaschinen waren noch warm –, erhob Alfred Dregger den Ruf nach Neuwahlen. In ultimativer Form haben sich der Generalsekretär der CDU, Manfred Kanther, und der designierte neue Landesvorsitzende, Walter Wallmann, in den folgenden Tagen dieser Forderung angeschlossen. Sie ist in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt kein Dienst an unserem parlamentarischen System. Denn sie bedeutet im Kern nichts anderes als eine Schelte der Wähler. Wenn der Wähler gerade entschieden hat, können die Politiker nicht sagen, das Ergebnis paßt uns nicht, und etwa so lange wählen lassen, bis ein ihnen genehmes Ergebnis herauskommt. Dies hieße die Demokratie auf den Kopf stellen.

Hinzu kommt die Tatsache, daß das Wahlergebnis nicht so überraschend war. Nach den Meinungsbefragungen ist weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung davon ausgegangen, daß die FDP aus dem Landtag ausscheidet und die Grünen einziehen. Deshalb muß man ferner davon ausgehen – dies wird in internen Gesprächen auch von Vertretern der CDU bestätigt –, daß sofortige Neuwahlen vermutlich kaum ein anderes Ergebnis bringen würden. Und schließlich – vielleicht ist dies politisch sogar der entscheidende Punkt – können wir nicht einfach die Repräsentanten von immerhin fast 10 % der Wähler ausgrenzen; im Gegenteil: Gerade im Interesse der parlamentarischen Demokratie muß der sehr ernsthafte Versuch gemacht werden, die Vertreter der Grünen in das parlamentarische System zu integrieren.

Deswegen entlarvt sich die Forderung der CDU nach sofortigen Neuwahlen als ein durchsichtiges taktisches Manöver. Die CDU versucht damit, die Forderung der SPD nach Bundestagsneuwahlen zu unterlaufen. Die Erklärungen von Helmut Kohl zeigen dies ganz deutlich, wo er die Bundestagsneuwahlen in einen Zusammenhang mit Neuwahlen auch in Hessen stellt. Dabei müßte jedem klar sein, daß es sich im Bund einerseits und in Hessen andererseits um zwei verschiedenartige, ja geradezu entgegengesetzte Vorgänge handelt:

Auf Bundesebene wurde der eindeutige Wille und das Mandat der Wähler von 1980 – für eine sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt und gegen Franz Josef Strauß – wortbrüchig ins Gegenteil verkehrt.

*Deshalb, wegen dieses Verfälschens des Wählerwil-*

lens von 1980 haben wir Neuwahlen gefordert. Damit der Wähler selbst entscheiden kann, ob er seinen Auftrag von 1980 ändert oder nicht, ob er also Helmut Schmidt oder Helmut Kohl als Bundeskanzler will.

In Hessen ist es gerade umgekehrt: *Hier hat der Wähler gerade entschieden.* Und es muß jetzt Aufgabe der Politiker sein, sich darum zu bemühen, diesen Wählerauftrag in konkrete Politik umzusetzen. Dieser Wählerauftrag ist schwierig und nicht eindeutig. Aber deswegen kann man ihn dem Wähler nicht einfach zurückgeben. Natürlich kann niemand ausschließen, daß es auch in Hessen zur vorzeitigen Auflösung des Landtags und vorgezogenen Neuwahlen kommt. Die Verfassung sieht dieses ausdrücklich vor. *Aber dies kann erst dann in Betracht kommen, wenn der Versuch, das Wählervotum vom 26. September umzusetzen, als gescheitert angesehen werden muß.*

#### Die Grünen ins parlamentarische System zu integrieren versuchen

Alfred Dregger hat vor der Wahl einen Pakt der demokratischen Parteien gegen die Grünen vorgeschlagen. Der Vorschlag für Neuwahlen von Wallmann und Kanther nach der Wahl zielt im Kern auf dasselbe. Beides ist eine anmaßende Haltung gegenüber fast 300 000 Wählern. Die Tatsache, daß es einige führende Vertreter der Grünen gibt, die das parlamentarische System in Frage stellen, darf nicht dazu führen, diese ganze Bewegung und damit unausgesprochen auch die hinter ihr stehenden Wähler ins demokratische Abseits zu drängen. Ganz im Gegenteil: es muß die Aufgabe sein, die Vertreter der Grünen in das System der parlamentarischen Demokratie zu integrieren und nicht, sie auszugrenzen. Gerade bei deren Wählern ist sonst die Gefahr groß, die Verdrossenheit am jetzigen System noch zu erhöhen. Denn was immer die Motive der Grünen-Wähler im einzelnen sein mögen (und sie sind sicherlich sehr gemischt und vielfältig), so ist doch jedenfalls eins nicht zu leugnen: daß die wachsende Zustimmung zu den Grünen auch mit einer wachsenden Verdros-

senheit und Unzufriedenheit über Verfahren und Politik des bisherigen Parteiensystems zu erklären ist. Dies muß für uns eine Herausforderung sein.

#### Sozialdemokratische Positionen deutlich machen

Die bisherigen Ergebnisse der Bonner Koalitionsberatungen zwischen CDU/CSU und FDP lassen soziale Unausgewogenheit, Angriffe auf den Kernbestand des sozialen Netzes (Lambsdorff-Papier) und eine Verhärtung des innenpolitischen Klimas befürchten. Das hessische Wahlergebnis ist neben anderem auch eine Absage an eine solche Politik!

Die Bonner Entwicklungen sind auf absehbare Zeit unkalkulierbar. Schon die Frage, ob es tatsächlich im Frühjahr 1983 zu Neuwahlen kommt oder nicht, stellt die Entscheidungen der neuen Regierung unter erhebliche Unsicherheit. Die SPD muß in dieser Situation darauf achten, daß klare Positionen als Alternative deutlich werden. Hier liegen die Chance und die Herausforderung des Wahlergebnisses vom 26. September für die hessische SPD. Aktive Beschäftigungspolitik, Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsplätze für junge Menschen, umweltschützende Investitionsprogramme, sozialer Ausgleich statt Ellenbogengesellschaft (sozialer Wohnungsbau, Mieterschutz) sind nur einige Stichworte, die gerade auch bei den Beratungen zum Landeshaushalt 1983 eine zentrale Rolle spielen werden.

Dabei müssen wir realistisch sehen, daß die SPD im Landtag keine Mehrheit hat. Deshalb ist es offen, inwieweit es uns in der konkreten parlamentarischen Arbeit gelingt, für unsere Positionen eine Mehrheit zu finden. Es ist aber zugleich auch eine historische Chance, mit unseren Entscheidungsvorschlägen das eigene sozialdemokratische Profil deutlicher als unter einem Koalitionsvertrag in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. CDU und Grüne haben bisher gleichermaßen hart eine Zusammenarbeit abgelehnt. Die konkrete parlamentarische Arbeit wird zeigen, inwieweit es uns gelingt, bei zentralen Sachfragen im Interesse der Bevölkerung unseres Landes die Zustimmung für wichtige Entscheidungen zu erlangen.

## **Dietrich Jörn Weder: Die letzte Chance Zu den Wahlen in Hessen**

*Dr. Dietrich Jörn Weder, Jahrgang 1936, ist Rundfunk- und Fernsehkommentator beim Hessischen Rundfunk. Sein besonderes politisches Interesse gilt der Wirtschaftspolitik und der Ökologie; s. a. seinen Beitrag in NG 1/82.*

Wenn man den schließlich erreichten Stimmenanteil der SPD in Hessen von knapp 43 Prozent vergleicht mit spätsommerlichen Umfragetiefs von wenig mehr als 30 Prozent, dann ist das Wahlergebnis für die Sozialdemokratie ermutigend, ja beinahe herauschend. Beleuchtet man das Ergebnis und sein Zustandekommen genauer, dann ist es insbesondere für den hessischen Ministerpräsidenten wenig schmeichelhaft, ja es kann durch ein ungeschickt-provokantes Verhalten gegenüber den Grünen für die Partei sogar zum Bumerang werden.

Es ehrt Holger Börner, wenn er noch am Wahlabend eingestand, daß das überraschend erfolgreiche Abschneiden der SPD nicht sein Verdienst sei – wie umgekehrt die abgewendete Wahlkatastrophe auch Bonner Schuld gewesen wäre. Für die SPD wäre es ungut, würden sich die Falschen den „Sieg“ als Feder an ihren Hut stecken. Nichts mehr hätte nämlich die SPD-Landtagsfraktion vor der ungeliebten Oppositionsvolle bewahrt, hätte nicht Bundeskanzler Helmut Schmidt zehn Tage vor der Hessenwahl mit der Verabschiedung der FDP-Minister in Bonn die Stunde der Wahrheit herbeigeführt.

Es war eine meisterliche Regie, die die FDP im Bewußtsein vieler Bürger ins Unrecht setzte und die neue Parteienkombination in die Verlegenheit brachte, unvorbereitet innerhalb einer Woche eine neue Regierung auf die Beine stellen zu sollen. Auch ohne die folgende propagandistische Ausschlichtung des „Verrats in Bonn“ kamen viele hessische Wähler sozusagen über Nacht zu dem Schluß, daß es nicht mehr um Alfred Dregger, Holger Börner oder die Startbahn West ging, sondern um Helmut Schmidt und Helmut Kohl und ein Stück politischer Moral, der man zur Geltung verhelfen mußte.

Mit der klaren Grenzziehung zur Lambsdorffschen FDP gewann Helmut Schmidt für die SPD in Hessen mehr Sympathien zurück, als durch die traurige Endzeit der sozialliberalen Koalition zuvor verlorengegangen waren. Mit beinahe 43 Prozent der Stimmen wurde die SPD nördlich und südlich des Mains

am 26. September weit über jenem Kurs notiert, zu dem die hessischen Wähler die Regierungsarbeit in Wiesbaden andernfalls bewertet hätten. Dieser Arbeit fehlten nicht nur die reformerischen Impulse, die in früheren Zeiten die SPD-Anhängerschaft in Hessen befügelt hatten, diese Arbeit war auch gekennzeichnet durch eine Reihe kapitaler politischer Fehler, von denen der Bau der Startbahn West nur einer, wenn auch der folgenreichste war.

Nach wanderzirkusartiger vielmonatiger Suche nach einem Bauplatz für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage, die nacheinander und nebeneinander mehrere Landschaften Nord- und Mittelhessens in Unruhe versetzte, hieß es plötzlich aus Wiesbaden „April, April“. Börner und seine Umgebung bedeuteten den Bürgern, daß man die Bauabsichten der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen so ernst nicht (mehr) nehmen müsse, weil das kommerzielle Interesse der Elektrizitätswerke an einer solchen Anlage in Zweifel zu ziehen sei. Holger Börner erklärte im Wahlkampf gar, die Elektrizitätswirtschaft habe die Politik mit völlig überhöhten Strombedarfsprognosen in die Irre geführt (= eine späte Einsicht, die Kennern der Szene seit Jahr und Tag wohlfeil war). Ein gespenstisch aufgeblähter Standortsicherungsplan für große Wärmekraftwerke, der nichts anderes als politisch heißen Wind erzeugt hatte, wurde demzufolge zurückgezogen und auf die Plätze zurückgestutzt, an denen bereits Kraftwerke stehen: Nicht einmal dort mehr erscheint heute die Stromerzeugung überall dauerhaft gesichert.

Nicht viel anders verhielt es sich mit der Startbahn West. Doch dort ließ man entsprechende Schlußfolgerungen vermissen. Seit drei Jahren stagnieren die Flugbewegungen auf dem Rhein-Main-Flughafen. Die Deutsche Lufthansa erwägt aus Konkurrenzgründen Direktflüge ins Ausland vermehrt von anderen deutschen Flugplätzen zu starten. Die vielen tausend neuen Arbeitsplätze, die die Flughafengesellschaft im Zusammenhang mit der Startbahn West in Aussicht stellte, stehen in den Sternen.

In diesem Punkt konnte und kann man sich irren, in anderer Hinsicht freilich nicht. Spätestens seitdem der ermordete Verkehrsminister Heinz Herbert Karry (FDP) die ersten Bäume fällen ließ, war es für Zeitgenossen mit politischer Witterung absehbar, daß der Bauplatz nur mit dem größten und häßlichsten Polizeieinsatz bundesrepublikanischer Geschichte zu erobern und zu halten war. Der regional zuständigen südhessischen SPD war dies eine widerwärtige Gewißheit und sie stellte sich am 15. November 1980

auf einem Parteitag in Gießen nahezu einmütig gegen die Bauabsichten des Ministerpräsidenten. Nur mit der unverhüllten Drohung, andernfalls zurückzutreten, gelang es Holger Börner am 21. 6. 81, das Votum der vereinigten süd- und nordhessischen Delegierten zu seinen Gunsten zu kehren, ein Pyrrhus-Sieg, der die Ansichten der sozialdemokratischen Wählerschaft über dieses Projekt natürlich völlig unberührt ließ.

Am 14. November 1981 marschierten durch die Straßen Wiesbadens 150 000 protestierende Menschen, beinahe so viele Bürger, wie die FDP in Hessen Wähler hatte, und genug SPD-Anhänger, um Börner notfalls aus dem Sessel des Ministerpräsidenten zu heben. Aber auch diese letzte Mahnung zur Umkehr ließ der Adressat ungehört verhallen.

Diese historische Revue wird hier nicht noch einmal vorgeführt, um im Schmutz der Geschichte zu wühlen, sondern um nachzuweisen, daß es Holger Börner selbst war, der die hessischen Grünen in ihrer heutigen Stärke aus dem Schoß der SPD geboren hat. Mit dem Griff nach der letzten geschlossenen großen Waldung des Rhein-Main-Gebietes hat Holger Börner den Rubikon der Duldfähigkeit umweltbesorgter Hessen überschritten und letztere in großer Zahl der SPD zutiefst entfremdet. Es hat die Gegner des Startbahnbaus ein hohes Maß an Überwindung gekostet, trotz aller Abneigung gegen Börners „Betonkurs“ der SPD gleichwohl aus übergeordneten Gründen am 26. September ihre Stimme zu geben.

Für viel zu viele Hessen blieben die Gräben nichtsdestoweniger unübersteigbar, die der symbolhafte Kampf um den Flughafenbau aufgeworfen hat. Fast ein Drittel der Jungwähler hat deshalb auf die „grüne Karte“ gesetzt. Soll es der SPD wie der CDU ergehen, der in Hessen mehr alte Anhänger wegsterben als ihr jugendliche Fans nachwachsen? Wem wollte der hessische Ministerpräsident im Wahlkampf neue Freunde gewinnen, als er die Partei, die die umweltbewußte Jugend notgedrungen zum Anwalt ihrer Sache machen wollte, als angebliche Verächter der Demokratie in die Nähe der Faschisten rückte? Die Grünen werden in Hessen künftig so stark oder so schwach sein, wie sich die Regierung in Wiesbaden den Schutz der Umwelt angelegen sein läßt und wie fair sie den Vertretern der neuen politischen Gruppierung begegnet.

Ist es denn ausgemachte Sache, daß die Grünen für eine begrenzte Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Landesregierung höhere Preise verlangen werden, als sie den freidemokratischen Hät-

schelpartnern von ehemals stets zugestanden wurden? Solchen Überlegungen steht bislang freilich Holger Börner wie ein Felsblock im Wege. Noch am Abend des Wahltages machte der hessische Ministerpräsident mit neuen provokanten Äußerungen gegenüber den Grünen Front, während er andererseits wenig später Interesse an einem parlamentarischen Zusammenspiel mit der CDU durchblicken ließ.

Es liegen vorerst noch Welten zwischen Willy Brandts lautem Nachdenken über eine neue Mehrheit diessseits der CDU und Börners angewandter Praxis der Theorie Richard Löwenthals von der Unvereinbarkeit von SPD und alternativem Denken. Das gelegentlich harlekinhafte Auftreten der Alternativen, das zur Befriedigung der linken Randzone oder der grünen Kerngemeinde vorgeführt wird, ist Männern von der Herkunft Börners gewiß ein nachempfindbarer Greuel. Aber hat die SPD nicht gerade eben wieder, und nicht zum ersten Mal, erfahren müssen, wieviele Feinde sozialer Demokratie sich in Maßanzügen und unter der Maske von Blademännern verbergen?

Man lege das sogenannte Lambsdorff-Papier und die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der hessischen Grünen beide neben Börners Beschäftigungsprogramm und prüfe vorurteilsfrei, was eher zusammengeht. In den Vorschlägen des hessischen Ministerpräsidenten zur Förderung der Fernwärme, des sozialen Wohnungsbaus oder des öffentlichen Personennahverkehrs könnte sich auch die Grünen wiederfinden. Umgekehrt sollten auch Sozialdemokraten daran interessiert sein, den ökologischen Landbau, die vermehrte Wiederverwertung von Naturrohstoffen oder Initiativgruppen von Arbeitslosen zu fördern, um abzutasten, ob jenseits von Milton Friedman und John Maynard Keynes Wege aus der Wachstumskrise führen. Wegen der geringen Zahl realisierungsreifer, förderungsfähiger Projekte dürfte dabei das politische wie finanzielle Risiko begrenzt sein.

Da der hessische Ministerpräsident von Biblis C und WAA zumindest zeitlich abgertickt ist, liegt der Kernpunkt des Streits zwischen ihm und den Grünen im Mönchsbruch. Nur wenn die regierenden Sozialdemokraten im Ringen um die Startbahn West ein paar Schritte zurückgehen, ist es nach meiner Einschätzung denkbar, daß die Grünen einen SPD-Ministerpräsidenten stützen und vielleicht sogar mitwählen. Solange man mit den Vertretern der neuen Gruppierung nicht spricht, bleibt man freilich auf Mutmaßungen und Unterstellungen angewiesen.

Es liegt im Interesse der Sozialdemokratie und der



hessischen Wählerschaft insgesamt, daß die SPD-Landtagsfraktion mit den Parlamentsgrünen redet, denn weder ist eine andere mehrheitsbildende Kombination sichtbar, noch ist den hessischen Wählern eine Wiederholung der Wahl zumutbar. Holger Börner und seine bislang maßgeblichen engeren Ratgeber scheinen nach ihren bisherigen Ankündigungen aber gegenüber den grünen Abgeordneten just jene Kontaktsperre verhängen zu wollen, die sich Willy Brandt von anderen nicht aufnötigen lassen mochte. Wer im Wahlkampf soviel zugunsten der bis zum 17. September völlig demoralisierten hessischen SPD bewegt hat, dem steht auch das Recht zu, den führenden hessischen Genossen in Wiesbaden einmal eine Orientierungshilfe zu geben, wie sie dort offensichtlich dringend benötigt wird.

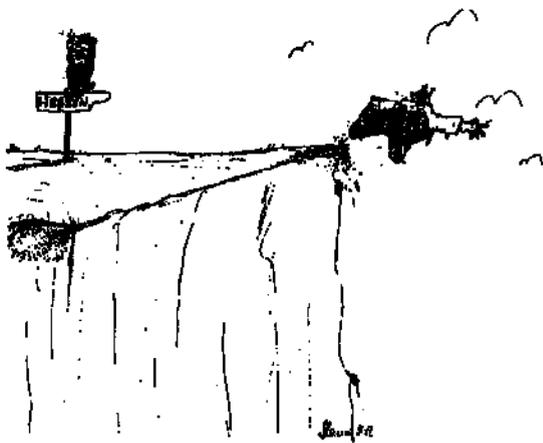
Nach dem Kanzlersturz gibt es auch für die hessischen Sozialdemokraten anderes Wichtige neben Grünem und Grünen, Staatliche Beschäftigungspolitik, soziale Ausgewogenheit bei der Sanierung der Staatsfinanzen und Abrüstungsbemühungen werden die Genossen endlich von neuem beflügeln und einengen. Und doch kann die hessische SPD nicht allein parasitär von der Bonner Szene und Bonner Themen leben. Das halbe Tausend neuer Mitglieder, das der SPD in Südhessen zwischen dem 17. und 26. September zuströmte, ist nicht hiesiges Verdienst. Auf den immer spärlicher besuchten Mitgliederversammlungen der letzten Jahre sah man kaum noch ein junges Gesicht. Es wuchsen somit keine politischen Talente und Ideen nach. Die SPD bewegte sich langsam auf jenen „partei biologischen“ Tod zu, der für die FDP laut Franz Josef Strauß eine nahe Gefahr

ist. „Ende der Fahnenstange“ ist eben auf Dauer kein begeisterungsfähiges Programm, im Bund nicht und auch nicht auf Landesebene.

Wenn es richtig ist, wie Willy Brandt sagt, daß die SPD in Bonn nur so stark sein kann, wie ihr Kräfte von unten, über die Verantwortung in Bundesländern und Gemeinden, zuwachsen, so ist den hessischen Genossen die Aufgabe gestellt, hier viel verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen.

Leider haben sich in zahlreichen Fällen sozialdemokratische Kommunalpolitiker, einmal aus dem Amt in die Opposition gedrängt, dort zur Erneuerung unfähig gezeigt. Nach der Übernahme des Stadtreģiments in Frankfurt durch Walter Wallmann (CDU) bewegten sich die Genossen im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung so in den alten Denkschienen weiter, statt mit einem Wechsel der Personen an der Spitze auch neue Gesichtspunkte zu gewinnen. Aufgabe der in den Gemeinden tätigen Genossen wäre es, zeitgemäße Konzeptionen einer menschen- und umweltfreundlichen Stadtgestaltung, einschließlich Energieversorgung und Verkehrlenkung, zu entwickeln und sich dabei auf die tätige Mithilfe sowie Anregungen von Bürgerinitiativen zu stützen. Dieser Weg führt freilich nur dann zum Ziel, wenn von den wenigen zu politischer Mitwirkung bereiten Jugendlichen ein erheblicher Teil den Weg in die SPD findet, statt wie bislang überwiegend das Heil bei den Grünen und der Jungen Union zu suchen.

Führende hessische SPD-Funktionäre, insbesondere solche in Wiesbaden, pflegen aber vorzugsweise die Diskussion von oben nach unten, die wenig attraktiv und noch weniger fruchtbar ist. Begonnen die Neuzugänge der letzten Wochen diesem Stil und



erleben sie den phantasielos-lethargischen Trott vieler Ortsvereine, werden sie dieser Partei bald wieder den Rücken kehren. Abgeordnete, die zur Halbzeit der Legislaturperiode einem Nachrücker Platz machen, sind vielleicht nicht das Gelbe vom Ei. Doch geschäftelhubernde Multifunktionäre, die in Klischees denken und sprechen, sind kritischen Zeitgenossen ein absoluter Greuel. Die Gunst der Stunde muß auch in dieser Hinsicht zu einer Erneuerung an Haupt und Gliedern genutzt werden.

Neue Fragen suchen sich wahrscheinlich nicht neue Mehrheiten à la Genscher, aber sie erwählen sich gewiß andere Parteien, wenn sich die SPD ihrer

## Horst Becker: Die Hessen-Wahl: Ein Ereignis zum Nachdenken

---

*Horst Becker, Jahrgang 1941, ist seit 1969 auf dem Gebiet der Wähler- und Parteienforschung tätig, bis 1979 in einem Sozialforschungsinstitut in München, seither als selbständiger sozialwissenschaftlicher Berater; s. a. seinen Beitrag in NG 12/80.*

---

Ein hessischer SPD-Politiker wurde kurz nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen in der Wahlnacht von Freunden gefragt, wie er sich denn fühle. Seine Antwort war sympathisch und klug: „Ich bin glücklich und nachdenklich.“ Dieses Wahlergebnis, das zu Recht als große Überraschung oder auch als Sensation gewertet wurde, eignet sich tatsächlich schlecht für rasche Analysen: Wenn die Erwartungen der Politiker, der Journalisten, der Wahlforscher und nicht zuletzt der Wähler (rd. 80 Prozent rechneten mit einem Wahlsieg Alfred Dreggers) so auf den Kopf gestellt werden, kann es unmittelbar nach diesem Ergebnis nicht bereits eindeutige und schlüssige Erklärungen geben. Es gab sie dennoch, selbstverständlich in vielfältigen Varianten, bereits in der Wahlnacht und in den Tagen danach.

### Wenig nachdenkliche Interpretationen

Mit zwei Erklärungsansätzen will ich mich kurz beschäftigen, weil sie in der Lage sind (und auch bereits entsprechende Wirkungen erzielt haben), vom Nachdenken über die politisch-psychologischen und inhaltlich-perspektivischen Signale des hessischen Wahlergebnisses abzulenken.

nicht bemächtigt. Die Landesregierung muß nun zeigen, wie sich auch im engen Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas zur Vermehrung der Beschäftigung tun läßt. Sie kann nun, nach der Abschaffung des Baßög durch die neue Bundesregierung, das Thema Gleichheit der Bildungschancen von neuem aufs Tapet bringen. Umweltschutz und Umweltgestaltung müssen die Genossen in Wiesbaden nun von den hinteren Rängen hervorholen und auf die vorderen Plätze setzen. Ein zweites Mal erscheint kein Helmut Schmidt zu später Stunde auf der Wa(h)lstatt, um die SPD in Hessen vor ihrem Waterloo zu bewahren.

### Die „demoskopische Alptraum-Variante“

Diese Argumentation geht zunächst von einem objektiven Tatbestand aus: CDU und SPD haben ungefähr die gleiche Stimmenzahl erhalten wie 1978. Die „Wähler-Blöcke“ der beiden großen Parteien sind nahezu unverändert, die Parteien-Anteile scheinen also zu stagnieren. Dies sei ein Beweis dafür, daß die Umfragen, die von kräftigen Abwanderungen von SPD-Anhängern zu den Unions-Parteien berichtet hatten, falsch oder zumindest übertrieben waren.

Sind wir also Opfer einer Art von „Hysterie der Meinungsforscher“ und ihrer befragten Wähler geworden, waren die Popularitäts-, Potentials- und Kompetenzkurven der letzten Monate Bilder aus einem „demoskopischen Alptraum“?

Selbst wenn einige Daten der Meinungsforschungs-Institute die Situation der SPD in der Wählerschaft zu pessimistisch und die Lage der Unions-Parteien zu optimistisch eingestuft haben sollten: Das „Stimmungstief“ der Sozialdemokratie und das Hoch der CDU ist nun wirklich keine Erfindung der Meinungsforscher. Weder bei der Landtagswahl in Niedersachsen in diesem Jahr (SPD -5,7%, CDU +2,0%), noch bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg im Juni 1982 (SPD -8,7%, CDU +5,6%) haben die Demoskopien die Wahlurnen gefüllt! Damals waren übrigens auch die „Wahlprognosen“ der Institute ziemlich exakt.

In Hessen wurden die meisten Untersuchungen, deren Ergebnisse in der Presse veröffentlicht wurden, vor den einschneidenden Ereignissen in Bonn durchgeführt. Die Bonner Entwicklung hat vieles auf den Kopf gestellt, auch diese Ergebnisse der Meinungsforschung. Es gab im übrigen Umfragen, die unmittelbar nach dem 17. September bundesweit ei-

nen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zugunsten der SPD festgestellt haben. Einem Institut ist dies nicht gelungen und es formuliert nun – bar jeder Selbstkritik – eine Interpretation zum hessischen Wahlergebnis, die man getrost als abenteuerlich bewerten darf:

### Das „Verrats-Drama“

Diese Erklärungsvariante wurde den Lesern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 29. September 1982 von Frau Prof. Noelle-Neumann angeboten (und von CDU/CSU-Politikern – so von Strauß in einem „Spiegel“-Interview – dankbar aufgegriffen).

Die Autorin kann als Spezialistin für „Opfer-Theorien“ gelten, wenn es darum geht, Wahlniederlagen der CDU zu interpretieren: 1972 trauten sich die CDU-Wähler nicht an die Öffentlichkeit, weil sie ohnmächtig in den Sog der „Schweigespirale“ geraten waren. Vier Jahre später wurde der Union der schon sichere Wahlsieg von den Journalisten der Fernsehanstalten entrissen. Und in Hessen hat nun also ein „Verrats-Drama“ stattgefunden: „Die Ergebnisse der bundesweiten Blitz-Umfrage des Allensbacher Instituts für die Zeit vom 18. bis 20. September 1982 sprechen dafür, daß nicht die Vorgänge selbst, sondern ihre Wahlplakat-Interpretation als Verrat in der Endphase im hessischen Wahlkampf die CDU so getroffen hat. Denn am Wochenende nach dem Bruch der Koalition stand die CDU bundesweit bei 52,1 % (!), also unberührt von den Ereignissen. Es muß nach diesem Wochenende etwas Neues ins Spiel gekommen sein, und außer der Verrats-Kampagne in Hessen ist kaum etwas zu finden, dem man eine so starke Wirkung zutrauen könnte.“

Mit anderen Worten: Eine Wahlkampfformel hat den Stimmungsumschwung in Hessen bewirkt. Die Wähler haben nicht auf die Bonner Akteure und Aktionen reagiert, sondern sind einem Trick der SPD-Wahlkampfmanager aufgesessen. Der einzige Beweis für diese These ist eine Allensbacher Blitz-Umfrage, die den sich anbahnenden Stimmungswandel noch nicht erfaßt hatte. Hier wäre nun doch ein bißchen mehr Selbstkritik anzuraten.

### Palmström-Philosophie in der FDP-Spitze?

Die FDP mußte mit der Niederlage in Hessen rechnen, überrascht sein konnte sie allenfalls von ihrem Ausmaß. Noch im Frühjahr dieses Jahres hatten die Freien Demokraten bundesweit wie auch in Hessen eine Wählerbasis von 7 bis 9 Prozent. Die überwiegende Mehrheit dieser Anhänger sprach sich – auch in Hessen! – für eine Zusammenarbeit der

FDP mit der SPD in Bundes- und Landesregierung aus.

Nach der Festlegung der hessischen Liberalen auf ein Bündnis mit der CDU signalisierten aber die Meinungsumfragen aller Institute dieser Partei rasch abnehmende Wähleranteile. Auch die über viele Jahre sehr eindrucksvolle Popularitätskurve des FDP-Parteivorsitzenden Genscher zeigte in kurzer Zeit eine drastische Abwärtsentwicklung.

Möglicherweise vertraute die FDP-Führung auf die so oft bewährte „normative Kraft des Faktischen“, die am Ende doch verhindern werde, was nicht sein dürfe. Unterschätzt hat sie in jedem Fall die Tatsache, daß gerade in ihrer „klassisch-liberalen Wählerklientel“ Stillfragen eine besonders große Rolle spielen.

Bei der Wahl in Hessen mußte die FDP – so zeigen erste wahlstatistische Analysen – besonders starke Verluste in ihren „bürgerlichen Hochburgen“ hinnehmen. Wenn dies richtig ist, dann muß diese Entwicklung die FDP-Führung nachdenklich stimmen: Die Abgrenzungsstrategie von Hans-Dietrich Genscher und Graf Lambsdorff gegenüber der SPD, die auf die Einbindung und Mobilisierung des „Mittelstandes“ zielte, hat bei diesen Wählern anscheinend einen gegenteiligen Effekt erreicht.

### Keine Überraschung: Das Ergebnis der Grünen

Das gute Abschneiden der Grünen konnte nicht überraschen. Alle Umfragen deuteten schon lange darauf hin, daß diese Partei mit Sicherheit im neuen hessischen Landtag vertreten sein würde. Doch dies ist keine hessische Besonderheit: Auch in anderen Bundesländern liegt der Anteil der Grünen-Anhänger jenseits der 5%-Marke. Einige Hinweise zum Ergebnis der Grünen scheinen mir wichtig zu sein:

- ▷ Ähnlich wie bereits bei der Landtagswahl in Niedersachsen haben die Grünen nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem „flachen Land“ mehr als 5 % der Wählerstimmen erreicht; sie kommen auch in Gegenden ohne ökologische Konflikte auf beachtliche Ergebnisse.
- ▷ Die Städte Darmstadt (grüner Stimmenanteil 11,0 bis 14,3 %), Gießen (10,1 %) und Frankfurt können mittlerweile als relativ stabile Hochburgen der Grünen gelten. In sechs der acht Frankfurter Wahlkreise erreichten sie zweistellige Stimmenanteile. Es gelang ihnen in diesen Städten, das ohnehin schon gute Ergebnis der Kommunalwahlen von 1981 noch zu übertreffen. Die These, ein größerer Teil der Grünen bzw. Alternativen-Anhänger hätte angesichts der aktuellen Entwicklung in

Bonn sich doch wieder für die SPD entschieden, findet also zumindest in diesen Wahlergebnissen keine Stütze.

- ▷ Erwartungsgemäß schnitten die Grünen in der „Startbahn-Umgebung“ sehr gut ab. Ihre im vergangenen Jahr bei der Kommunalwahl erreichte Position konnten sie allerdings nur unwesentlich ausbauen.

Doch auch für die Grünen kann es Anlaß zum Nachdenken geben: Einige Daten weisen darauf hin, daß ihre Attraktion in breiteren Bevölkerungsschichten rapide abnimmt, sobald Probleme, die sie aufgreifen und für die sie sich engagieren, gelöst oder nicht mehr aktuell sind: Im nord-hessischen Volkmarzen beispielsweise, wo eine von den Grünen organisierte Wählervereinigung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage bei den Kommunalwahlen 1981 stärkste Fraktion geworden war, hielt sich das Ergebnis der Grünen bei der Landtagswahl 1982 in normalen Grenzen. Volkmarzen ist inzwischen nicht mehr als WAA-Standort im Gespräch.

Volkmarzen ist selbstverständlich kein „harter“ Beweis für meine These. Und die Tatsache, daß die Grünen in Biblis unterdurchschnittlich abgeschnitten haben, beweist selbstverständlich auch nicht, daß das Thema Kernkraft nicht mehr umstritten ist. Aber eines scheint unbestritten zu sein: Die Grünen brauchen für die Mobilisierung ihrer Anhänger Konflikte mit hoher „symbolischer Bedeutung“; sie werden einige Probleme haben, ihre Anhänger auch im „politischen Alltag“ zur Unterstützung und Mitarbeit zu motivieren.

#### Ende der „Grätsche“ für die SPD?

Peter Glotz benutzte das Bild von der „Grätsche“ zur Kennzeichnung der seit Mitte 1981 immer schwieriger werdenden Bemühungen der SPD, die Abwanderung ehemaliger SPD-Wähler zur CDU/CSU einerseits und zu den Grünen andererseits zu verhindern. Über lange Zeit ist dies nicht gelungen, die Grätsche wurde zunehmend zum Spagat. Ehemalige SPD-Wähler sorgten dafür, daß bei Kommunal- und Landtagswahlen die CDU glänzende Erfolge errang – sei es durch Stimmabgabe für diese Partei oder durch Wahlenthaltung. Ebenso verdanken die Grünen bzw. Alternativen ihren Einzug in die Parlamente nicht allein dem Zustrom von Erstwählern, sondern auch starken „Zuwanderungen“ von ehemaligen SPD-Jungwählern.

Die Analysen zur Landtagswahl in Hessen weisen darauf hin, daß die SPD-Verluste an die Grünen beträchtlich waren und nur durch Stimmengewinne aus

dem Lager der FDP und durch Mobilisierung von verdrossenen Nichtwählern etwas kompensiert werden konnten. Aber es ist gelungen, ehemalige SPD-Wähler, die aus Unzufriedenheit über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung und aus Unsicherheit über den künftigen Kurs der SPD CDU oder gar nicht mehr wählen wollten, zurückzugewinnen.

Wie erklärt sich ein solcher Einstellungswandel nach einer langen Phase „stabiler Verdrossenheit“? Die Wählerforschung bietet dazu bislang keine zureichenden Erklärungen, aber ihre Daten lassen doch einige Annahmen oder Thesen zu:

1. Die Bonner Ereignisse haben ein „moralisches Entrüstungs-Potential“ mobilisiert, das von der FDP- und CDU-Führung wohl unterschätzt wurde. Die Wähler haben die Legalität und Legitimität eines Regierungswechsels nicht in Frage gestellt, aber sie wollten darüber selbst in Neuwahlen bestimmen. Ich wage in diesem Zusammenhang noch eine Prognose: Die Hoffnung einiger Politiker, die in den letzten Wochen entstandenen Emotionen würden rasch abklingen, ist nicht sehr realistisch.

2. Mit seinem Vorstoß im Deutschen Bundestag und den in seinen Reden vorgetragenen politischen Forderungen und Perspektiven schloß Holmut Schmidt die „Identitätslücke“, die zwischen ihm und seiner Partei in der Wahrnehmung eines Teils der Wähler bestanden hatte. Wer sich als Wähler nun mit Bundeskanzler Schmidt solidarisieren wollte, mußte seiner Partei die Stimme geben.

3. Die Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Thesen des Grafen Lambsdorff gab der SPD die Gelegenheit, klassische wertbezogene sozialdemokratische Positionen in der Öffentlichkeit offensiv vorzutragen. In Hessen trafen nun auch Holger Börner und die Hessen-SPD mit ihren Vorstellungen und Plänen zur Beschäftigungspolitik auf wachsende Aufgeschlossenheit und Zustimmung.

4. Bei einem Teil der Wähler, die sich eine politische Wende gewünscht hatten, kehrte angesichts der Auseinandersetzungen im künftigen neuen Bonner Bündnis und angesichts der sich abzeichnenden wirtschafts- und sozialpolitischen Pläne Ernüchterung ein. Dies gilt insbesondere für Wähler, die seit der Bundestagswahl 1980 von der SPD zu den Unionspartnern gewechselt waren.

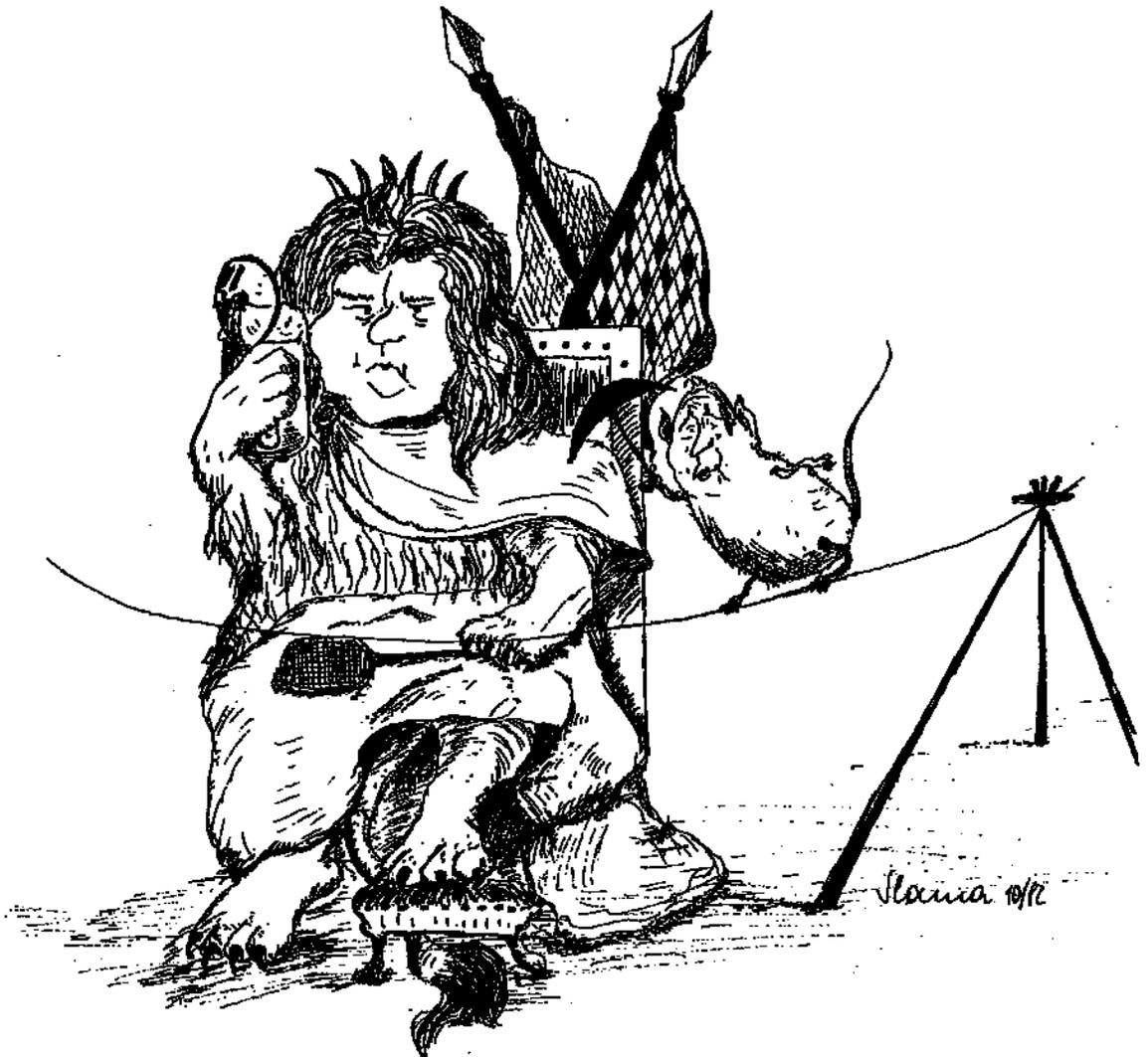
Ende der Grätsche also für die Sozialdemokratie? Diese gymnastische Übung ist bedrückend statisch. Der Wählerzuspruch aus Hessen und der Mitgliederzuwachs der letzten Wochen eröffnen tatsächlich bessere Aussichten.

## Ferdinand Müller-Rommel: Die hessischen Landtagswahlen 1982 aus der Sicht der Wahl- forschung

Dr. Ferdinand Müller-Rommel, Jahrgang 1952, ist freier Politik-Berater für das Bundeskanzleramt. Veröffentlichungen u. a.: „Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD“ (1982); s. a. NG 4/80

Der Hessenwahl wurde in der politisch interessierten Öffentlichkeit ungewöhnlich hohe Aufmerksam-

keit geschenkt. Insbesondere, weil man dachte, das Wahlergebnis werde auch über den Fortbestand der Bundesregierung entscheiden. Wenige Tage vor dem Wahlsonntag haben politische Beobachter noch angenommen, daß die Unionsparteien das konstruktive Mißtrauensvotum in Bonn nicht stellen würden, wenn die FDP in Hessen unter 5% bliebe. Bei dieser Kalkulation ging man freilich davon aus, daß die CDU eine absolute Mehrheit erhalten und auch auf Bundesebene über 50% der Wählerstimmen bekommen würde. Die unerwartet hohen Stimmenanteile für die SPD und das enttäuschende Wahlergebnis für die CDU ließen die Unionspolitiker jedoch an den



von Frau Noelle-Neumann „verlässlich“ vorausgesagten Unionsmehrheiten im Bund zweifeln. Aus Angst vor einem ähnlich schlechten Wahlergebnis auf Bundesebene stellte die CDU/CSU am 1. Oktober 1982 das konstruktive Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Schmidt und vereitelte damit die von der SPD für November dieses Jahres vorgeschlagenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag.

#### **Sichworte zum Wahlergebnis**

Das Votum der hessischen Wähler hat alle etablierten Parteien als Verlierer hervorgebracht. Als eigentliche Gewinner konnten sich lediglich die Grünen fühlen. Bei einer um 1,4 % geringeren Wahlbeteiligung als 1978 verlor die SPD 1,5 % ihrer Stimmenanteile und erreichte insgesamt 42,8 %. Trotz mancher Euphorie sollte man nicht übersehen, daß dieses Ergebnis für die SPD das schlechteste seit den Landtagswahlen 1954 war. Die CDU mußte nur leichte Verluste (0,4 %) hinnehmen und erzielte 45,6 % der Stimmen. Damit bewegt sich die Union seit ihrem größten hessischen Wahlerfolg von 1974 langsam, aber stetig abwärts (1974: 47,3 %; 1978: 46,0 %). Den stärksten Einbruch erlebten die Liberalen. Die FDP verlor gegenüber 1978 mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und erzielte ihr schlechtestes Ergebnis sämtlicher Landtagswahlen im Bundesgebiet sowie aller Bundestagswahlen seit 1949. Die Stimmenanteile sind von 6,6 % auf 3,1 % gesunken. Die Grünen konnten hingegen ihren Stimmenanteil gegenüber 1978 vervierfachen. Sie erzielten 8,0 % und wurden damit – wie bereits in Berlin, Niedersachsen und Hamburg – drittstärkste Partei im Landtag.

Politisch gesehen war die SPD der klare Sieger der Hessenwahl. Durch eine verstärkte Mobilisierung der Parteihänger und durch eine Emotionalisierung des „politischen Klimas“ in der letzten Wahlkampfwoche übertrumpfte die hessische SPD ihre eigenen Erwartungen an das Wahlergebnis. Für die CDU bedeutete der Wahlausgang eine Katastrophe. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte: „Wenn die CDU diesmal, da die Bedingungen so günstig schienen wie nie zuvor, den Sprung an die Regierungsmacht in Hessen nicht schaffen konnte, wann könnte es ihr dann gelingen?“ (FAZ v. 27. 9. 82). Die FDP ist nicht nur in einem weiteren Bundesland aus dem Landtag herausgefallen, sondern auch in ihrer neuen Koalitionspolitik mit der CDU nicht bestätigt worden. Die Grünen haben in Hessen ihren bundesrepublikanischen „Wählerrekord“ gebrochen: Bislang erhielten die grünen/alternativen Par-

teien ihr bestes Ergebnis in Berlin (1981) mit 7,2 % und in Hamburg (1982) mit 7,7 %. Damit haben die Grünen/Alternativen bei allen Landtagswahlen seit Herbst 1979 (mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Saarland) den Sprung in die Länderparlamente geschafft. Sie sind gegenwärtig parlamentarisch vertreten in Bremen, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Hessen.

#### **Partei-politische und regionale Besonderheiten**

Die Besonderheiten der Hessenwahl lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die SPD konnte die meisten Stimmenanteile in Wahlkreisen mit hohen Arbeiteranteilen und niedrigen Ausländeranteilen erzielen. Andererseits mußten die Sozialdemokraten die höchsten Einbußen in Gegenden mit niedriger Arbeitslosenquote und mit hohen Ausländeranteilen sowie in großstädtischen Wahlkreisen hinnehmen (z. B. Offenbach – 2,3 %, Frankfurt – 2,1 %, Kassel – 1,8 %, Darmstadt – 1,6 %). In den 14 „sicheren“ SPD-Kreisen und sogenannten Hochburgen hat die Partei ebenfalls überdurchschnittlich viele Wählerstimmen verloren (im Schnitt: – 2,7 %). Die regional stärksten Verluste erzielte die SPD in den Gebieten Groß-Gerau (– 8,6 %) Frankfurt 5 (– 4,7 %) sowie in Offenbach Land (– 3,6 %), die allesamt im Einzugsbereich der „Startbahn West“ liegen. Vermutlich gingen diese Stimmeneinbußen zugunsten der Grünen, die gerade in diesen Wahlkreisen durchschnittlich 13,0 % zulegen konnten. Aus den Wahlergebnissen läßt sich weiterhin ableiten, daß zahlreiche ehemalige FDP-Wähler zur SPD übergelaufen sind; dort, wo bisher die FDP überdurchschnittlich hoch repräsentiert war, konnte die SPD auffallend viele Stimmen gewinnen; während die Sozialdemokraten in Wahlkreisen, in denen die FDP bisher schon relativ schwach war, vergleichsweise schlechter abschnitt.

Die Struktur der CDU-Wahlkreise ist gekennzeichnet durch niedrige Arbeiteranteile, niedrige Ausländeranteile, mittleres Bildungsniveau, hohe Anteile von Katholiken. Die besten Ergebnisse erzielte die Union in kleineren und mittelgroßen Städten mit hohen gewerblichen Anteilen. Die höchsten Einbußen mußte die CDU in ihren Hochburgen hinnehmen: Die Union verlor überall dort viele Stimmen, wo sie 1978 noch die höchsten Anteile erhalten hatte. Auffallend ist ferner, daß die CDU – im Vergleich zur Landtagswahl 1978 – größere Verluste in den traditionellen sozialdemokratischen Hochburgen erhielt. Dies bestätigt einerseits die These von der Mobilisierungskraft der Sozialdemokraten in der letzten Wahl-

kampfwoche. Andererseits deutet dieses Ergebnis aber auch darauf hin, daß ein sozialdemokratischer Bundeskanzler und die SPD auf die Lohnabhängigen, die bei den vergangenen Landtagswahlen häufiger als zuvor die Unionsparteien gewählt haben, in „politischen Krisenzeiten“ zählen können.

Die FDP verlor in *allen* Wahlkreisen einen Sockelbetrag von mindestens 2%. Die Liberalen erhielten insbesondere in großstädtischen Wahlkreisen überdurchschnittliche Verluste (z. B. Offenbach - 4,0%; Frankfurt - 5,3%; Kassel - 4,0%; Darmstadt - 4,8%).

Von den insgesamt 55 Wahlkreisen erhielten die Grünen in 17, überwiegend städtischen Wahlkreisen mehr als 10% der Stimmen. Ferner haben die Grünen in sogenannten Problemgebieten mit aktuellen Umweltauseinandersetzungen hohe Erfolge erzielt, z. B. in Groß-Gerau (Startbahn West) und in Schwalm Eder/Waldeck/Frankenburg (Wiederaufbereitungsanlage). Nur in fünf überwiegend ländlichen Wahlkreisen lag der Stimmenanteil für die Grünen unter 5%. Ähnlich wie in anderen Bundesländern zeichnet sich die Struktur der grünen Wahlkreise aus durch niedrige Arbeiteranteile, überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau, relativ niedrige Arbeitslosenquote, hohen Ausländeranteil, hohen Dienstleistungsanteil.

#### Politische Bewertung und Perspektiven

1. Vergleicht man das hessische Wahlergebnis mit den prognostizierten Umfrageergebnissen vor der Wahl, dann scheint sich eine weit verbreitete These aus der Wahlforschung *nicht* zu bestätigen: Der Wähler ist offenbar keineswegs schon Wochen vor dem eigentlichen Wahltermin auf eine bestimmte Partei festgelegt. Vielmehr läßt sich der Wahlentscheid der Bürger durch kurzfristig eingetretene, weitreichende politische Ereignisse noch wenige Tage vor der Wahl entscheidend beeinflussen.

2. Zu Recht stellte Holger Börner in der Wahlnacht fest, daß das unerwartet gute Ergebnis der SPD weniger auf seine Politik der vergangenen vier Jahre als vielmehr auf die bundespolitische Entwicklung seit dem 17. September 1982 zurückzuführen sei. Zweifellos kann das SPD-Wahlergebnis als Reflex auf den von Genscher und Lambsdorff von langer Hand geplanten Kanzlersturz und der damit verbundenen

Neugründung einer „christlich-liberalen“ Koalition in Bonn bewertet werden.

3. Wer aber sind diejenigen Bürger, die sich noch in den letzten Tagen vor der Wahl entschlossen haben, die SPD zu wählen? Obwohl Holger Börner meint, er hätte sicherlich keine Stimmen von den Grünen bekommen (und mit diesem Argument u. a. seine Abgrenzung gegen die Grünen begründet), deutet dennoch einiges darauf hin, daß gerade ehemalige SPD-Wähler (und hier vor allem zahlreiche „Juso-Häuptlinge“), die sich im Verlauf der vergangenen Jahre den Grünen zugewendet haben, zur SPD zurückgekehrt sind. Schließlich ist den Grünen, die sich ja bekanntlich vor allem aus Jugendlichen und ehemaligen SPD-Wählern zusammensetzen, ein Wahlergebnis von 11% vorhergesagt worden, das immerhin um 3% über den tatsächlich erhaltenen Stimmenanteilen lag.

Des weiteren sind die Verfechter des sozial-liberalen Flügels innerhalb der FDP mit Sicherheit auch zu SPD-Wählern geworden. Insofern ist das relativ hoch ausgefallene SPD-Ergebnis insgesamt darauf zurückzuführen, daß sich - für viele politische Beobachter sicherlich unerwartet - ein bislang einmaliges Bündnis aus SPD-Stammwählern, Sozialliberalen und Teilen der Friedens- und Umweltschutzbewegung (grüne Wähler) gebildet hat.

4. Inwieweit nun diese „neue Allianz“ auch auf Bundesebene längerfristig beständig bleibt, ist m. E. abhängig von einer klaren Profilierung der SPD in sachlichen und politischen Fragen. Um die „neue Allianz“ auch in näherer Zukunft zusammenzuhalten, muß die SPD u. a. in der Öffentlichkeit überzeugend die folgenden Positionen vertreten:

- für eine solide Wirtschafts- und Sozialpolitik, d. h. gegen neokonservative und wirtschaftsliberale Konzepte und für eine konsequente Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie für eine Reformierung des sozialen Sicherungssystems;
- für eine ernstgemeinte Friedenspolitik, d. h. gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und für bilaterale Abrüstung;
- für eine klare Außenpolitik, d. h. gegen wirtschaftliche Sanktionen als politische Strategie und für Entspannungspolitik gegenüber Ost und West sowie gegenüber den Ländern der Dritten Welt.



## Alfred Emmerlich: Verfassungsschutz im demokratischen Staat

*Alfred Emmerlich, Jahrgang 1928, von Haus aus Richter, seit 1972 im Bundestag, hält eine Grundsatzdiskussion in der SPD über Nachrichtendienste, insbesondere den Verfassungsschutz, für erforderlich und möchte sie mit diesem Beitrag in Gang bringen.*

Verfassungsschutz ist nach einer in Art. 73 Ziff. 10 b) GG enthaltenen Begriffsbestimmung der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes. Vom Verfassungsschutz ist im Grundgesetz noch in Art. 87 die Rede. Danach können durch Bundesgesetz Zentralstellen zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes eingerichtet werden. Durch das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (im folgenden VerSchutzG) hat der Bund als Bundesoberbehörde das Bundesamt für Verfassungsschutz (im folgenden BfV) errichtet. Das BfV untersteht dem Bundesminister des Innern.

So eindeutig es nach dem Grundgesetz ist, daß Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden neben dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit von Bund und Ländern die Bewahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, so unbezweifelbar ist es andererseits, daß Freiheit und Demokratie letztlich nur gewährleistet sind und Bestand haben, wenn eine Vielzahl von Bedingungen gegeben sind, die dazu führen müssen, daß die Bürger sich zur freiheitlichen und demokratischen Ordnung bekennen, daß sie sie als die ihre ansehen, ihre Wertmaßstäbe für ihr eigenes gesellschaftliches Verhalten akzeptieren und bereit sind, für Freiheit und Demokratie einzutreten. Durch welche Umstände diese Einstellung der Bürger entsteht und erhalten bleibt, soll hier im einzelnen nicht untersucht werden. Man darf aber davon ausgehen, daß unter den heutigen Bedingungen der freiheitlich-demokratische Staat die Menschenrechte für seine Bürger garantieren muß. Der

demokratische Staat muß ferner eine von Recht und Gesetz bestimmte Gesellschaftsordnung entwickeln, die seinen Bürgern eine menschenwürdige Existenz bietet, soziale Sicherheit gewährleistet und für soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung der ideellen und materiellen Güter dieser Welt eintritt.

Unter diesen Aspekten ist der institutionelle Verfassungsschutz durch Verfassungsschutzbehörden hier eine Voraussetzung für Freiheit und Demokratie neben vielen anderen, gewiß nicht die wichtigste, wahrscheinlich nicht einmal eine unverzichtbare. Darüber muß man sich stets im klaren sein, wenn es um den Schutz der Freiheit und der Demokratie geht und um den Stellenwert, den die Verfassungsschutzbehörden dabei letztlich haben.

Aufgabe des BfV ist nach § 3 Abs. 1 VerSchutzG die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Spionagetätigkeit für eine fremde Macht (§ 3 Ziff. 2 VerSchutzG),
2. die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik (§ 3 Abs. 1 Ziff. 3 VerSchutzG) und
3. verfassungswidrige Bestrebungen (§ 3 Abs. 1 Ziff. 1 VerSchutzG).

Nach § 3 Abs. 2 VerSchutzG wirkt das BfV ferner mit bei Sicherheitsüberprüfungen.

Das BfV ist nach § 3 Abs. 3 S. 2 BVerSchutzG befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden.

Ist es mit den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie vereinbar, einen mit nachrichtendienstlichen Befugnissen ausgestatteten Geheimdienst zu unterhalten, der im Inland tätig wird, der politische Bestrebungen und nicht selten Bürger in ihrer Privatsphäre beobachtet?

In einer freiheitlichen Demokratie muß die Privatsphäre von staatlicher Beeinflussung, aber auch von staatlicher Überwachung und Beobachtung frei sein. Der Verfassungsschutz wird in Erfüllung seines Auftrages, in der Regel ohne daß der Betroffene etwas davon erfährt, Informationen aus dem geschützten privaten Bereich sammeln und auswerten müssen. Zu den konstituierenden Ordnungsprinzipien der freiheitlichen Demokratie gehört die Freiheit der politischen Überzeugung und der politischen Betätigung. Die Beobachtung und Überwachung politischer Vereinigungen durch staatliche Instanzen ist damit an sich unvereinbar. In einer freiheitlichen Demokratie muß schließlich staatliches Handeln für den Bürger erkennbar, durchschaubar und kontrollierbar sein. Bei einer staatlichen Tätigkeit, die sich im geheimen vollzieht, ist das nicht der Fall.

Ist der Verfassungsschutz trotz dieser prinzipiellen

Unvereinbarkeiten mit einer freiheitlichen demokratischen Ordnung gleichwohl zu rechtfertigen?

Diese Frage wird im allgemeinen unter Hinweis auf das Schicksal der Weimarer Republik mit dem Stichwort von der „wehrhaften Demokratie“ beantwortet: Auch eine freiheitliche Demokratie dürfe denen nicht neutral und tatenlos zusehen, deren Bestreben es sei, Freiheit und Demokratie zu beseitigen. Aufgabe des demokratischen Staates sei es vielmehr auch, Freiheit und Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Das Gebot, die Freiheit zu respektieren, und das Verbot, sie zu beseitigen, sei dem Freiheitsbegriff immanent.

Dem wird nicht widersprochen. Folgt daraus aber, daß die freiheitliche Demokratie durch einen Geheimdienst mit dem Auftrag des Verfassungsschutzes geschützt werden muß?

Auch ohne den Verfassungsschutz wäre der freiheitlich-demokratische Staat nicht wehrlos. Er wird geschützt durch Strafbestimmungen gegen Hochverrat (§§ 80 – 83 StGB), gegen eine Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84 – 91 StGB), gegen Landesverrat und die Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 93 – 101 a StGB), gegen bestimmte Angriffe auf ausländische Staaten und ihre Hoheitsträger (§§ 102 – 104 a StGB), durch Strafbestimmungen zum Schutz von Verfassungsorganen, von Wahlen und Abstimmungen (§§ 105 – 108 d StGB), zum Schutz der Landesverteidigung (§§ 109 – 109 k StGB) und zum Schutz der öffentlichen Ordnung sowie von staatlichen Hoheitsträgern (§§ 123 – 145 d StGB). Hinzu kommen Strafvorschriften im Vereinsgesetz (z. B. § 20) und im Ausländergesetz (z. B. § 47 Ziff. 7), die unmittelbar dem Schutz der staatlichen Ordnung dienen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere strafrechtliche Vorschriften, polizeirechtliche und verwaltungsrechtliche Normen, die mittelbar auch den Staat und seine Grundordnung schützen.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird ferner geschützt durch die Art. 9, 18 und 21 GG. Danach können Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, verboten werden. Verboten werden können auch Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten. Demjenigen, der die Grundrechte der Freiheit der Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, der Lehrfreiheit, der Versam-

lungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit, des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, des Eigentums und des Asylrechts zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, können diese Grundrechte entzogen werden.

Reichen diese Möglichkeiten nicht aus, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen?

Diese Frage wäre mit einem „Ja“ zu beantworten, wenn Hoch- und Landesverräter offen agieren würden, infolgedessen ohne besondere Mittel und Methoden erkannt und mit dem vorhandenen polizeirechtlichen, verwaltungsrechtlichen und strafrechtlichen Instrumentarium bekämpft werden könnten. Das aber ist nicht der Fall. Hoch- und Landesverräter versuchen sich der Entdeckung durch Geheimhaltung und konspiratives Verhalten zu entziehen.

Hoch- und Landesverrat können darum ohne einen Geheimdienst und die ihm zur Verfügung stehenden besonderen Mittel, die Tarnung, die Geheimhaltung und die Konspiration zu durchstoßen, nur in höchst unzulänglicher Weise erkannt und aufgeklärt werden. Kein Staat kann sich damit begnügen, bereits begangenen Hoch- und Landesverrat strafrechtlich zu verfolgen. Er muß derartigen Handlungen, intensiver als es bei sonstigen Straftaten möglich und nötig ist, auch präventiv entgegenreten. Die dazu erforderlichen Erkenntnisse und Methoden stehen ihm ohne einen Geheimdienst nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung.

Der freiheitlich-demokratische Staat, der sich zum Schutz von Freiheit und Demokratie eines geheimen Nachrichtendienstes bedient, wird sich aber stets bewußt sein müssen, daß zwischen den Aufgaben, die ein solcher Geheimdienst hat, und den konstitutiven Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie (staatsfreie Privatsphäre, politische Freiheit, Transparenz der Staatstätigkeit) ein Spannungsverhältnis besteht, das Freiheit und Demokratie selbst gefährlich werden kann. Deshalb ist es in einem freiheitlich-demokratischen Staat unerlässlich, den Auftrag der Verfassungsschutzbehörden so zu formulieren und so auszuführen, daß der grundrechtlich geschützte Bereich so wenig wie möglich beeinträchtigt wird, auf jeden Fall aber in seinem Wesensgehalt unversehrt bleibt.

Eine restriktive, auf die Grundrechte Rücksicht nehmende Auftragsbeschreibung und -durchführung hat zur Voraussetzung, daß der Auftrag präzise beschrieben wird. Je vager die Auftragsbeschreibung, desto größer ist die Gefahr, daß der dadurch entstehende Handlungsspielraum in einer Weise ausgenutzt wird, die die Grundrechte und damit letztlich Freiheit und Demokratie gefährdet.

Eine restriktive Auftragsbeschreibung und -durchführung wird die Effektivität des Verfassungsschutzes nicht vermindern, sondern eher erhöhen. Der Verfassungsschutz wird dadurch gezwungen, seine personellen und sachlichen Mittel dort zu konzentrieren, wo tatsächlich ernstzunehmende Gefahren bestehen. Ein Verfassungsschutz, der ohne Rücksicht auf das Ausmaß der Gefährdung von Freiheit und Demokratie flächendeckend, lückenlos und scheinperfekt seinen Auftrag versteht und wahrnimmt, würde nur in einem mit Freiheit und Demokratie nicht mehr zu vereinbarenden totalen Überwachungsstaat treiben und darüber hinaus noch zur Folge haben, daß einerseits Erkenntnisse gewonnen werden, die zur Gefahrenabwehr nicht erforderlich sind, während solche Erkenntnisse andererseits dort fehlen, wo derartige Lücken im Interesse der Auftragsbefreiung nicht vorhanden sein dürfen.

Von besonderer Bedeutung ist die Kontrolle des Verfassungsschutzes

Wie jede andere Behörde unterliegen die Verfassungsschutzbehörden der behördeninternen Kontrolle und der Dienstaufsicht. Die parlamentarische Kontrolle und die Kontrolle der Öffentlichkeit ist infolge des Geheimenschutzes eingeschränkt. Dieses Kontrolldefizit unter Wahrung des zur Auftragsbefreiung notwendigen Geheimenschutzes soweit wie möglich auszugleichen, war und ist eine ständige politische Aufgabe.

Zunächst ist versucht worden, dem durch das sogenannte parlamentarische Vertrauensmännergremium gerecht zu werden. Dieses Gremium bestand aus wenigen vom Parlament entsandten Abgeordneten. Die Bundesregierung erteilte dem Gremium Auskünfte über nachrichtendienstliche Angelegenheiten, ohne Rücksicht auf ihre Geheimhaltungsbedürftigkeit. Für das Vertrauensmännergremium gab es keine gesetzliche Grundlage.

Das Vertrauensmännergremium ist in der 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nicht wieder gebildet worden. Statt dessen hat der Deutsche Bundestag, einer Empfehlung der Hirsch-Kommission entsprechend, am 11. April 1978 das Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes beschlossen. Danach unterliegt die Bundesregierung unbeschadet der Rechte des Bundestages und seiner Ausschüsse hinsichtlich der Tätigkeit der Nachrichtendienste, also insbesondere des BfV, zusätzlich der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. Diese besteht aus acht Mitgliedern (3 CDU/CSU, 3 SPD, 2

FDP), die dem Bundestag angehören müssen.

Dem Bund folgend, haben die Mehrzahl der Bundesländer (mit Ausnahme von Bayern, Berlin und Hessen) gleichfalls parlamentarische Kontrollkommissionen oder ähnliche Gremien auf gesetzlicher Grundlage errichtet.

Die Bundesregierung hat die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Nachrichtendienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Allerdings werden Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Bundesregierung bestimmt. Diese Vorschrift kann nicht so verstanden werden, als könne die Bundesregierung sich mit Rücksicht auf den für die Nachrichtendienste erforderlichen Geheimenschutz nach ihrem Ermessen der Verpflichtung zur Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission entziehen. Sicherergestellt werden soll vielmehr durch diese Vorschrift der Quellenschutz. Der notwendige Quellenschutz bewirkt aber keine Einschränkung der Unterrichtung über die allgemeine Tätigkeit der Dienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Hinsichtlich des Inhalts der Kontrolle gibt es im Gesetz keine Einschränkung. Das bedeutet, daß die Kontrolle eine umfassende ist, so umfassend wie die Kontrolle der Regierung durch das Parlament in anderen Angelegenheiten, mithin also sowohl die Gesetzmäßigkeit als auch die Zweckmäßigkeit umfaßt.

Gleichwohl wird innerhalb und außerhalb des Bundestages bezweifelt, daß die Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Einrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission wesentlich verbessert worden ist. Diese Zweifel stützen sich im wesentlichen darauf, daß die Parlamentarische Kontrollkommission zu sehr von Informationen der Regierung abhängig sei und daß sie über keine ausreichenden Möglichkeiten zu eigenen Recherchen und Überprüfungen verfüge. Der Abgeordnete Dr. Zimmermann (CSU) hat z. B. in der Bundestagssitzung vom 19. Januar 1982 ausgeführt: „... In Wirklichkeit kann die Kontrollkommission gar nichts kontrollieren, sondern sie kann lediglich anhören, was die Bundesregierung zu sagen hat. Der sogenannten Kontrollkommission fehlen jegliche Rechte eines Untersuchungsausschusses. Die Bedeutung erlangt dieses Gremium lediglich durch die prominente Mitgliedschaft der Fraktionsvorsitzenden und den hohen Grad der Vertraulichkeit ...“



# Der politische Hintergrund

# Die Hintergrundinformation

## Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Udo Achten (Hg.):**  
Zum Lichte empor. Mai-Festzeitungen der Sozialdemokratie 1891-1914. 1980. 216 S.
- Axel Eggebrecht:**  
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. 3. Aufl. 1980. 255 S.
- Friedrich G. Kürbisch (Hg.):**  
Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 1981. 240 S.
- Susanne Miller / Heinrich Potthoff:**  
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- Johano Strasser / Klaus Traube:**  
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.  
Meine Anschrift:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Anschrift des neuen Abonnenten:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft \_\_\_\_\_ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich von z. Z. 9,- DM Versandkosten im Inland und 9,60 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen der Verlage Neue Gesellschaft und J.H.W. Dietz Nachf.	DM je Ex.
Ich bestelle hiermit Ex. Autor/Titel	
Der alltägliche Faschismus - Frauen im Dritten Reich. 224 S.	22,-
Gilberto Granados/Erik Gurgsdies: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
Friedrich G. Kürbisch (Hg.): Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
Inge Stolten (Hg.): Der Hunger nach Erfahrung. Frauen nach '45. 184 S.	22,-
Johano Strasser/Klaus Traube: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80
Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:	

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag

Datum Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)

**Senden Sie an folgende Anschriften ein  
Probexemplar:**

**Name:** .....

**Straße:** .....

**PLZ, Ort:** .....

**Name:** .....

**Straße:** .....

**PLZ, Ort:** .....

**Name:** .....

**Straße:** .....

**PLZ, Ort:** .....

**Absender:**

.....  
.....  
.....  
.....

**(Bitte in Druckbuchstaben oder mit  
Schreibmaschine ausfüllen.)**

**Werbeantwort**



**Die  
Neue  
Gesellschaft**

**— Redaktion —**

**Postfach 200 189**

**5300 Bonn 2**

**Postkarte**



**Verlag  
Neue Gesellschaft**

**Postfach 200 189**

**5300 Bonn 2**

Richtig ist, daß die Informationen der Parlamentarischen Kontrollkommission im wesentlichen von der Bundesregierung kommen. Darüber hinaus stehen ihr die Mitteilungen der Medien über nachrichtendienstliche Angelegenheiten zur Verfügung. Ob den Kommissionsmitgliedern in einzelnen Fällen weitere Informationen aus den Nachrichtendiensten selbst oder anderen Behörden zufließen, ist nicht bekannt. Die Kommission kann darüber hinaus die Bundesregierung ersuchen, ihr Einsicht in Vorgänge zu geben und bestimmte Personen befragen zu können. Ob die Bundesregierung rechtlich verpflichtet ist, einem derartigen Ersuchen stattzugeben, darüber gibt es im Gesetz über die Parlamentarische Kontrollkommission keine ausdrückliche Bestimmung. Politisch geriete die Bundesregierung angesichts der Bedeutung der Parlamentarischen Kontrollkommission und ihrer Besetzung (u. a. die drei Fraktionsvorsitzenden) in eine schwierige Lage, wenn sie einem solchen Ersuchen der Parlamentarischen Kontrollkommission nicht entsprechen würde.

Zuzugeben ist allerdings, daß im Gesetz über die Kontrollkommission ein Minderheitenrecht, wie für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen in Art. 44 GG, nicht vorgesehen ist.

Die Schwierigkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission, aus der Rolle eines der Informationsstellen der Bundesregierung bloß entgegennehmenden und nachvollziehenden Kontrollorgans herauszukommen und eine selbständig aufklärende, offensive Kontrolle durchzuführen, dürften nicht zuletzt in der Arbeitsbelastung ihrer Mitglieder liegen. Es handelt sich um Parlamentarier mit weit gefächerten Aufgaben innerhalb und außerhalb des Bundestages, die kaum die Zeit haben, eine derartige Kontrolle durchzuführen. Von daher gewinnen Vorschläge, durch den Bundestag ein oder zwei Beauftragte für die Kontrolle der Nachrichtendienste einzusetzen, ihre Bedeutung. Der Nachrichtendienstbeauftragte des Bundestages dürfte allerdings, anders als z. B. der Datenschutzbeauftragte, seine Erkenntnisse mit Rücksicht auf den notwendigen Geheimschutz dem Bundestag selbst nicht zuleiten, sondern ausschließlich der Parlamentarischen Kontrollkommission. Im übrigen müßte ihm strikte Geheimhaltung auferlegt werden. Der Nachrichtendienstbeauftragte könnte verpflichtet werden, im Rahmen seines Auftrages zur Kontrolle der Nachrichtendienste Aufklärungs- und Ermittlungersuchen der Parlamentarischen Kontrollkommission auszuführen. Zu erwägen wäre ferner, ob der Nachrichtendienstbeauftragte auch im übrigen der Dienst- und Fachaufsicht der Parlamentari-

schen Kontrollkommission zu unterstellen wäre.

Die Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Parlamentarische Kontrollkommission wäre unzulänglich, wenn sie von Mehrheitsentscheidungen innerhalb der Kommission abhängig wäre. Wie bei Untersuchungsausschüssen sollte die Mehrheit der Parlamentarischen Kontrollkommission die Möglichkeit erhalten, die Kontrollrechte, die die Kommission insgesamt hat, notfalls gegen die Mehrheit wahrzunehmen.

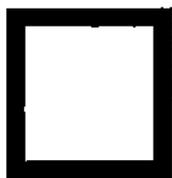
Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Darüber hinaus sind auch die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission selbst geheim. Die Geheimhaltungspflicht besteht nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber dem Bundestag, der eigenen Fraktion und anderen Bundestagsabgeordneten. Sie ist nicht beschränkt auf Staatsgeheimnisse im Sinne vom § 93 StGB oder auf Verschlusssachen. Sie besteht schlechthin. Dieser Umfang der Geheimhaltungspflicht macht es der Parlamentarischen Kontrollkommission schwer, den übrigen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß sie ihrem Kontrollauftrag gerecht wird. Durch die Errichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission sollte aber auch der Abbau unbegründeten Mißtrauens gegen die Dienste in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten bewirkt werden.

Kein Wunder, daß in einer auf Transparenz aufbauenden Demokratie ein parlamentarischer Ausschuß, um den die Mauern des Geheimschutzes so hoch gezogen sind, innerhalb und außerhalb des Parlaments, skeptisch betrachtet wird. Unausweichlich stellt sich die Frage, ob der Geheimschutz bei der Parlamentarischen Kontrollkommission überdehnt worden ist, ob und wie er eingeschränkt werden könnte.

Der Geheimschutz für die Dienste ist aus mehreren Gründen erforderlich, aus Gründen der Staatssicherheit, zur Gewährleistung einer möglichst effizienten Auftrags Erfüllung, zum Schutz der Mitarbeiter und der Quellen. Welche Tatbestände unter diesen Gesichtspunkten geheim bleiben müssen, ist für Außenstehende oft nicht leicht zu bestimmen, auch nicht für Mitglieder einer Parlamentarischen Kontrollkommission. Eine Durchbrechung des Geheimschutzes, den die Dienste selbst und mit ihnen die Bundesregierung für notwendig erachten, würde die

Parlamentarische Kontrollkommission mit einer schwerwiegenden zusätzlichen Verantwortung belasten. Wenn die Parlamentarische Kontrollkommission selbst entscheiden könnte, welche der ihr mitgeteilten Informationen sie als geheimhaltungsbedürftig ansieht, dann wäre überdies zu besorgen, daß die Informationsbereitschaft der Nachrichtendienste und der Bundesregierung gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission abnehmen würde, und zwar ungeachtet der gesetzlichen Verpflichtung zur umfassenden Information. Falls die Parlamentarische Kontrollkommission über einzelne von ihr nicht für geheimhaltungsbedürftig gehaltene Sachverhalte Mitteilungen machen würde, so würde einerseits dadurch das Mißtrauen hinsichtlich der Sachverhalte, über die keine Mitteilungen ergehen, nicht beseitigt, vielleicht noch bestärkt; andererseits geriete die Parlamentarische Kontrollkommission hinsichtlich der von ihr geheimgehaltenen Sachverhalte unter zusätzlichen Verlautbarungsdruck.

Trotz allem ist und bleibt es für die Öffentlichkeit und für das Parlament schwer verdaulich, daß ein vom Parlament gewählter und mit bestimmten Aufgaben betrauter Ausschuß über seine Tätigkeit überhaupt nicht berichtet, selbst dann nicht, wenn Sachverhalte bekannt geworden sind, die eine Aktivität der Parlamentarischen Kontrollkommission geradezu herausfordern. Es wäre deshalb durchaus wünschenswert, daß die Parlamentarische Kontrollkommission dem Bundestag – vielleicht erst zum Schluß einer Legislaturperiode – einen Bericht erstattet, in dem sie wenigstens deutlich macht, daß sie die öffentlich bekannt gewordenen und diskutierten Angelegenheiten der Nachrichtendienste behandelt und ihren Kontrollauftrag wahrgenommen hat.



### Wolfgang Leonhard: Was Günter Gaus übersieht

*Prof. Wolfgang Leonhard, geb. 1921, ist seit 1966 ständiger Gastprofessor an der Yale University, New Haven (USA). Von 1935–45 lebte er in der Sowjetunion, wo er an der Moskauer Hochschule für Fremdsprachen und an der Komintern-Schule ausgebildet wurde. Als Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ kehrte er 1945 nach Berlin zurück und war 1945–49 Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED und Dozent an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“. Aus Opposition gegen den Stalinismus floh Leonhard Anfang 1949 nach Jugoslawien und lebt seit Ende 1950 in der Bundesrepublik. Wichtigste Veröffentlichungen: „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (1955); „Sowjetideologie heute – Politische Lehren“ (1962); „Chruschtschow – Aufstieg und Fall eines Sowjetführers“ (1965); „Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West“ (1978); „Kremi ohne Stalin“ (1959).*

Nach Günter Gaus müssen wir von zwei überlebten Konzeptionen Abschied nehmen:

1. von hergebrachten nationalliberalen Vorstellungen über die Identität der Nation und der Erwartung der Wiederherstellung eines Bismarckschen Einheitsreiches,
2. von einer in gewissen linken Bewegungen erhofften baldigen Veränderung der Paktsysteme, einer Auflösung des Warschauer Pakts und der NATO sowie der Möglichkeit, von daher auch den Status quo in der deutschen Frage überwinden zu können.

An die Stelle dieser überlebten Konzeptionen setzt Günter Gaus die sogenannte „Stabilitätsthese“, die besagt, daß die Bundesrepublik „die DDR als einen starken Partner“ braucht. Zu einer „relativen Entspannung, zu einer relativen Normalisierung“ gehören nach seiner Auffassung „auf beiden Seiten Partner, die sich stark fühlen“. Vor allem langfristig sei es notwendig, „die DDR in unserem politischen Verhalten, im politischen Denken, Trachten und Fühlen als einen gleichberechtigten Dauerpartner zu akzeptieren“.

Die von Günter Gaus immer wieder gebrauchten

Begriffe „Partner“, „starker Partner“ und „Dauerpartner“ lassen stets die entscheidende Frage offen, ob er die DDR-Bevölkerung oder das DDR-Regime meint. Selbstverständlich ist die DDR-Bevölkerung unser Partner und Dauerpartner; genauso selbstverständlich kann davon beim DDR-Regime keine Rede sein. Tatsächlich erwähnt Gaus in dem langen Gespräch mit keinem Wort, daß es sich bei der DDR um eine Diktatur handelt, um ein Unterdrückungssystem, in dem die menschlichen Rechte und Freiheiten eingeschränkt, die Menschen kontrolliert, einem ideologischen Monopol ausgesetzt, Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Glaubensfreiheit, sowie Freiheit der Ausreise mißachtet werden.

Ausgehend von dieser fatalen Gleichsetzung von Demokratie und Diktatur, der demokratischen Bundesrepublik und des diktatorischen DDR-Regimes, sowie der nicht minder fatalen Gleichsetzung von DDR-Regime und DDR-Bevölkerung, folgt bei Gaus der entscheidende Trugschluß in den deutsch-deutschen Beziehungen.

Nach seiner Auffassung läge es im eigenen Interesse des Westens (und der Bundesrepublik), das diktatorische System der DDR so stark wie möglich zu

machen. Dies ist eine Abart der verbreiteten fragwürdigen Theorie, wonach der demokratische Westen angeblich an einer „Stabilisierung“ östlicher Diktaturen interessiert sein sollte – und dies dann auch für die DDR gelten müsse. Je gefestigter sich die DDR-Führung fühle, je stärker ihre wirtschaftliche Position, so lautet diese fragwürdige These, desto wahrscheinlicher werde die SED-Führung zu einem kooperativ entgegenkommenden Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten bereit sein. Daher müsse man, so die Schlußfolgerung, das Selbstbewußtsein der SED-Führung und den SED-Staat wirtschaftlich stärken und politisch Verständnis und Entgegenkommen zeigen. Dann, und nur dann, würden sich, dieser Auffassung zufolge, die deutsch-deutschen Beziehungen entkrampfen und verbessern und auch im Innern würde die DDR-Führung zu gewissen Lockerungen bereit sein.

Diese Konzeption ist sowohl weltanschaulich-moralisch unannehmbar, als auch realpolitisch schlichtweg falsch. Sie ist weltanschaulich-moralisch unannehmbar, weil es niemals die Aufgabe einer Demokratie sein kann, ein diktatorisches Regime wirtschaftlich und politisch zu stärken, und sich damit

---

Rudolf Hernegger

## GESELLSCHAFT OHNE KOLLEKTIV-IDENTITÄT

ISBN 3-88628-220-1, 202 Seiten, DM 22,90

Was ist die Wurzel unserer Lebensangst, der zunehmenden Brutalität und Kriminalität der Gesellschaft und des Sinndefizits, das unser Leben kennzeichnet? Dieses Buch läßt uns erkennen, was wir durch die Säkularisierung, durch den Verlust der religiösen Transzendenz eingebüßt haben. Wir begreifen den Optimismus, den der wissenschaftlich-technische Fortschrittsglaube auslöste – und die Enttäuschung, die seinen Untergang begleitete, der sich in den letzten Jahrzehnten Schritt für Schritt vollzog. Dieses Buch zeigt uns die große Bedeutung, die Primärgruppen wie Familie, Dorfgemeinschaft und Stamm für das menschliche Zusammenleben hatten und welche katastrophalen Folgen deren Auflösung für unser heutiges Leben hat. Wir lernen die Suche des Menschen nach der Gruppe verstehen – als Antwort auf eine Gesellschaft ohne Kollektiv-Identität.

Verlag N. Leudemann – Gnesener Str. 1, D-8000 München 81

mitschuldig an der Unterdrückung der Bevölkerung zu machen, aufblühende Emanzipationsbewegungen der Bevölkerung gegen die Diktatur zu schwächen, d. h. auf der Seite der Unterdrücker und gegen die Unterdrückten zu stehen.

Die Konzeption ist gleichzeitig aber auch realpolitisch falsch. Die Geschichte kommunistischer Machtsysteme (sowohl in der Sowjetunion als auch in Ost- und Zentraleuropa) hat immer wieder gezeigt, daß ihre Führungen nur durch ökonomische Sachzwänge oder politischen Druck seitens der Bevölkerung zu Konzessionen und zu einer Liberalisierung bereit waren – während umgekehrt die gleichen Führungen in Situationen wirtschaftlicher und politischer Stabilität, bei einseitigen Konzessionen von außen ihre erhöhte eigene Selbstsicherheit zur Schau stellten und den Unterdrückungscharakter des Regimes drastisch verstärkten.

Im letzten Jahrzehnt haben wir gerade bei der DDR-Führung dafür einen neuen Beweis. Außenpolitisch ist die DDR-Führung seit Beginn der 70er Jahre aufgewertet worden; sie erhielt diplomatische Anerkennung, wurde Mitglied der Vereinten Nationen, gehört einer Vielzahl internationaler Organisationen und Konventionen an, erhielt ihre Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen auch von der Bundesrepublik anerkannt und schließlich noch eine mehrjährige Verlängerung des Swings. Nach der von Günter Gaus verbreiteten Theorie müßte eigentlich das Selbstbewußtsein der Partei- und Staatsführung der DDR bereits seit langem erheblich gestärkt worden sein und damit ihre Bereitschaft sowohl zu innenpolitischen Lockerungen (darunter Pressefreiheit, Ausreise- und Versammlungsfreiheit) als auch zur Entkrampfung der deutsch-deutschen Beziehungen gestiegen sein.

Davon kann aber keine Rede sein. Gerade in den letzten Jahren erlebten wir wieder eine verstärkte Politik der Abgrenzung und den erhöhten Zwangsumtausch mit seinen negativen Folgen für den inner-

deutschen Reiseverkehr. Eine eventuelle noch weitergehende Nachgiebigkeit in der Zukunft – etwa in der Frage der Anerkennung einer besonderen DDR-Staatsbürgerschaft oder einem völligen Verzicht auf die deutsche Einheit – würde die Unterdrückung nur noch mehr verstärken und die DDR-Führung ermuntern, noch neue und weitere Forderungen gegenüber dem Westen zu erheben. Deshalb meine Schlußfolgerungen:

1. In der Deutschland-Frage sollte man sich auf qualitative Wertmaßstäbe besinnen und die demokratische Bundesrepublik nicht mit dem diktatorischen DDR-System auf eine Stufe stellen.
  2. Bei der Beurteilung der DDR sollte man unmißverständlich zwischen System und Land, zwischen Führung und Bevölkerung, Unterdrückern und Unterdrückten differenzieren.
  3. Verhandlungen und Gespräche mit der DDR-Führung sollten ohne Illusionen, ohne Verharmlosung und Beschönigung ihres Systems, ohne Zeitdruck, ohne Erfolgszwang und ohne einseitige Vorleistungen geführt werden.
  4. Verhandlungen sollten in der klaren Erkenntnis geführt werden, daß es nicht im Interesse einer demokratischen Bundesrepublik (und schon gar nicht im Interesse der Sozialdemokratie!) sein kann, in der DDR ein Regime aufrechtzuerhalten oder gar zu stärken, das unseren eigenen freiheitlichen Überzeugungen widerspricht.
  5. Offen aussprechen, was wirklich ist, und offen für eine Deutschlandpolitik eintreten, die zwei miteinander verbundene Ziele verfolgt: Schritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung und menschliche Erleichterung in der DDR selbst, durch Erweiterung der Freiräume, Liberalisierung und Demokratisierung.
- Die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen und die Lockerung des DDR-Systems hängen nicht nur miteinander zusammen, sondern sind untrennbar miteinander verbunden.

# Theodor Schweisfurth: Wir müssen an den Einflußsphären in Europa rühren

## Anmerkungen zum NG-Gespräch mit Günter Gaus

*Dr. phil. habil. Theodor Schweisfurth, geb. 1937, 1969/70 Persönl. Referent im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, ist Privatdozent für Völkerrecht sowie Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut Heidelberg.*

### I.

Nach der Lektüre des Gaus-Interviews dachte ich zuerst an Mephisto. Zur Konzeption von Gaus möchte man Mephistos Warnung an den zum Theologiestudium neigenden Schüler wiederholen: „Ich wünsche nicht euch irre zu führen. Was diese [Konzeption] betrifft, es ist so schwer, den falschen Weg zu meiden; es liegt in ihr so viel verborgenes Gift, und von der Arznei ist's kaum zu unterscheiden.“ Das freilich steht nicht mehr im Interview, denn Gaus spricht nur zum Teil als kritischer Mephisto, zum größten Teil spricht er als Theologe der Blockgläubigkeit.

Zunächst zum Diskussionsstand: Gaus sagte in einem, wie ich meine, keineswegs „hinkenden Vergleich“: „So wie die Kaufleute und frühen Fabrikanten über den Zollverein zur Problematik und zur Beantwortung der Frage nach der nationalen Identität gelangt sind, könnten jene jungen Westdeutschen von heute tatsächlich über die Friedensbewegung zur deutschen Frage kommen.“ Die Friedensbewegung ist bereits über die Sicherheitsproblematik zur deutschen Frage gekommen. Auf dem bundesweiten Diskussionsforum der blockübergreifenden Friedensbewegung in Köln am 18. September d. J. ist ein Konsens darüber erzielt worden, daß „der Kampf zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen uns in die Diskussion um eine neue europäische Friedensordnung hineinführt, in der mit Notwendigkeit auch die deutsche Frage erneut aufgeworfen wird. Daher muß die Friedensbewegung dieses Thema inhaltlich aufgreifen. ... Europa braucht eine neue Phase der Entspannungspolitik. Unser Ziel ist eine von Atomwaffen freie Europäische Friedensordnung, in der Europa nicht länger in Militärblöcke gespalten bleibt. Im Rahmen einer solchen Ordnung muß eine Lösung für die deutsche Frage gefunden werden. Dieser Weg geht völkerrechtlich über friedensvertragliche und sicherheitspolitische Regelun-

gen. Auf der Basis der Zweistaatlichkeit Deutschlands muß die innere Souveränität garantiert sein, die auch die Gestaltung des Verhältnisses beider deutscher Staaten zueinander in Zukunft beinhaltet.“

Die Gaus'sche Konzeption dagegen lautet – dies der Kerninhalt des Interviews – europapolitisch: wir müssen die etablierten Einflußzonen, d. h. die Militärblöcke, respektieren, wir dürfen keine grundlegende Veränderung der Paktsysteme herbeiführen, „wenn der Friede die oberste Priorität behalten soll“, im übrigen ist „auf das Evolutionäre zu bauen“; deutschlandpolitisch: „Wir haben uns mit dem Faktum der Teilung abzufinden und darin einzurichten. Weiterhin haben wir zu begreifen, daß der Bismarck'sche Einheitsstaat für alle vorhersehbare Zeit verloren ist“; sogar eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten „wäre weit in die Zukunft vorausgedacht“. Für beide Politiken gelte, wir müssen „von Vorstellungen Abschied nehmen, die zu viel zu schnell verlangen“. Anders gesagt: Immer langsam voran, immer langsam voran, daß der Große Bruder auch nachkommen kann.

Gaus wendet sich mit seinem Interview vor allem auch gegen jene „Leute, die auf der linken Seite des politischen Spektrums stehen“ und sich für die Überwindung der Blockstrukturen, den Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems und in seinem Rahmen für eine Regelung auch der deutschen Frage hier und heute einsetzen. Gaus begründet nun seine Konzeption mit Argumentpartikeln – ein knappes Interview kann argumentativ leider meist nur Stückwerk sein – gegen Positionen von Leuten, die auf der rechten Seite des politischen Spektrums stehen. So gerät sein Argumentieren gegen die linken Leute weitgehend zum Kampf gegen Windmühlen.

### II.

In der Tat ist es die „Kardinalfrage“ heute, ob die Militärblöcke, die von Gaus gelobten „respektierten Einflußzonen“, erhalten oder beseitigt werden sollen. Es ist dabei nicht nur für uns Sozialdemokraten, sondern für alle Deutschen in ihrer überwältigenden Mehrheit ihres Überlebens wegen eine ganz außer Diskussion gestellte Selbstverständlichkeit, daß weiterhin „der Friede die oberste Priorität erhalten“ muß. Gaus will die Blöcke beibehalten, weil ihre Existenz friedenssichernd sei und weil sie nur mit Krieg beseitigt werden könnten. Beides ist falsch.

Die These der konservativen Blockfetischisten in unserem Lande von der friedenssichernden Funktion der Blöcke ist leider auch von anderen (allen?) führenden Sozialdemokraten übernommen worden. Es ist

die weitverbreitete Meinung, die herrschende Lehre. Sie dient der schnellfertigen Begründung fortgesetzter NATO-Mitgliedschaft. Dabei ist diese These nichts anderes als ein Glaube. Denn es läßt sich nicht beweisen, sondern allenfalls vermuten, daß die Blöcke in Europa den Frieden nach 1945 bewahrt haben. Aber lassen wir die Glaubensstreitigkeiten über die *vergangene* Friedensleistungsfähigkeit der Blöcke. Die Frage, die *jetzt* gestellt werden muß, ist, ob die Blöcke *auch in Zukunft* friedensleistungsfähig sind. Hier liegt der große Schwachpunkt der Gauschen Konzeption. Gaus sagt zu dieser Frage gar nichts, sondern er extrapoliert schlicht aus der Vergangenheit; weil die Blöcke dreißig Jahre lang den Frieden bewahrt haben, werden sie es auch in den nächsten dreißig Jahren schaffen. Wie man da heute noch so zuversichtlich sein kann, ist mir nach der sicherheitspolitischen Debatte der letzten zwei Jahre völlig schleierhaft. NATO und Warschauer Pakt sind als kollektive Selbstverteidigungssysteme konzipiert worden. Durch die stattgefundene oder geplante atomare Hochrüstung haben sich diese Selbstverteidigungsorganisationen qualitativ in Organisationen zur Programmierung des atomaren Völkermords verändert. Das waren sie eigentlich schon lange, aber wir haben uns geweigert, das zuzugeben, wir haben uns vor der Entschleierung des Charakters dieser Organisationen gedrückt.

Atomare Hochrüstung auf beiden Seiten und amerikanische Denkspiele über nukleare Kriegsführungsoptionen haben den wahren Charakter der noch immer als „Verteidigungsbündnisse“ bezeichneten Organisationen den breiten Massen enthüllt. Politiker, die mit diesen Organisationen Sicherheitspolitik betreiben, und Militärs, die in ihnen ihre Strategien entwerfen, sind betriebsblind geworden. Soweit sie noch sehend sind, befinden sie sich in der Rolle des Zauberlehrlings, der nicht mehr verhindern kann, daß der Besen immer mehr und mehr nukleares Vernichtungspotential in unser Haus Europa trägt. Der Meister, der Souverän, die europäischen Völker werden bald kommen und das erlösende „In die Ecke, Besen, Besent!“ sprechen.

Gaus spricht sehr anschaulich von der „Vietnamisierung der NATO“, d. h. von einem Bündnis, „welches zwischen den Stäben und Kanzleien funktioniert, in dem aber die westeuropäischen Völker, für die es u. a. geschaffen wurde, innerlich nicht mehr in Übereinstimmung mit dem Inhalt dieses Bündnisses wären“. Das ist richtig vermutet, aber zu eng gesehen. Es geht nicht bloß um eine „Vietnamisierung der NATO“, sondern um eine „Vietnamisierung der

Blockstruktur“ in Europa. Die Friedensbewegung, die Europa aus dem atomaren Vernichtungsdrohsystem herausbringen will, ist nur die Spitze des Eisbergs; sie hat sich bereits „abgemeldet“ aus dem Pseudosicherheitssystem, das die Blöcke repräsentieren. Große Teile unserer Bevölkerung, und zwar quer durch alle Parteienpräferenzen, sind schon jetzt „innerlich nicht mehr in Übereinstimmung“ mit dem Drohsystem, aber sie haben sich noch nicht „abgemeldet“, weil sie keinen Ausweg sehen, weil die „Experten“ ihnen sagen, es gibt keine Alternative. Damit bin ich bei einer zweiten Schwachstelle.

Selbst wenn man die derzeitige Blockstruktur als friedenssichernd ansieht, besagt das doch noch lange nicht, daß nicht Strukturen in Europa aufgebaut werden könnten, die mindestens die gleiche oder, wie ich meine, eine weitaus bessere Sicherheitsleistung erbringen könnten. Eine solche Struktur kann nur ein kollektives europäisches Sicherheitssystem sein. Jedermann sollte wissen, daß im Warschauer Pakt ausdrücklich seine Auflösung vorgesehen ist, wenn an seine Stelle ein gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem tritt; der NATO-Vertrag sieht das gleiche vor, wenn auch in abgeschwächter Formulierung. Hier liegt in den Pakten selbst der Hebel für eine bessere Lösung des Sicherheitsproblems.

Gaus selbst spricht sich zwar für eine „gesamteuropäische Friedensordnung“ aus, hält aber gegenwärtig nur „Vorstufen“ dazu für entwicklungsfähig; von der Schlußakte von Helsinki könnte sich etwas entwickeln; eine atomwaffenfreie Zone, wie er sie im November 1981 vor dem Berliner Landesparteitag vorgeschlagen hat, ist wohl auch als eine solche Vorstufe zu verstehen. Unter Beibehaltung der Pakte soll beides realisiert werden. Das wird nicht gehen.

Im Interesse erfolgreicher Fortführung sozialdemokratischer Entspannungspolitik müssen wir die Phase, in der sie sich jetzt befindet, genauestens unter die Lupe nehmen, und zwar unabhängig davon, ob die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung steht oder nicht – im letzteren Falle um so mehr. Alle Sozialdemokraten sind sich darüber einig, daß die Entspannungspolitik erfolgreich war; das braucht in diesem Blatt nicht näher belegt zu werden, und über die Miesmachereien der CDU/CSU brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Kein sozialdemokratischer Konsens besteht aber darin, ob Entspannungspolitik auf der bisherigen Ebene auch in Zukunft Erfolg haben kann. Gaus gehört zu jenen, die das bejahen, ich zähle zu jenen, die das verneinen. Die Entspannungspolitik auf der Ebene der Blockkonservierung hat sich erschöpft. Die Blöcke sind

das „verborgene Gift“, das die Entspannungspolitik zunehmend gelähmt hat.

Welcher Sozialdemokrat war nicht begeistert von „Helsinki“! Aber inzwischen mußten wir erleben, wie „Helsinki“ torpediert wird durch die mit der sowjetischen Afghanistanintervention und mit dem Amtsantritt der Reagan-Regierung wieder voll aufgebrochene Supermachtrivalität. Die Bündnispartner werden in diese Rivalität eingespannt, ob sie wollen oder nicht. Die Torpedierung des Erdgas-Röhren-Geschäftes ist das anschaulichste Beispiel für jedermann. Dies und ähnliches schlicht nur als „Rückschläge“ zu interpretieren, ist eine Verkennung des Charakters des Blocksystems. Gaus mag ja Recht haben, daß der Ostblock, daß Polen, daß die NATO nie mehr das sind und sein werden, was sie vor der Entspannungspolitik waren. Das reicht aber nicht, um „auf das Evolutionäre zu bauen“. Denn das Blocksystem, das Drohsystem hat sich nicht verändert. Die Blöcke sind von ihrer Gründung an Gegner, das ist kein Geburtsfehler, sondern Erbmasse der Gründungsväter. Die Pakte sind gegen einen Feind geschaffen worden, und sie brauchen den Feind, um fortzuexistieren.

Wer die Blöcke konserviert, konserviert die Feindbilder; die Feindbilder, wohl gemerkt, nicht den Feind. Denn sind die Polen, die Tschechen, die Ungarn, die Deutschen in der DDR, die Rumänen, die Bulgaren, ja sind die Russen unsere Feinde? Sie sind es nicht! Sie sind von denen, die die NATO geschaffen und die Westdeutschland in sie hineingeführt haben, zu Feinden erklärt worden. Für eine aktive sozialdemokratische europäische Friedenspolitik genügt es nicht, diese Erklärung zurückzunehmen (was schon geschehen ist); es müssen auch die organisatorischen Konsequenzen dieser Feindbilderklärung zurückgenommen werden, sonst baut sich das Feindbild immer wieder auf. NATO und Warschauer Pakt sind zwei knurrende Tiger, wer sie vorsichtig reitet, dem mag es gelingen, daß sie zeitweilig das Knurren einstellen, aber es wird ihm nie gelingen, aus zwei knurrenden Tigern zwei schnurrende Kätzchen zu machen. Die Supermachtrivalität ist eine Dauerscheinung. Wir können sie nicht beenden. Wir können uns ihr nur entziehen. Wer in der Blockstruktur gefangen bleiben will, stellt sich den Rivalen weiterhin als Fußtrupp zur Verfügung.

Gaus' Frage, „ob wir meinen, wir könnten die Aufteilung Europas zu unseren Gunsten verändern, weil die Sowjetunion schwach sei“, ist eine schiefe Fragestellung, eine Fragestellung atlantischer Kreuzfahrer, jedenfalls keine sozialdemokratische. Auf der Tagesordnung steht nicht eine Veränderung, sondern die

Beendigung der Aufteilung Europas in „respektierte Einflußsphären“, und zwar nicht nur „zu unseren Gunsten“, sondern zugunsten aller europäischen Völker. Dabei kann es sich auch nie und nimmer um die hirnrissige Erwartung handeln, daß die Sowjetunion „mit einem Winseln“ abtreten und „ihre Einflußsphäre preisgeben“ werde. Es kann nur um eine Sicherheitspolitik gehen, die es zustande bringt, daß sich *beide* Großmächte aus ihren Einflußsphären in Europa militärisch und unter beiderseitiger Gesichtswahrung zurückziehen. „Mit einem Winseln abtreten“ müssen die knurrenden Tiger NATO und Warschauer Pakt. Dann erst wird Sicherheitspartnerschaft in Europa möglich sein, und ihr völkerrechtlicher Ausdruck ist ein kollektives gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Muß ein Wort darüber verloren werden, daß ein solches nur hergestellt werden kann über Verhandlungen, über Verträge, also friedlich?

### III.

Wenn die „heillose gegenwärtige Lage“ in Europa seine Blockfreiheit und ein kollektives Sicherheitssystem verlangt, dann ist ein wesentliches Element des Sicherheitssystems natürlich das Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander, d. h. die deutsche Frage im engeren Sinn. Gaus' Einsicht, „daß wir die DDR als einen starken Partner brauchen“, ist auch die Ansicht linker „Nationalneutralisten“. Seine These von der „Solidargemeinschaft“ beider deutscher Staaten ist auch meine. Eine destabilisierte DDR wird den Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems nicht fördern und, wenn es denn errichtet ist, das Ganze wieder destabilisieren. Daß die DDR nicht „eingemeindet“ werden kann, ist sozialdemokratische Einsicht schon seit den 50er Jahren; Gaus sei die Lektüre des Deutschlandplans der SPD empfohlen, schon damals ging es – uns jedenfalls – nur noch um allmähliche Annäherung in Stufen. Gaus' Forderung, die Restbestände der Eingemeindungsvorstellungen aus den 50er Jahren zu tilgen, ist im sozialdemokratischen Lager ein Windmühlenflügelkampf, allenfalls noch adressierbar an Stehengebliebene auf der Rechten.

Wenn man die Blockspaltung Europas für unaufhebbar hält, dann allerdings hat Gaus recht, daß wir uns mit dem Faktum der Teilung abfinden müssen, daß der „Bismarcksche Einheitsstaat“, in dem West- und Ostdeutsche gemeinsam zusammenleben, „auf unabsehbare Zeiten verloren ist“; ja, daß unter den Bedingungen der Blockstruktur nicht einmal eine Konföderation möglich ist, leuchtet dann ein; auch, daß wir uns heute „nicht einmal in der Nähe einer

Konföderation befinden". Hierüber zu debattieren heißt also über die Möglichkeit der Ersetzung der gegenwärtigen Pseudosicherheitsysteme durch ein kollektives europäisches Sicherheitssystem zu debattieren. Angenommen, dies wäre möglich: was soll dann mit den beiden deutschen Staaten geschehen – und mit Berlin?

Dann müßte das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten in einer Weise gestaltet werden, die eine viel engere Zusammenarbeit zum Inhalt hätte, als wir sie gegenwärtig entsprechend dem Grundlagenvertrag praktizieren. Dann könnte der Grundlagenvertrag fortentwickelt werden zu einer Deutschen Konföderation, für die Zuständigkeiten zu finden nicht schwer fiele und ohne die Berlin im vertragsleeren Raum schweben würde. Ein solcher deutsch/deutscher Vertrag als Teil einer gesamteuropäischen Friedensordnung dürfte auf keinen Fall – wie auch der Friedensvertrag selbst – ein Wiedervereinigungsverbot enthalten, sondern er müßte vielmehr die stufenweise Fortentwicklung der Konföderation zu einem Bundesstaat enthalten. Warum? Ich gehe von dem Willen der Mehrheit der deutschen Nation aus, wieder in einem gemeinsamen Staat leben zu wollen. Dafür muß der Nation die Perspektive aufgezeigt werden, will man nicht den Kardinalfehler des Anschlußverbotes der Versailler Regelung wiederholen. Ohne die Option der Wiedervereinigung in einem Bundesstaat wäre eine gesamteuropäische Friedensregelung von vornherein mit einem Sprengsatz versehen, den nationalistische „Pioniere“ mit Sicherheit zünden würden. Das muß verhindert werden! Diese Überlegung ist, würde Gaus sagen, der hundertste Schritt, wo wir noch nicht einmal den ersten gemacht haben. Das ist richtig. Aber über diese Frage muß Klarheit herrschen, bevor wir den ersten Schritt tun.

Die NG-Interviewer Hans Schumacher und Rainer Diehl haben das Problem genau erkannt mit ihrer Frage an Gaus, ob nicht die „kühle Sachlichkeit“ von Gaus und Bahr durch eine „deutliche Zielbeschreibung“ zu ergänzen sei. Erfolgt diese Ergänzung nicht, wird genau das eintreten, was Gaus mit Recht verhindern will: daß beide deutsche Staaten „in ihnen wohnende Irrationalismen voll ausleben könnten“; und es müssen auch, so darf ergänzt werden, die Irrationalismen unserer Nachbarvölker und ihre historisch begründeten Ängste verhindert werden, gerade sie müssen genau wissen, wohin wir eigentlich wollen, andernfalls wird es uns nie gelingen, ihre notwendige Unterstützung zu finden.

Günter Gaus' zahlreiche nach seinem Amtsende in Ost-Berlin gemachten Äußerungen zur deutschen

Frage habe ich genau verfolgt. Und ich habe mich gefragt, worauf basiert letztendlich sein Insistieren auf das Sich-abfinden-müssen mit der deutschen Teilung. Je mehr ich von Gaus dazu lese und höre, desto deutlicher ist mir die Antwort geworden. Mir ist schon seit Jahren aufgefallen, daß die deutschlandpolitische Position des einzelnen sehr stark geprägt ist von seiner landsmannschaftlichen Herkunft. Das geht quer durch die Parteien: die Berliner Gradl und von Weizsäcker denken deutschlandpolitisch in anderen Gleisen als der Bayer Strauß oder der Pfälzer Kohl (bei Weizsäcker hat sich das gerade wieder in seiner Bundestagsrede am 9. September 1982 gezeigt); der Sachse Herbert Wehner hat einen anderen Zugang zur deutschen Frage als der Schwabe Eppler. Bei allem Bemühen um Rationalität hat jeder auch seine psychologischen Tiefenschichten, seine soziale Herkunft, seine persönlichen Erfahrungen – alles zusammen prägt die individuelle politische Position.

Der die Gaus'sche Position erklärende Schlüsselbegriff, der allen seinen Äußerungen zugrunde liegt, ist der „Bismarcksche Einheitsstaat“ – der sei „verloren“. Der Begriff stimmt nun weder nach hinten noch nach vorn. Die Bismarcksche Reichsgründung schaffte einen Bundesstaat; den Einheitsstaat schafften erst die Nazis 1934 mit ihrem Gesetz zum „Neuaufbau des Reiches“, und da war dieses Reich schon lange nicht mehr „Bismarcks“ Reich. Nach vorn: Die „Nationalneutralisten“ wollen keinen Einheitsstaat; die höchste Stufe der Annäherung beider deutscher Staaten kann nur eine bundesstaatliche Ordnung sein. Woher bloß kommt Gaus' Aversion gegen „Bismarcks“ Staat? Ich kann es mir nur so erklären: Gaus ist Welfe, der die Bismarcksche Annexion Hannovers noch immer nicht verarbeitet hat, ein deutscher Partikularist, für den die staatliche Einheit der Deutschen eine Episode war. Gehe ich fehl in meiner (naheliegenden) Vermutung, daß der Gaus'sche Partikularismus verstärkt wurde durch seine Erfahrungen als Ständiger Vertreter, durch seinen ständigen Umgang mit Leuten aus der Führungselite in der DDR, die ihr partikularistisches Interesse an der Wahrung persönlicher Machtpositionen mit der Behauptung bemänteln, „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ ließen sich nicht mischen, wie man Feuer und Wasser nicht mischen könne? Gaus blendet zweierlei aus: das deutsche Volk und Europa. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit will noch immer den gemeinsamen Staat.

Gewiß haben sich die deutschen Demokraten des 19. Jahrhunderts die Einigung Deutschlands auf anderem Wege erhofft als dem der Bismarckschen



Einigungskriege; aber die Einigung Deutschlands war doch nicht ein schlichter Ideologieschleier preußischer Hegemonialbestrebungen, sondern sie entsprach auch dem Willen der deutschen Demokraten, wie er in den deutscherseits wesentlich von Preußen durchgeführten Befreiungskampf gegen den napoleonischen Imperialismus 1812/13 entstanden war und 1848 in der Paulskirche kulminierte. Der Einigungswille der Deutschen hat historische Wurzeln, die weit über 1870/71 zurückreichen, und deswegen hat er die „Episode“ des Bismarckschen Reiches überlebt. Eben deswegen ist dieses Reich nach 1918 nicht wieder in seine Stammesherzogtümer zerfallen, und eben deswegen ist auch nach dreißig Jahren aufgezwungener Spaltung dieser Einigungswille auch heute noch lebendig.

Und Europa? Auf deutsche Geschichte fixierte deutsche Partikularisten mögen den „Bismarckschen Einheitsstaat“ als Episode und die staatliche Zergliederung der deutschen Nation als ihren „Normalzustand“, die Gegenwart also als „normal“ ansehen. Für Europäer ist sie es nicht! Für Europa ist seine gegenwärtige Spaltung eine Episode. Dieses seit Jahrhunderten durch seine staatliche Vielfalt geprägte Europa war nie wie heute in zwei voneinander abgeschottete Teile zerrissen, weil es sich nie in die globale Rivalität zwischen zwei Großmächten hat einspannen lassen. Welche Großmächte hätten das auch sein sollen? „Einflußzone“ ist eine typische Denkfigur imperialistischer Expansion des 19. Jahrhunderts. „Einflußzonen“ als „Segen“ für die Zonenbewohner zu erklären widerspricht dem Denken demokratischer Sozialisten.

#### IV.

Gaus behauptet: „Die Auflösung der Blöcke ist weniger realistisch“ als sein „Ansatzpunkt für eine neue gesamteuropäische Zusammenarbeit aus den Blöcken heraus“; eine Konstruktion, in der „beide deutsche Staaten in keinem Bündnis mehr stehen“, sei „nicht machbar“. Die Zielsetzung „Blockfreiheit“ sei „Wolkenschieberei“. Deswegen einige Bemerkungen über „Realismus“.

Realismus bedeutet zunächst „die Realität sehen“ (wenn man so will, Realismus in einem statischen Sinne). In diesem Sinne sind natürlich auch die „Nationalneutralisten“ Realisten; wir sehen die „real existierenden“ Pakte. Allerdings kann man sich streiten über die Interpretation dieser Realität, konkret über die Friedensleistungsfähigkeit der Pakte. Realismus heißt zweitens „die Verwirklichungsmöglichkeit [= das Realwerden] von Zielsetzungen, die die ge-

genwärtige Realität verändern“ (wenn man so will, Realismus in einem dynamischen Sinne). Alle angestrebten Änderungen von Realität sind zunächst einmal unreal, da sie ja noch nicht existieren. Wenn Gaus „auf das Evolutionäre“ setzt, schiebt er genauso Wolken, wie die, welche die Pakte auflösen wollen. Keiner von uns menschlichen Pläne- und Vorschlagsschmieden hat den dritten Blick in die Zukunft. Keiner weiß, was morgen geschieht, was morgen geschehen kann, auch Gaus nicht. Deswegen können wir uns in bezug auf den „Realismus im dynamischen Sinne“ nicht gegenseitig „Phantasterei“ vorwerfen. Worum es geht ist, Klarheit zu finden über die letztendliche Zielsetzung sozialdemokratischer Entspannungspolitik, sich einig zu werden über den Weg, der dahin führt, sowie Ziel und Weg dem Deutschen und allen in europäischer Sicherheitspolitik und deutscher Fragen involvierten Völkern und Regierungen in ebensolcher Klarheit zu beschreiben.

#### V.

Willy Brandt hat am 17. September im Bundestag gesagt, es komme jetzt darauf an, die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat zu erhalten und die aktive Entspannungspolitik fortzuführen. Gerade in der Opposition müssen wir uns darüber klar werden, wie die so erfolgreiche sozialdemokratische Entspannungspolitik fortgeführt werden kann, wie sie neue Dynamik erhalten kann, wie sie Horizonte aufreißt, Wähler gewinnt und so Mehrheiten schafft, die es ermöglichen, daß sozialdemokratische Entspannungspolitik wieder in Regierungspolitik umgesetzt werden kann. Ich meine, daß jetzt zur Debatte steht, ob sozialdemokratische Entspannungspolitik auf der bisherigen Ebene der Blockkonservierung weitergeführt werden kann oder ob sie auf die Ebene der Blocküberwindung angehoben werden muß. Im Deutschlandplan der SPD von 1959 hieß es (ich verändere das Zitat leicht): „Die Zeit drängt. Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, das Sicherheitsproblem in Europa und die mit ihr untrennbar verbundene deutsche Frage friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.“\*) Dieser Satz von 1959 ist aktueller denn je. *Wir brauchen einen neuen Deutsch-*

\*) Die von Theodor Schwelbsfurth abgewandelte Passage des Parteivorstandsbeschlusses vom 18. März 1959 (Deutschlandplan der SPD) lautet wörtlich: „Die Zeit drängt. Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, die deutsche Frage und das mit ihr untrennbar verbundene Sicherheitsproblem in Europa friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.“ Red.

landplan der SPD, der heute „Sicherheitsplan für Europa“ heißen muß, denn die Sicherheit Europas ist das Hauptproblem. Ich weiß, daß dagegen starke Widerstände bestehen; die Argumente dieser Widerstände bezeichnen zugleich die Problemkomplexe, die beim Aufgreifen dieses Grundproblems europäischer Sicherheit sofort mitten im Raume stehen. Es sind, nach der Grundfrage Blockkonservierung oder Blockfreiheit Europas, die folgenden:

1. Wie soll denn ein neues Sicherheitssystem aussehen, das höhere Sicherheit schafft als die bestehenden Pakte es vermögen? Das ist die Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems.

2. Bei einer Neugestaltung der europäischen Sicherheitsstrukturen kommt doch sofort die deutsche Frage auf den Tisch. Daran sollten wir besser nicht rühren. Wie denn soll dann das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten gestaltet werden? Wiedervereinigung ist doch wegen der gesellschaftspolitischen Gegensätze unmöglich. Ist eine Konföderation dann machbar, und wie soll es, wäre sie machbar, zwischen den beiden deutschen Staaten weitergehen?

3. Was würden die Nachbarstaaten dazu sagen? Stemmen sie sich, weil keiner von ihnen die Einheit Deutschlands will, nicht alle auch gegen eine Neure-

gelung des europäischen Sicherheitsproblems? Wird nicht insbesondere hinsichtlich der USA und der Sowjetunion die Rechnung ohne den Wirt gemacht? Oder könnte man die Nachbarstaaten nicht davon überzeugen, daß auch für sie eine Neuregelung der europäischen Sicherheit ein großer Vorteil wäre und eine Deutsche Konföderation sowie ein späterer deutscher Bundesstaat keine Gefahr?

4. Selbst wenn das alles wünschenswert wäre, wie könnte eine solche Politik überhaupt in die Wege geleitet werden? Kann insbesondere deutscherseits der entscheidende erste Schritt zur Initiierung einer Politik der Blocküberwindung unternommen werden? Wie ist die rechtliche Lage Deutschlands in diesen Fragen? Ist der friedensvertragliche Weg gangbar?

Diese Fragen müssen alle in ihrem Gesamtzusammenhang beantwortet werden. Wir dürfen uns von der Komplexität des Problems nicht lähmen lassen, sondern wir müssen eine überzeugende Gesamtkonzeption entwickeln, die breite Schichten der deutschen Wähler überzeugt und die schließlich eine Mitwirkung der für und in Europa entscheidenden Mächte herbeiführt. „Frieden und Sicherheit für Europa durch Friedensvertrag mit Deutschland“ müßte das zweite Kapitel sozialdemokratischer Entspannungspolitik überschrieben werden.

## WARUM JEDE GRUNDSTEINLEGUNG EINES BHW-BAUSPARERS BAUWIRTSCHAFT UND -HANDWERK EIN SICHERES FUNDAMENT GIBT.



Deshalb bedeutet jede Grundsteinlegung eines BHW-Bausparers ein sicheres Fundament für Bauwirtschaft und -handwerk. Denn die BHW-Baugelder sorgen für sichere Aufträge und damit Arbeit in Bauindustrie, -handwerk und Zulieferbetrieben, sichern die Existenz vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien. Sie legen damit den Grundstein für eine stabile Zukunft, in der es beim Bauen vorwärts geht. Nicht nur für den öffentlichen Dienst – sondern für alle, die mit dem Bauen zu tun haben.

Mit einem günstigen Bausparvertrag kann man auch in der heutigen Zeit noch bauen. Deshalb verlassen sich Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst auf ihre BHW-Bausparkasse.

Sie zahlt jährlich einige Milliarden Mark Baugeld an ihre Darlehensnehmer, die damit als private Bauherren bauen, kaufen, modernisieren.

# BHW

Bausparkasse  
für den öffentlichen Dienst

**DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.**

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln 1

## **Herbert Ammon: „Linksnationalismus“ Anmerkungen zu einem irreführenden Begriffsklischee**

*Herbert Ammon, geb. 1943, ist Studienrat am Studienkolleg für ausländische Studierende der FU Berlin. Veröffentlichungen u. a.: Die Linke und die nationale Frage, 1981 (zus. mit Peter Brandt).*

Als Peter Brandt und ich den Dokumentenband „Die Linke und die nationale Frage“ vorbereiteten, verfolgten wir mehrere teils historisch-didaktische, teils aktuell-politische Ziele zugleich. Erstens galt es, der unter der westdeutschen jüngeren Generation offenbar wachsenden Unkenntnis der Geschichte der deutschen Teilung entgegenzuwirken. Gegenüber dieser Tendenz, die von Teilen der linksliberalen Publizistik sowie von einigen vom Faschismus-Verdacht geplagten Epigonen der 68er-Generation befördert wurde, ging es um den Nachweis eines vom NS-Faschismus ungebrochenen linken Patriotismus, der sich – in oft gegensätzlichen Ausprägungen – der Spaltung Deutschlands in der Nachkriegsära entgegengestemmt hatte. Nicht Melancholie angesichts der Vergeblichkeit dieses Bemühens stand hinter unserer Dokumentensammlung, sondern ein analytischer Ansatz: die Einsicht, daß die Spaltung Deutschlands eben keineswegs die zwangsläufige Folge des Hitler-Krieges gewesen ist, sondern die Konsequenz der vorbehaltlosen Westintegrationspolitik Adenauers.

Nicht zuletzt ging es um die Offenlegung der Motive der „neuen Ostpolitik“, die von jenem Meinungsspektrum in den 70er Jahren weithin ignoriert wurden. Hierzu gehörten so zentrale Begriffe wie das im „Brief zur deutschen Einheit“ fixierte Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die Bewahrung der Einheit der Nation im Zustand der staatlichen Trennung – erneut nachzulesen in Arnulf Barings „Machtwechsel“. Von einigen Interpreten der Ostpolitik wurden diese Ziele sehr bald umgemünzt zum notwendigen Pendant der Adenauerschen Westintegrationspolitik und zum befreienden Abschied von der historischen Zwangsjacke des Bismarck-Reiches von 1871. Daß derlei Interpretationen, die – um den Spieß einmal umzudrehen – nur das „Verrats“-Gezeter von rechtsausen zu bestätigen geeignet waren, dem deutschlandpolitisch indifferenten Stil der Ära Schmidt-Genscher entsprachen, verlieh

ihnen das Gütesiegel bundesrepublikanischen Demokratieverständnisses.

Zweitens folgten wir dem ebenso simplen wie unabweisbaren Ansatz, daß „Sozialismus in einem halben Land“ (D. Staritz) – hüben wie drüben – keine reale Chance haben kann (s. dazu auch P. Brandt/G. Minnerup, Die Deutsche Frage, Problemskizze und Thesen, in: Prokla 47/1982).

Drittens wollten wir angesichts des Zusammenbruchs der Ost-West-Entspannung, wodurch erneut die Brisanz der deutschen Frage – die beiden Staaten als nukleare Pulverkammer der Militärböcke – deutlich wurde, für die einsetzende Friedensdiskussion notwendige Denkanstöße geben. Die seither zu registrierende Renaissance des Themas „nationale Frage“ entsprang genau dem von uns diagnostizierten Zusammenhang der europäischen Friedensbedrohung und der deutschen Frage. Entgegen der in der Entspannungsära gesetzten Rangordnung der politischen Werte kann heute Gerhard Heilmann (NG 8/82, S. 724) konstatieren, daß „sich der unauf lösbar erscheinende Gegensatz von Sicherung des Friedens einerseits und nationaler Frage andererseits aufzulösen beginnt ...“

Dennoch sperren sich Teile der Linken noch immer gegen den Problemzusammenhang der gesamteuropäischen Ziele der Friedensbewegung und der deutschen Frage. Auf die pointierten Aussagen des Havemann-Briefes zur nationalen Frage reagierten manche „anti-nationale“ westdeutsche Linke mit der bekannten Mischung aus Besserwisseri, tantenhafter Aufgeregtheit und oberlehrerhafter Gereiztheit – gegenüber dem patriotischen Antifaschisten Robert Havemann eine Haltung von beschämender Arroganz. Zusammen mit der Friedensbewegung als neuer „deutschnationaler Erweckungsbewegung“ (W. Pohrt) entdeckte man plötzlich den janusköpfigen Linksnationalismus. Zu der überfälligen, linkerseits sonst so beliebten „Theoriedebatte“ über die Bedeutung der Nation in Geschichte und Gegenwart ist es darüber bis jetzt nicht gekommen.

Unter den „Nationalallergetikern“ (Th. Schweisfurth) spielt Arno Klönne eine führende Rolle, seit er Ende der 70er Jahre auf Rudi Dutschkes Klage über die Blindheit der westdeutschen Linken hinsichtlich der Teilung mit der Vokabel „Bismarxismus“ ironisierend reagierte. In seinem NG-Aufsatz decouviert er Peter Brandt und mich als „Linksnationalisten“, deren „Berührungsscheu“ gegenüber „Rechtsnationalisten“ offenbar gewichen sei. Auf die z. T. recht gegensätzlichen Beiträge in dem von W. Venohr herausgegebenen Sammelband „Die deut-

sche Einheit kommt bestimmt“ geht Klönne gar nicht erst ein. Zur Herstellung des rechts-links-nationalistischen Strickmusters scheut Klönne seinerseits nicht vor Suggestionen zurück, wenn er einerseits dem „Linksnationalisten“ Peter Brandt „ganz gewiß prinzipielle Abstände“ zum „Nationalzeitungs“-Herausgeber Frey zubilligt, zugleich ideologische Verwandtschaft („argumentative und publizistische Treffpunkte“) nachzuweisen sucht. Es wäre leicht, Klönne an seine eigenen publizistischen Querverbindungen zu erinnern und damit das böse Argument abzuwehren. Für Nationalallergetiker störend sollte eher wirken, daß wir uns als „Linksnationalisten“ noch immer in guter Gesellschaft befinden: Egon Bahr, Peter Bender, Willy Brandt (nachzulesen in den Kissinger-Memoiren sowie im „Machtwechsel“ von A. Baring). Und was hat man etwa den dezidierten Äußerungen Günter Gaus' entgegenzusetzen, seinem Patriotismus, der deutschen Nationalinteressen Vorrang einräumt vor (technokratischen) west-europäischen Integrationsmodellen, der unbefangenen den Begriff „nationale Identität“ benutzt?

Mit solchen Gegenfragen könnte man die Debatte auf sich beruhen lassen. Doch wollen wir uns vor einer kritischen Zurückweisung der Argumentation Klönnes nicht drücken. Zu kritisieren ist zunächst die Methode, mit der Klönne seine Spurensuche nach den Verbindungen der „linken Leute von rechts“ und der „rechten Leute von links“ betreibt. Sie gerät zum Verwirrspiel, wenn er – auf der Linken – meine Position mit derjenigen Thomas Schmidts in Beziehung setzt, sodann Linien zum „Diskussionsforum zur Einheit Deutschlands“ in der SPD zieht. Gegenüber den vielzitierten Eruptionen Thomas Schmidts, der sich zu seiner Vorliebe für „deutsche Tiefe“ bekennt, halte ich geistige Distanz. Übrigens verbindet Schmid sein „deutsches Bekenntnis“ mit dem modischen Verlangen nach Heimat, ein patriotisches Engagement für die Nation weist er als „Nationalismus“ zurück. Was die „Nationalrevolutionäre“ als Brücke nach rechts angeht, so dürfte Klönne die bunte Vielfalt dieser Strömungen bekannt sein; man sollte sie nicht – und uns dazu! – in einen Topf werfen. Was wir mit den Nationalrevolutionären verschiedener Provenienz als historische Realität erkennen, ist das Phänomen des Befreiungsnationalismus in der neueren Geschichte bis in die – teilweise erschreckende – Gegenwart in der Dritten Welt.

Die westdeutsche Linke hat zwar den Satz Regis Debrays „Und in Kuba oder Vietnam Revolutionär zu sein, heißt Nationalist zu sein“ in ihren Identifika-

tionen mit dem Befreiungsnationalismus in der Dritten Welt voll verinnerlicht. Der nachfolgende Satz Debrays dürfte hingegen ziemlich verstören: „Ich kann mir für Europa keine Hoffnung vorstellen, es sei denn unter der Hegemonie eines revolutionären Frankreich, das fest am Banner der Unabhängigkeit festhält. Manchmal frage ich mich sogar, ob die ganze Mythologie der Deutschfeindlichkeit und unsere jahrhundertlange Feindschaft mit Deutschland nicht eines Tages unerlässlich sein wird, um die Revolution oder auch nur unser nationaldemokratisches Erbe zu retten.“ (In: Tom Nairn u. a., Nationalismus und Marxismus, S. 101) Zuletzt hat Rudolf Bahro auf André Gorz' Vorwürfe gegenüber der angeblich nationalegoistischen deutschen Friedensbewegung mit der Berufung auf Fichte geantwortet. Zu wahr, die Geschichte scheint sich zu wiederholen, nur können wir ihr nicht so leicht entgehen, wie es sich die Nationalallergetiker wünschen.

In seinem Bestreben, Peter Brandt und mich als verkappte Nationalrevolutionäre in die Tradition des deutschen Irrationalismus einzureihen, nimmt es Klönne mit der Pflicht zu exakter Zitation nicht ganz genau. Das holzschnittartige Zitat, es gehe um „die Befreiung des deutschen Volkes von der Fremdbestimmung durch den westdeutschen Kapitalismus und die ostdeutsche Bürokratie“ wird von mir bereits als These relativiert („Befreiung“ in Gänsefüßchen, als Anspielung auf den Namen unserer Zeitschrift; vgl. Ammon/Brandt, Wege zur Lösung der deutschen Frage – Der emanzipatorische Anspruch der Linken unter dem Zwang zur Realpolitik, in: Befreiung Nr. 21 [1981], S. 43). Geschenkt, denn es beschreibt selbst in derartiger Verkürzung adäquat die deutschen Zustände, sieht man einmal von deren Blockverflechtungen ab. Zudem: wer angesichts der Weltwirtschaftskrise und innerhalb der enger werdenden Grenzen des Wachstums über Alternativen zum sozialkapitalistischen Wachstumsmodell, über system-transzendierende Lebens- und Überlebensperspektiven nachdenkt, also sozialistische Theorie betreibt, wird über den alles überlagernden Ost-West-Konflikt, der in Deutschland, Europa und in der Dritten Welt menschliche und ökonomische Ressourcen blockiert bzw. durch Hochrüstung absorbiert, unweigerlich wieder auf die Deutsche Frage stoßen. Fraglich bleibt, warum man bei manchen Linken solche Umwege des Denkens scheut. Daß allerdings derartige deutsche Selbstbesinnung bei der westlichen Hegemonial- und Supermacht USA auf wenig Sympathie stößt, dürfte nach der Hysterie über den erwachenden deutschen „Nationalismus“

jedermann klar sein. (Hierzu als Fußnote: die „Supermächte“ sind keine Erfindung der Chinesen oder westdeutschen Maoisten und geistesverwandter Nationalrevolutionäre, sondern ein 1944 von dem britischen Wissenschaftler W.T.R. Fox geprägter, in der Politikwissenschaft allgemein akzeptierter Begriff. Er wurde auch vom sowjetischen Außenminister Gromyko gegenüber dem Bundesaußenminister Scheel 1970 ohne falsche Scham in Anspruch genommen. Mit Mißfallen dürfte Klönne bemerkt haben, daß er heute zum Begriffsinventar der SPD-Ostpolitiker gehört.)

Klönne stößt sich an Peter Brandts Satz (Prokla 47, S. 83) über die fehlende „eigene Nationalpolitik“ gegen die „nationale Erniedrigung durch Versailles“. (Um Pathos ist Klönne ja mancherorts selbst nicht verlegen.) Das Pathos ist keineswegs fehl am Platze – es geht um nichts anderes als die historische Widerspiegelung der damaligen Stimmungslage. Ich gebe dazu folgendes zu bedenken: Wer über den „deutschen Sonderweg“ nachdenkt, der wird – ungeachtet aller ideologischen Verwirrungen der deutschen Bourgeoisie vor allem seit der Neoromantik – als die entscheidende Wegstation das Jahr 1919 ansetzen. Als von den 14 Punkten Wilsons in Versailles für Deutschland nichts mehr übrig blieb, fühlten sich die bürgerlichen Bildungsschichten in ihrer Kriegsideologie („die Ideen von 1914“), in ihrer Verachtung gegenüber dem moralischen Anspruch der westlichen Siegermächte bestärkt und wurden so in ihrem Realitätssinn weiter beeinträchtigt. Doch nicht nur das Bürgertum – von den reaktionären Deutschnationalen bis hin zu den Demokraten – empfand den Friedensvertrag (und den § 231) als unzumutbar. Darin herrschte weithin Übereinstimmung quer durch die Klassen. Im Dezember 1918 hatte der Berliner Rätekongreß jegliche Annexionen sowie separatistische Tendenzen abgelehnt. Weniger bekannt als die Worte Scheidemanns über den Versailler Vertrag dürfte z. B. die Tatsache sein, daß der führende Sozialdemokrat Hans Vogel der Vertragsabstimmung trotz Fraktionszwang fernblieb. An die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen nach dem 1. Weltkrieg zu erinnern dient nicht der Fortsetzung eines alten rechten Mythos oder der Begründung eines neuen links-rechten, sondern der Klärung des historischen Zusammenhangs: darin lag eine der Erfolgsursachen des Nazismus. Durch die Sichtverengung auf die Hybris des deutschen Imperialismus vor und während dem 1. Weltkrieg wird die umfassende historische Realität – der Imperialismus aller beteiligten Mächte – ausgeblendet.

Den Nationalallergikern ist der Nachvollzug folgender Spekulation zu empfehlen: Wie hätte wohl nach einer erfolgreichen sozialistischen Revolution im deutschen Schicksalsjahr 1918/19 eine „freie sozialistische Republik“ auf die Zumutungen der Westmächte und die zwangsläufige Intervention gegen die „rote Gefahr“ in Mitteleuropa reagiert? Wie anders als mit einer revolutionären levée en masse? (Zu welchen Opfern das deutsche Proletariat bereit war, bewies es ja nicht nur in den permanenten Revolutionsversuchen bis 1923, sondern eben auch im Widerstand gegen die Ruhrbesetzung. Es waren dieselben Arbeiter, die 1920 nach dem Scheitern des Kapp-Putsches von der Reichswehr zusammengeschossen worden waren.) Es handelt sich hier nicht um eine späte nationalrevolutionäre Phantasie, sondern um eine hypothetische Konstruktion – ohne diese verkommt die Historie zur Requisitenkammer für die Ausstattung eines zeitgenössischen Moraltätenspektakels.

Anders als Klönne suggeriert, kommt es uns bei unseren Darstellungen eines linken Patriotismus nicht auf die Konstruktion einer nationalen Ahnengalerie an. Wichtig und richtig erscheint uns hingegen, die untrennbare Verflechtung der deutschen Freiheits- und Sozialbewegungen mit der deutschen Einheitsbewegung herauszuarbeiten, die reale Dialektik von sozialer und nationaler Frage. Muß man westdeutsche „Linke“ heute wirklich an das Wort Wilhelm Liebknechts vor dem Leipziger Schwurgericht erinnern: „Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes ...“?

Zu kritisieren ist außerdem ein historischer Fehlschluß, den Klönne aus dem Vorrang des Friedensgebots vor dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes ableitet. (Selbst diese These ist insofern anfechtbar, als aus der betreffenden Formel des Grundgesetzes eine Identität der Postulate herauszulesen ist. Mit Sicherheit bedeutet der Umkehrschluß: Die deutsche Einheit gefährdet den europäischen Frieden, eine fatale Verdrehung der Aussage des Grundgesetzes. Durch die aktuelle Entwicklung wird die von einigen Nationalallergikern bevorzugte Interpretation offensichtlich widerlegt.) Klönnes Interpretation der Grundgesetzformel, diese habe „immerhin (!) die Einsicht enthalten, daß die Teilung des Deutschen Reiches von 1871 in zwei Staaten“ letztlich von den Deutschen selbst verschuldet gewesen sei, ist völlig inakzeptabel. Sie erinnert schon an Palmström-Kunkel-Logik. Nicht die chronologische

Fahrlässigkeit irritiert – die Gründung der DDR erfolgte mit der bekannten Phasenverschiebung –, sondern die Deutung: mit Ausnahme des rheinisch-katholischen bürgerlichen Lagers unter Adenauer herrschte quer durch die Parteien die Auffassung vom zeitlich überschaubaren Provisorium, keiner rechnete mit der definitiven Teilung Deutschlands.

Als Gegenfrage an die Nationalallergiker: wenn die Teilung Nachkriegsdeutschlands durch den Hitlerismus selbstverschuldet und historisch zwangsläufig gewesen sein soll (eine nachweislich falsche These!), welche Erklärung läßt man sich dann zur Teilung Koreas einfallen? Verhüllt nicht vielmehr der Moralismus ihrer deutschen Geschichtsbetrachtung eine spezifische Unfähigkeit, über den Verlust der Einheit zu trauern?

Zum Schluß die These, auch wir erhöhen die „nationale Identität“ zum Schlüsselbegriff linker Politik, unsere Argumentation geriete dabei auf biologische Abwege. Polemisch zugespitzt ließe sich zurückfragen, ob nicht die Abstinenz der Nationalallergiker in der Frage der deutschen Teilung einer biologischen Lösung gleichkomme. Lautet nicht deren unausgesprochene Doktrin: durch den Generationenwechsel werde sich der humanitäre Aspekt der deutschen Frage schon von selbst erledigen? Daher wohl der Unmut über die Wiederkehr der deutschen Frage und die unerwartete Identitätsfrage der jüngeren, in der Friedensbewegung engagierten Generation?

Die nationale Identität ist keineswegs unser zentrales und ausschließliches Thema, doch handelt es sich um mehr als eine bloße Begriffschimäre, gleichsam um die letzte Gedankenblase deutscher Innerlichkeit. In seinem psychologischen Kontext begegnet uns der Identitätsverlust heute als negativer Befund im deutschen Bewußtsein, in der gespielten Verständnislosigkeit mancher westdeutscher Linker gegenüber der nationalen Frage. Auch noch die jüngere deutsche Generation lebt mit dem NS-Geschichtstrauma. Belastet mit einem Geburtsfehler, haben junge Westdeutsche lange Zeit vielfach die Auseinandersetzung mit der politischen Realität im geteilten Deutschland gemieden, noch heute begibt man sich lieber auf Heimatsuche oder auf Revolutionstourismus. Im Kreis Gleichaltriger aus den europäischen Nachbarländern tun sich die jungen Westdeutschen noch immer schwer – wer könnte das übersehen? – etwa bei der Aufforderung, deutsche Volkslieder zu singen. Gibt es keine oder sind sie allesamt eine Erfindung der suspekten Romantiker?

Ideengeschichtlich taucht der Begriff „Identität“ in Phasen auf, in denen man sich eines Defizits bewußt

# Zukunftsprobleme

## Sozialpolitik • Beruf • Familie

Eine tiefgreifend sich wandelnde gesellschaftliche Situation bedarf besonderer Anstrengungen zu ihrem Verständnis. Daher stellt sich dringlich die Aufgabe, aktuelle Entwicklungen aufzuarbeiten und neue analytische Instrumente zu diskutieren, die dem Verständnis dienen.

### Soziologie und Sozialpolitik

Hrsg. B. Badura, Chr. v. Ferber, F.-X. Kaufmann, E. Pankoke, Th. Thiemeyer

**Band 2: Staatliche Sozialpolitik und Familie**  
Hrsg. F.-X. Kaufmann

1982. Ca. 360 Seiten, ca. DM 58,-  
ISBN 3-486-50651-X

**Band 1: Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen**

Die Bedeutung nicht-professioneller Sozialsysteme für Krankheitsbewältigung, Gesundheitsvorsorge und Kostenentwicklung im Gesundheitswesen

Hrsg. B. Badura, Chr. v. Ferber

1981. 257 Seiten, DM 48,-  
ISBN 3-486-50641-2

### Sozialwissenschaftliche Reihe des Battelle-Instituts

Hrsg. J. Scharioth, R. v. Gizycki

**Band 7: R. v. Gizycki, H. Gärtner**  
Zukunftsaussichten von Berufen  
Überlegungen, Szenarien und Thesen zur Berufsausbildung

1982. VIII, 197 Seiten, DM 38,-  
ISBN 3-486-51361-3

**Band 2: R. v. Gizycki, U. Weiler**  
Mikroprozessoren und Bildungswesen

Auswirkungen einer breiten Einführung von Mikroprozessoren auf die Bildungs- und Berufsqualifizierungspolitik.

Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft  
1980. XVI, 316 Seiten, DM 38,-  
ISBN 3-486-50051-1

**Band 3: Beschäftigungspolitik für die achtziger Jahre**

Hrsg. L. Böckels  
1980. 194 Seiten, DM 38,-  
ISBN 3-486-50341-3

R. Oldenbourg Verlag, Rosenheimer Str. 145  
8000 München 80

# Oldenbourg

wird. Und so kam die Diskussion um die „nationale Identität“ erst eigentlich in Gang, als sich die Deutschen beiderseits der Grenze wieder ihrer politischen Defizite bewußt wurden. Der Lernprozeß setzte um die Jahreswende 1979/80 ein und dauert an. Die Sorge um die Aufrechterhaltung des kalten Friedens zwischen den Blöcken beförderte die Erkenntnis, noch immer in einem geteilten, besetzten Land ohne Friedensvertrag zu leben. Hierin liegt die Quelle des „neuen Patriotismus“. Dessen Aufgaben benennt Günter Gaus in seinem NG-Interview: Es geht darum, „uns auf den Trümmern des Bismarck-Reiches einzurichten“, um Politik zur Behebung der andauernden deutschen Misere.

Peter Brandt und ich haben für „die Lösung der Deutschen Frage“ in ihrem europäischen Zusammenhang Vorschläge gemacht (im zitierten Aufsatz der „Befreiung“). Sie enthalten keine „drohenden Untertöne“. Wer hingegen den europäischen Frieden – aus einem pathologischen Mißtrauen gegenüber „den Deutschen“ heraus, zu denen man ja wohl selbst gehört – auf der Basis des Status quo herbeiführen will, konserviert ein Element des Unfriedens im europäischen Zentrum. Noch einmal: die Nationalallergetiker bewegen sich gewöhnlich in den Zwängen der Blocklogik (z. B. Egbert Jahn und Gilbert Zieburg). Wer von der friedenssichernden Qualität des bipolaren Systems überzeugt ist, der mag die deutsche Frage als störend empfinden. Man sollte dann allerdings auch die Courage aufbringen, über die Modalitäten zu sprechen, nach denen West-Berlin als Relikt der Nachkriegsära der DDR übereignet werden könnte. (Im Wege stünden dabei wohl immer noch die Interessen der Besatzungsmächte.) Vorerst scheut man noch derlei Denkakrobatik. Und so warten wir seitens der Nationalallergetiker bislang vergeblich auf ernsthafte Überlegungen zur Überwindung der deutschen Misere.

Auf eine Diskussion des Ansatzes oder der Details des von uns entwickelten Modells läßt sich Klönne nicht ein, statt dessen nährt er den Verdacht des sich auf Abwegen befindlichen „Linksnationalismus“. Der Verdacht ist zurückzuweisen; nicht die Spuren schrecken, sondern der Stil des Fährtensuchers irritiert, sein Spürsinn. Die von Klönne bevorzugte Rolle des bundesrepublikanischen Cato mag klassisch sein, doch mischen sich darin auch weniger klassische Züge. Zudem weckt sie beim Betrachter auch die Erinnerung an das Amt des (älteren) Cato: das des Zensors. Der den Nationalallergetikern suspekten Durchschnittsdeutsche, klassisch weniger gebildet, assoziiert damit die heute geläufige Vorstellung von Zensur.



## WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

**Klaus Funken:  
Richtige Richtung**

**Zur Diskussion über Wirtschaftspolitik  
in NG 6/82 bis 9/82**

---

*Dr. Klaus Funken, Jahrgang 1945, ist Referent der  
SPD-Bundestagsfraktion.*

---

Heinrich Michael Broders Artikel „Programm zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaushalte“ in NG 6/82 hat – merkwürdigerweise – einigen Wirbel ausgelöst. Die Thesen Broders wie auch die Zahlenbeispiele sind seit Jahren bekannt, alles andere als neu. Die enthusiastische Aufnahme des Artikels ist deshalb nicht recht verständlich. Dennoch wirkt Broders Artikel, das macht der anspruchslose Verriß Thilo Sarrazins im Septemberheft der *Neuen Gesellschaft* deutlich, wie ein Katalysator.

Sarrazin ist mit seinen Anwürfen nicht gerade kleinlich: Heinrich Broder verfolge einen „schlechthin keynesianistischen Denkanatz, der nicht situationsgerecht“ sei. In weiten Teilen ist Sarrazins Argumentation Renate Merkleins Pamphleten gegen den Wohlfahrtsstaat in Spiegel-Serien deutlich nachempfunden. Ganz auf Renate Merkleins Argumentationslinie beschuldigt er einen „falsch verstandenen Keynesianismus“, mitverantwortlich dafür zu sein, daß die Probleme so geworden sind, wie sie heute nun einmal sind. Ein gewisses Mitgefühl äußert Sarrazin „für jene, die in den letzten Jahren guten Glaubens einem verkürzten Vulgarkeynesianismus aufgegeben“ seien, womit er sicherlich nicht nur Heinrich Broder meint. Sarrazins Vorwurf richtet sich allerdings nur vordergründig gegen ihn, hat Broder doch lediglich das in einer losen Skizze zusammengefaßt, was an Vorschlägen seit Mitte der siebziger Jahre von Wirtschaftswissenschaftlern in der Tradition eines John Maynard Keynes entwickelt wurde. In Wahrheit rechnet Sarrazin mit ihnen ab, mit Denkanätzen, wie sie im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, im Internationalen Institut für Management und Verwaltung oder dem Wirtschafts-

und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes entwickelt wurden.

Sarrazins wortreiche Entgegnung will nur eine Botschaft transportieren, und die ist in der Überschrift seines Artikels klar zusammengefaßt: „Beschäftigungsprogramme bringen jetzt weder Wachstum noch Beschäftigung.“ Zum Beleg zitiert er einen Artikel aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank (Augustheft), anscheinend die höchste wissenschaftliche Autorität für Sarrazin, die auf der Grundlage ihres neuen ökonomischen Modells zu dem Ergebnis kommt, „daß sich unter den Rahmenbedingungen der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kreditfinanzierte zusätzliche Staatsausgaben nach einem kurzen Stroheffekt negativ auf Wachstum und Beschäftigung ausgewirkt hätten“ (Thilo Sarrazin).

Daß alle anderen wirtschaftswissenschaftlichen Institute ebenfalls auf Grundlage ökonomischer Modelle zu entgegengesetzten Ergebnissen kommen, beeindruckt Sarrazin nicht, sie bleiben schlicht unerwähnt. Aber auch die Bundesbank, dies verschweigt Sarrazin ebenfalls, will nicht ausschließen, daß öffentliche Investitionsprogramme durchaus nennenswerte Wachstumswirkungen entfalten. Insofern, so die Bundesbank weiter, seien ihre Untersuchungsergebnisse in starkem Maße zeitgebunden und stellen keineswegs ein grundsätzliches Verdikt über die Wirksamkeit öffentlicher Ausgabenprogramme dar.

Das eher konservativ einzuordnende Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat anhand seines ökonomischen Konjunkturmodells im Herbst des vergangenen Jahres errechnet, welche Auswirkungen von einem grundsätzlichen kreditfinanzierten staatlichen Investitionsprogramm in Höhe von 10 Mrd. DM im Jahre 1982 und 1983 ausgehen würden. Das RWI kommt zu dem Ergebnis, daß das Wirtschaftswachstum aufgrund eines solchen Programmes im Jahre 1982 um 1,1 % höher und im Jahre 1983 noch um 0,2 % höher liegen würde. Die Zahl der zusätzlich Beschäftigten ist im Jahre 1982 auf 75 000 und im Jahre 1983 auf 90 000 veranschlagt. Dies ist eine sehr vorsichtige Schätzung, weil das RWI davon ausgeht, daß sich die höhere Produktion bei nicht ausgelasteten Kapazitäten zu einem großen Teil in steigender Arbeitsproduktivität niederschlagen würde. Im Jahre 1982 würden aufgrund dieses höheren Wirtschaftswachstums Mehreinnahmen bzw. Einsparungen an Kosten der Arbeitslosigkeit in Höhe von 4,1 Mrd. DM anfallen, im Jahre 1983 würden es noch 3,3 Mrd. DM sein; für die beiden Jahre also insgesamt 7,4 Mrd. DM. Dies bedeutet, daß ein kre-

ditfinanziertes staatliches Investitionsprogramm in Höhe von 10 Mrd. DM sich innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren bereits zu 75 % selbst finanziert hätte.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat aufgrund seines ökonomischen Modells höhere Wachstums- und Beschäftigungseffekte und auch eine höhere Selbstfinanzierungsquote kreditfinanzierter Investitionsprogramme errechnet. Andere Institute kommen zu ähnlichen, wenn auch nicht so positiven Ergebnissen. Sarrazins Behauptung, die von Broder zitierten Analysen (DIW, IAB und RWI) berücksichtigten lediglich die Multiplikatorwirkung staatlicher Mehrausgaben, nicht jedoch ihre Wirkung auf dem Kapitalmarkt, ließen Preiseffekte und die Erwartungshaltung der am Wirtschaftsleben Beteiligten außer acht, ist frei erfunden.

Falsch ist, Broder zu unterstellen, er plädiere für eine bloße Kompensation privater Nachfrageausfälle durch staatliche Nachfrageausweitung. Vielmehr setzt er sich für eine stetige mittelfristige Investitionspolitik ein, die sich insbesondere auf die Einsparung und Substitution von Energie konzentriert. Überhaupt ist falsch, Broder zu unterstellen, die von Sarrazin beschriebenen Trends zu mehr Konsum und weniger Investitionen fortzuschreiben. Das Gegenteil ist richtig. Sein ganzer Artikel ist ein Plädoyer, gesamtwirtschaftlich von Konsum zu Investitionen umzuschichten, innerhalb der öffentlichen Haushalte die Investitionsquote zu erhöhen. Falsch ist auch, Broder zu unterstellen, er setze sich für eine Anhebung der Abgabentlast ein. Falsch ist schließlich, daß Broder das „Heil in massiven staatlichen Ausgabenprogrammen und dem Verzicht auf ernsthafte, auch schmerzliche Einsparungen“ suche. Wenn in diesem Zusammenhang Sarrazin J. K. Galbraith als Zeugen aufruft, der tatsächlich zu einer strikten Ausgabendisziplin rät, dann hätte er nicht unerwähnt lassen dürfen, daß Galbraith dabei nicht an Einschränkungen von Sozialleistungen denkt, sondern an drastische Einsparungen im Verteidigungshaushalt.

Schließlich sind die als abschreckende Beispiele vorgeführten Länder Schweden, Dänemark, Österreich und Frankreich nicht über einen Kamm zu scheren. Im übrigen läßt seine Bewertung der österreichischen und französischen Wirtschaftspolitik erkennen, daß seine Vorurteile von keiner Sachkenntnis eingetrübt werden.

Auf das österreichische Beispiel soll hier etwas näher eingegangen werden, von dem Sarrazin behauptet, sein beschäftigungspolitischer Glanz sei stumpf geworden. Tatsache ist, daß Österreich 1981 mit 2,4 % neben Ja-

pan mit 2,2 % die niedrigste Arbeitslosenquote der zwanzig größten Industriestaaten der westlichen Welt hatte. (Zum Vergleich: BRD 5,5 %) Beim Anstieg der Verbraucherpreise lag Österreich mit 6,7 % neben der Bundesrepublik und der Schweiz am unteren Ende der OECD-Skala.

Die realen Wachstumsraten lagen im Zeitraum 1970 bis 1979 mit 4,3 % pro Jahr deutlich über dem OECD-Durchschnitt und wurden lediglich von Japan mit 6,3 % übertroffen. Zum Vergleich: die der Bundesrepublik Deutschland lag bei 3,1 %, die Großbritanniens bei 2,0 % und die der USA bei 2,8 %. Bemerkenswert ist, daß Österreich eine der höchsten gesamtwirtschaftlichen Investitionsquoten der westlichen Welt ausweist. Der Anteil der Bruttoinvestition am Sozialprodukt liegt in Österreich bei 27 %, in der Bundesrepublik bei 23 %, in Großbritannien bei 19 % und in den USA bei 17 %. Diese positive Bilanz wurde durch die Kombination von Maßnahmen erreicht: eine international überdurchschnittlich expansive Politik der öffentlichen Haushalte verbunden mit einer starken Ausweitung des Dienstleistungssektors und einer forcierten Arbeitszeitverkürzungspolitik mit einer im internationalen Vergleich sehr zurückhaltenden Lohnpolitik, die sich jeweils an der Inflationsrate der vorangegangenen Periode orientierte. Flankiert wurde diese Politik mit einer von der Regierung sehr gezielt eingesetzten Wechselkurspolitik, die einen strikten Hartwährungskurs verfolgte, wodurch eine effektive Bekämpfung der Inflation ermöglicht wurde. Diese Entwicklung, und dies ist entscheidend, wurde durch das österreichische System der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft möglich, das auf einer weit größeren Partizipation der Verbände an der politischen und wirtschaftlichen Macht beruht als in den meisten anderen Industrieländern.

Thilo Sarrazins Verriß ist erstaunlich und unverstänlich. Erstaunlich deshalb, weil er auf Heinrich Broders Argumentation überhaupt nicht eingeht, sondern einen Popanz sich zurechtlegt, auf den er dann mühelos einschlagen kann. Unverstänlich deshalb, weil er auf die Kritik der tatsächlichen Schwä-

chen von Broders Artikel verzichtet.

Mit dem Anspruch, ein Programm zur Beschäftigung von 1 Million Arbeitnehmern und zur Entlastung der Staatshaushalte vorzustellen, greift Broder bei weitem zu hoch. Sein journalistisch aufgemüpfter „Programmorschlag“ ist alles andere als ein „sorgfältig durchgerechnetes Programm“. Das Zahlentableau stört eher, da der Eindruck erweckt wird, es lägen substantiierte Zahlen vor. Davon kann jedoch keine Rede sein. Broder stützt sich auf Zahlen, die seit Jahren bekannt sind, heute vielfach überholt oder so nicht mehr haltbar sind. So sind beispielsweise die Multiplikatoreffekte meist zu hoch angesetzt, die Selbstfinanzierungsquote staatlicher Maßnahmen zu optimistisch geschätzt. Die Annahme Broders, staatliche Investitionsprogramme finanzierten sich mittelfristig von selbst, ist so nicht haltbar. Sie beruht auf Berechnungen, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vorgenommen wurden, als trotz wachsender Staats-Verschuldung die Preise und die Zinsen sanken, hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzielt wurden und die DM international eine starke Position hatte. Zu optimistisch sind auch die Nettoersparnisse des Staates bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Nettokosten der Bundesanstalt für Arbeit für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sind höher als Broder sie veranschlagt. Insofern stehen seine Zahlen auf sehr wackligen Füßen.

Broders „phänomenale“ Haushaltsentlastung beruht auf einer schlichten, allerdings sehr unsicheren Hypothese: 800 000 Arbeitnehmer seien mittelfristig bereit, ihre Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umzuwandeln, wodurch eine Haushaltsentlastung von insgesamt 7 Mrd. DM eintreten würde. Egon Lutz hat ja bereits in NG 8/82 darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit, Teilzeitarbeitsverhältnisse einzugehen, im wesentlichen eine Einkommensfrage ist, also etwas für Besserbetuchte.

Dennoch: Broders differenzierte Argumentation zielt in die richtige Richtung. Sein „Programmorschlag“, dem wichtige Elemente fehlen, auch Sarrazins Verriß wird dem nicht gerecht.

# Frische ist unser Geschäft



Alle Tage wieder Frisch-Qualität  
zum vernünftigen Preis.

Das ist co op.  
Der tägliche  
Wochenmarkt  
gleich in Ihrer  
Nachbarschaft.





## Jack Lang: Aufruf zum kulturellen Widerstand

*Wir dokumentieren im folgenden die Ansprache des französischen Kulturministers, Jack Lang, vor der II. Weltkonferenz der UNESCO zur Kulturpolitik (MON-DIACULT) in Mexiko-City. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Elmar Tophoven.*

Zunächst möchte ich sagen, wie glücklich wir darüber sind, in Mexiko, dem Lande der Revolution und der Befreiung, zu sein. Mexiko ist aus Tradition ein Freund des Frankreichs der Revolution, und viele Bilder kommen uns Franzosen dabei ins Gedächtnis. Wir erinnern uns vor allem an den Priester Hidalgo, der ein glühender Verehrer der Enzyklopädisten, ein Bewunderer von Rousseau und Voltaire war, und der zur gleichen Zeit, da er gegen die Kolonialherrschaft kämpfte, in seinem Dorf Französisch unterrichtete, die Sprache, die damals als Sprache der Befreiung galt. Oder eine andere Erinnerung: die Fahne der Convention Nationale Revolutionnaire verdankt ihren Farbstoff dem leuchtenden Rot der mexikanischen Koschenillelaus, die man am Nopal findet. Wir wollen auch nicht den warmerzigen Empfang vergessen, den Präsident Lopez Portillo dem Präsidenten François Mitterrand vor einigen Monaten bereitet, und ich grüße deshalb herzlich die Regierung Mexikos und das mexikanische Volk.

Darf ich Ihnen, meinen lieben Kollegen, darf ich der Konferenz auch für die Freundlichkeit danken, Frankreich mit der Aufgabe der zusammenfassenden Berichterstattung betraut zu haben? Ist es eine zu weitgehende Auslegung Ihres einstimmigen Beschlusses, wenn ich sage, daß Ihre Wahl dem Frankreich des 10. Mai galt, dem Frankreich, das seit über einem Jahr an die großen Traditionen der Freiheit und der Unabhängigkeit wieder angeknüpft hat, einem Lande, das durch eine kühne kulturelle Politik seit einigen Monaten die Fackel des schöpferischen Wirkens wieder ergriffen hat? Darf ich Ihnen auch sagen, daß das Besondere an unserer Delegation – aber ich glaube, dies gilt auch für andere hier anwe-

sende Delegationen – die Tatsache ist, daß sie nicht nur aus offiziellen Vertretern, sondern auch aus Persönlichkeiten des kulturellen und kreativen Lebens besteht.

Zur Zeit der Gründung der UNESCO nach dem Krieg hatte der französische Regierungschef Léon Blum vorgeschlagen, daß nach dem Vorbild der ILO [Internationale Arbeitsorganisation], die, wie Sie wissen, in ihren nationalen Vertretungen Vertreter der Regierungen und Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenfaßt, die nationalen Delegationen bei der UNESCO sich ähnlich zusammensetzen sollten, nämlich zur Hälfte aus Offiziellen und zur Hälfte aus Persönlichkeiten des kulturellen und kreativen Lebens. Vielleicht wird man diesen Vorschlag eines Tages bei einer Reform der UNESCO berücksichtigen. Wir wollten jedoch, begleitet von Personen aus dem kulturellen Leben, die verschiedene Meinungen vertreten, herkommen, so daß sich Persönlichkeiten wie Louis Aragon, Simone de Beauvoir, Costa-Gavras, Serge Moati, Félix Guattari, Jacques Derrida, Jean-Paul Aron und mehrere andere zu uns gesellt haben oder noch zu uns stoßen werden.

### Das erste Recht der Kultur: Selbstbestimmung

Im Grunde sind wir, ist jeder von uns in dem Moment, da er diese Tribüne betritt, von einer gewissen Bescheidenheit erfüllt. Wie soll man eine für die ganze Welt gültige Rede über kulturelle Belange halten, wo doch in jedem unserer Länder die Schwierigkeiten, die auf uns einströmen, Antworten von uns verlangen, die nicht immer auf der Hand liegen oder leicht zu finden sind? Ich möchte sogar sagen, daß es gefährlich wäre, wenn unsere Organisation sich anmaße, diesmal, wieder einmal, die zehn Gebote der Kulturpolitik für die Welt zu entwerfen oder die Gesetzestafeln für die Weltkulturpolitik.

Vielleicht sollte man sich sogar vor einem gewissen mondialistischen Diskurs über die Kultur hüten – es ist dies eine Frage, die ich mir und Ihnen stelle; ich habe darüber gestern noch mit einem der Philosophen, die uns begleiten, gesprochen, mit Professor Jacques Derrida. Die Kultur ist universal, ja, aber wir achten darauf, daß nicht alles auf die gleiche Ebene gestellt wird: die Welt ist so reich an zutage getretener Kultur, und der Mensch hat endlich ihre Unendlichkeit erfahren. Wir wissen heute, daß die Kultur der Welt nicht überall ein und dasselbe ist, daß es sich dabei ebensowohl um die Baule-Traditionen handelt wie um die Backsteine Babylons, ebensowohl um die konfuzianische Ordnung, selbst wenn sie abgeschafft wurde, wie um die geheimen Widerstands-

kräfte der Völker gegen die Kolonialherrschaft, ebenso sehr um die Kultur der Aztekenreiche wie um die der Sklaven und Unterdrückten. Und eigentlich möchte ich sagen, daß, wenn es überhaupt einen für die Welt gültigen Diskurs gibt, dies zunächst der Diskurs der Menschen ist, die bis zuletzt darum ringen, einander zu erkennen und in einem und demselben Tode schließlich ihre eigene Brüderlichkeit erfinden. Hüten wir uns, meine lieben Kollegen, davor, verschwommene Synkretismen zu kultivieren, wir sollten, im Gegenteil, ein jeder stolz auf seine Identität, auf seine Eigentümlichkeit sein, und voller Bewunderung das Schauspiel unserer Verschiedenartigkeiten betrachten. Wir sollten uns darüber klar sein, daß wir uns erst am Anfang befinden und daß die Welt eigentlich ein Morgen ist, daß sie noch zu erfinden, noch zu erschaffen ist. Einige hatten gedacht, daß diese Welt, in der wir uns befinden, eintönig im grauen Raum ihrer Wiederholungen enden würde. Dem ist nicht so. Widerspenstig, glaube ich, und natürlich brüderlich sind Sie, sind wir, liebe Freunde und Kollegen, hier, um zu versuchen, die zahllosen Zukunftsbilder, die in jedem unserer Länder in so reichem Maße entstehen, zu verwirklichen.

Ich möchte ebenfalls sagen, daß die Rede auch Realitäten, schwerwiegende Realitäten verbergen und uns insbesondere daran hindern kann, uns zu vergewärtigen, daß das erste Recht der Kultur das Recht der Völker auf Selbstbestimmung ist; und wenn wir hier und da auf dem Planeten und auf dem Kontinent, auf dem wir uns befinden und der uns empfängt, beobachten, auf welche Weise das Recht gewisser Völker gehandhabt wird, so hat man gewisse Hemmungen, über die Kunst und die Schönheit zu sprechen.

Und da ich gerade einen großen Freund, den Pater Cardenal, begrüßt habe, sage ich ihm, da er ein Beispiel unter anderen von einem Volk ist, das man daran hindern will, zu leben, und das berechtigt ist, sein eigenes politisches Regime und sein eigenes soziales Regime zu wählen, daß unser Land, und ich glaube auch viele andere Länder, an seiner Seite stehen, um zu verhindern, daß man danach trachtet, sein Lebensrecht zu verletzen; und – der tunesische Ministerpräsident erwähnte es gestern nachdrücklich – wir dürfen nicht unter einem kulturellen Vorwand vergessen, daß das Lebensrecht anderer Völker in eben diesem Moment bedroht ist, und zwar insbesondere das der Palästinenser. Lange Zeit sind die Rechte Israels bestritten worden, und heute sind sich viele darin einig, die Rechte der einen und der anderen anzuerkennen. Die Zufälligkeit der Reisen hat

uns vor einigen Tagen mit der französischen Delegation nach Kuba geführt. Kuba ist ein mutiges Land, das eine neue Gesellschaft aufbaut. Sein Sozialismus ist nicht unser Sozialismus. Wir respektieren ihn, und der Gedanke daran, daß man heute das Recht dieses Landes, zu leben und frei zu leben, indem es sich sein politisches Regime wählt, immer noch abstreitet, können wir nicht gelten lassen. Die Kultur ist vor allem dies: die Anerkennung des Rechtes für jedes Volk, frei sein politisches Regime zu wählen.

#### Der Klassenkampf beeinträchtigt sogar die Kultur

Ich möchte nun, da die Zeit begrenzt ist, ohne protokollarische Rücksichten zum Kern der Sache kommen, indem ich wiederhole, was ich gerade gesagt habe: wir dürfen uns nicht durch unsere eigene Rhetorik beirren lassen. Die Minister für kulturelle Angelegenheiten neigen, wie ich selber weiß, ein wenig dazu, sich an ihren eigenen Reden zu berauschen und Zuflucht zu allgemeinen Äußerungen zu nehmen. Eine hölzerne Sprache der Kulturpolitik läßt uns manchmal die Realitäten vergessen. Und, wenn Sie gestatten, werde ich heute morgen nur ein einziges Thema behandeln, und dieses Thema werde ich kurz und bündig formulieren, ich werde sagen „Kultur und Wirtschaft – ein und derselbe Kampf“. Es nützt nichts, seine Augen zu verschließen und mit Engelszungen zu reden, die Wirklichkeit ist unbestreitbar. Der nationale und internationale Klassenkampf beeinträchtigt die Kunst und sogar die Kultur. Die Schönheit ist die Kunst zu leben, und der Profit kümmert sich nicht immer um die Kunst und das Leben zugleich.

„Wirtschaft und Kultur – ein und derselbe Kampf“, ich möchte zu diesem Thema zwei scheinbar widersprüchliche Realitäten erwähnen, dies wird das Wesentliche meiner Ausführungen sein.

Die erste Realität: das kulturelle und künstlerische schöpferische Wirken ist – wie mehrere Delegierte seit Beginn der Konferenz gesagt haben – heute ein Opfer eines multinationalen, finanziellen Beherrschungssystems, gegen das man sich derzeit zusammenschließen muß. Die zweite Realität oder die zweite Gegebenheit, die scheinbar im Gegensatz zu der ersten steht, ist paradoxerweise das schöpferische Wirken, die künstlerische und wissenschaftliche Innovation, die eine Überwindung der internationalen Krise erlauben werden.

#### Der Eingriff in das Bewußtsein

Erster Punkt – allzu oft, liebe Kollegen, bleiben unsere Reden über die Nord-Süd-Beziehungen bloße

Reden und allzu oft dulden unsere Länder, und ich möchte sagen alle unsere Länder, in passiver, allzu passiver Weise eine gewisse Invasion, eine gewisse Überflutung durch im Ausland hergestellte Bilder und durch standardisierte Musikstücke. Ich habe eine graphische Darstellung, eine für uns alle niederschmetternde Darstellung vor Augen. Sie zeigt die Fernsehprogrammierungen in einem jeden unserer Länder. Man stellt dabei fest, daß die Mehrheit der Programmierungen durch jene standardisierten, stereotypen Produktionen gewährleistet wird, die freilich die nationalen Kulturen abhobeln und eine vereinheitlichte Lebensweise vermitteln, die man dem ganzen Planeten aufdrängen möchte. Im Grunde handelt es sich dabei um eine noch schwerwiegendere Art des Eingreifens in das Bewußtsein der Staatsbürger. Ich frage mich immer, und wenn ich so spreche, wende ich mich auch an mein eigenes Land, das sich immerhin widerstandsfähiger als andere erwiesen hat, ich frage mich, warum man diese Abhoblung, warum man diese Nivellierung hinnehmen soll? Ist dies wirklich das Los der Menschheit? Der gleiche Film, die gleiche Musik, die gleiche Kleidung? Werden wir uns das noch lange untätig anschauen? Sind unsere Länder wie Siebe, die alles durchgehen lassen, und müssen sie widerspruchlos solche Bilderbombardements über sich ergehen lassen? Und zwar ohne jede Gegenseitigkeit? Ist es unser Los, zu Vasallen des unermeßlichen Imperiums des Profits zu werden? Wir möchten, daß diese Konferenz eine Gelegenheit für die Völker sei, durch die Stimme ihrer Regierungen zu einem wahren kulturellen Widerstand aufzurufen, zu einem wahren Kreuzzug gegen – nennen wir die Dinge bei ihrem Namen – gegen diesen finanziellen und intellektuellen Imperialismus.

#### Die Aneignung des Gewissens

Dieser finanzielle und intellektuelle Imperialismus eignet sich keine Territorien mehr an, oder nur selten, er eignet sich die Gewissen an, er eignet sich die Denkweisen an, er eignet sich die Lebensweisen an. Unser lieber britischer Kollege sprach vorhin von der Freiheit: Ja zur Freiheit! Aber zu welcher Freiheit? Die Freiheit des, wie wir in Frankreich sagen, Fuchses im Hühnerstall, der die wehrlosen Hühner nach Belieben verschlingen kann? Aber, wie Sie, liebe Kollegen, wohl wissen, genügt es nicht, so wie ich es jetzt tue, eine beschwörende Rede zu halten. Man muß handeln. Und unsere Konferenz sollte einer der Momente unseres Handelns sein. Wenn wir nicht morgen die Werbeträger der Multinationals werden

wollen, müssen wir Entscheidungen, kühne Entscheidungen treffen. Es ist, zum Beispiel, im audiovisuellen Bereich unerlässlich, daß ein jedes unserer Länder Entscheidungen trifft. Es wäre, beispielsweise, nötig, daß eine der Entschlüsse dieser Konferenz unsere verschiedenen Regierungen auffordert, ihre Medien und Fernsehanstalten zu veranlassen, ihre Fernsehprogrammierungen abwechslungsreicher zu gestalten und die Fernseh- und Rundfunkanstalten zu entkolonialisieren.

Und außerdem können wir, als freie Völker, besser zusammenarbeiten, ich meine: uns mehr zusammenschließen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Films und des Fernsehens Koproduktionen verwirklichen und austauschen; und seit einiger Zeit haben wir befreundeten, hier vertretenen Ländern angeboten, uns für umfangreiche Koproduktionen und Austauschprogramme einzusetzen, die nicht in ein und dieselbe Richtung vertrieben werden. Und dann gibt es, wieder im Hinblick auf diese finanzielle Beherrschung, unsere Haltung gegenüber neuen Technologien. Man darf freilich nicht vor ihnen die Flucht ergreifen – sie sind da –, sondern wir müssen uns ihrer bemächtigen, ehe sie sich unseres Gewissens bemächtigen. Wir müssen sie meistern, um die Zukunft zu gestalten und um nicht zum Spielball dieser Technologie zu werden.

#### Die Entalphabetisierung bekämpfen

François Mitterrand hat vor einigen Monaten sehr richtig darauf hingewiesen, daß unsere Mitbürger dank dieser neuen Technologien heute die Gesichter von Breschnew und Reagan viel besser kennen – was ja beiden zugute kommt –, als das Gesicht ihres nächsten Nachbarn, und es ist in der Tat höchst bedauerlich, daß diese Technologie nicht einem neuen Dialog zwischen den Bürgern dient, sondern nur eine Gelegenheit zu einem passiven und folglich entfremdenden Konsum ist. Ich möchte auch erwähnen, was wir seit einem Jahr einzuleiten versucht haben, um dieser finanziellen Kolonialherrschaft besser zu widerstehen: wir sollten zwischen benachbarten Kulturländern starke Bündnisse schließen. Freilich hängt dies alles von jeder einzelnen unserer Traditionen ab. Ich spreche für Frankreich: unsere unmittelbar natürlichen Verbündeten, mit denen wir starke kulturelle Bündnisse schließen können, sind zunächst die Länder Europas. Hierzu ist zu sagen: Wenn Sie wüßten, in welchem Zustand sich der Aufbau des kulturellen Europas befindet! Es ist viel zu tun. Die erste Zusammenkunft der Minister für kulturelle Angelegenheiten wird, aufgrund einer Initiati-

ve Frankreichs und Italiens, erst im September dieses Jahres in Neapel stattfinden. Für uns Franzosen ist ein anderes unmittelbares Bündnis das mit den Mittelmeerländern. Eingeladen durch unsere liebe Freundin Melina Mercouri, haben wir uns vor einigen Monaten auf der schönen Insel Hydra mit einer großen Gemeinde von Intellektuellen aus allen Mittelmeerländern versammelt. Da sind auch für uns Franzosen alle frankophonen Länder und außerdem die romanisch sprechenden Länder Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas. Kurzum, ich glaube, daß es einem jeder unserer Länder vorbehalten ist, sich mit den anderen zusammenzuschließen, um der Internationale der Finanzgruppen die Internationale der Kulturvölker entgegenzusetzen. Wir werden dieses Unternehmen der Entalphabetisierung nur bekämpfen können, wenn wir uns gruppieren, wenn wir uns verbünden und in konkreter Weise Gegenmaßnahmen ergreifen.

Dies setzt, ich wiederhole es, großen Mut und große Entschlossenheit innerhalb unserer Länder und innerhalb unserer Grenzen voraus. Das ist es, was ich Ihnen über dieses erste Thema, das wir ausführlicher behandeln könnten und über das sich viele von uns schon geäußert haben, sagen wollte.

Um diesen ersten Punkt zusammenzufassen, möchte ich noch sagen, daß es nicht möglich ist, nicht traurig zu sein bei dem Gedanken, daß gewisse große Nationen, gewisse große Länder uns die Freiheit gelehrt haben und die Völker aufgerufen haben, sich gegen die Unterdrückung zu erheben, während heute, - vorübergehend, wie wir hoffen wollen -, einige dieser mächtigen Nationen keine andere Moral als die des Profits haben und eine vereinheitlichte Kultur dem ganzen Planeten aufdrängen und ihre Gesetze den freien und unabhängigen Ländern diktieren möchten. Ich bin glücklich zu erfahren, daß europäische Länder sich in würdiger Weise besonnen haben, um einer großen Macht nein zu sagen, die Frankreich und anderen freien Ländern Europas verbieten wollte, Handelsverträge mit Ländern ihrer Wahl abzuschließen. Einer Staatsmacht, die ihre Macht mißbraucht, droht der Verfall, und wir hoffen, daß bald Beziehungen auf finanzieller wie auf politischer und kultureller Ebene hergestellt werden, die vernünftiger, gerechter sind und die Unabhängigkeit der Länder respektieren.

#### Das Recht auf Schönheit ist ein Recht des Volkes

Der zweite Aspekt dieses Hauptthemas „Kultur und Wirtschaft“: das schöpferische Wirken kann der Antrieb einer wirtschaftlichen Wiedergeburt sein. Ich

wiederhole, um mich kurz zu fassen, was der Premierminister Tunesiens gestern erwähnte, als er sagte, die Kulturpolitik im weiteren Sinne sei nicht nur Sache des Ministers für kulturelle Angelegenheiten, wir müßten vielmehr in dieser historischen Periode eine offensive und erweiterte Auffassung der Kultur haben. Nietzsche hat gesagt, die Kunst solle kein Firtel sein, den man hier oder dort befestigt, damit es hübsch aussehe. Die Kunst und das schöpferische Wirken sollen vielmehr in unseren Gesellschaften einen zentralen Platz einnehmen und nicht nur schmückendes Beiwerk sein. Die Kunst ist zunächst die Kunst zu leben und soll als solche die volle Existenzberechtigung in einem jeden unserer Länder haben. Das Recht auf Schönheit ist ein Recht des Volkes, und folglich ist es eine Pflicht für die Regierenden und für die Regierungen, dessen tatsächliche Ausübung zu gewährleisten. Einer unserer großen Dichter, René Char, sagte kürzlich folgendes: „In unseren Finsternissen gibt es nicht nur einen Platz für die Schönheit, der ganze Platz ist für die Schönheit.“ Diese einfache Überzeugung entspricht einer für uns jedenfalls ganz neuen Politik, die ihren Niederschlag in vielen Entscheidungen gefunden hat, welche ich hier nicht alle erklären und vorstellen kann: Verdoppelung des Kulturhaushalts, Ausbreitung eines weiten Netzes von kreativen Zentren im ganzen Lande, Ermutigung aller Formen schöpferischen Wirkens, tätige Unterstützung der kulturellen, nationalen Industrien: Film, Buch und Schallplatte.

Man muß dabei jedoch auf eins achten: daß diese neue Politik nicht eine neue Bürokratie entstehen läßt, die der Hauptfeind der Menschen des Kulturlebens ist. Und diese erweiterte Auffassung der Kultur könnte eigentlich mit wenigen Worten umrissen werden: die Kultur ist nicht das Eigentum von einzelnen. Ich sagte es soeben, sie gehört nicht einer Staatsmacht: ein jedes unserer Völker hat seine schöpferische Vitalität, und wir müssen der Ausplünderung und Zerschlagung von Kulturen den Rücken kehren; dies ist wichtig für jedes unserer Länder. Die Kultur ist auch nicht das Eigentum eines Ministeriums, sie ist die Angelegenheit einer Regierung, sie ist die Angelegenheit einer Nation. Sie ist auch nicht das Eigentum einer Klasse, sie ist Sache des Volkes. Sie ist auch nicht das Eigentum einer Stadt, und sei sie die Hauptstadt. Jeder Gegend eines Landes muß eine kulturelle Entwicklung zugute kommen. Ich möchte auch sagen, daß die Kultur nicht nur der öffentliche Sektor der Kultur ist, denn wenn man die Kultur darauf beschränkte, so würde man den Blick auf die Gesamtheit des kulturellen Bereichs für viele

Länder versperren, zumal auf dem audiovisuellen Sektor, der unsere zukünftige Unabhängigkeit bestimmt, und der im allgemeinen dem privaten Bereich angehört. Und ich möchte schließlich sagen, daß die Kultur nicht das Eigentum einer Kunst ist, sei es auch einer gelehrten Kunst. Es darf keine Rangordnung zwischen einer „niederen“ und einer „höheren Kunst“, zwischen einer „edlen“ und einer „plebejischen Kunst“ geben. Alle Formen der Kunst und der Kultur und besonders die des Lebens selbst, unsere Art zu wohnen, dies ist auch das Recht auf Schönheit, wenn man es in gewisse Handlungen des sozialen und zivilen Lebens einführen möchte.

#### Die Krise kann eine Chance der Kultur sein

Warum diese Bedeutung der Kultur? Weil sie eben eine der Antworten auf die Krise sein kann, denn diese wirtschaftliche Krise ist zunächst in uns, sie ist zunächst in unseren Köpfen und in unseren Herzen, sie ist in unserem geistigen Verhalten. Entweder glaubt man, diese Krise sei ein gleichsam göttlicher Fluch, gegen den nichts unternommen werden kann, und man bleibt untätig, oder aber man glaubt, daß diese Krise in uns ist, und dann können wir ihr kraft unseres Willens Einhalt gebieten; dann geben wir den geistigen, den erfinderischen, den schöpferischen Kräften den Vorrang im gesellschaftlichen Ringen, den Vorrang bei der Gestaltung der Zukunft. Eine Gesellschaft, die nicht schöpferisch wirksam ist, stirbt. Eine Gesellschaft, die den Sinn der Erfindung und des schöpferischen Wirkens wiederfindet, wird einem jeden unserer Länder das Kräfte freimachende Ideal wiedergeben, dessen wir bedürfen, um die Krise zu überwinden; und eigentlich sind diese Hauptkraftquellen vorhanden, in uns selbst, und die unerforschten Reserven unserer Intelligenz sind unermesslich.

Dies ist, so glaube ich, der Kampf, zu dem wir in unserem Lande heute die einen und die anderen aufzufordern versuchen: die Energien befreien, die Bildungskräfte befreien, die erfinderischen Kräfte befreien und daran denken, daß eigentlich ein Land wirtschaftlich nicht wieder flott werden kann, wenn es nicht intellektuell wieder flott geworden ist. Es wird nur dann eine wirtschaftliche Wiedergeburt geben, wenn ein jedes unserer Länder an die Zukunft glaubt, die Lebenslust wiederfindet und bereit ist, die Intelligenz und die Vorstellungskraft zu fördern, indem es zunächst an sich selber glaubt, ehe es sich der Schicksalhaftigkeit angeblich internationaler Gesetze unterwirft. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte man beinahe paradoxerweise sagen, daß die

Krise eine Chance für die Kultur sein kann. Ich behaupte, daß die Krise ein Grund mehr ist, dem schöpferischen und erfinderischen Wirken einen zentralen Platz im wirtschaftlichen Leben unserer Länder einzuräumen. Ein Land zerschneidet man nicht in Stücke, und ich finde es betrüblich, daß man im Namen der Krise die Kredite für die Forschung und das schöpferische Wirken streicht und dabei glaubt, die allgemeine Lage zu verbessern, die auf diese Weise nur noch verschlimmert wird.

Hierzu wäre noch viel zu sagen, und ich bin übrigens nicht sicher, absolute Gewißheiten von mir zu geben; Ich stelle die Fragen in einem Moment, in dem ich mich selber frage. Ich werde zum Schluß kommen, indem ich mir erlaube, Sie auf die Vorschläge aufmerksam zu machen, die unsere Regierung dieser Konferenz zu verschiedenen Themen unterbreitet, zum Thema der Kulturen der Minderheiten, hinsichtlich statistischer Untersuchungen über kulturelle Wesensgleichheiten, der Schaffung eines internationalen Fonds für die audiovisuelle Kreation, der Schaffung eines internationalen Fonds für die Mikroverfilmung der Archive, der Enzyklopädien der Kulturen der Welt, usw.

#### Der Imperialismus bedroht unsere Identität

Ich möchte Ihnen im Zusammenhang mit den Vorschlägen nur eine Botschaft vorlesen, die Präsident François Mitterrand mir mit der Bitte übermitteln ließ, sie Ihnen und dem Generaldirektor M'bow zur Kenntnis zu geben. Diese Botschaft ist kurz und lautet: „In dem Moment, in dem die Weltkonferenz der Minister für kulturelle Angelegenheiten beginnt, liegt mir daran, an ihre Konferenz den freundschaftlichen Gruß Frankreichs zu richten. Unser Land wird einen aktiven Beitrag zu Ihren Arbeiten leisten und konkrete Vorschläge zu jedem Thema machen, besonders zu den kulturellen Beziehungen zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens. Wie Sie wissen, hat mein Land seit über einem Jahr eine kühne Politik zugunsten der Kunst und der Kultur eingeleitet. Die Antwort auf die Krise kann auch eine kulturelle Antwort sein. Durch die Erweckung der Energien und die Anregung der Vorstellungskräfte und der Herzen werden unsere Gesellschaften ein bewegendes Ideal wiederfinden. Durch die Besiegelung des Bündnisses der Völker und der schöpferisch Tätigen werden die Kräfte des Lebens die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden. Zu diesem Hauptthema der kulturellen Antworten auf die Krise möchte ich im Jahre 1983 in Paris die Generalstände der Kultur der Welt als eine Fortsetzung

Ihrer Konferenz zusammenrufen, die schöpferisch Tätige und Forscher von fünf Kontinenten versammeln würden. Ich lege nahe, daß die UNESCO dieser Initiative wohlwollend ihre Unterstützung angedeihen läßt.“ – Dieser Vorschlag der Generalstände der Kultur der Welt wird auch von der Regierung Kubas gemacht werden.

Ich möchte abschließend sagen, daß im Unterschied zu vielen von Ihnen vielleicht, die als Politiker schon lange mit den Regierungsgeschäften vertraut sind, viele von uns junge politische Führungskräfte sind, und wenn wir durch ein paar starke Überzeugungen bewegt werden, so wissen wir doch, daß wir gleichzeitig stets Fragende bleiben müssen. Im Grunde ist es wichtig, daß der politische Mensch, der Minister eines jeden der hier vertretenen Länder auch sagen kann: „Ich weiß nicht alles“, „Ich möchte besser verstehen“, und sich seinen Kollegen zuwendet und sich seinem Volke oder den anderen Völkern zuwendet, um zu sagen: „Lehren Sie mich mehr.“

Wie können wir die menschlichen Reserven besser benützen? Wir müssen bei jeder der sozialen und menschlichen Erfahrungen in die Lehre gehen, damit wir besser eine neue Gesellschaft in einem jeden unserer Länder aufbauen können.

Nur so, glaube ich, indem wir besser der Faszination durch ein vereinheitlichendes System widerstehen, werden wir aus unserem Planeten den Planeten der Polyphonie unserer Kulturen machen können. Im Grunde schlage ich vor, daß wir die Farben des Lebens wählen, daß wir alle, soweit dies möglich ist, erfüllt seien vom Geiste der aufgehenden Sonne, und

die Moden und vorübergehenden Neigungen ablehnen, nicht jedem kleinen Sturm nachgeben, wissen, daß wir aus der Krise hervorgehen können, wissen, daß das Leben, auf jeden Fall und was wir auch tun, die Segel weder streichen kann noch will.

Ich glaube, daß wir alle diese Konferenz von Mexiko mit größerem Eifer, mit größerem Stolz auf unsere kämpferischen Bemühungen, mit größerem Vertrauen und in dem Bewußtsein wieder verlassen werden, neue Berge versetzen zu können, und ich werde zum Abschluß einen Satz desselben Dichters zitieren, den ich vorhin erwähnte, des Dichters René Char – aber eigentlich erinnere ich mich auch an andere Dichter eben dieses Kontinents, die das Leben und die Hoffnung besungen haben: ich denke besonders an Octavio Paz, der in einem sehr schönen Text sagte, die Gesellschaften sollten zunächst jenen vertrauen, die er die „Flammenden“ nannte, die er auch die „Menschen aus der Ferne“ nennt. – Diese Welt ist keine Welt von Engeln, wir werden in unserer Identität durch den finanziellen Imperialismus bedroht. Ich sage also, indem ich die Worte René Chars' wiederhole: „Wir sind verletzbar, aber weniger als diejenigen, die uns angreifen, die, wenn sie auf der Seite des Verbrechens sind, doch nicht den langen Atem haben.“

Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten sollten wir imstande sein, den längeren Atem zu haben und ihn vor allem für den günstigen Augenblick zu bewahren, wir sollten fähig sein, Geduld zu üben, und ich bin sicher, daß wir in unseren Ländern gemeinsam gerechtere und brüderlichere Gesellschaften aufbauen werden.



## Wolfgang Däubler: Handelsembargo und Souveränität Die Juristische Seite eines politischen Problems

*Dr. Wolfgang Däubler, Jahrgang 1939, ist Professor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen, Lehrbeauftragter an der Akademie der Arbeit, Frankfurt und der Sozialen Akademie Dortmund. Veröffentlichungen u. a.: Das Grundrecht auf Mitbestimmung, (4. Aufl. 1976); Das Arbeitsrecht (1981/82); Stationierung und Grundgesetz (1982) sowie zahlreiche Zeitschriftenaufsätze zum Arbeits-, Verfassungs- und Gesellschaftsrecht.*

### Die Grundsatzfrage:

#### Läßt das Völkerrecht ein Embargo zu?

Nach traditioneller Auffassung kann ein souveräner Staat tun und lassen, was er will. Mit wem er diplomatische Beziehungen aufnimmt oder ein Bündnis eingeht, mit wem er kulturellen Austausch pflegt oder gemeinsame Forschungsunternehmen startet, ist allein ihm überlassen. Dasselbe gilt für den Handelsverkehr: Legt er auf Wirtschaftsbeziehungen keinen Wert mehr, so kann er sie unterbinden. Bedient er sich dabei rechtlicher Mittel, macht er etwa den Export in ein bestimmtes Land von einer (nie oder nur in absoluten Extremfällen erteilten) Genehmigung abhängig, so spricht man nach heutigem Verständnis von einem Embargo<sup>1</sup>.

Eine Souveränitätskonzeption dieser Art entspricht einem Modell relativ unabhängiger Nationalstaaten, die ökonomisch auf eigenen Füßen stehen und für die der Außenhandel gewissermaßen „Abrundungsfunktion“ besitzt. Daß dieses Modell in der Gegenwart so gut wie nichts (mehr) mit der Realität zu tun hat, daß die wachsende internationale Arbeitsteilung die „Autonomienspielräume“ der Einzelstaaten entscheidend verringert, bedarf im Grunde keiner näheren Darlegung. Völkerrechtlich hat dies seinen Niederschlag in der Entstehung zahlreicher Verhaltensregeln gefunden, wie sie insbesondere in der UN-Charta zum Ausdruck kommen. Mit Recht hat man von einer „gebändigten und disziplinierten Souverä-

nität“ gesprochen, die sich nur noch unter Wahrung bestimmter Prinzipien wie des Gewalt- und Interventionsverbots entfalten kann<sup>2</sup>). Ob ein Embargo verhängt werden darf, bestimmt sich unter diesen Umständen primär nach der UN-Charta und anderen völkerrechtlichen Verträgen. Wie nicht anders zu erwarten, bestehen insoweit einige Meinungsverschiedenheiten.

Einig ist man sich nur insoweit, daß ein Handelsembargo rechtmäßig sein kann, wenn der davon betroffene Staat sich vorher eines nicht ganz unbedeutenden Völkerrechtsverstoßes schuldig gemacht hat. Wer etwa das Vermögen fremder Staatsangehöriger beschlagnahmt, kann sich nicht darüber beklagen, wenn deren Heimatstaat sämtliche Handelsbeziehungen zu ihm abbricht. Man spricht in einem solchen Fall von einer Repressalie, d. h. von einem an sich möglicherweise rechtswidrigen Tun, das deshalb zugelassen und als rechtmäßig behandelt wird, weil es eine Reaktion auf ein völkerrechtswidriges Verhalten des anderen Staates darstellt. Eine solche „Antwort“ ist aber nur durch den „verletzten“ Staat und auch nur insoweit zulässig, als Aussicht besteht, den rechtswidrig handelnden Staat auf diese Weise wieder zu einem völkerrechtskonformen Verhalten zu zwingen. Ein kollektives, von einer Vielzahl von Staaten befolgtes Embargo kommt nur dann in Betracht, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat (Beispiel: Rhodesien-Embargo<sup>3</sup>) oder wenn eine Vielzahl von Staaten betroffen ist.

Verläßt man den Bereich der Repressalie, so gerät man in völkerrechtlich ungesichertes Terrain. Ob auch wirtschaftlicher Druck „Gewalt“ im Sinne des Art. 2 Ziff. 4 der UN-Charta sein kann, wird in den westlichen Ländern weit überwiegend verneint, anderswo aber mit Nachdruck behauptet. Umstritten ist weiter, ob die in Art. 2 Ziff. 1 der UN-Charta garantierte „souveräne Gleichheit der Staaten“ ein allgemeines Diskriminierungsverbot enthält, das es ausschließt, einen bestimmten Staat oder eine bestimmte Staatengruppe wirtschaftlich zu boykottieren. Schließlich wird das Interventionsverbot des Art. 2 Ziff. 3 der UN-Charta herangezogen, wonach es verboten ist, sich durch politischen oder wirtschaftlichen Druck in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen<sup>4</sup>). Wie weit der Kreis der „inneren Angelegenheiten“ zu bestimmen ist, läßt dabei wiederum einige Zweifel offen. Lediglich dann, wenn zwischen zwei Staaten ein Vertrag über wirtschaftliche Kooperation existiert, ist – vom Fall der Repressalie abgesehen – ein Embargo mit

Sicherheit ausgeschlossen. Dies ist etwa im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion der Fall<sup>6)</sup>.

#### Das aktuelle Problem:

##### Wirksamkeit des US-Embargos in der Bundesrepublik?

Geht man einmal davon aus, daß sich das von der Regierung Reagan wegen der Ereignisse in Polen verhängte Technologie-Embargo mit dem Völkerrecht vereinbaren läßt, so beginnt unser eigentliches aktuelles Rechtsproblem: Ist es zulässig, daß das Embargo auch auf die von europäischen US-Töchtern und US-Lizenznehmern geschlossenen Verträge anstreckt wird?

Tochtergesellschaften (und erst recht natürlich Lizenznehmer) amerikanischer Firmen in Westeuropa sind Gesellschaften des jeweiligen nationalen Rechts. Sie sind eigenständige Aktiengesellschaften, GmbHs usw., deren innere Ordnung und deren Verhalten sich ausschließlich nach deutschem, französischem usw. Recht bemißt. Nach deutschem Aktienrecht hat deshalb beispielsweise der Vorstand einer deutschen Tochtergesellschaft von IBM das „Wohl“ des deutschen Tochterunternehmens sowie auch das Allgemeininteresse zu beachten. Letzteres steht zwar nicht ausdrücklich im Aktiengesetz, doch ging man bei seiner Neufassung im Jahre 1965 davon aus, eine solche „Selbstverständlichkeit“ bedürfe keiner ausdrücklichen Erwähnung im Gesetzestext<sup>7)</sup>.

Konsequenz dieser „Einbindung“ in das nationale Recht ist es, daß diese Unternehmen nicht durch amerikanische Hoheitsakte gesteuert werden dürfen: Sie sind keine Enklaven eines fremden Staates. Hoheitliche Anordnungen eines anderen Landes haben deshalb keine „extraterritoriale“ Wirkung. Sie beschränken sich auf das Gebiet des anderen Staates. Der Bundesgerichtshof hat dies in zahlreichen Entscheidungen bekräftigt.<sup>8)</sup> In einem Urteil vom 16. April 1975 hat er beispielsweise einen von dem sowjetischen Schriftsteller Solschenizyn vor seiner Emigration abgeschlossenen Verlagsvertrag für gültig erklärt, obwohl er gegen das sowjetische Außenhandelsmonopol verstieß: es sei nicht unsere Aufgabe, dieses zu exekutieren<sup>9)</sup>.

Ohne daß der eigentliche Grund immer beim Namen genannt wird, geht es letztlich um ein Stück Souveränität, um das Nicht-Hinein-Regieren-Lassen in den eigenen Bereich. Wenn ein deutscher Lizenznehmer oder eine deutsche US-Tochter daher einen Vertrag erfüllt, der aus amerikanischer Sicht unter das Embargo fällt, so handelt er nicht rechtswidrig. Im Gegenteil: Da sich die amerikanischen Anord-

nungen nicht auf hier zu vollziehende Verträge erstrecken können, würde sich ein Unternehmen schadensersatzpflichtig machen, wenn es den Vertrag nicht erfüllen würde. An diesem Zustand ändert auch die Tatsache nichts, daß in einzelnen der jüngst diskutierten Lizenzverträge ausdrücklich auf das amerikanische Außenhandelsrecht Bezug genommen wurde: Dieses kann seinen Geltungsbereich nicht dadurch ausdehnen, daß zwei Unternehmen eine entsprechende Vertragsklausel vereinbaren, da der „Souveränitätseffekt“ derselbe ist.

##### Die Ausnahme: Umgehung des Embargos als Verstoß gegen die guten Sitten

Unter bestimmten Voraussetzungen finden wirtschaftspolitische Entscheidungen eines anderen Staates allerdings über einen Umweg rechtliche Anerkennung. So ist nach Auffassung des Bundesgerichtshofs eine Abmachung wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig, wenn das Embargo mit Hilfe einer Täuschung der zuständigen ausländischen Behörden umgangen werden soll. Ein solcher Fall wurde etwa angenommen, als Ende der 50er Jahre entgegen den amerikanischen Vorschriften Borax in die DDR exportiert werden und den amerikanischen Behörden ein dänischer Zwischenhändler als „Endabnehmer“ namhaft gemacht werden sollte<sup>10)</sup>. In jüngerer Zeit wurde es ebenfalls als „sittenwidrig“ eingestuft, entgegen einem Ausfuhrverbot nigerianische Kunstgegenstände von Nigeria in die Bundesrepublik zu verbringen<sup>11)</sup>. In den Auseinandersetzungen der jüngeren Zeit hat diese Ausnahme keine Rolle gespielt. Zum einen scheidet der Tatbestand der Täuschung von vornherein aus, wenn der Vertrag zu einem Zeitpunkt geschlossen wurde, als das Embargo noch gar nicht existierte oder jedenfalls noch nicht die entsprechende „Verschärfung“ erfahren hatte. Zum andern wäre es schwer vorstellbar, daß ein deutsches Gericht die Zuwiderhandlung gegen eine amerikanische Maßnahme gewissermaßen als Verstoß gegen elementare Rechtsüberzeugungen werten würde, wenn auf der anderen Seite die USA selbst im Getreidesektor eine andere Politik verfolgen. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß die Ausdehnung des Embargos auf europäische Lizenznehmer und Tochtergesellschaften von weitesten Kreisen in Politik und Wirtschaft abgelehnt wurde, also kaum ein Verstoß als sittenwidrig zu qualifizieren wäre.

##### Die Sanktionsproblematik

So eindeutig die Rechtslage nach unserem Verständnis auch ist – bei internationalen Wirtschafts-

beziehungen stellt sich immer die Problematik, welche konkreten Konsequenzen sich für die betroffenen Unternehmen aus den unterschiedlichen nationalen Rechtsauffassungen ergeben. Zwei Konstellationen sind zu unterscheiden.

#### a) „Willfähige“ Töchter

Zum einen ist denkbar, daß sich insbesondere europäische Tochterunternehmen freiwillig an den Vorstellungen der US-Regierung ausrichten. So haben Mitte Juli 9 von 10 befragten US-Tochterunternehmen in der Bundesrepublik erklärt, sie hielten es „für möglich oder wahrscheinlich, daß sie in die Boykottmaßnahmen der US-Regierung gegenüber dem Ostblock“ eingebunden werden können<sup>12)</sup>. Wie könnten wir eine derartige „heimliche Ausdehnung“ verhindern?

Bei bestehenden Verträgen ist die Situation scheinbar einfach: Der Partner kann auf Erfüllung klagen und seine Ansprüche notfalls mit Hilfe eines gerichtlichen Zwangsgeldes durchsetzen. Ist dies im Einzelfall sinnlos, weil der Verpflichtete etwa wegen fehlenden Vorprodukten usw. gar nicht zur Leistung in der Lage ist, so bleibt nur ein Schadensersatzanspruch. Dieser umfaßt zwar alle der anderen Seite entstandenen Vermögensnachteile, stellt diese also wirtschaftlich so, wie wenn alles korrekt gelaufen wäre, doch ist damit bestenfalls die andere Seite zufriedengestellt. Bei Großaufträgen können Schadensersatzansprüche eine Höhe erreichen, die nicht mehr verkräftbar ist, die nur noch den Gang zum Vergleichs- oder Konkursrichter offenläßt. Ein Ersatzanspruch über 100 Mio. kann unschwer den Ruin des Unternehmens und den Verlust der dort befindlichen Arbeitsplätze zur Folge haben. Gibt es Möglichkeiten, eine derartige Entwicklung zu verhindern?

In England und Frankreich hat sich der Gesetzgeber dieses Problems angenommen und die Regierung ermächtigt, ausländische Tochtergesellschaften ggf. anzuweisen, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen<sup>13)</sup>.

Bei uns ist eine solche Regelung nicht vorhanden. Auch die vom Bundesjustizministerium 1972 eingesetzte Unternehmensrechtskommission hat diese Problematik nicht behandelt<sup>14)</sup>. Dies mag damit zusammenhängen, daß es bislang an (schlechten) Erfahrungen dieser Art fehlt; in Frankreich ergab sich jedoch Mitte der 60er Jahre ein entsprechender Konflikt, der zu einer bemerkenswerten Fortentwicklung des Rechts führte.

Die französische Aktiengesellschaft Fruehauf-France, eine US-Tochter, hatte sich verpflichtet, Sat-

telschlepper an die Firma Berliet zu liefern, die diese an die Volksrepublik China exportieren sollte. Den damaligen US-Embargo-Vorschriften entsprechend wurde Fruehauf-France von ihrer amerikanischen Muttergesellschaft angewiesen, den Vertrag zu stornieren und „die Verluste in Grenzen zu halten“. Als Berliet auf Erfüllung bestand, traten die drei französischen Direktoren von Fruehauf-France zurück und wandten sich an das zuständige Handelsgericht. Dort stellten sie den Antrag, es möge ein vorläufiger Verwalter eingesetzt werden, der die Firma leiten und insbesondere die bestehenden Verträge erfüllen solle. Ihre Aussichten waren alles andere als gut: Die französische Rechtsprechung hatte bislang eine solche Maßnahme nur dann verhängt, wenn die Organe einer Gesellschaft nicht mehr funktionsfähig waren, wenn sich beispielsweise zwei Verwaltungsräte darüber stritten, welcher der im Amt befindliche sei. Die verbliebenen fünf amerikanischen Direktoren stellten jedoch einen „Rumpf-Vorstand“ dar, dessen Zusammensetzung durchaus noch den gesetzlichen Vorschriften entsprach. Dennoch gab das Gericht dem Antrag statt und setzte den Verwalter ein, was im Ergebnis auf eine „Entmündigung“ der amerikanischen Direktoren hinauslief. Entscheidender Grund: Der Auftrag von Berliet mache rund 40 Prozent aller Aufträge aus, ein Schadensersatzanspruch würde die Existenz der Gesellschaft samt 650 Arbeitsplätzen vernichten. Die Berufungsinstanz bestätigte diese Entscheidung<sup>15)</sup>; die Sattelschlepper wurden geliefert.

Eine entsprechende Intervention der Gerichte wäre auch in der Bundesrepublik nicht von vornherein undenkbar. Nach § 940 ZPO kann eine einstweilige Verfügung erlassen werden, sofern Streit über ein Rechtsverhältnis besteht und die Regelung, „insbesondere bei dauernden Rechtsverhältnissen zur Abwendung wesentlicher Nachteile oder zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen nötig erscheint.“ § 938 Abs. 2 ZPO sieht als möglichen Inhalt einer einstweiligen Verfügung auch die sogenannte Sequestration, d. h. die Beschlagnahme von Vermögen unter gleichzeitiger Einsetzung eines Verwalters vor. Entscheidend könnte auch bei uns die Erwägung sein, daß ein Vorstand, der durch ein ihm von außen aufgezwungenes Verhalten die Gesellschaft ruiniert, eben nicht mehr das „Unternehmenswohl“ verfolgt und deshalb – da Schadensersatzansprüche die Sache nur noch verschlimmern – durch einen neuen Entscheidungsträger ersetzt werden muß. Die Frage bedarf gegebenenfalls noch näherer Untersuchung.

### b) „National“ orientierte Töchter

Zum zweiten ist eine Konstellation der Art denkbar, daß die deutschen Lizenznehmer oder Tochtergesellschaften sich voll nach unserer Rechtslage orientieren, dann jedoch Sanktionen in den USA gewärtigen müssen. Die gelegentlich angestellten Vermutungen, ihre Direktoren müßten bei der Einreise in die USA mit Verhaftung rechnen, ist zumindest übertrieben. Sofern der Gesetzgeber nicht ausdrücklich das Gegenteil bestimmt, gilt die sogenannte „*foreign sovereign compulsion*“-Doktrin, wonach kein Verstoß gegen amerikanisches Recht mehr vorliegt, wenn die betreffende Person von einer ausländischen Rechtsordnung zu einem abweichenden Verhalten gezwungen wurde<sup>16)</sup>. Denkbar ist allerdings, daß vermögensrechtliche Sanktionen gegen die Gesellschaft als solche ergriffen werden, eine Möglichkeit, die dann zu weiteren Eskalationen führen könnte. Dennoch wird vermutlich eine Art Abschreckungsmechanismus funktionieren: statt ungewisse Risiken einzugehen, wird man eher rationale Kooperation wählen. Interessensunterschiede<sup>17)</sup> müssen nicht notwendigerweise in Form eines Wirtschaftskriegs ausgetragen werden.

#### Anmerkungen:

1. Zum Begriff des Embargos siehe Lindemeyer, Das Handelsembargo als wirtschaftliches Zwangsmittel der staatlichen Außenpolitik, *Recht der Internationalen Wirtschaft (RIW)* 1981, 10 ff.
2. Klimminich, Die Souveränität der Bundesrepublik, Hamburg 1970, S. 15
3. Dazu Hasec, Wirtschaftliche Sanktionen als Mittel der Außenpolitik. Das Rhodesien-Embargo, Berlin 1977

## Klaus Hänsch: Europäische Politische Zusammenarbeit

*Klaus Hänsch, Jahrgang 1938, seit 1979 SPD-MdEP, Obmann der Sozialistischen Fraktion im Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments, Mitglied im Institutionellen Ausschuß des EP.*

Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) gehört zum Kuriosesten, das die europäische No-

4. Hierzu und zum folgenden Lindemeyer, Schiffs-embargo und Handelsembargo. *Völkerrechtliche Praxis und Zulässigkeit*, Baden-Baden 1975, S. 361 ff.
5. Zum Interventionsverbot siehe Menzel-Ipsen, *Völkerrecht*, 2. Auflage, München 1979, S. 195 ff.
6. Vgl. Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vom 6. 5. 1978, *BGBL* 1979, II, 59
7. Vgl. etwa Mertens, in: *Kölner Kommentar zum Aktiengesetz*, Köln u. a., § 76 Rn 5; Meyer-Landrut, in: *Großkommentar zum Aktiengesetz*, 3. Aufl., Bd. I/2, Berlin-New York 1973, § 76 Anm. 9, jeweils mwN
8. *BGHZ* 31, 367, 370; *BGHZ* 59, 82 ff.; im Prinzip auch *BGH NJW* 1962, 1436
9. *BGHZ* 64, 183 ff.
10. *BGHZ* 34, 169; *BGH NJW* 1962, 1436
11. *BGHZ* 59, 82 ff.
12. Mitgeteilt in: *Handelsblatt* vom 19. 7. 1982, S. 1
13. Vgl. *Protection of Trading Interests Act* von 1980. In Frankreich wird auf ein „*Dienstverpflichtungsgesetz*“ von 1959 zurückgegriffen.
14. Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Bericht über die Verhandlungen der Unternehmensrechtskommission, Köln 1980
15. *Cour d'Appel de Paris*, *Dalloz Sirey Jurisprudence* 1968, 147. Dazu der Aufsatz von Contin, *L'arrêt Fruhauf et l'évolution du droit des sociétés*, *D.S. Chronique* 1968, 45 ff.
16. Dazu Veltins *RIW* 1982, 157, 159
17. Dazu Jacobsen *Die Neue Gesellschaft* 1981, 888 ff.

menklatur zu bieten hat. Sie ist sowohl ein Vorgang als auch eine Institution. Der an Paradoxien nicht eben armen Gemeinschaft der Zehn beschert sie weitere Widersprüche: Die EPZ gründet auf keinem Vertragswerk, leitet sich aus keinem Artikel der Römischen Verträge her – und koordiniert und harmonisiert doch mit der Außenpolitik der zehn EG-Staaten das Allerheiligste nationaler Souveränität. Ihr Entscheidungsmechanismus arbeitet getrennt von den Organen der EG – und doch bedient sie sich der Instrumente der Gemeinschaft wie Haushalt, Außenhandelspolitik und wirtschaftliche Zusammen-

arbeit. Sie ist ausschließlich auf intergouvernementale Zusammenarbeit angelegt – aber zum Europäischen Parlament hält sie engeren Kontakt als, mit Ausnahme beim Haushaltsverfahren, der EG-Ministerrat. Sie verfügt über kein Organ, das, ähnlich der Kommission im Rat, die Gemeinschaftsposition vorbereitet und vertritt – und kommt doch zu gemeinschaftlichen Aktionen. Sie kann nicht anders als einstimmig entscheiden – und doch gilt sie als der erfolgreichste Sektor der Gemeinschaftsbildung in den letzten Jahren. Die EPZ beweist, daß es mehr Dinge zwischen Kassel und Killarney gibt, als es sich europäische Integrationsideologen und nationale Souveränitätsdoktrinäre träumen lassen.

Geburtsstunde dieses Unikums war jener europäische Gipfel von Den Haag 1969, auf dem die seit 1965 angezogenen Bremsen der Einigungspolitik wieder gelockert wurden. Schriftlich fixiert wurden die Prinzipien der EPZ dann 1970 und 1973: Sie soll die „Solidarität der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft stärken“, indem sie „eine Harmonisierung ihrer Standpunkte, die Konzertierung ihrer Haltung und, wenn es möglich und wünschenswert erscheint, gemeinsame Aktionen fördert“ (1970). Die Konsultationen haben „das Ziel, in konkreten Fällen (die die europäischen Interessen auf unserem Kontinent oder darüber hinaus berühren), eine gemeinsame Linie zu finden“. Und „jedes Mitglied verpflichtet sich, seine eigene Position in der Regel nicht festzulegen, ehe es die Partner konsultiert hat“ (1973).

Diese Erklärungen der – damals – Neun erzeugen keine vertragliche Bindung. Sie begründen allenfalls eine starke moralische Verpflichtung. Die außenpolitische Zusammenarbeit beruht auf „gentlemen's agreements“. Jedes Mitgliedsland könnte – theoretisch – jederzeit aus der EPZ aussteigen, ohne deswegen die EG zu verlassen. Der strikt intergouvernementale Charakter und das Fehlen vertraglich festgelegter Regeln für die Entscheidungsfindung impliziert die Einstimmigkeit bei der Festlegung gemeinsamer Positionen.

Auf diesen Grundlagen hat sich die EPZ seit 1973 mit erstaunlicher Flexibilität weiterentwickelt. Ursprünglich war eine strikte Trennung von außenpolitischer Zusammenarbeit und Entscheidungsprozeß in der EG vorgesehen. So trafen sich 1973 die Außenminister der Neun vormittags in Kopenhagen als EPZ und flogen, auf französischen Wunsch, nachmittags mit einem Militärflugzeug nach Brüssel, um dort als EG-Ministerrat zu tagen. Das ist längst Vergangenheit. Die EG-Kommission war zu Beginn nur zu ganz bestimmten Beratungspunkten als kaum ge-

duldeter Gast zugelassen. Heute ist sie längst ständig als beratendes Mitglied in der Ministerrunde und (nahezu) in allen Vorbereitungs- und Expertengremien beteiligt. Das Europäische Parlament kam zunächst in der EPZ kaum vor. Inzwischen diskutiert sein Politischer Ausschuß vierteljährlich mit dem Präsidenten der EPZ vertraulich über die Außenpolitik der Gemeinschaft, das Plenum hat volles mündliches und schriftliches Fragerecht an die im Rahmen der EPZ zusammentretenden Außenminister, und es kann die EPZ mit seinen Entschlüssen zur Außenpolitik befassen. Das Prinzip der Einstimmigkeit bei EPZ-Entscheidungen bleibt unantastbar, aber die, vor allem griechischen, Reservationen und Klammerzusätze in den EPZ-Entschlüssen verhindern gemeinsames Handeln nicht. Gemeinsamkeit wird auch zu neun oder zu acht hergestellt und vertreten.

Die EPZ findet statt in den vierteljährlichen Zusammenkünften der Außenminister (bzw. den trimestriellen Tagungen des Europäischen Rats), in weiteren zusätzlichen Zusammenkünften der Außenminister am Rande von EG-Ministerratstagungen und in vertraulichen Gesprächen an Schloßkaminen. Die Koordination von Außenpolitik wird vorbereitet in den monatlichen Sitzungen der Leiter der politischen Abteilungen der Auswärtigen Ämter der Zehn und in regional bzw. sektoral organisierten „Expertengruppen“ aus Beamten der nationalen Ministerien. Sie geschieht zwischen den Botschaften der Zehn in Drittländern, die sich in Krisenfällen, wie bei der Geiselnahme in Teheran, außerordentlich eng gestaltet. Sie zeigt sich in den „briefings“, mit denen der Außenminister eines Mitgliedslandes, etwa nach einer Reise in ein Drittland oder nach einem politischen Besuch aus einem Drittland, die Botschafter der neun Partner unmittelbar unterrichtet. Der EPZ steht ein besonderes Informationssystem „Coreu“ („Correspondance européenne“) zum ständigen Kontakt zwischen den Partnern zur Verfügung.

Verglichen mit den EG-Organen arbeitet die EPZ weniger formalisiert und wesentlich flexibler. Dennoch gibt es eine Reihe organisatorischer Unzulänglichkeiten. In Krisenfällen, wenn eine schnelle gemeinsame Reaktion der Europäer wünschenswert oder sogar zwingend wäre, war der EPZ-Mechanismus bislang zu schwerfällig. Das spektakulärste Beispiel dafür hätte ein Karikaturist nicht besser erfinden können: Wegen der Weihnachtspause und wegen des unmittelbar bevorstehenden Wechsels der Präsidentschaft von Irland zu Italien benötigte die EPZ 18 Tage, um zu einer gemeinsamen Reaktion

auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zu kommen – und auch das nur als ziemlich wolkige Erklärung. Die Präsidentschaft der EPZ wechselt turnusmäßig alle halbe Jahre, und der Beamtenapparat kleinerer Mitgliedstaaten hat Schwierigkeiten, mit dem Arbeitsanfall fertig zu werden. Ohne einen eigenen „Unterbau“, und sei er noch so klein, sei er zusammengesetzt aus europäischen oder nationalen Beamten, und sei er angesiedelt wo auch immer, entstehen Kontinuitäts- und Kompetenzprobleme.

Immerhin haben die Außenminister sich im November 1981 in London in einem „dritten Bericht über die EPZ“ auf Verbesserungsvorschläge ihres britischen Kollegen geeinigt. Sie nehmen zum Teil – man glaubt es kaum – Anregungen aus einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom Juli 1981 auf. Künftig soll es möglich sein, die EPZ in Krisensituationen innerhalb von 48 Stunden zusammenzurufen. Die jeweilige Präsidentschaft wird in Zukunft durch eine Gruppe von Beamten unterstützt, die ihr von den Außenministerien der jeweils vorhergehenden und der künftigen Präsidentschaft „ausgeliehen“ werden. Schließlich wurde dem Europäischen Parlament eine verstärkte Einbeziehung seiner Entschließungen in die Beratungen der Außenminister zugesagt. Man wird damit zunächst Erfahrungen sammeln und dann erneut über organisatorische Verbesserungen nachdenken müssen. Auf die Dauer aber muß entweder ein eigenes politisches Sekretariat geschaffen werden oder die EPZ muß vertraglich-organisatorisch in das Gefüge der EG integriert werden.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit umfaßt Banales wie das Verhalten bei diesem oder jenem Visa-Antrag und Bedeutendes wie die Haltung der Europäischen Gemeinschaft im Falkland-Krieg. Es gibt EPZ-Routine wie die Koordination des Abstimmungsverhaltens der Zehn in der UNO und Außergewöhnliches wie die Nahost-Erklärung von Venedig. Die Zusammenarbeit kann sich erschöpfen in der gemeinsamen Interpretation von internationalen Ereignissen in einer nachträglichen Erklärung (Libanon-Krieg im Juli 1982), oder sie kann gemeinsames Handeln einleiten (KSZE-Konferenzen seit 1975).

Die EPZ gilt als einer der wenigen Bereiche, in denen die Gemeinschaft halbwegs funktioniert. Allerdings kommen wegen der intergouvernementalen Struktur eher die erfolgreichen Ansätze als die gescheiterten Versuche einer außenpolitischen Zusammenarbeit ans Tageslicht. Wenn, wie zum Beispiel in der Zypernfrage, eine gemeinsame Linie nicht gefun-

den wird, taucht das in den EPZ-Erklärungen nicht auf. Gemessen am Ausgangspunkt und an der relativ kurzen Geschichte der EPZ ist die Bilanz aber durchaus positiv. Das läßt sich durch ein paar ausgewählte Fälle unterstreichen.

Glanzstück und Paradebeispiel für eine funktionierende Europäische Politische Zusammenarbeit ist immer noch die gemeinsame Haltung der Neun auf der KSZE-Konferenz in Helsinki. Das hat damals nicht nur die USA überrascht und irritiert, sondern auch die deutsche Opposition. Deren europäisch-internationale Isolierung ist selten so deutlich geworden wie bei ihrem „Nein“ zu der Schlußakte von Helsinki. Seither ist die enge Kooperation und das geschlossene Auftreten der Gemeinschaft im KSZE-Prozeß beibehalten worden.

Auch in der portugiesischen Krise des Jahres 1975 hat die Gemeinschaft ihr Gewicht durch außenpolitische Zusammenarbeit eingesetzt. Ein Jahr nach der Revolution schien es, als stolperte Portugal in eine kommunistische Diktatur. Die USA hatten die Demokratie in diesem Land praktisch schon aufgegeben. In dieser prekären Situation boten die Neun Portugal eine engere wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit an, banden sie aber unmißverständlich an die „Beibehaltung einer pluralistischen Demokratie“. Von portugiesischer Seite ist seither immer wieder betont worden, daß dieses Zeichen europäischer Solidarität erheblich dazu beigetragen hat, die Lage in Portugal zu stabilisieren und allgemeine Wahlen durchzuführen.

Die Einrichtung eines euro-arabischen Dialogs geht auf die EPZ zurück. Daß er gegenwärtig stagniert, liegt am wenigsten an Meinungsverschiedenheiten unter den Zehn. Die Erklärung des Europäischen Rats von Venedig am 12./13. Juni 1980 zur Lage im Nahen Osten mag manchen in Analyse und Schlußfolgerungen nicht befriedigen und eine ganze Reihe von Fragen offen lassen. Bemerkenswert bleibt, daß sich die Europäer nach Jahren der Abstinenz überhaupt auf eine einheitliche Position in einem der kompliziertesten Krisengebiete der Welt einigen konnten. Man muß sich die in der Nahost-Frage weit auseinanderklaffenden Positionen der Neun zu Anfang der siebziger Jahre vor Augen halten, um zu ermaßen, was es bedeutet, wenn sich die Gemeinschaft im Anschluß an die Erklärung von Venedig durch ihren jeweiligen Ratspräsidenten (Thorn, van der Klaauw und Lord Carrington) auf mehreren Missionen im Nahen Osten vertreten lassen konnte.

Die Nahrungsmittellieferungen zu Vorzugspreisen (in der Regel 15 Prozent unter dem Weltmarktpreis)

nach Polen und ihre Kreditierung durch die nationalen Bankensysteme sind im Rahmen der EPZ vorbereitet worden. Dort konnten auch die – wechselseitigen – Irritationen wieder ausgeräumt werden, die zwischen den Mitgliedstaaten nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen entstanden waren. Es wurde schnell deutlich, daß die Unterschiede in den Reaktionen eher verbalen Charakter hatten. Ohne den zähen gemeinsamen Widerstand der in der EPZ organisierten Zehn gäbe es kein wirksames Gegengewicht gegen Reagans Osteuropapolitik. Die Bundesrepublik allein könnte jedenfalls der amerikanischen Embargopolitik nicht standhalten.

Die UNO-Konferenz über die Flüchtlingssituation in Südostasien im Juli 1979 in Genf kam auf eine Initiative der EPZ gemeinsam mit den Staaten zustande. Seither ist die Lage in Südostasien und die Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit den ASEAN-Staaten eines der Hauptobjekte der EPZ.

Eine wichtige Rolle spielt die Koordination des Abstimmungsverhaltens der Zehn in der UNO. Gemessen an den traditionellen Interessen und Gewohnheiten der nationalen Diplomaten gelingt dort ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung. Eine – inhaltlich allerdings undifferenzierte – Statistik über das Abstimmungsverhalten der Zehn weist jährlich in 80 bis 84 Prozent der Fälle Übereinstimmung aus. Vor den Abstimmungen im UNO-Sicherheitsrat konsultieren die beiden europäischen Mitglieder, Frankreich und Großbritannien, ihre EPZ-Partner allerdings kaum.

Die Zusammenarbeit während des Falkland-Krieges ist gleich aus mehreren Gründen bemerkenswert. Zum einen hat sie den hohen Stellenwert der innergemeinschaftlichen Solidarität mit einem Mitgliedstaat deutlich gemacht, der sich in einem Krieg mit einer Diktatur befand. Zum anderen bewies die Gemeinschaft einen bemerkenswert pragmatischen Umgang mit dem Einstimmigkeitsprinzip: Italien und Irland schlossen sich dem Importstopp für argentinische Waren nicht an, und Griechenland und Dänemark machten formale Vorbehalte geltend. Dennoch unterstützte die Gemeinschaft die britische Position. Zum dritten hat die Falkland-Krise auf eine breite Lücke in der EPZ aufmerksam gemacht: Im Grunde konnten die neun Partner Großbritanniens die im britischen Kriegskabinettt souverän getroffenen Entscheidungen nur akzeptieren (und allenfalls hinter vorgehaltener Hand kritisieren), oder sie hätten ihre Solidaritätspflicht verletzen müssen. Auf die Dauer wird aber nur bereit sein, die Lasten außenpolitischer Gemeinsamkeit zu tragen, wer auch an den

Entscheidungen beteiligt ist. Die Nationalisierung der Entscheidungen und die Vergemeinschaftung der Folgen ist eine Gefahr für die weitere Einigung Europas – nicht nur im Bereich der EPZ.

Die Deklarationen und Aktionen von Helsinki 1975 bis Falkland 1982 haben, manchmal zur Überraschung der Partner oder Kontrahenten wie der Zehn selbst, deutlich gemacht, daß die Gemeinschaft durchaus ein ernstzunehmender Faktor in der Weltpolitik sein kann. Daneben macht sich die EG mit ihrer Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik immer stärker bemerkbar. „Die Gemeinschaft wird von Drittländern in wachsendem Maße als zusammenhängende Kraft in den internationalen Beziehungen angesehen“, stellten die zehn Außenminister im November 1981 in London zu Recht fest.

Um so bedauerlicher – ja gefährlicher – ist es, daß die Koordination zwischen EG-Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik einerseits und EPZ andererseits zu wünschen übrig läßt. Eine Konzeption für eine in sich schlüssige europäische Außenpolitik gibt es nicht. Ohne ein Gesamtbild von der Rolle Westeuropas in der Welt jedoch, ohne eine Zusammenschau der europäischen Ziele und Möglichkeiten, ohne koordinierten Einsatz der Instrumente von EG, EPZ und Mitgliedstaaten droht die Gemeinschaft mit ihrem wachsenden Gewicht in der Weltpolitik buchstäblich wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen herumzutapsen. Das ist zwar bisher noch nicht geschehen, weil sich die EPZ noch zu einem guten Teil auf gemeinsame Deklarationen beschränkt. Wenn die Gemeinschaft aber eine ihrem Einfluß entsprechende Rolle spielen und gestaltend tätig werden will, muß die EPZ eine Konzeption europäischer Außenpolitik erarbeiten, müssen zumindest EPZ und EG-Aktionen übereinstimmen.

Die Konzeptionslosigkeit äußert sich in den zahlreichen „weißen Flecken“, die die EPZ bislang aufweist. Sie sind teils begründet, teils völlig unverständlich. Berlin und das Verhältnis zur DDR sind nicht Gegenstand der Beratungen in der EPZ. Das ergibt sich aus der besonderen Lage Deutschlands und der Verantwortung der Siegermächte für Berlin und die ganz Deutschland betreffenden Fragen. Hinzu mag auch noch, daß Frankreich und Großbritannien im UNO-Sicherheitsrat ohne EPZ-Konsultation agieren. Daß die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten bislang stillschweigend aus der EPZ ausgeklammert sind, läßt sich aus der historischen Rolle Frankreichs in dieser Region allenfalls noch erklären, aber schon nicht mehr begründen.

Schlicht unverständlich ist es aber, daß zum Bei-

spiel die Beziehungen zur Volksrepublik China und zu Indien trotz aller wirtschaftlichen Kontakte, die die EG mit diesen Ländern hat, auf der Tagesordnung der EPZ nicht auftauchen. Mit der Lage in Afrika beschäftigt sie sich erst seit der libyschen Intervention im Tschad. Südafrika hat nur im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex für europäische Firmen eine nennenswerte Rolle gespielt. Über zaghafte Ansätze (z. B. über die Frage, ob die Gemeinschaft ihre Verhandlungen mit den Staaten des Anden-Paktes über die wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Militärputsch in Bolivien fortsetzen solle und sporadischer Beschäftigung mit der Lage in einzelnen mittelamerikanischen Staaten) ist die Zusammenarbeit in den Beziehungen zu Lateinamerika nicht hinausgekommen. Gerade nach der Falkland-Krise und angesichts der Lage in Mittelamerika wäre aber in diesem Teil der Welt ein Neuanfang für eine europäische Politik, die über das Deklaratorische hinausgeht, dringend erforderlich.

Die beiden Supermächte sind erst mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und mit der Geiselnahme in Teheran in den Themenkreis der EPZ einbezogen worden. Insgesamt zeugt diese Entwicklung einerseits von der Anpassungsfähigkeit der EPZ, andererseits nährt sie aber auch den Verdacht, daß die Außenminister häufig der Frühlingssuppen-schau näher sind als der Definition einer europäischen Außenpolitik.

Der bedeutendste „Weiße Fleck“ ist zweifellos die Sicherheitspolitik. Bislang wurde – zumindest offiziell – darauf geachtet, daß sicherheitspolitische Fragen im Rahmen der EPZ nicht erörtert wurden. Das hängt damit zusammen, daß einige Mitgliedstaaten (Dänemark) die Sicherheitspolitik allein als Sache der NATO ansehen, und andere (Irland, in gewisser Weise auch Frankreich) der NATO nicht angehören. Der Londoner Bericht zur EPZ läßt allerdings erkennen, daß Doktrin und Wirklichkeit auch bisher schon nicht übereinstimmen. Die Außenminister erklärten sich nämlich „darin einig, das flexible und pragmatische Vorgehen beizubehalten, das es ermöglicht hat... die politischen Aspekte der Sicherheit (zu) berühren“. Im übrigen bestand von Beginn an kein Zweifel daran, daß die Politik der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in den Themenkreis der EPZ gehört. Das aber ist genauso wenig von sicherheitspolitischen Überlegungen zu trennen wie die meisten anderen außenpolitischen Probleme. Es ist deshalb richtig, daß die deutsch-italienische Initiative zur Schaffung einer europäischen Akte ausdrücklich dafür plädiert, die Sicherheitspolitik (mit Ausnahme

rein militärischer Fragen) zu einem offiziellen Gegenstand der Beratungen im Rahmen der EPZ zu machen. Dies kommt neueren Überlegungen der französischen Regierung durchaus entgegen. Die französischen Sozialisten, die sich früher weigerten, in diese Richtung überhaupt nur zu denken, haben ihre Sperre aufgehoben.

Wer künftig nicht alle Wendungen der amerikanischen Politik mitmachen will, muß die Sicherheitspolitik in die EPZ hineinnehmen. Die Krise in den europäisch-amerikanischen Beziehungen ist ja nicht nur auf die Unfähigkeit einer ausflippenden Administration, in der „ein in der Nachkriegsgeschichte nie gekanntes Maß an Kompetenzwirrwarr und Machtkämpfen herrscht“ (EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes, CDU) zurückzuführen, eine kohärente Politik zu entwickeln. Sie hat ihre Ursache vielmehr in einer beginnenden und aufgrund der Entwicklung in der politischen Kultur der Welt, der „terms of trade“ und der Waffentechnologie unvermeidlichen Neuinterpretation der amerikanischen Interessen gegenüber Europa – und der europäischen gegenüber den USA. Das findet seinen Ausdruck in der unterschiedlichen Beurteilung der Bewegungen in der Dritten Welt, in der Bereitschaft zu Protektionismus und Handelskrieg, in den Planspielen zur Führbarkeit eines längeren Atomkrieges.

Zwar ist Antiamerikanismus heute und künftig kein Ferment für die Einigung Westeuropas. Dazu eignete sich, wie wir heute wissen, nicht einmal der Antikommunismus der fünfziger Jahre. So viel aber ist auch sicher: Eine Europäische Union, die ihre einzige Orientierung in einer bedingungslosen atlantischen Bindung fände, lohnte den Aufwand nicht. Denn die Gemeinschaft erhebt die Forderung nach gleichberechtigter Partnerschaft nicht aus Spaß am Muskelspiel. Wenn sie auch künftig mit den USA gemeinsam bürgerliche Freiheit und Demokratie bewahren und entwickeln, wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit wiederherstellen und vertiefen und Frieden und Sicherheit auf dem nordamerikanischen und europäischen Kontinent garantieren und festigen will, dann darf sie es nicht mehr mit den gleichen Mitteln und auf den gleichen Wegen tun.

Die EPZ muß die außenpolitischen Vorstellungen von Margret Thatcher bis François Mitterrand, von Helmut Kohl bis Colette Flesch koordinieren. Sie kann daher niemals sozialdemokratisch, christdemokratisch oder was auch immer sein. Für schneidige Husarenritte, die das sozialdemokratische (oder konservative oder grüne) Herz erfreuen, ist sie nicht gesattelt. Dafür aber wäre das, was sie zustande brin-

gen könnte, mit einem Gewicht ausgestattet, mit dem sich von den nationalen Interessen jedes einzelnen Mitgliedstaates mehr verwirklichen ließe, als es mit einer noch so in sich geschlossenen, aber eben doch leichtgewichtigen nationalen Außenpolitik gälänge.

Die EPZ als Instrument der Koordination der Außenpolitik der Zehn ist noch längst nicht das, was sie sein könnte, aber doch schon weitaus mehr, als die breite Öffentlichkeit in Publizistik und Politik in Europa meint. Eine europäische Außenpolitik hat sie bislang nicht geschaffen, aber sie hat die Gemeinschaft immerhin zu einem – von außen manchmal sogar überschätzten – Faktor in der internationalen

## **Dagmar Luuk: Neue Bewährungsproben stehen bevor**

### **Bilanz und Ausblick nach dem ersten Jahr der Regierung Papandreu in Griechenland**

---

*Die Berliner Diplom-Politologin Dagmar Luuk, Jahrgang 1940, ist Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Von 1975 bis 1980 war sie Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus. s. a. NG 7/82.*

---

„Allaghi“, der Wechsel – so hieß der Schlachtruf „Das Volk will den Wechsel, PASOK kann ihn bringen“, das war die Parole. Vor einem Jahr war es dann so weit: die Panhellenische Sozialistische Bewegung unter Andreas Papandreu errang am 18. Oktober 1981 einen überwältigenden Wahlsieg, erreichte 48% der abgegebenen Stimmen und die absolute Mehrheit der Mandate. Zum ersten Mal stellte mit den griechischen Sozialisten eine Linkspartei die Regierung in Athen. Angesichts der Wahlkampfparolen sahen NATO und Europäische Gemeinschaft schwierige Zeiten voraus. Hat der Wandel in Griechenland nach einem Jahr diese Befürchtungen der Verbündeten bestätigt, haben sich die Erwartungen der Griechen erfüllt?

Was Pessimisten nach der Regierungsübernahme Papandreous befürchtet haben, ist nicht eingetreten. Die Skepsis der europäischen und atlantischen Part-

Politik gemacht. Sie hat die nationalen Zuständigkeiten und die Verantwortung der nationalen Regierungen nicht aufgehoben, aber sie schränkt doch einerseits den nationalen Bewegungsspielraum aller Mitgliedstaaten erheblich ein und eröffnet andererseits vor allem den kleineren Staaten und der Bundesrepublik Deutschland neue Einflußmöglichkeiten. Sie bietet ihnen damit die Chance, auf Entwicklungen einzuwirken, in die Westeuropa, ob wir es wollen oder nicht, ob mit oder ohne EPZ, hineingezogen wird. Vor diesem Hintergrund sollten Publizistik, Parteien und Fraktionen in der Bundesrepublik der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wesentlich mehr Beachtung schenken.

ner Griechenlands über den neuen Kurs in Athen beginnt allmählich zu weichen. Der westlichen Allianz ist an der Südostflanke zwar ein gelegentlich unkonventioneller, keineswegs aber unberechenbarer Partner entstanden, der die Stabilität des Bündnisses entgegen manchen Vorhersagen keinen zusätzlichen Belastungsproben unterzieht. Griechenland sieht seine Sicherheit nach wie vor durch die NATO begründet und weiß seine Mitgliedschaft in der EG als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Stabilisierung.

Der „Wandel ohne Abenteuer“, den PASOK-Chef Papandreu nach dem Wahlsieg angekündigt hatte, nimmt Konturen an. Er stellt sich dar als eine Politik, die ein gewaltiges Reformprogramm in der Innenpolitik und die nationalen Interessen des Landes in der Außenpolitik durchzusetzen versucht. Am Schalthebel der Macht in Athen sitzt dabei ein mit allen taktischen Feinessen agierender Pragmatiker, der die Spielräume seiner Politik realistisch einschätzt und die Wahlkampfrhetorik längst den politischen Erfordernissen des Landes untergeordnet hat. Nach Militärdiktatur und jahrzehntelanger konservativer Herrschaft sieht Griechenland nun die Chance zu einer Politik der Reformen im Innern und einer betont nationalen Interessen dienenden Außenpolitik. Der Vertrauensvorschuß für die Sozialisten Papandreous und eine in der Nachkriegsgeschichte bislang erstmalig zu verzeichnende Stabilität der Parteienstruktur sind wichtige Voraussetzungen für diese Politik – ihr Risiko hat weltweite Ursachen und liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie hat Papandreu nach nur achtmonatiger Regierungszeit zu einer radikalen Kabinettsumbildung gezwungen.

## I.

„Papandreou“, so kam eine in diesen Fragen hierzulande extrem sensible Presse nicht umhin zu vermelden, „lehnt sich wieder mehr an die westlichen Verbündeten an“. Der Besuch des damaligen amerikanischen Außenministers Haig im Mai in Athen und die Kontakte Athens zum türkischen Militärregime demonstrieren, daß nach einem in den ersten Monaten der PASOK-Regierung sehr unkonventionellen Verhalten in NATO- und EG-Ministerrat mehr und mehr eine pragmatische Politik die Oberhand gewinnt. Vom Auszug aus der gemeinsamen Verteidigungsalianz und dem Rückzug aus der EG, Themen, mit denen die Sozialisten ihren Wahlkampf bestimmten, ist keine Rede mehr.

Sicherlich: Athen hat zwar mit seinem Veto gegen das Schlußkommuniqué der NATO-Verteidigungsministerkonferenz im letzten Dezember, aber auch mit seiner abweichenden Stellungnahme zu den Ereignissen in Polen seine besondere Haltung deutlich gemacht und dabei aus primär innenpolitischen Gründen eine außenpolitische Sonderstellung demonstriert. Sicherlich: eine solche diplomatische Praxis wird auch in Zukunft nicht auszuschließen sein. Indessen: Athen hat der Europäischen Gemeinschaft ein Memorandum zugehen lassen, das sich im Vergleich zum Verhalten anderer EG-Partner gegenüber Brüssel beinahe zurückhaltend ausnimmt. Dem – was das Verhältnis zur EG betrifft – so populären Wahlkampfthema stehen neben den verfassungsrechtlichen Hindernissen (Papandreou: „Ich kann die verfassungsmäßigen Rechte des Präsidenten nicht in Frage stellen. Wenn er kein Referendum wünscht, werden wir eben in Brüssel auf praktische Änderungen hinwirken, zum Beispiel so wie Großbritannien.“) auch ganz handfeste materielle Gründe entgegen, die Athen veranlaßt haben, den Weg über EG-Kommission und -Ministerrat einzuschlagen.

Man sucht auf dem Weg über Verhandlungen – ganz im Gegensatz zu den ultimativen Drohungen während der Wahlkampfzeit – mit der Gemeinschaft nach Regelungen, „die mit dem wirtschaftlichen und sozialen Programm des Landes in Einklang stehen und zur Verwirklichung seiner Entwicklungsziele beitragen“. Und Entwicklungsziel bleibt es, mit Hilfe der Partnerstaaten die eigenen Interessen, insbesondere die der Landwirtschaft und der Industrie, aber auch des Umweltschutzes stärker zum Tragen zu bringen. Papandreou ist sicherlich nicht der eifrigste Verfechter des Gedankens einer Weiterentwicklung der europäischen Einigung, man kann jedoch realistischweise nicht von ihm erwarten, daß er sich euro-

päischer gibt als manches Gründungsmitglied der Gemeinschaft. Die eigentliche Nagelprobe für die Haltung Athens zur EG steht demnächst an. Schon in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres übernimmt Griechenland erstmals für 6 Monate den Ratsvorsitz in Brüssel. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß sich Papandreou mit seinen engsten Beratern intensiv darauf vorbereitet.

Die Neuorientierung der Außenpolitik Griechenlands läßt neben der stärkeren Betonung der nationalen Interessen im Verhältnis zur EG und zur NATO eine durchaus offenere Haltung gegenüber den Ostblockstaaten, insbesondere zur Sowjetunion und den Nachbarstaaten auf dem Balkan erkennen. Die Propagierung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan, die der griechische Ministerpräsident mit Verve betreibt, mag als Beispiel einer Politik gelten, die eine Konfrontation der Blöcke im Interesse Griechenlands zu verringern sucht. Gleichzeitig versucht Athen sein Verhältnis zu den arabischen Ländern und den Staaten der Dritten Welt zu aktivieren. Das Treffen mit Arafat und die – wenn auch gescheiterten – Bemühungen um ein Treffen mit Gaddafi sind Beleg dafür. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß eine solche Politik sich früher oder später auch in einem veränderten Abstimmungsverhalten Athens bei den Vereinten Nationen niederschlagen kann.

## II.

Zentrales Thema der griechischen Außenpolitik bleibt nach wie vor das Verhältnis zum östlichen Nachbarn und früheren Kolonialherrn Türkei. Die Spannungen im Verhältnis Athens zu Ankara überschatten alle anderen außenpolitischen Themen und sind häufig genug bestimmend für das Verhalten Griechenlands, das sich in allen wesentlichen außenpolitischen Fragen dieser speziellen Problematik unterordnet.

Aus der Sicht Athens stellt der türkische Nachbar allein schon durch sein militärisches und rein numerisches Übergewicht eine permanente Bedrohung der griechischen Sicherheit dar. Zwar hat die von Papandreou während des Wahlkampfes unter Hinweis auf den türkischen Nachbarn betonte „Bedrohung aus dem Osten“ nach Regierungsantritt zunächst der sogenannten „Ölzweig-Diplomatie“ Platz gemacht und dabei die Hoffnung auf eine allmähliche Entspannung der bilateralen Atmosphäre gestärkt. Diese Hoffnungen haben Rückschläge erlitten, bis der Besuch Haigs in Athen und Ankara einen Funken neuer Hoffnung gab, daß der Dialog zwischen den beiden NATO-Partnern doch noch in Gang komme.

Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten an der Südostflanke der NATO ist so problembeladen, daß schon relativ bescheidene Zwischenfälle wie etwa Verletzungen des Luftraums in der Ägäis ausreichen, die guten Vorsätze der Diplomaten zunichte zu machen und die Bemühungen um einen politischen Ausgleich zu torpedieren.

Der Versuch Papandreous, im Abschlußkommuniqué der NATO-Tagung eine Garantie zum Schutze der griechischen Ostgrenze zu erhalten, ist für's erste gescheitert. Auch die Gespräche Haigs haben keine Annäherung der Fronten gebracht. Die Türkei sieht eine solche Bedrohung als nicht existent an und ist daher auch nicht bereit, eine Garantie abzugeben. Auch Lösungen der bilateralen Streitpunkte in der Ägäis, wie etwa die Luftraumkontrolle, die Abgrenzung des Festlandsockels und die Ausdehnung der Hoheitsgewässer, zeichnen sich bislang nicht ab. Die Regelungen der Seerechtskonferenz, die gegen das Votum der Türkei beschlossen wurden, komplizieren die Situation weiter; hatte Athen bislang nur eine Sechs-Meilen-Zone beansprucht, so sehen die neuen Regelungen zur See und in dem darüber befindlichen Luftraum eine Zwölf-Meilen-Zone vor. Die neuerliche Zurückhaltung Papandreous in dieser Frage, der bislang bewußt darauf verzichtet hat, das Verhältnis zu Ankara in diesem Punkt zu strapazieren, könnte ein Indiz dafür sein, daß die beiden Bündnispartner nun ernsthafter als in der Vergangenheit auf Kompromißsuche sind.

Ein wesentliches Hindernis auf diesem Wege ist nach wie vor die Präsenz türkischer Truppen auf Zypern, deren Verbleiben auf der Insel ein potentielles Druckmittel in allen bilateralen Streitfragen darstellt. Daß die Versuche Papandreous, die Aufmerksamkeit erneut auf Zypern zu lenken und neben die internen Verfassungsgespräche in Nikosia eine Internationalisierung des Konflikts um die Insel zu setzen, dem Verhältnis der beiden NATO-Partner kaum dienlich sein werden, steht außer Frage. Jene Feststellung Papandreous, ein wenig „Licht am Ende des Tunnels“ zu sehen, die der griechische Ministerpräsident während seines Zypern-Besuchs traf, scheint angesichts der aktuellen Situation um Zypern wohl doch ein wenig zu optimistisch.

### III.

Die Mehrzahl der Griechen betrachtet das atlantische Verteidigungsbündnis mit großer Skepsis. Die NATO, die seinerzeit der türkischen Zypern-Invasion tatenlos zugesehen und zuvor sieben Jahre das Obristen-Regime in Athen geduldet, wenn nicht gar pro-

tegiert hatte, steht bei einem großen Teil der Griechen noch immer in Mißkredit. 1980 ist Griechenland unter der konservativen Regierung Rallis wieder in den militärischen Bereich der NATO zurückgekehrt, entgegen dem Willen der PASOK, die während des Wahlkampfes die Rücknahme dieser Entscheidung auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Die sozialistische Regierung Papandreou ist sich heute jedoch zunehmend der Bedeutung bewußt, die einer vollen NATO-Integration des Landes für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft der Streitkräfte und darüber hinaus auch der wirtschaftlichen Entwicklung zukommt. Hierbei ist sicherlich auch die Überlegung maßgebend, nach jahrelanger militärpolitischer Isolierung den Anschluß der griechischen Streitkräfte an das Infrastrukturprogramm der Allianz und deren ständig weiterentwickeltes Führungs- und Informationssystem sicherzustellen, um so ein ungefähres Gleichgewicht der Kräfte in der Ägäis im Verhältnis zum türkischen Nachbarn sicherzustellen.

Die griechische Zugehörigkeit zur westlichen Allianz war seit jeher die Basis für eine umfangreiche Wirtschaftshilfe, die insbesondere von den USA gewährt wurde. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation des Landes wird Papandreou wieder gesteigerten Wert auf diese vorteilhafte politische Mechanik legen wollen, wobei er den heftigen Widerstand des linken Flügels der eigenen Partei und der stark moskauorientierten griechischen KP einkalkulieren muß. Wegen des Zwangs der griechischen Sozialisten, trotz einer angespannten Wirtschafts- und Finanzlage ein anspruchsvolles innenpolitisches Reformprogramm realisieren zu müssen, ist es nur allzu verständlich, wenn Papandreou seinen Handlungsspielraum voll auszuschöpfen versucht.

Beispiel dafür sind die Verhandlungen um die amerikanischen Militärstützpunkte in Griechenland. Die kompromißlose Forderung aus dem Wahlkampf, wonach die US-Soldaten möglichst umgehend aus Hellas abziehen sollten, haben die Sozialisten längst abgeschwächt. Zunächst geht es darum, über einen Zeitplan für den Abzug der Amerikaner zu verhandeln, ein Ziel, das zu erreichen jetzt bereits Dekaden angesetzt werden. Die Optionen Papandreous sind dabei begrenzt: eine Aufkündigung der Verträge dürfte Konsequenzen haben für die westliche Militärhilfe für Griechenland zugunsten einer erhöhten Militärhilfe für die Türkei. Daher steht kaum zu erwarten, daß Papandreou dem innenpolitischen Druck um den Preis einer Vergrößerung der außenpolitischen Probleme ohne Not nachgibt.

#### IV.

In seiner Regierungserklärung – vier Fünftel sind innenpolitischen Themen gewidmet – hat der Regierungschef ein überaus anspruchsvolles Reformprogramm verkündet, sehr wohl wissend, daß er mit den Vorgaben seiner konservativen Amtsvorgänger würde leben müssen. Waghalsige Experimente, die geeignet sein könnten, das dringend benötigte ausländische Kapital vom Lande fernzuhalten oder auch das Vertrauen der eigenen Wirtschaft zu verspielen und damit private Investitionen zu verhindern, waren eher Wahlkampfankündigungen als spätere Regierungspraxis. Papandreou wußte auch, daß er von seinen Vorgängern eine „leere Staatskasse“ übernommen hatte, „ein Wirtschaftschaos“, wie er selbst sagte.

Die Ausgangslage für ein anspruchsvolles Reformprogramm war daher alles andere als rosig: die Entwicklung der Wirtschaft des Landes war seit 1979 zunehmend rezessiv, das Bruttosozialprodukt verzeichnete im Vorjahr bestenfalls ein Nullwachstum, die Inflationsrate lag bei Regierungsübernahme der Sozialisten bei rund 26 Prozent, das gesamte öffentliche Defizit schließlich bei über 15 Milliarden DM. Das Leistungsbilanzdefizit war auf über 5 Milliarden DM angestiegen.

Im Rausch ihres Verlangens nach „Allaghi“ übersehen Papandreous Wähler offensichtlich, daß auch er sich konventioneller Methoden würde bedienen müssen, um die Staatskassen wieder aufzufüllen: ein kräftiges Anziehen der Steuerschraube und ein rigores Vorgehen gegen Steuersünder zählten zu den ersten Maßnahmen der neuen sozialistischen Regierung. Der in Griechenland mit einer beinahe sportlichen Begeisterung betriebenen Steuerhinterziehung etwa, die dem Staat nach Einschätzung von Experten ein Drittel der ihm zustehenden Einnahmen vorenthält, wurde mit einer äußerst aggressiv operierenden staatlichen Bürokratie zu Leibe gerückt. So konnten die Griechen im abendlichen Fernsehprogramm die Bilder prominenter Steuerhinterzieher bestaunen. Mancher Spitzenverdiener aus dieser Gruppe der Oberen Zehntausend drohte gar dem allzu forsch vorgehenden damaligen Finanzminister Trettakis, es sei schließlich auch möglich, bestimmte geschäftliche Aktivitäten ins Ausland zu verlagern.

Das Steueraufkommen zumindest, so weist es der Etatplan aus, soll gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50 Prozent steigen, wobei die Staatsausgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 36 Milliarden DM dann immer noch eine Deckungslücke von 14 Milliarden DM aufweisen. Dieser Konsolidierungsver-

such des staatlichen Haushalts wird ergänzt durch umfangreiche Tarifierhebungen bei einem gleichzeitigen Sinken der Lohnzuwächse. Löhne und Gehälter bis zu 1400 DM, so eine der ersten Maßnahmen der sozialistischen Regierung, sollen alle vier Monate entsprechend der Steigerung des Lebenshaltungsindezes erhöht werden, während bei Einkommen über 3200 DM monatlich solche Anpassungen nicht mehr vorgenommen werden. Als Ausgleich für diese wenig populären Maßnahmen werden die 40-Stunden-Woche und der Vier-Wochen-Jahresurlaub eingeführt.

Die Bekämpfung der Stagflation durch zentral gesteuerte Förderungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Dämpfung der Inflation sind das Ziel der neuen Regierung. Von seiner Bewältigung wird es abhängen, ob eine Stabilisierung der griechischen Wirtschaft in den nächsten Jahren möglich sein wird. Die Aussichten, bereits 1982 die Inflationsrate unter 20 % zu drücken, sind nicht sonderlich gut: die Preisentwicklung im ersten Quartal 1982 läßt vielmehr erkennen, daß auch in diesem Jahr mit einer Preissteigerung von rund 25 % zu rechnen sein wird. Der neuernannte Wirtschaftsminister und frühere Gouverneur der Bank von Griechenland wird es nicht einfach haben.

#### V.

Der große Schock, den viele nach dem Wahlsieg der Sozialisten gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik befürchtet haben, ist indessen ausgeblieben. Der „dritte Weg zum Sozialismus“, wie Papandreou sein wirtschaftspolitisches Konzept bezeichnet hat, stellt sich keineswegs als jene ideologische Einbahnstraße heraus, die viele nach den Wahlkampfpapieren der PASOK vorgezeichnet sahen. Ein Beispiel dafür ist das mit vielen Schlagzeilen versehene Sozialisierungsprogramm der Regierung.

Bei Lichte besehen hat sich dieses Programm inzwischen eher als eine Art modifizierte Mitbestimmung denn als Verstaatlichungsprogramm herausgestellt. Denn: In Griechenland gibt es wenig zu verstaatlichen. 50 % der Gesamtindustrie hören bereits jetzt auf staatliches Kommando, 80 % des Bankwesens werden aktienmehrheitlich ebenfalls vom Staat kontrolliert. Eine Ausdehnung ist kaum erstrebenswert, zumal die Staatsbanken ihre Beteiligungen breit gefächert haben.

Papandreou, der sein Sozialisierungsprogramm bewußt ideologisch verschwommen gehalten und sich so kaum innenpolitische Gegner geschaffen hat, sieht in der Sozialisierung eher die Aufgabe, „die Betriebe dem gesamtwirtschaftlichen Wohl zu verpflichten“. Die Grenzen solcher Reformvorhaben hat der Regie-

rungschef selbst gesteckt: Ziel sei eine „Wiederbelebung der Wirtschaft und die Eliminierung einer Masse von Problemen, die nicht über Nacht gelöst werden können“. Aus dem Sozialisierungsprogramm sind daher zunächst einmal vage Mitbestimmungsmodelle geworden, die sich noch immer in der Planung befinden. Das Gespenst der Sozialisierung hat bei den griechischen Unternehmern deshalb längst seinen Schrecken eingebüßt, sieht doch die Arbeitgeberseite, daß die Regierung mit ganz konkreten Angeboten das Vertrauen der Wirtschaft zu erringen sucht. „Private Initiativen“ heißt das Schlüsselwort. Und diese privaten Initiativen sollen gefördert werden durch eine Wirtschaftspolitik, die sich durchaus als unternehmerfreundlich darstellt, die günstige Kreditbedingungen für mittlere und kleinere Betriebe anbietet und die ein kürzlich vom Parlament verabschiedetes Investitionsförderungsgesetz verabschiedet hat, das der Privatindustrie einen sicheren Rahmen geben soll.

Ende des Jahres will die Regierung dem Parlament einen Fünfjahresplan vorlegen, der die Grundlagen für eine kontinuierliche Entwicklung schaffen soll. Bis dahin wird eine gewisse Skepsis und Unsicherheit der griechischen Wirtschaft über den künftigen Kurs bestehen bleiben, und Papandreu wird weiter um das Vertrauen der griechischen Wirtschaft ringen müssen. Schließlich hatten die Arbeitgeber erhebliche Bedenken gegen das neue Gewerkschaftsgesetz vorgebracht, das unter anderem das Recht auf Aussperrung verweigert und politisch motivierte Streiks zuläßt.

Befremden hatte zuvor über Griechenland hinaus ausgelöst, wie die PASOK und die ihr nahestehenden Betriebs- und Basisorganisationen der Arbeitnehmerseite den rechtsorientierten Vorstand des Gewerkschaftsbundes GSEE absetzen und durch Gerichtsbeschluß einen neuen Vorstand einsetzen ließen, in dem die der PASOK nahestehenden Gewerkschaften nun über eine  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit verfügen.

## VI.

Die Regierungstätigkeit der Sozialisten hat sich seit Übernahme der Regierungsverantwortung auf längst überfällige politische Veränderungen gerichtet, die sich in ihrem Reformcharakter wohltuend vom Status quo ante der konservativen Vorgänger abheben. Die Zensur von Filmen, Schauspielen und Liedern wurde abgeschafft, das Wahlalter von 20 auf 18 Jahre gesenkt, die Todesstrafe aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Sozialpolitische Reformen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung wurden ebenso

normiert wie die Zivilleihe und die Reform des Eherechts. Das Kindergeld wurde erhöht, die Programme zur Beschäftigung von Schwerbehinderten ausgebaut, eine überproportionale Erhöhung niedriger Einkommen wurde durchgesetzt, niedrige Einkommensklassen steuerlich begünstigt. Papandreu löste diese Versprechen des Wahlkampfes, sehr bald ein; in ihrem Ergebnis aber wirkten diese Maßnahmen inflationsfördernd.

Diese ebenso notwendigen wie populären Maßnahmen haben jedoch nicht verhindern können, daß die PASOK sich im laufenden Jahr einer Streikwelle gegenübersieht, wie sie bei ihrer konservativen Vorgängerin im Regierungsamt durchaus üblich war, bei einer sozialistischen Regierung dagegen überrascht. Griechenland registrierte einen Streik der Privilegierten, der Spitzenverdiener unter den Arbeitnehmern; einen über sechswöchigen Streik der Bankbeamten, Streiks der Drucker und des Personals der staatlichen Fluglinie.

Mit diesen Streiks, die sich, wie etwa der Streik der Bankbeamten, aus einem Tarifstreit heraus entwickelten, ist die PASOK Opfer einer rapide gestiegenen Anspruchshaltung der Arbeitnehmer geworden. Die Regierung hat einen Prestigeverlust erlitten, und auch Papandreu selbst, der mit markigen, aber nicht zu realisierenden Forderungen in das Geschehen eingegriffen hatte, war schließlich betroffen. Diese Erfahrung war neu für einen Politiker, der ansonsten Regierungsapparat und PASOK zu einer Art Ein-Mann-Unternehmen entwickelt hatte und der sich als autokratischer Führer in einer parlamentarischen Demokratie präsentiert.

## VII.

In ihrer einjährigen Regierungszeit hat die PASOK das gesamte politische Personal im Lande ausgewechselt, ein beinahe revolutionärer Prozeß, und mit ihren eigenen Parteigängern besetzt. Daraus erklärt sich auch die gelegentliche Unerfahrenheit oder Überforderung der Administration. Die PASOK zeigt sich dabei in ihrer Struktur und ihrem inner„parteilichen“ Leben weniger als eine eigentliche Partei denn als eine Bewegung, die acht Jahre nach ihrer Gründung noch keinen einzigen Parteitag abgehalten hat, deren Mitglieder des Zentralkomitees und des Exekutivkomitees nicht ordnungsgemäß gewählt, sondern ernannt sind, und die diese Funktion allein der Entscheidung Papandreous verdanken. Die Fraktion der PASOK im Parlament ist auch ohne Vorsitzenden, vielmehr lenkt ein Organisationssekretär die Geschäfte der Fraktion, der im Büro Papandreous arbei-

tel. Papandreu vergibt also die Macht und erwartet dafür unbedingte Loyalität. Das geht nicht auf Dauer.

Im Sommer war es dann soweit. Der Staatssekretär im Innenministerium, Stathis Panagoulis, Träger eines berühmten Namens, ging Papandreu in aller Öffentlichkeit frontal an und beendete damit seine eigene politische Karriere abrupt. Der Rücktritt des Staatssekretärs war eine Frage von Stunden, sein Ausschluß aus der PASOK ebenso. Dabei war es möglicherweise weniger die in einem umfangreichen Brief des „Ketzers“ Panagoulis geäußerte Kritik an den nichterfüllten Wahlversprechen, wie etwa Austritt aus EG und NATO oder Schließung der US-Militärbasen, die Papandreu umgehend veranlaßten, diese „Verschwörung“ gegen Partei und Regierung zu ersticken, als vielmehr die Kritik des Staatssekretärs am Innenleben der Partei. Nun wäre es vermessen, die etablierte westeuropäische Parteiendemokratie als Maßlatte gegenüber der gerade 8 Jahre alten PASOK anzusehen. 1974 als Sammelbewegung der Sozialistischen Linken gegründet, hat die PASOK in den bisherigen Wahlen ihren Stimmenanteil jeweils fast verdoppeln können, weist also einen stürmischen Wachstumsprozeß auf und kann das herkömmliche griechische Parteiensystem nicht als Maßstab für die eigene Entwicklung akzeptieren. Die PASOK sieht Fortschritte in der innerparteilichen Demokratie. Ihr erster Parteitag ist nun für den Beginn des kommenden Jahres ins Auge gefaßt. Die Parteien der SI tun gut daran, den griechischen Sozialisten auf diesem Weg mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

#### VIII.

Mit dem Wahlsieg der PASOK vor einem Jahr hat sich in Griechenland mehr geändert als es mit einem Wechsel der Regierungspartei, der handelnden Perso-

nen und neuen Inhalten der Politik umschrieben ist.

Es ging auch darum, das politische System zu ändern: Verwaltung transparent und effektiv zu machen, die Gesellschaft in allen Bereichen zu demokratisieren, Privilegien abzubauen, Chancengleichheit zu schaffen.

Ein Jahr nach der Regierungsübernahme steht die PASOK also auf dem Prüfstand, die Ergebnisse der Kommunalwahlen in diesem Monat werden einen ersten Aufschluß geben. Die Wähler haben sicherlich einiges von ihrer hohen Erwartungshaltung und dem Vertrauensvorschuß gegenüber der PASOK zurückgenommen, indessen hat es die konservative Neue Demokratie als Oppositionspartei völlig versäumt, sich als Alternative zu profilieren.

Außenpolitisch hat die Regierung Papandreu ihre ersten Bewährungsproben bestanden. Die Befürchtungen mancher Skeptiker sind widerlegt. In der Innenpolitik hat Papandreu schneller als erwartet die Zügel anziehen müssen. Nach einer ersten Phase, in der Aufbruchstimmung, Reformeifer, Experimentierlust und oft genug auch Parteidogmatiker dominierten, muß in der zweiten Phase nun ein ökonomischer Realismus dominieren, wenn die Sozialisten ihre ehrgeizigen Ziele erreichen wollen. Die eigentliche Bewährungsprobe wird auf dem wirtschaftspolitischen Feld erfolgen, auf dem Andreas Papandreu jetzt seinen Realitätssinn zu beweisen hat. Das Kabinettsrevirement, hinter dem sich in erster Linie eine wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellung verbirgt, zeigt, daß Papandreu die Zeichen der Zeit erkannt hat; er weiß, daß die Parolen des Wahlkampfes wenig geeignet sind, die Macht zu behaupten. Die griechische Reformpolitik wird sich weniger an Wünschen als an ökonomischen und finanziellen Vorgaben ausrichten. Das Machbare ist gefragt, Wünsche rangieren weiter hinten.

## Oswald Hirschfeld: Schweden ist anders

*Oswald Hirschfeld, Jahrgang 1917, war bis Anfang dieses Jahres Journalist und militärpolitischer Kommentator beim Süddeutschen Rundfunk Stuttgart (s. a. seine Beiträge in NG 4 und 9/82).*

Als Muster eines modernen Industriestaates gepriesen, aber ebenso als abschreckendes Beispiel so-

zialistischer Experimente verdammt, ist Schweden immer wieder in Wahlkämpfe anderer Länder hineingezogen worden, besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Viele Schweden empfinden dies als Mißbrauch. Sie sehen ihr Land weder als Paradies noch als Hölle, ihren Wohlfahrtsstaat auch nicht für den Export geeignet. Ist Schweden so anders als die übrigen Industriestaaten Europas, so anders auch als die beiden anderen skandinavischen Staaten Dänemark und Norwegen, daß sich die Gelster so sehr an ihm scheiden? Viele Erscheinungen in Schweden,

seine ganze Entwicklung während der letzten sechzig bis achtzig Jahre deuten darauf hin. Innerhalb von zwei bis drei Generationen hat sich Schweden vom Agrarstaat zum modernen Industriestaat, vom Auswanderer- zum Einwanderer-Land gewandelt. An die Stelle von Hunger und Armut ist der höchste oder mit der höchsten Lebensstandard in der Welt getreten. Man hat Schweden oft das amerikanisierteste Land Europas genannt, und dies nicht zu Unrecht. Entwicklungen, die in den Vereinigten Staaten ihren Ursprung hatten, wurden in Europa zuerst und zwar mit deutlichem zeitlichen Abstand von Schweden übernommen. Eigenarten wie große Experimentierfreude, starkes Problembewußtsein und die ausgeprägte Fähigkeit zu funktionalem Denken machen aufgeschlossen für Neues, führen dazu, daß Schweden auf so vielen Feldern voraus ist, im guten wie im schlechten.

Natürlich und vor allem die vierundvierzig Jahre sozialdemokratischer Regierungsführung haben dem Land den Stempel aufgedrückt. Als sie 1976 endeten, weil sich die drei bürgerlichen Parteien, die Liberale Volkspartei, die Zentrumsparlei und die konservative Moderate Sammlungspartei erstmalig zu einer Koalition zusammengefunden hatten, war dies außerhalb Schwedens, vielleicht noch mehr als im Lande selbst als eine Wende betrachtet und kommentiert worden. Die Schweden, so hieß es, hätten den Wohlfahrtsstaat mit seiner Gleichmacherei, seinen hohen Steuern und seinen sozialistischen Experimenten satt. Schweden schien nun für die Konservativen in Europa voraus zu sein. Damals wurden die beiden Nachbarländer Dänemark und Norwegen von sozialdemokratischen Regierungen geführt. Heute, da diese beiden Staaten von bürgerlichen Parteien regiert werden, haben die Schweden den früheren Ministerpräsidenten oder Staatsminister, wie er dort heißt, Olof Palme wieder mit der Leitung der schwedischen Politik beauftragt. Signalisiert der eindrucksvolle Sieg der schwedischen Sozialdemokraten bei den September-Wahlen eine Umkehr des Trends in den protestantischen bzw. überwiegend protestantischen Ländern weg vom Konservatismus? Marschiert Schweden hier wieder voraus?

Eine Antwort darauf ist schwer zu geben. Die Umstände der Wahl waren für die Partei Palmes günstig, wenngleich sie sich mit der Forderung nach der Einführung sogenannter Arbeitnehmer-Fonds eine Hypothek aufgeladen hatte. Nach Meinungsbefragungen war die Mehrheit der Wähler nicht daran interessiert. Doch im Wahlergebnis schlug sich das nicht nieder, obwohl die drei bürgerlichen Parteien diese

Frage zum Hauptthema ihres Wahlkampfes gemacht hatten.

Wie alle Industriestaaten leidet auch Schweden unter der Weltwirtschaftskrise. Das sehr exportabhängige Land spürt den Rückgang des Welthandels ganz empfindlich. Die Arbeitslosigkeit hat den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht, wenngleich Schweden mit einem Satz von 3,6% im Vergleich zu anderen Ländern gut abschneidet. Doch die Tendenz ist steigend. Als noch drückender werden Teuerung und das Anwachsen der Staatsschulden empfunden. Palme verwies im Wahlkampf darauf, daß die Staatsschulden vier Milliarden Kronen betragen hätten, als er 1976 die Regierungsverantwortung abgeben mußte. Heute habe die Staatsschuld die Höhe von achtzig Milliarden Kronen erreicht. Nicht nur in Schweden, sondern in der ganzen Welt steigen in Zeiten der Wirtschaftskrise die Schulden des Staates. In parlamentarisch regierten Ländern begünstigt dies die Opposition. In Schweden allerdings ist die bürgerliche Koalition in den beiden Amtsperioden des Reichstags beide Male zerbrochen. Beide Perioden endeten jeweils mit einer Minderheitsregierung, diesmal der Liberalen und der Zentrumsparlei unter deren Vorsitzenden Fälldin als Regierungschef. Das erste Mal verließen die Konservativen, die Moderate Sammlungspartei, die Regierung, weil sie sich mit dem Kernkraftgegner Fälldin nicht einigen konnten, im Verlauf der vergangenen drei Jahre, weil ihre beiden Partner sich mit den Sozialdemokraten über neue Steuergesetze geeinigt hatten, die nach Meinung der Moderaten, die Wirtschaft behindern oder nicht genügend entlasten. Mit der Einführung von zwei Krankenkarenztagen hatte die Regierung der oppositionellen Sozialdemokratischen Arbeiterparlei zudem eine wohlfeile Wahlparole frei Haus geliefert.

Diese Regelung wird nun nicht am 1. Januar in Kraft treten, denn Palme will sie sofort rückgängig machen. Mit diesem Wahlversprechen haben die Sozialdemokraten gewiß Stimmen gewonnen. Überhaupt werden sich viele Wähler der Vergangenheit, der stabilen Regierung und des steigenden Wohlstands erinnern haben.

Erstmals haben sich die Arbeitgeber-Verbände ganz offen in den Wahlkampf eingemischt, und zwar mit erheblichen Finanzmitteln im Kampf gegen die Forderung nach Arbeitnehmer-Fonds. Man sprach von vierzig bis einhundert Millionen Kronen. An der Spitze dabei war einer der größten Devisenbringer Schwedens, das Gesangsquartett ABBA.

Mit der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen

Forderung nach Arbeitnehmer-Fonds sollen verschiedene Ziele erreicht werden: die breitere Streuung des Eigentums an der Industrie, mehr Arbeitnehmer-Einfluß und Wirtschaftsdemokratie sowie Wachstumspolitik und Vollbeschäftigung, nicht zuletzt auch durch Risiko-Investitionen. Die Fonds sollen durch sogenannte Übergewinne der Unternehmen und durch Lohnverzicht gespeist werden. Obwohl die Vorstellungen über die Arbeitnehmer-Fonds noch keineswegs präzise oder vollständig und eindeutig sind, behaupten die Gegner, daß mit ihnen die Gesellschaft Schwedens in wenigen Jahren total verändert werde und eine nicht mehr korrigierbare Umverteilung des Eigentums durch Überführung eines großen Teils der oder aller schwedischen Firmen in gewerkschaftlich kontrollierten Staatsbesitz drohe. Das ist natürlich übertrieben. Über soviel Kapital und damit Macht können die Fonds in der angegebenen kurzen Zeitspanne – es war von zehn Jahren die Rede – gar nicht verfügen. Es müßte schon ein außergewöhnlicher, steiler und langanhaltender Konjunkturaufschwung zu verzeichnen sein. Offensichtlich unterstellen die Arbeitgeberverbände den Fonds-Verwaltungen nur Erfolge, dazu noch bei Risiko-Investitionen. Nun ist Schweden auch nach vierundvierzig Jahren sozialdemokratischer Regierungstätigkeit zu keinem sozialistischen Staat geworden, sondern ein im Kern kapitalistischer Staat geblieben, in dem allerdings die negativen Auswüchse und Erscheinungen auszuschalten versucht wurde, und dies nicht ohne Erfolg.

In der Fonds-Frage hat der künftige Ministerpräsident Palme schon erkennen lassen, daß es den Sozialdemokraten auf eine möglichst umfassende Diskussion und auf breite Zustimmung ankomme. Die Bereitschaft zum Kompromiß und der Verzicht auf laute Töne sind überhaupt kennzeichnend für die schwedische Politik. Auch die gründliche Beratung und Prüfung von neuen Vorhaben gehören dazu. Der Bereitschaft zum Kompromiß verdanken die Schweden einen einige Jahrzehnte währenden Arbeitsfrieden. Der Ausstand in vielen Bereichen im Jahr 1980 war fast unschwedisch. In Schweden wird auch nicht mit der Brechstange gearbeitet wie anderswo. Wenn zum Beispiel etwas an den drei Grundgesetzen geändert werden soll, dann kann dies nur geschehen, wenn auch der nächste zu wählende Reichstag der Änderung zustimmt. Offensichtlich wird die dreijährige Legislatur des Reichstags in allen Parteien für zu kurz gehalten. Doch eine längere Amtsperiode kann frühestens 1988 beginnen.

Vieles in Schweden und in der schwedischen Poli-

tik unterscheidet sich von den landläufigen Vorstellungen auf dem Kontinent, wie die Schweden das südlich von ihnen gelegene Europa nennen. Außenpolitik und Verteidigung sind in Schweden keine Wahlkampfthemen. Hier differieren die Auffassungen nur in Nuancen. Wohlfahrtsstaat und Vollbeschäftigung sind im Prinzip unumstritten. Zwar ist ganz unzutreffend, was einmal in einer Hamburger Wochenzeitung zu lesen war, wonach die konservative Moderate Sammlungspartei der deutschen Sozialdemokratischen Partei entspräche. Tatsächlich aber ist das politische Spektrum in Schweden viel enger, die Parteien sind viel näher beieinander als etwa in der Bundesrepublik. Extreme spielen keine Rolle. Eine Umweltpartei und eine Christlich-demokratische Partei blieben Splittergruppen. Zu den Extremen sind nicht einmal die schwedischen Kommunisten, die sich zum Eurokommunismus bekennen, zu zählen. Auch sie sind Schweden und daher anders. Zur penetrant schiefen Berichterstattung über Schweden gehören nicht nur die „sündigen und sittenlosen Schwedinnen“, sondern, wie auch bei dieser September-Wahl wieder, daß dort so etwas wie ein Linksblock aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehe. Entweder gab es sozialdemokratische Minderheitsregierungen oder Koalitionen mit den Liberalen oder/und mit der Bauernpartei, dem heutigen Zentrum. Nur einmal verfügte die SAP über die absolute Mehrheit der Mandate im Reichstag. Nie hat es eine gemeinsame Regierung mit den Kommunisten gegeben, daher auch noch keinen kommunistischen Minister in Schweden. Die Sozialdemokraten haben sich, bei einer behutsamen Politik gegenüber der Sowjetunion, die von der Rücksicht auf die besondere Lage Finnlands bestimmt ist, immer gehütet, auch nur den Anschein eines Linksblocks zu erwecken. Im Gegensatz zur KPD in der Weimarer Republik konnten es sich die schwedischen Kommunisten freilich nicht leisten, die sozialdemokratische Regierung zu bekämpfen, sondern waren meist gezwungen, für sie zu stimmen. So hat ihr Führer Werner, der sich übrigens keineswegs Moskauer Anordnungen unterwirft, nach der Wahl erklärt, daß seine Partei sich nicht zur Verhinderung einer Regierung Palme hergeben werde.

Olof Palme kann sich im neuen Reichstag auf 166 Stimmen seiner Partei stützen. Das sind 3 Mandate mehr als die drei bürgerlichen Parteien zusammen erhalten haben. Die 20 Stimmen der Kommunisten fallen also gar nicht ins Gewicht. Wie in der Vergangenheit dürfte die sozialdemokratische Regierung Stimmen aus der Centerpartei oder von den Libera-

len erhalten, wenn die Kommunisten im einen oder anderen Fall gegen die Regierung stehen.

Wie im Wahlkampf der SAP so wird auch bei der künftigen Regierungsarbeit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Vorrang haben. Das soll vor allem durch staatliche Investitionen und Aufträge im Verkehrswesen und Kraftwerksbau geschehen. Die verfügbare Zeit ist knapp, in drei Jahren wird wieder gewählt.

Schweden wartet immer wieder mit Überraschungen auf. Bei einer vom Schwedischen Fernsehen übertragenen Wahlkundgebung von Palme stand eine Dame neben dem Rednerpult und vermittelte seine Rede durch Gebärdensprache gehörlosen Zuschauern. Das geschah auch bei einem Fernsehstreitgespräch zwischen ihm und dem damaligen Ministerpräsidenten Fälldin. Allenthalben sind Installationen zu bemerken, durch die Behinderten ihre Beschwerden erleichtert werden soll. Auch dies gehört zur Solidarität der Schweden und zum „Volksheim“.

Nicht nur soziale Sicherheit, sondern Sicherheit überhaupt ist ein allgemein anerkanntes Prinzip. Auffallend ist auch ein hoher moralischer Anspruch und das Streben nach weitgehender Gerechtigkeit. In der Praxis zeigt sich dies unter anderem an der Entwicklungshilfe von 1% des schwedischen Brutto-sozialprodukts – Schweden steht damit an der Spitze in der Welt – und an den vielen exotischen Adoptivkindern schwedischer Eheleute. Die Einrichtung des sogenannten Ombudsman in verschiedenen Bereichen, so etwa für die Gleichberechtigung der Frau usw., ist inzwischen von vielen Ländern übernommen worden, in der Bundesrepublik im Amte des Wehrbeauftragten. Ganz empfindlich reagiert Schweden, unabhängig von politischer Opportunität, auf Verletzung der Menschenrechte. Die Auslieferung von geflüchteten Balten und deutschen Kriegsgefangenen am Ende des Zweiten Weltkriegs an die Sowjetunion beschwert noch heute das Gewissen vieler Schweden.

Das Streben nach größtmöglicher Geborgenheit der Menschen durch die Fürsorge des Staates wird im Ausland eigentlich viel mehr kritisiert als in Schweden selbst. Natürlich stößt der soziale Ausgleich durch hohe Abgaben auf Ablehnung bei den Besserverdienenden. Auch dort heißt es, die hohen Steuern und Abgaben zerstörten den Leistungswillen und behinderten damit den Fortschritt. Bisher ist aber der immer wieder angekündigte Niedergang und Zusammenbruch nicht eingetreten.

Auch die Schweden wissen, daß jede Sache mehrere Seiten hat. Als vor 25 Jahren die neuen supermo-

dernen Vorstädte von Stockholm noch in ganz Europa als Vorbilder des modernen Wohnungsbaus galten und die Wohnungsbauer dorthin pilgerten, wußten die Schweden schon von der sehr verringerten Funktion dieser Satellitenstädte als reine Schlafstädte. 1953 konnten fremde Besucher in Schweden Klagen über große Wohnungsnot hören. Dem Besucher aus dem kriegszerstörten Deutschland kam das wie ein schlechter Scherz vor, angesichts der unzerstörten Städte und der regen Bautätigkeit. Inzwischen haben wir in der Bundesrepublik die gleiche Erfahrung gemacht: Die heranwachsenden Söhne und Töchter verlassen in viel jüngeren Jahren, als dies früher der Fall war, das Elternhaus. Die Eltern setzen sich nicht etwa kleiner, sondern bleiben in den größeren Wohnungen. Der wachsende Wohlstand hat zudem die Ansprüche an Wohnkomfort wachsen lassen.

Natürlich hat man auch in Schweden erfahren, daß auch noch so gründliche und sorgfältige Studien, Überlegungen und Planungen der künftigen Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten Fehlurteile und deshalb Fehlgriffe nicht ausschließen. Nicht alles ist voraussehbar.

Es lassen sich beliebig viele Beispiele, positive und negative, anführen, die die Behauptung stützen, daß Schweden anders ist, daß Schweden voraus ist. Als im übrigen Europa der Achtstunden-Tag noch meist nur auf dem Papier stand, machte man sich in Schweden bereits Gedanken darüber, welche Probleme die künftig zu erwartende sehr viel größere Freizeit mit sich bringen oder auslösen würde und wie ihnen zu begegnen sei.

Zuerst in Schweden wurden Versuche – und zwar erfolgreich – unternommen, um der Selbstentfremdung der Arbeiter am laufenden Band entgegenzuwirken, die durch die aufs äußerste getriebene Arbeitsteilung und Zerlegung des Arbeitsvorgangs in immer die gleichen eintönig-stupiden Handgriffe. Die Produktivität ist gestiegen, als bei „Volvo“ die Gruppenarbeit eingeführt wurde und nun jede Gruppe das „Stück“ sieht, das sie geschaffen hat. Es leuchtet ein, daß auf diese Weise eine engere Beziehung der Arbeiter zu ihrer Tätigkeit entsteht als durch seelenloses und deshalb beziehungsloses Malochen.

Der zeitliche Vorsprung von Schweden hat sich inzwischen erheblich verringert, weil das übrige Europa ja mit den Jahren die Folgen des Zweiten Weltkriegs, die Zerstörungen der Städte und Fabriken überwinden konnte. Ein Vorsprung besteht aber immer noch.



## Europäische Gemeinschaft: Ministerrat vor Gericht

**Wegen seiner Untätigkeit gegenüber der separat betriebenen Verkehrspolitik der Mitgliedstaaten ist der Ministerrat vom Europäischen Parlament verklagt worden**

In Straßburg erinnerte sich das Europäische Parlament dieser Tage seiner Wurzeln: Am 10. September 1952 konstituierte sich die erste parlamentarische Versammlung der Europäischen Gemeinschaft, die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Zu ihren 78 Mitgliedern aus den sechs EG-Gründerstaaten – unter ihnen 18 Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland – gehörten bekannte Politiker wie Heinrich von Brentano, Eugen Gerstenmaier, Erich Ollenhauer, Victor-Emanuel Preusker, Franz Josef Strauß, Herbert Wehner, Michel Debré, Guy Mollet, Alain Poher und Paul-Henri Spaak. Unter den 18 von Frankreich entsandten Abgeordneten befanden sich drei Vertreter saarländischer Parteien. Damals schon dabei waren zwei Mitglieder des heutigen Europäischen Parlaments, der französische Sozialist und EP-Vizepräsident Gérard Jaquet sowie der italienische Sozialist und EP-Quästor Mario Zagari, europäische Abgeordnete der ersten Stunde.

Europäische Plenartagungswoche 30 Jahre danach: EP-Präsident Pieter Dankert zieht Bilanz: „Die Gemeinschaft ist eine Realität, ob wir dies wollen oder nicht. Es kostet einige Mühe, dies in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gebührend deutlich zu machen. Nach dreißig Jahren können wir jedoch feststellen, daß die Nationalstaaten nicht mehr fähig sind, ihre gesellschaftlichen Probleme im Alleingang zu lösen. Unsere Vorgänger sahen die Rechtfertigung ihrer politischen Tätigkeit in der Aufgabe, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß innerhalb Europas keine Konflikte mehr entflammen konnten. Damit haben sie die Grundlage für unsere eigene Aufgabe gelegt, die darin besteht, den Standort zu finden, den Europa in der Welt und gegenüber seinen eigenen Bürgern einnehmen sollte. Oftmals habe ich

das Gefühl, daß wir dies nur bewerkstelligen können, wenn wir uns der Bevormundung durch die Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft widersetzen. Dies macht uns nach dreißig Jahren zu dem, was unser Name zum Ausdruck bringt, zum Europäischen Parlament.“

Sich der Bevormundung durch die EG-Minister widersetzen – das will das Europäische Parlament von heute. Gestärkt durch die Direktwahl, aber für die meisten seiner Abgeordneten immer noch mit einem chronischen Nachholbedarf an Befugnissen behaftet, woran letztlich auch die Direktwahl nichts änderte, kämpft es mit den Mitteln, die ihm die europäischen Verträge bieten: Sein letztes Wort bei der Verabschiedung des EG-Haushalts setzt es hartnäckig dafür ein, um dem Rat der EG seine Konzeption einer stärker sozialpolitisch und regionalpolitisch ausgerichteten Europäischen Gemeinschaft abzutrotzen. Weg von der Gemeinschaft der Agrarlastigkeit, der Quanten und der Quoten, zu einer Gemeinschaft, die sich der Anliegen aller Bürger annimmt, und in der die wirtschaftlich schwachen Regionen, statt noch weiter zu verarmen, auf strukturellen Ausgleich hoffen können. Eine Gemeinschaft, die ihre vor 25 bis 30 Jahren entstandene institutionelle Struktur kritisch durchleuchtet und Ansätze für ihre Fortentwicklung erarbeitet.

Die Suche nach machbarer, vernünftiger Reform und Fortentwicklung der Gemeinschaft bestimmt heute die Arbeiten des Europäischen Parlaments. Aber auch das Drängen auf die Einhaltung einmal eingegangener Verpflichtungen, auch wenn diese ein Vierteljahrhundert alt sind. So hat die Forderung nach einer europäischen Verkehrspolitik nichts an Aktualität eingebüßt – im Gegenteil. Sie wurde schon vor 25 Jahren zwingend im EWG-Vertrag vorgeschrieben, aber nie verwirklicht. Was damals vorausschauend geplant wurde, ist heute mehr denn je bittere Notwendigkeit. Die separat betriebene Verkehrspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten behindert den Austausch zwischen diesen Staaten und macht die Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse unmöglich. Sie behindert das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes und gefährdet sogar die Zollunion, diagnostizierte in Straßburg der Vorsitzende des EP-Verkehrsausschusses, Horst Seefeld (SPD). Seit 1957 hat das Europäische Parlament gemahnt, gewarnt und gefordert. Nun will es das schwerste Geschütz auffahren, das ihm der EWG-Vertrag an die Hand gibt. Zum erstenmal in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft will es vor Gericht gehen und ein anderes Organ der Europäischen Ge-

meinschaft, den Ministerrat, wegen Untätigkeit verklagen. Das EP beauftragte am 16. September 1982 seinen Präsidenten, diese Klage beim Gerichtshof der EG einzureichen. Der Rat kann sich der Klage nur dann entziehen, wenn er dem EP binnen zweier Monate befriedigende Zusagen machen kann.

Was das Parlament fordert, hört sich so unerfüllbar nicht an, wurde aber bisher vom Rat blockiert, so u. a.:

▷ die Harmonisierung der spezifischen Sozialvorschriften für alle Verkehrsarten,

- ▷ die Harmonisierung der Verkehrssteuern (Kfz- und Treibstoffsteuern),
- ▷ die Harmonisierung der technischen Vorschriften für Verkehrsunternehmen, vor allem der Bestimmungen über die höchstzulässigen Maße und Gewichte der Fahrzeuge.

Offen bleibt, ob das Parlament mit dieser Klage sein Ziel erreichen wird. Das Parlament kann dem Rat mit seiner Klage das Thema „Verkehrspolitik“ zwar aufzwingen, aber ob mehr daraus wird, muß sich im Rat erweisen. *Efß Schöner (Bonn)*

## Belgien: Wohlbekannte Doppelzüngigkeit

**Ausgerechnet wenige Wochen vor den Kommunalwahlen hobte die in Brüssel ansässige EG-Kommission die Rivalität zwischen den belgischen Volkgruppen aufs neue an: durch eine vernichtende Stellungnahme zur Ungleichgewichtigkeit der Regionalförderung.**

Seit Juli schmorte die Kommissionsentscheidung in den Schubladen der Brüsseler Eurokraten, und es gibt keine sinnvolle Erklärung – es sei denn die von den europäischen Behörden mehr als anderswo gepflegte Sommerpause –, daß das brisante Papier erst im September veröffentlicht wurde, zum Auftakt des ohnehin von Emotionen getragenen Kommunalwahlkampfes.

Nüchternes Fazit der EG-Kommission: Flandern hat in den letzten zehn Jahren viel zu viel regionale Fördermittel erhalten, Wallonien zu wenig. Nach den von der Europa-Behörde angewendeten Kriterien müßte die Hälfte des flämischen Landesteils völlig aus der Förderung herausgenommen werden. Das Tauziehen um die Ausgewogenheit und die Berechtigung der belgischen Regionalförderung dauert inzwischen rund zwölf Jahre. Per Gesetz vom 30. Dezember 1970 legte die belgische Regierung Entwicklungszonen fest. Knapp zwei Jahre später verwarf die EG-Kommission diese Bestimmungen als nicht konform mit den europäischen Richtlinien, zumal fast das gesamte Königreich als Fördergebiet ausgewiesen war. Die Regierung in Brüssel wurde aufgefordert, umgehend ihre Gesetzgebung zu revidieren und zur erneuten Prüfung der europäischen Behörde vorzulegen.

Erst 1979 bequeme sich die belgische Exekutive zur Wiedervorlage ihres Förderprogramms. Wesentliche Änderungen waren nicht darin enthalten. Nach neuerlicher, dreijähriger Prüfung erging das Urteil der Kommission, das vor allem auf wallonischer Seite zu einem Proteststurm führte, nicht etwa wegen der Entscheidung, sondern wegen der darin enthaltenen Feststellung über bisher praktizierte Ungerechtigkeit. Henri Mordant, Präsident der wallonischen Sammlungsbewegung, geiferte: „Zehn Jahre lang hat das Geld der wallonischen Steuerzahler größtenteils dazu gedient, den flämischen Teil des Landes zum Nachteil Walloniens zu entwickeln.“ Antoinette Spaak, Vorsitzende der frankophonen F.D.F., kritisierte, daß die EG-Kommission erst nach zwölf Jahren den Mut aufbringe, sich mit der belgischen Regierung anzulegen, und sie sprach von einer „offiziellen Bestätigung der schlechten Behandlung des wallonischen Landesteils im Rahmen des belgischen Staates“. Etwas abgewogener war die Stellungnahme von Jean-Maurice Dshousse, dem Wirtschaftsminister der wallonischen Regionalregierung. Er bewertet die Stellungnahme der EG-Kommission positiv, verlangt allerdings Modifizierungen: „Endlich hat die Tatsache der Unterentwicklung zahlreicher wallonischer Gebiete Anerkennung gefunden. Unseren eigenen Vorschlägen wurde weitgehend entsprochen, aber Nivelles und Süd-Luxemburg wurden falsch eingestuft.“

Während man in Wallonien auf gerechtere Behandlung hofft, ist die belgische Zentralregierung offensichtlich nicht gewillt, sich in die europäische Entscheidung zu fügen. Wirtschaftsminister Mark Eyskens kündigte „Gegenmaßnahmen“ an: „Wir könnten zwar die Gesetzgebung über die Regionalförderung ändern“, meinte er, „gleichzeitig aber den

Unternehmen durch steuerliche Erleichterungen zur Hilfe kommen und den Begriff „kleine und mittlere Unternehmen“ ausweiten.“ Doch damit goß der frühere Premierminister nur Öl ins Feuer.

Madame Spaak erklärte, Hilfen für flämische Unternehmen würden Industrie und Gewerbetreibende in Brüssel benachteiligen. Henri Mordant sprach vom „militant-flämischen Zynismus“ eines Ministers, der ein ungerechtes Fördersystem durch die Hintertür wiederaufleben lassen möchte. Jean-Maurice Dehousse schließlich erinnerte an die „wohlbekannte Doppelzüngigkeit“ von Minister Eyskens. Wenn es sich um den Index, den Haushalt oder die Stahlindustrie handele, dann sei für ihn die Europäische Gemeinschaft richtungweisend, sobald aber flämische Interessen berührt würden, schätze er die EG-Entscheidung gering. Nichtsdestoweniger erklärte sich Dehousse bereit, über die Vorschläge des Ministers zu diskutieren, vorausgesetzt, sie zielten nicht darauf ab, der Region Flandern wieder ungerechtfertigte Hilfen zuzuschustern.

In Flandern werden derweil Verteidigungspositionen bezogen. Auf jeden Fall müßten die angelaufe-

nen Programme fortgesetzt und beendet werden, meinte die Zeitung „Het Volk“. Im übrigen gibt es für die Flamen nicht nur Grund zur Klage. Die EG-Vorschläge sehen für die noch berücksichtigten flämischen Gebiete eine Erhöhung der Fördermittel auf bis zu 20 Prozent vor, mehr als im laufenden Regierungsprogramm. Eher skeptisch steht man bei der flämischen Exekutive den Byskensschen „Korrekturvorschlägen“ gegenüber. Das Gießkannenprinzip der Steuererleichterungen würde der Regionalregierung politische Macht aus den Händen nehmen, sie der Möglichkeit berauben, staatliche Fördermittel gezielt und nach eigenem Gutdünken einzusetzen.

Die Brüsseler Regierung sitzt also wieder einmal zwischen sämtlichen Stühlen. Parlamentarische Diskussion und Entscheidung über die künftige Regionalförderung sind im Trubel des Wahlkampfes und der danach folgenden Mehrheitsfindungen zunächst einmal vertagt. Aber eines steht fest: noch einmal wird die EG der belgischen Regierung nicht sieben Jahre Zeit zum Nachdenken einräumen.

*Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)*

## Dänemark: Manchmal in die verkehrte Richtung

Was die neue bürgerliche Regierung an Alternativen zu bieten hat ist eher kümmerlich. Ein Kurswechsel zelohnt sich nur in der Sozialpolitik ab – dort aber gründlich.

Dänemark hat eine neue Regierung. Am 2. September trat Staatsminister Anker Jørgensen zurück, um die Gespräche zwischen liberalen und bürgerlichen Parteien im Folketing zu erleichtern – Parteien, die schon die ganze Zeit über mit 91 von 179 Mandaten eine parlamentarische Mehrheit innehaben.

Grund für den Rücktritt war, daß der Finanzgesetzentwurf der sozialdemokratischen Minderheitsregierung keine Aussicht hatte, eine Mehrheit zu erlangen – trotz der darin enthaltenen umfangreichen Kürzungsvorschläge, die, wie z. B. im Sozialbereich, auch einige „heilige Kühe“ der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einschlossen.

Ihren entscheidenden Punkt erreichte die politische Entwicklung mit den Gesprächen über den im

August veröffentlichten Gesetzentwurf. Von Anfang an erschien es so gut wie ausgeschlossen, daß die Volksozialisten, einer der inoffiziellen Partner der Regierung, den vorgeschlagenen Kürzungen ihren Segen geben würden. So waren die Sozialdemokraten auf die Rechtsparteien angewiesen, die – einschließlich der Radikalliberalen, dem zweiten ehemaligen Partner – noch einschneidendere Kürzungen und eine Einkommenspolitik verlangen, und zwar letzteres noch vor Abschluß der laufenden Tarifverhandlungsrunde.

Einer der Hauptgründe für die verwickelte Situation, in der sich die Regierung befand, war die verschärfte internationale Krise, welche die Sozialdemokraten der Früchte ihrer relativ erfolgreichen Wirtschaftspolitik beraubte. Verglichen mit den Nachbarländern, hat sich zwar die Wettbewerbsfähigkeit Dänemarks verbessert, dies jedoch um den Preis eines gigantischen Haushaltsdefizits, das auch durch die geplanten Steueränderungen nicht hätte ausgeglichen werden können; und die von der Rechtsopposition vorgeschlagenen Alternativen waren zu hart.

Zum größten Teil sind die Schulden auf den Anstieg der Arbeitslosengeldzahlungen und anderer

Sozialausgaben infolge der erhöhten Arbeitslosigkeit sowie auf den Rückgang der privaten Investitionen zurückzuführen. Die vom Staat in Dänemark selbst aufgenommenen Kredite stammten von nicht steuerpflichtigen Institutionen, die nun nicht mehr mitspielen mochten und darin überdies von der Opposition unterstützt wurden.

So war die parlamentarische Ausgangslage. Die andere Seite der Medaille war der Standpunkt, den die Sozialdemokratie als Partei zu beziehen hatte. Am 4./5. September wurde der Jahresparteitag abgehalten. Unter zahlreichen Mitgliedern hatte sich eine enorme Frustration breitgemacht, und eine stürmische Diskussion stand zu erwarten über die Frage, ob man eine liberale Politik nicht lieber gleich den Liberalen überlassen sollte oder ob die sozialdemokratische Regierung nicht ein Bollwerk gegen die katastrophalen Ideen namentlich der Konservativen sein müsse.

Nun hat der Jahresparteitag diese Diskussion, weil sie nur noch von akademischem Interesse ist, völlig übergangen und sich zu der Überzeugung durchgerungen, daß die Rückkehr in die Opposition für einen gewissen Zeitraum ein in der Tat notwendiger Schritt war. Anker Jørgensen traf die Stimmungslage, als er auf die bis jetzt verbreitete Enttäuschung zu sprechen kam: „Ich habe Verständnis, wenn einige von euch das Gefühl haben, daß der Fortschritt zu langsam kommt. Ich kann nur sagen: Jawohl, manchmal und auf manchen Gebieten geht es sogar in die verkehrte Richtung. Die Sozialdemokraten entscheiden eben nicht allein. Und besonders nicht in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation.“

Eine Woche später hatte Dänemark eine neue Regierung, die aus vier Parteien gebildet wurde: den Konservativen (26 Mandate), der liberalen „Venstre“ (21), den Zentrumsdemokraten (15) und den Christlichen (4). Unterstützt wurde die Bildung der neuen Regierung von der „Fortschritt“-Partei (16) und der Radikalliberalen Partei (9). Es muß wohl nicht eigens hervorgehoben werden, daß es bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen für diese sechs Parteien schwierig werden dürfte, sich auf eine einheitliche politische Linie zu verständigen. Es bedarf vielen guten Willens auf allen Seiten, um irgendetwas aufzubieten, was zur Lösung der Krise beitragen kann. Die Bildung der Regierung ging relativ geräuschlos vor

sich, auch deshalb, weil die Grundzüge der neuen Politik weitgehend ausgeklammert wurden. Einige Punkte konnten die Sozialdemokraten jedoch schon in der Anfangsphase gutmachen, weil es zwischen Konservativen und Liberalen ein internes Gerangel darüber gab, wer von beiden künftig die Führungsrolle übernehmen sollte. Am Ende erbeuteten die Konservativen den Posten des Staatsministers (Poul Schlüter) – zum ersten Male seit der Parlamentarisierung Dänemarks im Jahre 1901 –, während den Liberalen zwei wichtige Wirtschaftsministerien und das Außenministerium zufiel.

Wie gesagt, gibt es keine klaren Hinweise darauf, wie nun der Kurs der neuen Regierung genau aussehen wird, einiges zeichnet sich jedoch bereits jetzt ab: Ihr Hauptinteresse richtet sich auf die Wirtschaft, da andere politische Bereiche (Erziehungswesen, Fernsehreklame usw.) aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse im Folketing relativ unberührt bleiben. Zu erwarten ist eine Einkommenspolitik auf möglicherweise sofortiger gesetzlicher Grundlage, die Aufhebung der Lohnindexierung, die Bestandteil der Tarifverträge ist, und die Einführung einer Obergrenze für Lohnzuwächse. Überdies sind weitere Kürzungen zu erwarten; alle die neue Regierung unterstützen den Parteien haben mehr als die von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen 10 Mrd. Dkr. verlangt. Wahrscheinlich können sie sich darauf verständigen, in diversen Sozialbudgets weitere Einsparungen vorzunehmen. Auf der anderen Seite ist es eher fraglich, ob es möglich sein wird, irgendeine von jenen kostspieligen Reformen durchzuführen, die die damalige Opposition einst selber gefordert hatte, so etwa der Vorschlag, 20 Mrd. Dkr. in den Agrarsektor zu pumpen.

Außenpolitisch wird sich nichts verändern, insbesondere deshalb nicht, weil Dänemark gegenwärtig den Vorsitz in der EG führt – wenn auch der neue Außenminister Uffe Ellemann-Jensen in seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament anderes verlauten ließ. Unverändert wird auch die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bleiben. Im wesentlichen verfolgt die neue Regierung dabei dieselbe Linie wie ihre Vorgängerin, mag auch der ideologische Überbau ein anderer sein. Diskussionen dürfte es zwar um den dänischen Verteidigungshaushalt geben, doch die Generallinie bleibt unverändert.

*Bent Christensen (Kopenhagen)*

## Frankreich: Kommunisten als Regierungs- partei

Die Regierungsbeteiligung hat den französischen Kommunisten bislang so gut wie nichts eingebracht. Doch ein Ausscheiden aus dem Kabinett wäre für sie auch keine Alternative.

Fragt man einen sozialistischen Minister, was er von seinen vier in der Regierung vertretenen kommunistischen Kollegen hält, so lautet die Antwort regelmäßig: „Tüchtige Leute“. Und in der Tat hat es den Anschein, als habe sich der Verkehrsminister Charles Fitermann, Mitglied des Politbüros der KPF, sehr gut in sein Amt eingearbeitet, und das gleiche scheint für seine Parteifreunde Marcel Rigout, Ansel le Pors und Jacques Ralite zuzutreffen, die für die Berufsausbildung, für die Beamten bzw. für das Gesundheitswesen zuständig sind.

So weit, so gut. Die vier kommunistischen Minister halten sich auch streng an die Disziplin, die vorschreibt, daß sie gegenüber der Öffentlichkeit die „Linie“ der Regierung vertreten, so wie sie vom Staatschef und vom Premierminister definiert wird. Es kommt zwar häufig vor, daß einer der kommunistischen Minister in dieser oder jener Frage Vorbehalte macht. Aber das ist normal, und das gilt auch für Minister der Sozialistischen Partei. Staatschef François Mitterrand: „Ich kann mich über diese Leute nicht beklagen.“

Natürlich wäre es nun allzu einfach, die Dinge nur von diesem formalen Gesichtspunkt aus zu beurteilen. Die Kommunistische Partei hat sich nicht einfach deshalb grundsätzlich verändert, weil sie, zum ersten Male in ihrer Geschichte, an der Regierungsverantwortung teilnimmt. Als sie diesen Beschluß faßte, befand sie sich in einer Zwangssituation: Aus den Wahlen im Jahre 1981 war sie äußerst geschwächt hervorgegangen, und nicht einmal ihre Mitglieder und Wähler hätten es begriffen, wenn sie eine Teilnahme an einer Linksregierung abgelehnt hätte.

Die KPF, die insgesamt weiterhin – und trotz ihrer Regierungsteilnahme – die außenpolitischen Konzeptionen der Sowjetunion gutheißt, die Politik in Afghanistan und in Polen miteinbegriffen, faßt die Regierungsteilnahme als „einen Teil ihrer Gesamtstrategie“ auf, wie sie selbst verkündet. Diese Strategie gebietet ihr, den Realitäten Rechnung zu tragen. Und auf diesem Gebiet ist es für sie gegenwärtig nicht eben gut bestellt: Ihr Einfluß auf die Wähler ist auf etwa 15 Prozent – vielleicht sogar weniger – re-

duziert worden; die von ihr geleitete Gewerkschaft CGT hat bei den Betriebsrätewahlen empfindliche Verluste erlitten; der früher gewaltige Einfluß der KPF innerhalb der „Intelligenzia“ ist fast auf den Nullpunkt gesunken, und auch in den Gemeindeverwaltungen haben sich die Positionen der Kommunisten zugunsten der Sozialisten verringert.

Eine um so ernstere Situation für die KPF, als ihre Massenbasis auf drei „Haupthebeln“ beruhte: dominierender Gewerkschaftseinfluß, Verfügungsrechte in den Stadtverwaltungen und „Positionen“ unter den Intellektuellen. Um das verlorengegangene Gelände wiederzuerobern, wendet die KPF eine „Strategie und Taktik“ an, die wegen der geforderten Regierungssolidarität nicht eben einfach zu bewerkstelligen ist. Beispiel: Die „Opfer“, die von der Regierung wegen der Wirtschaftsrezession gefordert werden, finden zwar innerhalb der Regierung die Zustimmung der kommunistischen Minister, werden aber von der KPF als Partei sowie von der CGT mehr oder minder heftig kritisiert. Auf diese Weise soll die KPF in der Öffentlichkeit weiterhin als „die“ Partei der Arbeiterklasse dargestellt werden. Auf die Dauer, so meint die KPF, könnte die Taktik Früchte tragen – und die Partei eventuell auf jenen Moment vorbereiten, wo sie sich entschließen könnte, sich von dem sozialistischen Koalitionspartner zu verabschieden.

Zweiter Aspekt derselben „Strategie“: Zwar wird die Wirtschaftspolitik der Regierung „insgesamt“ gutgeheißen, aber die „Vorbehalte“ sind nicht von Pappe: So meint die KPF – Nalvität oder nicht –, die gesamte Wirtschaftsmisere sei einzig und allein auf die „Verschwendungssucht“ der Kapitalisten zurückzuführen, was natürlich in dieser simplen Form kaum vertreten werden kann. Drittens macht sich die KPF zur Vorkämpferin einer „nationalen“ Komponente: „französisch produzieren, französisch kaufen...“ Die „Wiedereroberung des nationalen Marktes“, die auch eines der Regierungsziele ist, wird jedoch von der KPF faktisch als Protektionismus verstanden und mit einem fast nationalistischen Akzent versehen.

In allen diesen Fällen geht es darum, das „Eigenes“ der Partei zu wahren. So beispielsweise, wenn KPF-Generalsekretär Georges Marchais gegen den „Opportunismus gewisser Sozialisten“ Stellung nimmt, ohne sie beim Namen zu nennen, so, wenn die KPF sich als die „treibende Kraft“ innerhalb der Regierungskoalition versteht, was besagen soll, daß man andere „ziehen“ muß.

Bleibt die Tatsache, daß die KPF bei allen Teilwahlen, die seit der Regierungsteilnahme stattfanden,

den, sehr empfindliche Verluste erlitten hat, und dies nur zum Teil zugunsten der Sozialisten. Sollte sich dieser „Trend“ bestätigen, wofür vieles spricht, so könnte die KPF in eine sehr mißliche Lage geraten und sie eventuell, wie ein Vertreter der Partei durchblicken ließ, vor „schwerwiegende Entscheidungen“ stellen.

Aber so weit ist es noch lange nicht, wie es scheint. Für den Augenblick ist die Partei bestrebt, „Positionen“ innerhalb der Verwaltungen und innerhalb der verstaatlichten Betriebe zu erobern. Aber auch auf diesem Gebiet sind die Grenzen relativ eng gezogen, da Staatschef Mitterrand, auf diesem Gebiet sehr wachsam, Entscheidungen trifft, die von der KPF kaum angefochten werden können.

Auf außenpolitischem Gebiet ist die Lage für die KPF nicht weniger prekär. Ihre Minister unterstützen scheinbar ohne Vorbehalte die „Linie“ der Regierung, aber die Partei als solche bemüht sich, ihren „spezifischen“ Kurs zu bewahren. Nicht ohne

Schwierigkeiten, beispielsweise was Polen anbetrifft, weil die auch vorsichtig vorgetragene Verteidigung des Militärregimes in Warschau in der Öffentlichkeit nicht den geringsten Widerhall findet.

Alles in allem also scheint das Regierungsexperiment der KPF bisher kaum wesentliche Vorteile eingetragen zu haben. Aber was kann die Partei von Georges Marchais gegenwärtig tun? Ein Ausscheiden aus der Regierung würde von ihren Wählern nicht verstanden werden. Die Regierungsteilnahme in einer Situation, die glänzende Erfolge, auf welchen Gebieten auch immer, kaum zuläßt, ist auch nicht das Ideal.

Bleibt ein Trost für die KPF: die französische Bevölkerung hat sich an die Existenz kommunistischer Minister gewöhnt. Selbst für die Konservativen ist das heute kaum noch ein Propagandathema. Und das war durchaus nicht abzusehen gewesen.

*Gustave Stern (Paris)*

## **Griechenland: Neue Strategie zur wirtschaftlichen Entwicklung**

**Kurz vor seiner Ernennung brachte der neue Wirtschaftsminister Arsenis ein neues strategisches Konzept zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands in die Diskussion. Es konzentriert sich in erster Linie auf den Kreislauf Investitionen – Industrie – Wachstum.**

Zunächst gestand er einige traurige Wahrheiten ein: Die Inflationsrate ist 1981 auf 24,5% (1978: 12,5%) emporgeschnellt; das Bruttosozialprodukt fiel im selben Jahr um 1,1% und das Haushaltsdefizit stieg von 955 Mio. \$ (1979) auf 2.408 Mio. \$ (1981) mit der Folge eines Verlusts an Währungsreserven. Gleichzeitig jedoch sagte Arsenis, daß der Abwärtstrend der griechischen Wirtschaft 1982 gestoppt worden sei, so daß Inflationsrate wie Auslandsverschuldung im Abnehmen begriffen seien. Das Bruttosozialprodukt weise Wachstumsanzeichen auf, obgleich die internationale Rezession auch die griechische Wirtschaft negativ beeinflusse.

Zu Recht hob Arsenis die niedrige Produktivität als das Hauptproblem der griechischen Wirtschaft hervor – ein Punkt, in dem Ökonomen und Politiker aller Parteien übereinstimmen. Das Produktivitätsni-

veau in Griechenland ist noch nicht einmal halb so hoch wie im EG-Durchschnitt, und diese Kluft hat sich in den letzten Jahren noch vergrößert. Die Folge: Auf den traditionellen Märkten verlieren die griechischen Exporte an Boden, während Importe auf dem Inlandsmarkt an Boden gewinnen und an die Stelle heimischer Produkte treten.

Die niedrige Produktivität resultiert aus den in ihrem Verhältnis zum BSP niedrigen Investitionen, aus Fehlinvestitionen in Sektoren, die international nicht mehr wettbewerbsfähig sind, und aus generell schlechten Produktionsbedingungen aufgrund von Organisations- und Managementfehlern, finanziellen Fehlschlägen und fehlenden Leistungsanreizen in vielen griechischen Unternehmen. Zwei mögliche Lösungswege zeichnen sich ab:

▷ eine Reduzierung der konsumtiven Ausgaben auf eine dem gegebenen Produktionsniveau entsprechende Stufe, damit verbunden die Verringerung der Einfuhren und verfügbaren Ressourcen für Investitionen, wobei diese reduzierten konsumtiven Ausgaben das Resultat einer Abnahme der realen Einkommen infolge eines Sparprogramms wären, oder  
▷ die direkte Steigerung der Produktivität durch neue Investitionen.

Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen hat sich die Regierung für letzteren Weg entschieden,

wohl wissend, daß diese Lösung mittel- und langfristig großen Anstrengungen sowie der Zustimmung und Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung bedarf.

Für das vorgeschlagene Investitionsprogramm sind bedeutende finanzielle Mittel erforderlich, die durch verschiedene Einzelmaßnahmen mobilisiert werden sollen. Große Finanzdefizite sind ein Charakteristikum des öffentlichen wie des privaten Sektors in Griechenland. Falls diese Defizite verringert werden, können die jetzt noch zur Finanzierung dieser Defizite aufgewandten Ressourcen für Investitionen eingesetzt werden. Für 1982 hat sich die Regierung die Reduzierung des öffentlichen Defizits um ein Prozent des BSP zum Ziel gesetzt. Ein Teil dieses Defizits ist durch defizitäre Staatsunternehmen verursacht, die ihre Produkte und Dienstleistungen zu nicht kostendeckenden Preisen anbieten. Es handelt sich dabei um eine bewußt betriebene Umverteilungspolitik zugunsten der schwächeren Einkommen. Der Hauptgrund jedoch ist auch hier die niedrige Produktivität dieser Unternehmen. Sie müssen von Einrichtungen für unterbeschäftigtes Personal in Firmen von hohem technologischem und organisatorischem Niveau umgewandelt werden.

Unvermeidlich ist die Schließung einiger Unternehmen auf dem privaten Sektor, denn Staat und Volkswirtschaft können nicht auf ewig deren Betriebskosten übernehmen. Anderen defizitären Unternehmen, die langfristige Überlebenschancen haben, falls sie strukturelle Umstellungen vornehmen, soll durch Aufstockung ihres Aktienkapitals, Entschuldung etc. geholfen werden. Richtschnur des Investitionsprogramms sind:

1. die Förderung der dynamischen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftssektoren durch Sondermaßnahmen,

2. die Förderung von Exporten in die EG, in den Mittleren Osten, nach Afrika und nach Ost-Europa.

Im „High-Technology“-Sektor wird dem Staat eine wichtige Rolle zukommen, und das Gleiche gilt für die Rüstungs- und Pharmaindustrie. In allen anderen Branchen wird der private Sektor völlig unbeschränkt Initiativen entwickeln können. Das neue Rahmenprogramm sieht daneben die Einrichtung von Kontrollräten für die größten Unternehmen in den Schlüsselsektoren vor, deren Aufgabe es sein wird, die Unternehmensentscheidungen mit dem Wirtschafts- und Sozialprogramm der Regierung in Einklang zu bringen.

Ausländische Investitionen sind willkommen, unter der Voraussetzung, daß sie dem nationalen Interesse entsprechen, d. h. wenn sie in Technologietransfer bestehen, wenn ihre finanzielle Abwicklung transparent ist und wenn sie die griechische Entwicklung fördern. Schließlich, so warnte Arsenis, seien kurzfristige Einkommensverbesserungen nicht machbar, wolle man nicht die Inflation weiter anheizen und das Investitionsprogramm gefährden. Mäßigung sei geboten, wenn das Programm Erfolg haben solle, um Einkommenssteigerungen langfristig zu sichern.

Die Opposition kritisierte, daß das Programm vage und akademisch sei und keine konkreten Maßnahmen enthalte, die seine Realisierung möglich machten. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich lediglich um ein Rahmenprogramm handelt und als solches notwendigerweise allgemein gehalten ist, während die konkreten Wirtschaftsmaßnahmen in nächster Zeit verkündet werden.

Premierminister Papandreu weiß um die Bedeutung der Wirtschaft um so mehr, als er selbst ein anerkannter Wirtschaftswissenschaftler ist. Er appelliert an das ganze griechische Volk, ihn und seine Regierung bei der Realisierung der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Wird das griechische Volk ihm, so wie es ihm bis jetzt gefolgt ist, auch weiterhin folgen?

*Artemis Kyrilazis (Athen)*

## **Großbritannien: Die Gewerkschaften haben Oberwasser bekommen**

Seit dem Generalstreik von 1926 hat die britische Gewerkschaftsbewegung nicht mehr so ein ungegrübeltes Bild der Geschlossenheit geboten wie jetzt.

An nichts kann dem Generalrat des Gewerkschaftsdachverbandes TUC mehr gelegen sein, als daß der Jahreskongreß im letzten Monat als einer in die Geschichte eingeht, auf dem die Bewegung zu ihrem alten Kampfegeist und ihrer alten Orientierung zurückgefunden hat – und das gewiß nicht zu früh. Katalysator der neu begründeten Brüderlichkeit waren die Arbeitnehmer im Gesundheitswesen, deren Auseinandersetzung mit der Regierung um die

Löhne und Gehälter – bei einer Forderung von 12 Prozent und einem Angebot von nur rund 7 Prozent – nach wie vor andauert.

Dabei stand schon die Eröffnung der Jahresversammlung der Gewerkschaften unter einem ungunstigen Stern, denn über einen Antrag zur Umorganisation des Generalrates zeigte man sich offen gespalten. Denn letztere würde im Endeffekt den Gewerkschaften der größer werdenden Gruppe der Weiße-Kragen-Arbeiter zu Lasten der traditionellen Industriegewerkschaften eine stärkere Vertretung einräumen und damit den Einfluß der Gewerkschaftslinken verringern. Die Debatte verwandelte sich daher in einen nur mühsam verschleierte plumpen Machtkampf, in dessen Verlauf die Linke nahe daran war zu unterliegen.

Ein weiterer Zwist entbrannte über Fragen der Tarifpolitik. Die Kongreßführung empörte sich über die Weigerung der Baugewerkschaft, einen ihrer Anträge zurückzuziehen, in dem tarifpolitische Gespräche, mit welcher Regierung auch immer, schlechterdings abgelehnt wurden. Die Verärgerung schlug in äußerster Verwirrung um, als der Kongreß den Antrag mit einem Stimmenverhältnis von 6:4 annahm. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Labour Party, Peter Shore, bezeichnete die Entscheidung als „unglücklich“ und „nicht hilfreich“. Ein lohnpolitisches Abkommen mit den Gewerkschaften, das im Kontext eines jährlichen nationalen wirtschaftlichen Gesamtrahmens stehen sollte, war die zugkräftigste Hoffnung der Partei für die nächsten Parlamentswahlen.

Die Zeitungen – und ohne Zweifel Mrs. Thatcher – freuten sich bereits diebisch auf das allseits erwartete Gezänk um den Arbeitskampf der Krankenschwestern. Die Debatte um ihre Tarifaueinsetzung und um das, was andere Gewerkschafter zu ihrer Unterstützung beitragen könnten, – diese Debatte weckte dann unerwartet doch Emotionen und Gefühle der Brüderlichkeit und der Solidarität, wie

man sie seit Jahrzehnten nicht mehr erfahren hatte. Die Krankenschwestern auf den Zuschauergalerien empfingen stehende Ovationen, und Tränen standen in den Augen manches hartgesottene Gewerkschaftsfunktionärs. Der wichtigste Beschluß war jedoch die Erklärung des 22. September zum „Aktionstag“: Zum ersten Male seit 1926 hat der Generalrat die gesamte Gewerkschaftsbewegung zur Aktion aufgerufen.

Obleich die Emotionen zweifellos echt waren, kam der Kampf des Krankenhauspersonals auch in anderer Hinsicht äußerst gelegen. Die Krankenschwestern, die selbstaufopfernden Engel, und die Hilfspfleger, die Arbeitspferde vom Dienst, werden allesamt miserabel bezahlt. Nur wenige andere Arbeiter können sich einer so weitverbreiteten Sympathie erfreuen und auf diese Weise die Einheit und das Rückgrat, die die Gewerkschaftsbewegung so braucht, stärken.

Aber der Aktionstag diente auch einem anderen – und für viele nicht zweitrangigen – Zweck: mit seinen Sympathiedemonstrationen wurde dieser Tag zugleich zu einer direkten Herausforderung für die Thatcher-Regierung und ihre antigewerkschaftliche Gesetzgebung. Sympathieaktionen sind nämlich gesetzlich nicht mehr von zivilen Regreßforderungen ausgenommen.

So könnte Mrs. Thatcher ihre Unnachgiebigkeit gegenüber dem Gesundheitspersonal vielleicht noch bereuen. Nach dem Zusammenbruch zweier bedrohlicher Streiks bei der Eisenbahn schien sie auch diesmal wieder am längeren Hebel zu sitzen. Jetzt jedoch könnten die Gewerkschaften Oberwasser bekommen haben, besonders wenn Bergarbeiterführer Arthur Scargill seine Drohung wahrmacht und einen „Winter der Unzufriedenheit“ organisiert – mit einer Streikwelle, wie sie einst der letzten Labour-Regierung unter James Callaghan zum Verhängnis geworden ist.

*Elizabeth Hartley-Brewer (London)*

## **Irland: Strelkelle**

**Mit dem Bruch tarifvertraglicher Vereinbarungen hat die Regierung umfassende Arbeitskämpfe ausgelöst. Die Gewerkschaften machen mobil.**

An jenem Freitagnachmittag, an dem in Irland alljährlich die Bankferien beginnen, kündigte die Regierung etwas an, was das Land in eine nationale Krise

größten Ausmaßes hineinriß. Nach der morgendlichen Kabinettsitzung packten die Minister ihre Taschen für das Wochenende, während ein kleiner Beamtenstab noch an einer sensationellen Presseerklärung feilte, die zum Nachrichtenthema Nummer Eins des Wochenendes wurde.

Die Regierung verkündete die Außerkraftsetzung der „dritten Phase“ des Lohn- und Gehaltsabkommens für die rund 300 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie in den öffentlichen und staatl-

chen Organisationen: die tarifvertraglich vorgesehene Erhöhung der Bezüge um 5% wurde ausgesetzt. Weiter wurde erklärt, daß eine ganze Reihe weiterer anstehender Zahlungen – so etwa Zulagen für eine bestimmte Kategorie von Beschäftigten im Gesundheitswesen – entweder gestrichen oder aufgeschoben würden. Feierlich wurde versichert, die Lage der Regierungsfinanzen sei so angespannt, daß umfassende Ausgabenkürzungen unvermeidlich seien. Daneben gab die Regierung ein 100 Mio. IR£-Programm für Ausgabenkürzungen bis hin zu den kommunalen Dienstleistungen bekannt.

Hintergrund der Regierungsentscheidung war das stetig wachsende Defizit in der Jahresbilanz des Staates von bereits jetzt 680 Mio. IR£. Energische Gegenmaßnahmen wurden während der letzten zwei, drei Jahre von verschiedensten Seiten immer wieder gefordert, aber von der regierenden Fianna Fáil immer wieder auf die lange Bank geschoben.

Wie vorherzusehen rief das Vorgehen der Regierung geteilte Reaktionen hervor. Viele Zeitungen und Zeitschriften riefen sofort nach uneingeschränkter Unterstützung dessen, was sie als späte, aber unverzichtbare „Wende“ in der nationalen Wirtschaftspolitik beschrieben. Die Oppositionsparteien kritisierten den Zeitplan bzw. den Grundansatz der Vorhaben, wobei sie im besonderen die nicht stattfindende Konsultation mit den Gewerkschaften und die negativen Auswirkungen dieses Bruchs tarifvertraglich abgesicherter Vereinbarungen hervorhoben. Seitens erfahrener Wirtschaftsexperten wurde die Ansicht geäußert, daß die vorgesehene Annullierung eines Tarifabkommens es nahezu unmöglich machen werde, in Verhandlungen über den für 1983 dringend erforderlichen Lohnpakt einzutreten.

Der mächtige Gewerkschaftsdachverband verwarf die Entscheidung sofort und kündigte Aktionen gegen die Kürzungen an. Mit dem Premierminister und ranghohen Regierungsmitgliedern kam es zwar zu Gesprächen, diese führten aber zu keinerlei Annäherung. Für die größeren Städte und Ortschaften wurde eine Kette von eintägigen Arbeitsniederlegungen eingeleitet; schon die erste, in der im Süden des Landes gelegenen Stadt Cork, wo sämtliche öffentlichen Verkehrseinrichtungen und Dienststellen lahmgelegt wurden, wurde massenhaft befolgt. Einige Arbeitergruppen und Gewerkschaften aus dem Bereich des Öffentlichen Dienstes formierten sich in ihrer Empörung zu spontanen Demonstrationen auf den Straßen. Gefängnisaufseher standen Streikposten vor dem Dubliner Justizministerium, Krankenschwestern der psychiatrischen Kliniken marschierten auf das

Dienstgelände des Gesundheitsministeriums, und zahlreiche andere Gruppen brachten ihre Entrüstung in ähnlicher Weise zum Ausdruck. Die Aktion der Gefängnisaufseher wurde sogar so weit eskaliert, daß man nicht einmal bevorrechtigte Besucher und Gefangenentransporte zu und von den Gerichtssälen durchließ.

Niemand bestreitet, daß für die dringend erforderliche Sanierung der Staatsfinanzen energische Maßnahmen ergriffen werden müssen, da dies für die wirtschaftliche Zukunft Irlands von entscheidender Bedeutung ist. Was aber das politische Element der Krise betrifft, so ist mit den jüngsten Entscheidungen die Glaubwürdigkeit von Premierminister Haughey selbst in Frage gestellt.

Die ganzen letzten Jahre hindurch wurden Anstrengungen unternommen, über zentrale Tarifverhandlungen zu einer Reihe von sogenannten „National Agreements“ zu kommen, die von der Sozial- und Beschäftigungspolitik bis hin zur Justizreform reichen sollten. Zwar erwies sich ein umfassendes Abkommen auch im letzten Jahr noch nicht als möglich, aber das abgeschlossene „Public Sector Agreement“ wurde zum Modell für eine Reihe von Tarifvereinbarungen im privaten Sektor. Nun besteht aber die Befürchtung, daß der Bruch dieses Abkommens durch die Regierung im nächsten Jahr zu Arbeitskämpfen von beispielloser Härte führt und die Gewerkschaften gegen jegliche Beteiligung des Staates an künftigen Verhandlungen schwerwiegende Bedenken haben werden. Bei dem weitverbreiteten Gefühl, daß die Krise nur durch die gemeinsame Anstrengung aller zu lösen ist, dürfte die Regierung ihre Nacht- und Nebelaktion noch bitter bereuen.

Auf lange Sicht geht es in dieser Auseinandersetzung um zwei für das Land entscheidende Fragen. Erstens, geht es um eine sozial ausgewogene Politik der Einkommensfestsetzung und deren Zusammenhang mit dem Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wenn nicht – wie dies von der früheren Koalitionsregierung in Gestalt eines volkswirtschaftlichen Rahmenplans vorbereitet worden ist – ein ausgeklügeltes und sich breitetester Unterstützung erfreuendes System entwickelt wird, ist es um die wirtschaftlichen Aussichten schlecht bestellt. Zweitens, steht die Glaubwürdigkeit des politischen Systems selbst in Frage. Wenn das, was die Regierung mit ihrer jüngsten Aktion vorgeführt hat, Schule machen sollte, müssen sich die Leute zu Recht fragen, ob das Land und seine Wirtschaft auf die hergebrachte Weise überhaupt vernünftig zu verwalten sind.

*Tony Brown (Dublin)*

## Italien: Kühler Zynismus

Mit der Ermordung des Präfekten von Palermo, Carlo Alberto Dalla Chiesa, hat der italienische Terrorismus nach einem langen heißen Sommer sich mit unvermuteter Brutalität erneut zu Wort gemeldet.

Die Öffentlichkeit zeigte sich schockiert wie nach der Ermordung Aldo Moros. Dalla Chiesa, im persönlichen Gespräch ein zugänglicher und gewinnender Partner, was leicht vergessen ließ, daß er nicht von ungefähr den Spitznamen „Eiserner Piemontese“ führte, hatte an der permanenten Front des Kampfes gegen die Mafia erste Erfolge erzielt, war aber dabei einigen hochgestellten Persönlichkeiten im Umfeld (oder im Dunstkreis) der „Ehrenwerten Gesellschaft“ zu nahe auf den Leib gerückt.

Die Geschichte Siziliens war immer mit Blut geschrieben, angefangen von den Fremdherrschaften des Altertums über die „Sizilianische Vesper“, über das Treiben von Salvatore Giuliano, der die Insel allen Ernstes als 49. Bundesstaat den USA angegliedert sehen wollte, bis hin zur blutigen Chronik der letzten Zeit, deren Opfer, um nur die prominentesten zu nennen, Boris Giuliano (Chef des Überfallkommandos Palermo), Cesare Terranova (bekanntester Richter), Piersanti Mattarella (Regierungschef der Region) und Pio La Torre (KPI-Landesvorsitzender) heißen.

Denn die Geschäfte, die unter dem Deckmantel der „omertà“, des Schweigegebots, abgewickelt werden, sind heiß, so heiß, daß schon viele sich daran die Finger verbrannt haben. Nicht nur in Italien gilt als gesicherte Erkenntnis, daß Palermo einer der größten Rauschgift-Umschlagplätze Europas („Sicilian Connection“) auch im Verkehr mit den USA ist. Andere wichtige „Geschäftszweige“ sind die Bauwirtschaft und – bis vor kurzem jedenfalls – die Märkte in den Städten.

Der Mord an Dalla Chiesa hat mit aller denkbaren Brutalität wieder einmal deutlich gemacht, daß man im Dschungel der italienischen Innenpolitik schnell geneigt ist, chronische Probleme zu ignorieren, auf die lange Bank zu schieben, ihnen mit noblen Worten ein Begräbnis erster Klasse zu bereiten, aber nur

nicht, sie anzupacken. Wer gegen dieses ungeschriebene Gesetz verstößt, läuft Gefahr, den Weg Dalla Chiesas zu gehen.

Aber auch schon vor dem Mord am ehemaligen Karabinieri-General mußte dem Establishment klar geworden sein, daß Sizilien im Bereich der inneren Sicherheit zu einem Risiko erster Güte geworden war (wenn es denn jemals anders gewesen sein sollte). Seit Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem nicht politisch oder kommerziell einzuordnende Morde mit allen Mafia-Charakteristika aus einer Gegend gemeldet werden, die man inzwischen mit kühlem Zynismus zum „Dreieck des Todes“ umgetauft hat: das Gebiet zwischen den westlichen Vororten Palermos und den beiden ländlichen Zentren Casteldaccia und Bagheria. Der zweite Ort beherbergt eine der Villen des Fürsten Giuseppe Tommasi di Lampedusa, Villa Boscogrande. Von ihm ist ein Ausspruch überliefert, der sich im Lichte der gegenwärtigen Geschehnisse fast selber ausnimmt: „Vieles muß sich ändern, damit sich nichts ändert.“ Sein Gegenüber, Graf Chevalley aus Piemont, wußte damit erklärtermaßen nicht viel anzufangen.

Viel anzufangen weiß die italienische Öffentlichkeit dieser Tage mit der spektakulären Verhaftung von Licio Gelli, des offensichtlichen Oberhauptes der Geheimloge „P 2“, in einer Genfer Bank. Es ist einer der hierzulande nicht seltenen Momente, in denen sich eine oft genug düpierte Öffentlichkeit versucht fühlt, eine ganze Serie nie aufgeklärter Skandale, wie in einem Brenglas gebündelt, auf ihren inneren Zusammenhang zu untersuchen. In der Tat sind die unterstellten Implikationen des Falles beträchtlich: sie reichen von dem Attentat auf dem Hauptbahnhof von Bologna im August 1980 (85 Tote) bis zu den gigantischen Devisenschieberungen der zusammengebrochenen „Banco Ambrosiano“.

Die Regierung Spadolini hat sich in dieser dramatischen Situation erstaunlich gut gehalten, zumal grundlegend andere Lösungen nicht ins Haus stehen. Sie täte gut daran, nicht der Illusion anheimzufallen, die dieser Tage in einer Karikatur dem Innenminister, Virginio Rognoni, zugebracht war: „Die Mafia gibt es nicht. Aber Dalla Chiesa hat das nicht gewußt.“

*Hoiger Quiring (Rom)*

## Luxemburg: Erstes Wahlfieber

Obwohl die nächsten Parlamentswahlen in Luxemburg erst im Juni 1984 fällig sind, breitet sich in den Partein schon das Wahlfieber aus. In den Parteizentralen werden bereits die Weichen für die kommende Schlacht um die Wählergunst gestellt.

So standen bzw. stehen in den drei großen Parteien des Landes dieses Jahr Wahlen zu deren jeweiligen Leitungsgremien an. Da die neuen Parteiführungen der Christlichsozialen, Liberalen und Sozialisten nicht nur den kommenden Wahlkampf zu managen haben, sondern gegebenenfalls auch über die nächste Regierungskoalition entscheiden werden, widmet die luxemburgische Öffentlichkeit den Vorgängen in den drei Parteien viel Aufmerksamkeit.

Am undurchsichtigsten ist die Lage bei der führenden politischen Kraft des Landes, der Christlich-Sozialen Volkspartei von Ministerpräsident Pierre Werner. Da die CSV-Statuten die Amtszeit des Parteivorsitzenden auf drei Mandatsperioden beschränken, darf der derzeitige Parteichef Jacques Santer nicht mehr kandidieren. Um seine Nachfolge ist daher ein zwar dumpfer, aber verbissener Kampf entbrannt, zumal auch die Nachfolge des auf die 70 Jahre zugehenden Premierministers Werner ansteht. Zwar hat Jacques Santer als amtierender Finanzminister in dieser Hinsicht die beste Ausgangsposition, doch könnte neben dem Fraktionsvorsitzenden Nicolas Mosar auch ein dynamischer neuer Parteipräsident ihm die Werner-Nachfolge streitig machen. Für diesen Posten bewirbt sich vorläufig nur ein CSV-Jungtürke, François Colling, der sich im Parlament vor allem durch einen unorthodoxen Haushaltsbericht einen Namen gemacht hat. Um Colling zu bremsen, will das Partei-Establishment einen Kandidaten aus dem gleichen Bezirksverband der CSV anbieten, Innenminister Jean Spautz, ehemaliger Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften. Die Entscheidung steht noch aus, da der im Frühjahr abgehaltene Parteitag der CSV die Wahl der Parteiführung auf einen außerordentlichen Parteitag im Herbst verlagert hat.

Bei der liberalen Demokratischen Partei gab es dagegen auf dem Parteitag kaum Probleme. Die Parteivorsitzende Colette Flesch, stellvertretende Ministerpräsidentin und Außenministerin, wurde unangefochten wiedergewählt, so wie es keine nennenswerten Verschiebungen im „Direktionskomitee“ der DP gab, wie das Leitungsorgan der Liberalen sich vor-

nehm nennt. Doch im Hinblick auf die kommenden Wahlen bleibt auch bei den Liberalen eine große Unbekannte, nämlich die Zukunftsabsichten des früheren DP-Vorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidenten Gaston Thorn, zur Zeit Präsident der Brüsseler EG-Kommission.

Thorns Mandat in Brüssel läuft zwar erst nach den 1984er Wahlen aus, doch wird es in Luxemburg für nicht unmöglich gehalten, daß er dennoch bei den nationalen Wahlen kandidiert, um nicht nach seiner Brüsseler Amtszeit für Jahre im politischen Niemandsland zu stehen. So ist es sehr wohl möglich, daß das ebenfalls im Juni 1984 neuzuwählende Europäische Parlament einem Anfall wahlkämpferischer Profilneurose unterliegt und vor der Direktwahl eines der wenigen Rechte nützt, die es besitzt, nämlich jenes, die EG-Kommission zu stürzen. Denkbar ist auch, daß Thorn im Frühjahr 1984 in Brüssel mit Eklat die Türen knallt und als „enttäuschter“ Europäer rechtzeitig für die Landes- und die Europawahlen nach Luxemburg zurückkehrt, womit er für viele besonders für seine Parteifreunde, zum „Hund“ im Kegelspiel würde.

Auf dem Parteitag der Sozialisten stand nicht die parteiinterne Personalpolitik im Vordergrund, sondern es ging hauptsächlich um programmatische Auseinandersetzungen. Strittige Fragen gibt es in der Friedens- sowie in der Wirtschaftspolitik. So befürworten die Jungsozialisten einen Austritt Luxemburgs aus der NATO, und sie haben darin in der ehemaligen Parteivorsitzenden und derzeitigen Vorsitzenden der Sozialistischen Fraueninternationale, Lydie Schmit, eine wichtige Alliierte gewonnen. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet steht die Verstaatlichung der Stahlindustrie zur Debatte. Eine Klärung dieser Fragen erwarten sich die Sozialisten durch parteiinterne außenpolitische beziehungsweise wirtschaftspolitische Fachkonferenzen, die für diesen Herbst bzw. nächstes Frühjahr eingeplant sind.

Bei den Wahlen zur Parteileitung der LSAP wurde die bisherige Führung im wesentlichen bestätigt, allerdings zog die vor zwei Jahren abgetretene Lydie Schmit erneut in den Parteivorstand ein. Robert Krieps blieb unangefochten Parteivorsitzender, wenn auch der frühere Finanzminister Jacques F. Poos die größte Zahl der Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte, derweilen Krieps Rang Zwei der parteiinternen Hitparade einnahm. Von einer eigentlichen Rivalität an der Spitze der LSAP kann dennoch nicht die Rede sein, vielmehr vermittelt die gesamte Parteiführung den Eindruck einer unter Sozialisten seltenen Homogenität.

Für die LSAP sind die Zukunftsperspektiven auch recht erfreulich. Die letztjährigen Kommunalwahlen haben bewiesen, daß der Rückschlag bei den Parlamentswahlen von 1979 überwunden ist. Zudem ist die 1970 aus der LSAP hervorgegangene sozialdemokratische Splitterpartei SdP am Ende und hat ihre Auflösung beschlossen, während der anlässlich der letzten Wahlen aus der LSAP ausgetretene Abgeordnete Gremling auf dem Gründungsparteitag seiner

„unabhängigen“ sozialistischen Partei ganze 45 Anhänger begrüßen konnte.

Da überdies die beiden Regierungspartien CSV und DP sich immer mehr in die Widersprüche ihrer erfolglosen Krisenbekämpfungspolitik verstricken, werden die Sozialisten auf der Meinungsbörse schon jetzt als die Gewinner der 84er Wahl gehandelt. Das mag zwar voreilig sein, ist aber dennoch sehr wahrscheinlich.

Robert Goebbels (Luxemburg)

## Niederlande: Regierungsbildung einfacher

Für die Sozialisten der Partij van de Arbeid war das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 8. September ein großer Erfolg, gleichzeitig aber auch eine herbe Enttäuschung. Denn das Wahlergebnis macht die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung einfacher.

Daß die Parlamentswahlen mit einem großen Erfolg für die PvdA endeten, läßt sich nicht nur aus der Tatsache erklären, daß sie im Vergleich zum Mai 1981 etwa zwei Prozent hinzugewonnen hat. Viel wichtiger noch ist der Umstand, daß die Partei sich gegenüber dem Tiefpunkt, auf dem sie sich noch vor einem halben Jahr befunden hatte, erstaunlich gut erholt hat. Bei den Provinzwahlen im März (s. NG. 4/82) wurde sie mit 21,8 % nur drittstärkste Partei, was viel zu der Regierungskrise im Mai beigetragen hat, in deren Verlauf die PvdA von ihrem Koalitionspartner CDA aus der Regierung herausgedrängt wurde.

Der christdemokratische Ministerpräsident Van Agt schien damals der große und allmächtige Triumphant zu sein. Am 8. September stellte sich indes heraus, daß die Wähler darüber ihre eigene Meinung haben: Der CDA verlor, und die PvdA wurde stärkste Partei. Logischerweise konnten sich die Sozialisten als moralische Wahlsieger fühlen. Nicht zuletzt für Joop den Uyl, an dessen Anziehungskraft bei Wahlen zuvor innerhalb wie außerhalb der Partei viele Zweifel geäußert worden waren, bedeutete dies einen großen persönlichen Triumph.

Aber dennoch könnte dieses Wahlergebnis Den Uyls Abschied aus der Politik besiegeln. Denn die Bildung einer Regierung unter Beteiligung der PvdA ist nicht sehr wahrscheinlich. Mit einem Zugewinn von zehn Sitzen haben nämlich die Rechtsliberalen von der VVD ihre bereits bei den Provinzwahlen erlangte

Stärke behaupten können, und ihrem zahlenmäßigen Zuwachs nach sind sie der andere, wenn nicht gar der einzige echte Wahlieger. Zusammen verfügen CDA und VVD nunmehr über 81 der 150 Parlamentssitze, und für künftige Parlamentsabstimmungen kann man getrost noch die vier Sitze der kleineren rechten Parteien (Kalvinisten) und den einen Vertreter der neu aufgetretenen Zentrumspartei (ausländerfeindlich) hinzurechnen. Für die christlich-liberale Regierung also eine komfortable Mehrheit.

Paradoxiertweise ist damit die Lage für die PvdA ungünstiger als nach den Wahlen von 1981, die sie verloren hatte. Wegen des damaligen großen Wahlerfolgs der Linksliberalen von D'66, die für sich selbst eine Teilnahme an einer CDA-VVD-Koalition ausgeschlossen hatten, gab es damals keine Mehrheit auf der Rechten. So hatte Van Agt, wenn auch zähneknirschend, keine andere Wahl, als mit PvdA und D'66 eine Regierung zu bilden. Daß ihm, zumal wegen der vielen inhaltlichen und persönlichen Konflikte mit

Ergebnis der Wahl vom 8. September 1982

Partei	Prozent	Sitze
CDA (Christdemokraten)	29,3 (30,8)	45 (48)
PvdA (Sozialisten)	30,4 (28,3)	47 (44)
VVD (Rechtsliberale)	23,1 (17,3)	36 (26)
D'66 (Linksliberale)	4,3 (11,1)	6 (17)
PSP (Pazifisten)	2,3 (2,1)	3 (3)
CPN (Kommunisten)	1,8 (2,1)	3 (3)
SGP (Nationalreform.)	1,9 (2,0)	3 (3)
PPR (Radikale)	1,6 (2,0)	2 (3)
RPF (Konservative)	1,5 (1,2)	2 (2)
GPV (Christl. Reform.)	0,8 (0,8)	1 (1)
CP (Volkspartei)	0,8 (0,0)	1 (0)
EVP (Evang. Volksp.)	0,68 (0,0)	1 (0)

In Klammern: Ergebnisse 1981

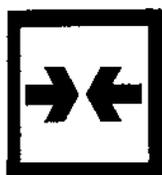
Den Uyl, diese Erfahrung großen Verdruss bereitete, daraus hat Van Agt sowohl vor als auch nach der Kabinettskrise wie auch im Wahlkampf niemals einen Hehl gemacht. Trotz seiner Niederlage paßte ihm also das Wahlergebnis vom 8. September ganz gut ins Konzept.

Für die Unwahrscheinlichkeit einer sozialistischen Regierungsbeteiligung sprachen aber noch zwei weitere Gründe. Erstens wäre der CDA in einer Regierung mit der PvdA nurmehr der kleinere Koalitionspartner gewesen, und nicht Van Agt, sondern Den Uyl wäre dann Ministerpräsident geworden. Aus traditionellen machtpolitischen, aber auch aus psychologischen Gründen wäre so etwas für die Christdemokraten schlecht zu verkraften gewesen. Zweitens gibt es große inhaltliche Hindernisse für eine PvdA-CDA-Regierung. Während für die Sozialisten im Bereich der Wirtschaftspolitik die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität hat, neigt der starke rechte Flügel der Christdemokraten – trotz zunehmender Kritik von Experten auch auf der Rechten – noch immer zu ei-

ner einseitigen Politik der Haushaltskürzungen, Kaufkraftsenkung und der rücksichtslosen Exportförderung. Dafür finden sie jedenfalls bei den Rechtsliberalen der VVD vorbehaltlose Unterstützung.

Wäre in diesen Fragen unter größten Anstrengungen vielleicht noch ein Kompromiß erreichbar – angesichts des einflußreichen Christlichen Gewerkschaftsbunds, der eine Politik wie die von der PvdA vorgeschlagene befürwortet –, so ist die Sache völlig aussichtslos in der Frage der sogenannten NATO-Nachrüstung, wo die PvdA kategorisch gegen die Stationierung der vorgesehenen 48 Cruise Missiles auf holländischem Boden ist, während die Christdemokraten darüber intern uneinig sind, jedenfalls aber nichts tun oder unterlassen wollen, was die westliche Position bei den Verhandlungen in Genf schwächen könnte. Das heißt, daß sie mit den Vorbereitungen für die eventuelle Stationierung einverstanden sind und die Entscheidung darüber nicht noch jahrelang weiter hinausschieben wollen.

*Marnix Krop (Amsterdam)*



## KRITIK

### Die verlorene Unschuld der Ökologie

von Joseph Huber  
S. Fischer Verlag Frankfurt 1982  
232 S., DM 26,-

Der Berliner Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Joseph Huber, Privatdozent am Otto-Suhr-Institut und oftmals als „Chefdenker“ der Grünen und Alternativen bezeichnet, bricht in seinem neuesten Buch mit der Wachstums-, Technologie- und Industriekritik vieler seiner Gesinnungsgenossen: Seine zentrale These ist, daß es zum bestehenden Industriesystem keine Alternativen gibt, wohl aber alternati-

ve Entwicklungsmöglichkeiten in eben diesem System. Die Rückkehr zu vorindustriellen Produktionsweisen oder die Forderung nach Nullwachstum zur Lösung der ökologischen Krise weist er strikt zurück. Auch wendet er sich gegen die Ansicht, daß Ökologie und Industrie einander ausschließen.

Wie aber sollen unsere Umwelt-, Rohstoff- und Energieprobleme gelöst werden? Huber sieht die Überlebenschancen unseres Industrie- und Gesellschaftssystems nur dann gewährleistet, wenn sich der Prozeß der Supraindustrialisierung (deren erste Anzeichen seiner Meinung nach bereits jetzt sichtbar werden) durchsetzt: Mit neuen „Durchbrechertechnologien“ – allen voran die Mikroelektronik, Solar- und Windenergie, biotechnologische Verfahren – können unsere ökonomischen und ökolo-

gischen Probleme nach Hubers Auffassung gelöst werden. Schlagworte wie Smog, Saurer Regen, Ölnappheit gehören dann der Vergangenheit an. Die Zukunft gehört den genannten „sauberen Technologien“, denn: „Wir können weder aufhören noch weitermachen, aber wir können und müssen anders weitermachen. Die Industriegesellschaft kann nur weitermachen, wenn sie sich ökologisch anpaßt, und die Ökologie kann nicht an der Industrie vorbei ins Leben treten, sondern – weil unter industriellen Bedingungen – nur in industriellen Formen. Ökologie und Industrie gehen eine Verbindung ein – eine Jahrhundertverbindung“ (S. 12).

Die verschiedenartigen Möglichkeiten dieser Symbiose beschreibt Huber anschaulich – und zuweilen auch mit leuchtenden Augen: z. B. die Mikroelek-

tronik und ihre vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten in Produktion, Dienstleistungsbereich, Verkehr und Raumfahrt. Die Vision, daß unser Bruttosozialprodukt von Maschinen erarbeitet wird, erscheint ihm nicht mehr unrealistisch; und erst die neuen Märkte, die durch die Mikroelektronik geöffnet werden. Durch natürliche, regenerative Energiequellen (Sonne, Wind) werden die derzeitigen fossilen Primärenergieträger ersetzt; biotechnologische Verfahren ermöglichen es, einfache Nutzpflanzen (Algen, Zuckerrohr) in Treibstoff und Futtermittel umzuwandeln.

All dies schafft zwar sauberes, ökologisch angepaßtes Wachstum, doch mit welchen politischen und sozialen Auswirkungen! Dieses Wachstum unterscheidet sich von unseren bisherigen Wachstumsraten in einem gravierenden Punkt: es ist „joblos“, d. h. es vernichtet Arbeitsplätze. Huber zufolge tritt eine „Dualisierung“ des Arbeitsmarktes ein: einer beschäftigten, sozial abgesicherten Elite steht eine zunehmende Zahl arbeits- und einkommensloser Menschen gegenüber; seiner Schätzung zufolge sind in der „supraindustriellen Gesellschaft“ 30 % der Bevölkerung ohne eigenes Einkommen. Vor dem sozialen Sprengstoff dieser Problematik warnt Huber: „Solange jedenfalls die Arbeitsgesellschaft ihre Arbeitsmoral und ihr Steuersystem nicht ändert, bedeutet jedes Stück Mikroelektronik erst einmal mehr Arbeitslosigkeit und ein Stück Klassenkonflikt zwischen den Eingeschlossenen drinnen und den Ausgeschlossenen draußen. Hinter der ökologischen Frage steht jederzeit die immer noch unbeantwortete soziale Frage“ (S. 125).

Doch auch für unsere Demokratie birgt die Supraindustrialisierung Gefahren: So kann der „harte Weg“ zum autoritären Überwachungsstaat im Sinne von Huxleys „schöner neuer Welt“ führen. Huber hofft, daß unsere Demokratie diese Bewährungsprobe bestehen wird, und fordert alle demokratischen Kräfte auf, in die sich anbahnende Entwicklung einzugreifen, denn „eine andere Chance habt ihr eh nicht“ (S. 14).

Huber nimmt mögliche Kritik vorweg und gibt zu, daß die supraindustrielle Gesellschaft nicht gerade seine „politische Lieblingsidee“ ist, plädiert aber dennoch eindringlich dafür – insbesondere an seine Freunde der Ökologiebewegung gewandt –, die kommende Entwicklung realistisch einzuschätzen. Und hier gerade liegt der Verdienst von Hubers Arbeit: Er gibt einen breiten und informativen Überblick über kommende technologische Möglichkeiten und ihre sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen.

*Maria-Luise Weinberger*

**Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953**  
von A.R.L. Gurland  
hrsg. von Dieter Enßig,  
Europäische Verlagsanstalt,  
Frankfurt/Main 1980, 552 S.,  
DM 48,-

Arcadij Gurland (1904-1979) gehört zu den Sozialwissenschaftlern, deren Werk bisher keinen größeren Leserkreis gefunden hat. Zu Unrecht, wie unter anderem seine Studie über die

Anfangszeit der Unionsparteien beweist. Schon als Student und aktiver Jungsozialist beschäftigte sich Gurland während der Weimarer Republik mit der Analyse bürgerlicher Parteien und schrieb dazu Artikel für sozialdemokratische Zeitschriften. Sein besonderes Interesse galt dem Zentrum, vor allem der Frage, warum es dieser Partei gelang, in Konkurrenz zur SPD große Teile der katholischen Arbeiterschaft an sich zu binden. Nach den Emigrationsjahren, die er zum Teil in den USA als Mitarbeiter am dorthin emigrierten Institut für Sozialforschung verbracht hatte, kehrte Gurland zurück und lehrte politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und an der Technischen Hochschule Darmstadt. In Berlin entstand auch die hier besprochene Arbeit; bereits Mitte der fünfziger Jahre war das Manuskript fertig. Doch Gurland betrachtete es nur als Teil eines umfangreicheren Werkes und stimmte deshalb einer Veröffentlichung nicht zu. Sie kam erst durch die Initiative von Frau Gurland nach seinem Tode zustande.

Trotz des inzwischen verbesserten Forschungsstandes bietet Gurlands Buch immer noch eine Fülle von interessantem Material. Der Autor behandelt zunächst die unterschiedlichen Strömungen, aus denen die Union entstand. An erster Stelle nennt er die besonders im Rheinland verwurzelte Zentrumstradition, die schon im September 1945 die Gründung einer CDU-Landesorganisation bewirkte. Im Februar 1946 wurde Adenauer zum Vorsitzenden der rheinischen CDU gewählt, im selben Monat außerdem zum Vorsitzenden für die britische

Zone. Gurland hebt die Bedeutung dieser Personalentscheidung hervor: „Da eine eigentliche Parteileitung auf überzonaler Ebene faktisch bis zur Gründung der Bundesrepublik und offiziell bis zum ersten Bundesparteitag der CDU, der erst im Oktober 1950 zusammentrat, nicht bestand, die Funktionen einer überzonalen Parteileitung aber in der Praxis von der Zonenleitung für die Britische Zone ausgeübt wurden, bedeutete das die Konzentration des entscheidenden Führungseinflusses in den Händen der nordrhein-westfälischen Verbände, tatsächlich also in den Händen des späteren Bundeskanzlers.“ (S. 38) Mit der organisatorischen Vorentscheidung war tendenziell eine politisch-programmatische gefallen, die allerdings erst später offenkundig wurde: Der Sieg des von Adenauer repräsentierten rechten Parteiflügels über den von christlichen Gewerkschaftern getragenen linken.

In der ersten Zeit spricht aus dem programmatischen Selbstverständnis der CDU/CSU jedoch ein anderer Ton. Die Vorstellungen über den zu schaffenden Neubeginn wurden von Überlebenden aus Widerstandskreisen gegen das Dritte Reich geprägt. Gurland stellt fest, daß nicht konkrete politische Aufgaben im Mittelpunkt standen, sondern ein starkes ideologisches Bedürfnis Ausdruck suchte. Unter maßgeblichem Anteil der Dominikaner von der Albertus-Magnus-Akademie in Walberberg wurde die katholische Soziallehre radikalisiert und fand Eingang in den Programmentwurf von Kölner Christdemokraten vom Juni 1945. Die Kölner Leitsätze versuchten, den Nationalsozialismus nicht nur als gei-

stesgeschichtliches Phänomen zu fassen, sondern auch als Folge wirtschaftlicher Strukturen, die es zu überwinden gelte: „Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien, körper-schaftlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.“ (S. 107f.) Das Motto dieser Phase lautete: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Im berühmten Ahlener Programm für die britische Zone vom Februar 1947 war zwar nicht mehr von Sozialismus die Rede, doch die darin erhobenen Forderungen trugen teilweise sozialistischen Charakter: Vergesellschaftung des Bergbaus und der Montanindustrie, weitreichende Mitbestimmung der Arbeitnehmer, planvolle Wirtschaftslenkung.

Die restaurative Gegentendenz zu der skizzierten Programmatik setzte bereits vor Ahlen ein, nämlich 1946 mit dem in Neheim-Hüsten von den Landesverbänden der britischen Zone beschlossenen Programm. Es sprach nicht von einer Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, stattdessen von Anerkennung des Privateigentums und Überwindung des Klassenkampfdenkens. An dieser Stelle zeigt sich eine Schwäche von Gurlands Buch: Über der Ausbreitung von Material gerät die Analyse manchmal zu kurz. Gurland erklärt die Abweichung von den vorher und nachher beschlossenen Grundsätzen nur damit, daß in den Landesverbänden Westfalen und Nordrhein einflußreiche Führungsgruppen der Partei in enger Verbindung zu Wirtschaftskreisen standen. Er geht nicht auf die Problematik der Interessenskollision ein, der eine

Partei, die alle Bevölkerungsteile umfassen will, zwangsläufig ausgesetzt ist.

Wichtig ist ein anderer Zusammenhang, den Gurland anschnie-det. Hatte für die Parteigründer der Widerstand gegen den Nationalsozialismus den Ausgang gebildet, so betrachtete man in Neheim-Hüsten die materialistische Weltanschauung als Ursache allen Übels und den Nationalsozialismus als eines ihrer Ergebnisse. „Christliche Weltanschauung“ und „sittliche Erneuerung“, nicht die gesellschaftliche Neuordnung sollten die Demokratie garantieren. Im selben Jahr 1946 trat Adenauer der Behauptung Schumachers entgegen, der Nationalsozialismus sei durch die Unterstützung des Großkapitals an die Macht gelangt. Adenauers Argument: „Der Nationalsozialismus war vom ersten Augenblick an scharf gegen die Juden eingestellt. Im Großkapital aber waren Juden durchaus maßgebend.“ (S. 179) Doch bei der Reinwaschung des Großkapitals beließen es die führenden Politiker der Union nicht. Auf dem Parteitag 1953 in Hamburg verkündete Franz Josef Wuermeling, Mitglied des geschäftsführenden CDU-Bundesvorstands, eine moralische Generalamnestie für ehemalige Nazis mit der Begründung, daß an manchen von ihnen nach 1945 mehr gesündigt worden sei, als sie vorher selbst gesündigt hätten. (S. 168)

Gurland weist zu Recht darauf hin, daß die ideologische Wandlung einer veränderten politischen Frontstellung entspricht. Die anfängliche Bereitschaft, mit der SPD zusammenzuarbeiten, war einer scharfen Polemik gegen die Sozialdemokraten gewichen. Das Leitmotiv dieser Pole-

mik bezeichnet Gurland als „magische Formel“: Sozialismus=Marxismus=Bolschewismus. Die Tatsache, daß die Wirtschaftsminister in den Ländern der britischen Zone von der SPD gestellt wurden, veranlaßte Adenauer, vor den Diktaturbestrebungen dieser Partei zu warnen. Eine ähnliche Argumentation betrieben die an der Erhaltung des Kapitalismus interessierten CDU-Teile in den Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Mitbestimmung; Solche Maßnahmen würden zu einer Machtkonzentration in den Händen des Staates und der Gewerkschaften führen, und was Machtkonzentration bewirke, habe man ja im Dritten Reich gesehen. Die Parole „Freiheit oder Sozialismus“ reicht also inhaltlich bis in die Frühzeit der Untonsparteien zurück. Gurland zeigt, daß die Haltung der CDU/CSU zur SPD sich geschickt dem jeweiligen Bedarf anzupassen wußte: „Abwechseind wurde der SPD entgegengehalten, sie sei die alte SPD mit all ihren marxistischen und klassenkämpferischen Fehlern und Gebrechen geblieben, oder: sie sei eben gar nicht die alte SPD und bei weitem nicht so vernünftig und verständig, wie es die SPD in der Weimarer Zeit gewesen sei.“ (S. 247)

Im Rahmen dieser Besprechung konnte auf viele interessante Aspekte von Gurlands Arbeit nicht eingegangen werden, etwa auf die genaue Darstellung der gescheiterten Sozialisierungsbestrebungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Da in jüngerer Zeit der Konservatismus eine Renaissance erlebt, ist es für Sozialdemokraten unumgänglich, seine konkreten Formen und damit auch die geistigen Wurzeln des politischen

Gegners zu untersuchen. Gurlands Buch kann eine Hilfe hierzu sein. *Gustav Auernheimer*

**Memorandum 1982 – Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik**

Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1982, 357 S., DM 14,80

Seit der Rezession 1975 legt die Memorandum-Gruppe nahezu alljährlich ihre Kritik der herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Die diesjährige Ausgabe bezeichnet sich auf der Rückseite des Bandes als „gewerkschaftsnah“, obwohl die Zerwürfnisse mit dem DGB im vorigen Jahre dazu geführt haben, daß das Memorandum nicht mehr im Bund-Verlag erscheint. Der Anspruch auf Gewerkschaftsnähe leitet sich aus der Tatsache her, daß mehr als die Hälfte der Unterschriftenliste, die als „Unterstützung“ der zwölfseitigen Kurzfassung des Textes definiert wird, Gewerkschaftssekretäre, Betriebsräte usw. ausweist; unter den etwa 700 Namen sind auch einige Dutzend Wissenschaftler.

Es fällt auf, daß in der Langfassung des Memorandums weniger als die Hälfte des Textes eigentlich ökonomischen Problemen gewidmet ist; der Schwerpunkt liegt in diesem Jahre eindeutig bei der Sozialpolitik, die noch im Memorandum 1980 bestenfalls ein Sechstel des Textes ausmachte. Allerdings wird das teilweise gerechtfertigt durch die Absicht, das zu schildern; was man zu Beginn des Teiles B als „Angriff auf den Sozialstaat“ im Zeichen der sogenannten „Ope-

ration 82“ bezeichnet. Graf Lambsdorffs „Papier“ kannte das Memorandum noch gar nicht. Es ist besonders schade, daß es gegenüber der Fassung vom Frühjahr fast keine Änderungen oder Ergänzungen erfahren zu haben scheint, was ihm etwas an Aktualität nimmt.

Dabei gehört der Sozialteil B zu dem Besten, was man über die harte Alltagssituation der Arbeitslosen, Rentner und Sozialhilfeempfänger nachlesen kann – es ist ein wohltuendes Gegengift zu der sonst weitverbreiteten Literatur, die unter dem Vorwand einer Geißelung angeblicher oder auch vorhandener „Auswüchse“, die übertrieben dargestellt und verallgemeinert werden, soziale Demontage mehr oder weniger offen propagiert – wie eben Lambsdorff ... Da ist beispielsweise auf Seite 41 der Hinweis, daß 1975 noch 76%, aber 1980 nur noch 64,8% der Arbeitslosen Arbeitslosengeld bzw. -hilfe bekamen – ein Drittel ist also jetzt „ausgesteuert“, obwohl nur 16–17% über ein Jahr lang arbeitslos waren. Die letzteren büßen im Schnitt monatlich 720 DM an Einkommen ein, im privaten Bankgewerbe sogar bis zu 830 DM (S. 43). Eine Vielzahl von Beschränkungen wurde verhängt: 12 statt bisher 6 Monate müssen Beiträge gezahlt worden sein; „originäre“ Arbeitslosenhilfe gibt es nur, wenn vorher mindestens 150 (bisher 70) Tage gearbeitet wurde, Sperrzeiten für Hilfe bei Ablehnung zumutbarer Arbeiten werden von 4 auf 8 Wochen verlängert usw. Mit derart bereits durchgeführten Ideen Lambsdorffscher Prägung wurden immerhin rund 4,1 Mrd. DM schon jetzt „eingespart“. Trotzdem „kostet“ ein Arbeitsloser im

Schnitt mit Steuerausfällen usw. den Fiskus im Jahre immer noch 27 400 DM (S. 43-45).

Aber auch die Beschäftigten wurden in der Operation 82 hart getroffen: Bei einem Metallfacharbeiter, dessen Frau halbtags als Verkäuferin arbeitet und der zwei Kinder hat, sinkt das Nettohaushaltseinkommen von bisher 2651 DM um 3,7% (S. 51).

Den Bodensatz stellen die 2140 000 Sozialhilfeempfänger dar, die von den Gemeinden 13,3 Mrd. DM, also pro Person und Monat rund 500 DM erhalten – die Hälfte davon sind Arme im arbeitsfähigen Alter. Ein „Modellhaushalt“ von zwei Erwachsenen erhält monatlich 782 DM, mit zwei Kindern 1313 DM. An diesen Menschen hat man auf Initiative der CDU/CSU-Länder ab 1. 1. 82, also auch ohne Lambsdorff, schon 250-300 Mill. DM eingespart (S. 54-56).

Im Teil B werden dann die einleitenden Ausführungen dieser Art noch vertieft behandelt: Es wird – vielleicht fast zu ausführlich – geschildert, welche Vor- und Fehlurteile die „neokonservative Sozialstaatskritik“ kultiviert (S. 193-200), wie die „Arbeitsmarktpolitik beim Abbau des Sozialstaats den Vorreiter spielt“ (S. 206-216), wie die Gesundheitspolitik schiefläuft und was man dagegen tun könnte (S. 227-247), was zu Familienpolitik, Alterssicherung und nochmals Sozialhilfe zu sagen ist (S. 251-314).

Dieser ausgezeichneten, menschlich mitempfindenden und sachlich detaillierten Darstellung der Sozialprobleme, denen man vielleicht absichtlich soviel (zuviel?) Raum eingeräumt hat, entspricht der eigentlich ökonomische Teil schon quanti-

tativ nicht. Er hat seine Höhepunkte – so wenn er auf den Seiten 144 bis 160 detaillierte Vorschläge zur Einnahmeverbesserung für den staatlichen Haushalt macht, die dem „Konsolidierungsdenken“ wohl entgegenkommen sollen: Hier geht es hauptsächlich um Wegfall von Steuervergünstigungen für Industrie und Landwirtschaft, Beseitigung des Ehegattensplitting für Spitzenverdiener und Wegfall der Spesenabsetzung, was zusammen 11,1 Mrd. bringen soll (S. 149), wozu noch 1,4 Mrd. Kürzungen von Finanzhilfen (S. 159) kämen. Weitere 2,3 Mrd. will man durch Einfrieren der Rüstungsausgaben auf den Stand von 1981 einsparen (S. 158).

Sodann aber hat man in dem eigentlich theoretischen Teil unter der Überschrift „Modelle des Rückschritts – die Grundlagen neokonservativer Politik“ in dem an sich lobenswerten Bestreben, den weitgehenden Erfolg monetaristischer und verwandter Denkategorien (bis in sozialistische Parteien hinein!) zu schildern, sich leider etwas oberflächliche Phänomene ausgesucht, wie den populär-pseudowissenschaftlichen „Bestseller“ des amerikanischen Reichtums-Hohepriesters Gilder, dem man in unverdienter Aufwertung volle fünf Seiten widmet. Zwar werden auf zwei Seiten auch Bemerkungen über die Gegenspieler der „Angebotspolitik“ und des Monetarismus wie Lester Thurow, Leontief und Eichner eingestreut, aber unter der Überschrift „Auswirkungen der Rüstungsexpansion“, was nun nicht gerade das Hauptthema dieser Ökonomen ist. Von den eigentlichen Schwergewichtgegenspielern des Monetarismus wie James Tobin in den USA und Lord Kaldor in

Großbritannien wird ersterer auf S. 97 zwar kurz gestreift; der zweite bleibt unerwähnt. (S. 96-108, 116/7).

Diese Schwäche der sehr lückenhaften theoretischen Grunddiskussion – obwohl wir eine solche gerade in Deutschland, wo „stillschweigender Monetarismus“ umgeht, besonders dringend brauchen! – erklärt es denn auch, wenn die Erörterung wirtschaftspolitischer Konzeptionen etwas unausgewogen und stark vereinfacht erfolgt. Das gilt für die Darstellung des Thatcherismus (S. 117-120), wo man kurioserweise von der „Deregulation“ spricht, die eigentlich in die Kritik der „Reaganomics“ (S. 109-116) hineingehört: In dieser spricht man noch von einem Defizit von 80 Mrd. Dollar (S. 113), dieweil dieses längst bei Dimensionen von 150 Mrd. für 1982/83 angelangt ist.

Dieser fehlenden Aktualisierung – Mitte 1982 hätte eine rasche Überarbeitung der Frühjahrstexte in einigen Hauptpunkten eigentlich noch möglich sein müssen! – ist es auch zuzuschreiben, wenn noch als Paradeppard der Alternativstrategie (auf den Seiten 165-168) die französischen Versuche der „keynesianischen“ Wirtschaftsankurbelung geschildert werden, die stark im Zeichen der in früheren Memoranden propagierten Kombination von Konsumstimulierung plus Nationalisierung standen. Wenn man auch (auf S. 168) von den „Schwierigkeiten und Problemen“ spricht, so erwähnt man doch hier das Hauptproblem nicht, worin sich die französische Situation von der deutschen grundlegend unterscheidet: Der hohe Inflationssockel von 12-13%, den die sozialistische Regierung erbt, mußte bedeu-

**neu**

Chemischer Alptraum oder wie es zum C-Krieg in Europa kam/ Der Gaskrieg im Ersten Weltkrieg/Nervenkampfstoffe – Eine „typisch deutsche“ Waffe und warum sie im Zweiten Weltkrieg nicht eingesetzt wurden/Die Giftgashypothek: Folgen des Gaskrieges im Ersten und der Gaskriegsvorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg/ Chemische Kampfstoffe – Militärischer Zweck und Kurz- und Langzeitwirkungen auf den Menschen und die Umwelt/Giftgaslagerstätten in beiden deutschen Staaten: Die Voraussetzung für das chemische Schlachtfeld der Supermächte/Der chemische Krieg: Strategische Planungen der USA und der UdSSR.

Hans Günter Brauch

## Der chemische Alptraum

oder gibt es einen  
CW-Krieg in Europa?



176 S. mit 15 S. Abb. 14.80 DM

Paul Gellersbach

Bruder, muß  
zusammen  
Zwiebel  
und Wasser  
essen!

Eine türkische Familie  
in Deutschland

280 Seiten. 24.- DM

Die vielen Schwierigkeiten, die ein Türke in Deutschland hat, der miese Job in irgendeiner Fabrik, die stärkere Beobachtung durch Behörden, die Angst irgendwie „aufzufallen“ und abgeschoben zu werden, Probleme mit der Sprache, der Religion, den Kindern in der Schule oder im Kindergarten – „Türken raus“-Parolen an den Hauswänden . . . Ein Buch für alle, die sich noch nicht in den Vorurteilen festgefahnen haben, die versuchen möchten, ihren türkischen Kollegen, Nachbarn oder Bekannten besser zu verstehen.

live, Essen



Verlag  
J.H.W. Dietz  
Nachf.



Verlag  
J.H.W. Dietz  
Nachf.

„Damit ich mein Metier ausüben kann, schreibe ich Texte, von denen ich mir einbilde, sie verhindern, daß ich eines Tages wieder eine Straßenwalze in einem KZ ziehen muß.“

Ein Satz, der in die Vergangenheit und literarische Herkunft aller in diesem Band befragten und dargestellten Autoren weist und gleichzeitig eine Konzeption der Literatur nach 1945 umreißt, die in ihrer geschlossenen Gestalt bisher kaum wahrgenommen worden ist: Literatur als Widerstand, Schreiben als Überlebensstrategie.



220 Seiten. 24.80 DM



216 Seiten. 29.80 DM

Die Kluft zwischen den Generationen ist in den letzten Jahren immer größer, die Verständigung immer schwieriger geworden. Doch in diesem Buch wird nicht dieser Verlust von Nähe und Gemeinsamkeit beklagt, sondern vielmehr die Frage gestellt, woher die Entfremdung zwischen den Generationen rührt und welche Schritte zur Veränderung getan werden müssen. Und so ist es auch der Versuch einer persönlichen Bilanz von einem der das Fürchten gelernt hat in der Sprachlosigkeit zwischen Jungen und Alten und der dennoch versucht, die Gesetze der Vernunft mit den Interessen der Sinne zu versöhnen.



ten, daß jeder Versuch zur Konjunkturanhebung im Alleingang nur bei vorheriger drastischer Abwertung (und Floaten?) des Franken möglich war. Erst wollte man gar nicht, dann wertete man nach der Salamitaktik zu spät und scheinbar ab, mit dem Ergebnis, daß die internationalen Finanzkräfte auf weitere Abwertungen spekulieren mußten. An der nicht rechtzeitigen drastischen Abwertung droht das französische sozialistische Experiment, das jetzt mit Preis-Lohnstop und Austerität experimentiert, ähnlich zu scheitern wie 1966 die britische Labour-Party und Lord Browns ehrgeiziger (und, wie heute Konservative zugeben, realisierungsfähiger) „National Plan“ mit seinen Wachstumshoffnungen. Frühling und Herbst des französischen Experiments, das heute wegen Abwertungszögern dem Scheinwerferlicht konservativer Schadenfreude ausgesetzt ist, hätten gerade im Memorandum nicht nur eine „Aufzählung“ (S. 168), sondern eine tiefere Analyse aus sympathisierender Sicht verdient gehabt.

Aber auch innerdeutsch ist es einfach unzureichend, sich mit der „angebotsorientierten“ Variante des bundesdeutschen Sachverständigenrates nur auf kaum drei Seiten (S. 120–123) auseinanderzusetzen; Hier wird zwar richtig festgestellt, daß sich diese Variante von der amerikanischen dadurch unterscheidet, daß der Rat bei konjunkturbedingten Steuerausfällen Kreditfinanzierung zugesteht (S. 120). Aber an diesem Punkte hätte man eben einhaken müssen: Wo liegen die – sehr schwammigen – Grenzen zwischen „konjunkturbedingtem“ und „strukturellem“ Defizit, und muß man nicht

auf Eindämmungsversuche beim letzteren ganz verzichten, solange das erstere eben da ist? Ganz abgesehen davon, daß in der Welle gefärbte liberale Staaten wie Belgien seit dem vorigen Jahrhundert ihre laufenden Ausgaben aus „strukturellem Defizit“ bestritten.

Der Kernpunkt des ökonomischen Teils des Memorandums liegt in den Abschnitten 2 („Gewinnschwäche oder Konsumschwäche? Zur Auseinandersetzung um die Ursachen der gegenwärtigen Krise“) und 3 („Sozialabbau und außenwirtschaftliche Expansion: Kritik der Wirtschaftspolitik“) und endlich 5 („Alternativen: Beschäftigungspolitik für qualitatives Wachstum“) (Seiten 57–86 und 124–188, davon 144–167, Subventionsproblem und Frankreich, schon oben besprochen).

Diese Abschnitte verdienen eine nähere Erörterung in der weiteren Diskussion um die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik. Hier wird weiter die schon im Memorandum 1980 vollzogene Abkehr von der Betonung einer Unterkonsumtionstheorie vollzogen, trotz der Überschrift; die „zurückhaltende Investitionstätigkeit kann ihren Grund nur im Bereich der erwarteten Kapazitätsauslastung haben“ (S. 62). Das wird richtig mit dem Versuch des Staates zur Senkung der Staatsquote und dem zeitweiligen Anstieg des privaten Sparens erklärt. Dann taucht allerdings auf Seite 62 doch wieder ein Zipfel der Unterkonsumtionslehre auf, wenn gesagt wird: „Steigt nun das volkswirtschaftliche Sparen vor allem wegen der guten Gewinnlage der Unternehmen, so muß die Konsumgüternachfrage sinken...“ Das ist zu sehr vereinfachte Konjunkturanalyse:

Die Tabelle 4 auf Seite 60 zeigt eben gerade kein reales Ansteigen der Unternehmensersparnis von 1978 auf 1979 und ihr klares Absinken von 1979 auf 1980, und im letzteren Jahre auch kein reales Wachstum der Nettoprofiten mehr. Die Verteidigung der Beschäftigungsprogramme auf Seiten 128 ff. gegen die gängigen Vorwürfe, sie seien „unwirksam, inflationär und zu teuer“, mit der Bemerkung, das treffe „pauschal nicht zu“ (S. 135), erscheint als etwas schwach, zumal nach mancherlei negativen Aussagen über Investitionszulagen usw. dann doch dem Zukunftsinvestitionsprogramm 1977–80 (auf S. 131) ein Beschäftigungseffekt von 300 000 Arbeitsplätzen und der Zinssubventionierung für mittelständische Unternehmen auf S. 132 eine ähnlich positive Wirkung zuerkannt werden, und weiter dann auf den Seiten 138 ff. ein Sofortprogramm von 20 Mrd. DM gefordert wird. Das Memorandum läuft Sturm gegen die Hochzinspolitik, behauptet (auf S. 85), sie sei außenwirtschaftlich nicht zu begründen, und deutet schlichtern (S. 86) die Anwendbarkeit von Restriktionen des Außenwirtschaftsgesetzes gegen spekulativen Kapitalexport an. Hier hätte man die in dieser Hinsicht revolutionären Thesen eines James Tobin im Sinne eines Abbaus der internationalen Freizügigkeit für Kapital anführen sollen.

Abschließend: Trotz mancher Mängel eine saubere, wenn auch mit Überbetonung der Sozialprobleme etwas ungleichgewichtige Arbeit, die ökonomisch stärker ausgebaut werden sollte und eine vertiefte Erörterung verdient.

Karl Kühne

**Reform und Restauration der Offiziersausbildung der Bundeswehr. Strukturen und Konzeptionen der Offiziersausbildung im Widerstreit militärischer und politischer Interessen**  
von Martin Kutz  
Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden 1982, 241 S.,  
DM 39,-

Als ein glückhafter Umstand kann gelten, daß in der jetzigen Phase heißer Diskussion des bundesdeutschen Verteidigungsbeitrags ein Buch vorgelegt wird, das einen besonders wichtigen Tellekt des Militärwesens beleuchtet: die Reform bzw. Restauration der Offiziersausbildung der Bundeswehr. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß Fehler, die bei der Auswahl, Aus- und Fortbildung der Offiziere gemacht werden, in ihren negativen Folgen kaum abzuschätzen sind und in Krisensituationen geradezu verheerende Auswirkungen haben.

Der Verzicht darauf, die Offiziersausbildung auf den Bildungsstand entsprechend verantwortungsvoller Berufe im bürgerlichen Leben anzuheben, bzw. die Reduktion der Offiziersausbildung auf das Militärhandwerkliche ist jeweils teuer bezahlt worden. Erst im nachhinein ist der Fehler erkannt und teilweise korrigiert worden. Der Verfasser nennt als Beispiel den Zusammenbruch des preußischen Heeres gegen Napoleon 1806 und das ethische und damit letztlich berufliche Versagen des deutschen Offizierskorps im 2. Weltkrieg.

Für die Wehrmacht z. B. war ab 1933 eine unüberschbare Verkürzung der Ausbildungsziele bedeutsam, die zunächst die wissenschaftlichen Fächer – weil

angeblich militärisch nicht notwendig – betraf, dann ab 1935/1938 die Reduktion auf die Gehilfentätigkeit für den Kriegsfall, die selbst die Substanz der militärfachlichen Qualifikation opferte. Durch Erziehung zu den traditionellen Werten und Sekundartugenden Tapferkeit, Ehre, Dienen und Gehorsam suchte die damalige Führung mehr zu erreichen als durch fachliche und wissenschaftliche Leistungsanforderungen in der Ausbildung. Hierher gehörte auch die ideologische Verkürzung des Offizierberufs auf das Leitbild des Kämpfers.

Bei der Aufstellung der Bundeswehr – so sollte man meinen – seien diese Fehler in Erkenntnis ihrer Tragweite vermieden worden. Der Autor zeichnet jedoch nach, daß die Reformkonzepte Baudissins nicht verwirklicht worden sind, daß vielmehr die Ausbildung der Wehrmacht unreflektiert in der Bundeswehr übernommen wurde. Baudissin hatte deswegen eine Neubestimmung und Neubestimmung der Ziele der Offiziersausbildung aus dem Bewußtsein der fundamentalen Krise deutscher soldatischer Existenz nach Nationalsozialismus und – auch militärisch – totalem Zusammenbruch gefordert. Ein Neuanfang erschien ihm nur möglich, wenn man die Ursachen dieser Krise verarbeitete und zu einer Reflexion der geistigen Voraussetzungen soldatischen Handelns unter den gewandelten Bedingungen von Gesellschaft, Kultur, politischer Ordnung und Wirtschaft der Bundesrepublik und der weltpolitischen Lage gelangte. Berufsbefähigung zum Offizier hing damit von der Fähigkeit ab, diese komplexe Aufgabe zu meistern.

Die Chance, die Reformvor-

stellungen Baudissins zu verwirklichen, ergab sich 1969, als die Defizite des Ausbildungssystems der Bundeswehr bereits zu einer Krise der Bundeswehr geführt hatten. Die Modernisierung war unabdingbar geworden. Die Reformkonzepte, die Prof. Eilwein unter dem damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt entwickelte und in die Tat umsetzte, waren nach Auffassung des Verfassers zwar grundsätzlich geeignet, die angestrebten Ziele zu erreichen, litten jedoch im Ansatz daran, daß sie aufgrund ihrer technokratischen Anlage später restaurative Tendenzen zum Zuge kommen lassen konnten. Das Vertrauen Schmidts und Eilweins, daß Modernisierung an sich schon Demokratisierung bewirke, war nur gerechtfertigt, wenn die politische Führung stets wachsam blieb und die Modernisierung nicht nur an der militärischen Professionalität orientierte.

Sowohl in den Bereichen der Bundeswehrhochschulen als auch der Fortbildungsstufe C (Generalstab-Ausbildung) hat sich freilich im Laufe der Jahre mehr und mehr die Militärbürokratie mit ihren vordemokratischen Leitbildern gegenüber der politischen Führung durchsetzen können. Der Autor beschreibt mit umfassender Detailkenntnis und kritischem Engagement diesen Prozeß der allmählichen Restaurierung. Besonders deutlich wird dies am Ziel der „Berufsfeldbezogenheit“ des Studiums an den Bundeswehrhochschulen, das von der Militärbürokratie seines vorwärtsweisenden Inhalts entleert und zum Militärhandwerklichen herunterdefiniert wird.

Eindringlich warnt der Verfasser vor den möglichen Konse-

quenzen dieser Restaurationspolitik. Zwingende Voraussetzung militärischer Leistungsfähigkeit ist die seinerzeit schon von Baudissin erstrebte Einheit von militärischen Strukturen und Werten mit denen einer demokratischen Industriegesellschaft. Diese funktionale Einheit scheint dem Autor heute bedroht. Insbesondere die Jugend verweigere sich den militärischen Sekundärtugenden wie Gehorsam, Tapferkeit, Ehre usw., soweit diese nicht einem als sinnvoll verstandenen Gesamtrahmen zugeordnet sind. G.v.S.

**Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Entstehungsursachen, Konzepte und Perspektiven**

Von Reimund Seidelmann  
Campus-Verlag Frankfurt/New York 1982, 194 S., DM 38,-

Als in den Wochen und Monaten nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan der Streit darüber entbrannte, ob Entspannung universell teilbar oder unteilbar sei, blieb es Willy Brandt in der KSZE-Debatte des Europäischen Parlaments überlassen, darauf hinzuweisen, daß es den unteilbaren Charakter von Entspannung „in unserer Vorstellung als Ziel“ gegeben habe, nicht aber „in der harten Wirklichkeit, mindestens noch nicht“. Man könne somit nicht einen Zustand bewahren, den es nicht gäbe und sich erst recht nicht der „lähmenden Alternative hingeben, die da lauten würde: Wenn Entspannung nicht überall, dann nirgends“. Von dieser Gegenüberstellung von Idealtypus und tatsächlicher Politik geht

auch Reimund Seidelmann in seiner Analyse der Entspannungspolitik der Bundesrepublik im Zeitraum von 1969-1980 aus. Neben dem veränderten Konfliktverhalten der Supermächte nach der Kuba-Krise sieht der Autor die Ursachen für die Entspannungsbereitschaft im Bedeutungsverlust militärischer Konfliktlösung bei strategischer Stabilität und funktionierender Abschreckung und in den Kooperationsinteressen der am Osthandel beteiligten Volkswirtschaften. Gleichzeitig gab die Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung im Windschatten des Vietnam-Konflikts, bei der sie kritisch die USA unterstützte, die Möglichkeit, ihren außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern. Die Entspannungskonzeption, die neben den angestrebten menschlichen Erläuterungen und dem „Wandel durch Annäherung“ auch auf eine Elitenrotation hinzielte - Rückdrängung der militärischen Eliten durch sog. „Entspannungslobbys“ in Ost wie in West - hält Seidelmann für in sich stimmig und politisch anstrengbar. Er begründet dies normativ (Primat der Friedenssicherung) und mit - technokratisch anmutenden - Kosten-Nutzen-Überlegungen. Dabei verweist er auf die Kostenexplosion bei Militärtechnologien und den kommenden Rückgang an Wehrpflichtigen als objektiven Problemdruck in west- wie in osteuropäischen Ländern. Die große Gefährdung der Entspannungspolitik wird in den grundlegenden Veränderungen der achtziger Jahre gesehen: Ein Rüstungswettkampf in Europa droht nicht nur, sondern er ist bereits in vollem Gang. Zugleich geht die Reagan-Administration davon aus, daß eine Sicherung des

Status quo in Europa politisch abwegig sei und daher die Detente insgesamt hinfällig werde.

Strukturell angelegte Widersprüche zwischen Entspannung und militärischer Abschreckung (d. h. beim Scheitern rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen wie SALT II reales, unkontrolliertes Wettrüsten) sowie zwischen regionalen Sicherheitsinteressen der Völker Europas und Globalstrategien der USA und der UdSSR haben sich hier zu einem Dilemma ausgeweitet, das inzwischen die gesamten Ost-West-Beziehungen prägt. In diesem Zusammenhang wirft Seidelmann den Westeuropäern vor, trotz ihrer erweiterten Handlungsspielräume die kooperative Rüstungssteuerung den Supermächten zu überlassen (z. B. bei MBFR) bzw. eine Europäisierung von Rüstungskontrollpolitik überhaupt nicht konzeptionell zu entwickeln. Der Immobilismus in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland wird in der Studie in erster Linie dem Auswärtigen Amt und dessen von parteipolitischer Profilierung und Abgrenzung geprägten Amtsführung angelastet. Inhaltliche Innovationen im Bereich militärischer Entspannung, die zu realer Abrüstung im Gegensatz zu kontrollierter Aufrüstung führen muß, erwartet Seidelmann weniger von administrativen Maßnahmen und Umstrukturierungen der Exekutive, sondern aus dem Kreis der Volksvertreter selbst. Sie wären somit gefordert, das für die achtziger Jahre angestrebte Ziel einer militärischen Entspannung mit Leben zu füllen und eine entsprechende Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Michael Strübel